

# Die Neue Gesellschaft

## 2

---

**Herausgegeben**

*für die Friedrich-Ebert-Stiftung von*

Willy Brandt

Prof. Dr. Raimut Jochimsen

Prof. Dr. Peter Lengsfeld

Friedel Schirmer

Prof. Dr. Carlo Schmid

Prof. Dr. Dr. Theodor Strohm

Heinz O. Vetter

---

**Redaktion:**

Herbert Wehner (Chefredakteur)

Dr. Heinz Dieter Bauer

Dr. Karl-Ludolf Hübener (verantwortlich)

Hans Schumacher

**Anschrift der Redaktion:**

53 Bonn, Bundeskanzlerplatz

Bonn-Center A III 502

Telefon 22 50 73, 22 50 83

---

**Redaktionsbeirat:**

Helmut Schmidt (Vorsitzender)

Bruno Friedrich

Joachim Steffen

Dr. Werner Thönnessen

Dr. Hans-Jochen Vogel

---

**Verlag Neue Gesellschaft GmbH**

53 Bonn-Bad Godesberg, Kölner Straße 149,

Telefon (0 22 21) 88 31

Postcheckkonto Köln 560 70

Bank: Bank für Gemeinwirtschaft,

Bonn, Nr. 10 11 35 06

Druck: Vorwärts-Druck, 53 Bonn-Bad Godesberg,

Kölner Straße 108-112

*Die Neue Gesellschaft* erscheint monatlich. Bezug durch die Post, den Buch- und Zeitschriftenhandel oder durch den Verlag.

Einzelheft 3,- DM, Halbjahresabonnement 15,- DM zuzüglich Versandkosten. Kündigung bis 30 Tage vor Halbjahresende.

Studentenabonnement (nur Kalenderjahr) gegen Vorlage einer Studienbescheinigung 20,- DM zuzüglich Versandkosten. Bestellung nur direkt beim Verlag. Kündigung bis 30 Tage vor Jahresende. Im Bezugspreis sind 5,5% Mehrwertsteuer enthalten. Anzeigenpreisliste Nr. 7.

---

## Inhalt

### Seite

91	<i>Herbert Wehner</i> Ein aktives Jahr hat begonnen
97	<i>Karl Hauenschild</i> Tarifpolitik und Konjunkturpolitik
99	<i>Christian Götz</i> Keine falschen Fronten errichten! Einige Überlegungen zum Verhältnis zwischen Jusos, SPD und Gewerkschaften
109	<i>Hansjörg Elshorst</i> Gewerkschaften und Entwicklungspolitik Thema: Energie
113	<i>Dietrich Sperling/Friedhelm Wollner</i> Energie – Wachstum – Langzeitprogramm
115	<i>Robert Jungk/Rainer Kabel</i> Chancen des Ölshocks Plädoyer für eine langfristige Energieplanung
121	<i>Karl Kühne</i> Erdölpreis, Sozialismus und Weltwirtschaft
129	<i>Freimut Duve</i> Die Industriekrise und die Dritte Welt – ein Orientierungsversuch
132	<i>Achim André</i> Das soziale Europa Problematische Schritte in die richtige Richtung
137	<i>Paul J. Friedrich</i> Die französischen Sozialisten vor der Europafrage Zum Jusos-Bundeskongreß
141	<i>Hans Schumacher</i> Variationen über die Doppelstrategie
144	<i>Dieter Bauer</i> Selbstüberwindung kommt vor Systemüberwindung
147	<i>Karl-Ludolf Hübenar</i> „Hoch die internationale Solidarität!“
150	<i>Jürgen Hentze</i> Sozialismus ist das bewußte Werk der gewaltigen Mehrheit Spontaneität, Aktion und Partei bei Rosa Luxemburg
155	<i>August Rathmann</i> Christliches Sollen und sozialistisches Wollen sind identisch Dokumentation
161	UNO-Bericht: Multinationale Konzerne in der Weltentwicklung (II)
165	<i>Peter von Oertzen</i> Thesen zur Strategie und Taktik des Demokratischen Sozialismus in der Bundesrepublik Deutschland (II)

171 Mitarbeiter dieses Heften

176 Kritik

## Zum Inhalt

Die politische Bilanz des Jahres 1973 ist kritisch abgewogen worden – von den einen für zu leicht befunden, von anderen wiederum gegenteilig beurteilt. Aber allein die Rückschau hilft nicht weiter; deshalb fordert Herbert Wehner in seinem Leitartikel, das Jahr 1974 zu einem aktiven werden zu lassen. Kommunal- und Landtagswahlen stehen ins Land. Es gilt, sich vermehrt auf Konflikte und Auseinandersetzungen mit dem politischen Gegner zu konzentrieren, ohne deshalb gleich die notwendige innerparteiliche Diskussion abzuwürgen.

Konservative und Reaktionäre versuchen immer wieder, Diskussionen um das Verhältnis Jusos, Partei und Gewerkschaften anzuheizen und einen Keil zwischen diese Gruppierungen zu treiben, um daraus mal wieder Kapital zu schlagen. Christian Götz rückt einiges an den durch Johano Strassers Erlanger Rede hervorgerufenen Stellungnahmen zurecht und appelliert, den gemeinsamen gesellschaftspolitischen Standort, den gemeinsamen Gegner und die Solidarität bei aller kontroversen Diskussion nicht aus den Augen zu verlieren.

Daß die Jungsozialisten weiter von sich reden machen, dafür hat der Münchner Kongreß gesorgt. Das Echo war zwiespältig, wobei auffiel, daß einige Beobachter nicht mehr durchblickten. In diesem Heft wird eine erste Wertung versucht, der im folgenden Heft weitere folgen sollen.

Aktuell und noch lange nicht zu den Akten gelegt ist aber auch das Thema Energie, ausgelöst durch den Ölshock. In dieser Ausgabe werden verschiedene langfristige Aspekte zur Diskussion gestellt: Chancen für eine langfristige neue Energieplanung (Kabel/Jungk), Energieversorgung und Langzeitprogramm (Sperling/Wollner), weltwirtschaftliche Dimensionen (Kühne) und Industriekrise und Dritte Welt (Duve).

Konjunktur und Tarifpolitik und ihre Wechselwirkungen – ein Thema, das in diesen Tagen von kompetenter als auch inkompetenter Seite immer wieder erörtert wird. Kompetent ist sicherlich Karl Hauenschild, der zu dem Schluß kommt, daß einseitige Appelle an die lohnpolitische Verantwortung und unverbindliche Erklärungen zur preispolitischen Vernunft nicht ausreichen, den sozialen Frieden für 1974 zu gewährleisten.

Diesem Heft liegt ein Prospekt des Günter Olzoge Verlags (München/Wien) bei.

**Herbert Wehner**

## **Ein aktives Jahr hat begonnen**



Willy Brandt hat die Beschreibung des Standortes und die Bestimmung des Kurses der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, die er am 18. Januar im Parteivorstand vornahm, damit zusammengefaßt, daß er feststellte:

- „1. *Wir müssen und werden die gestellten Aufgaben dieses Jahres selbstbewußt und mit einer harten gemeinsamen Anstrengung angehen.*
2. *Wir müssen und werden den auf Emotionen gezielten und sachlich nicht begründeten Angriffen der Opposition offensiv entgegentreten.*
3. *Wir müssen uns bewußt sein, daß das Programm der sozialliberalen Koalition auf eine längere Zeit der Zusammenarbeit angelegt ist. Jeder Versuch, aus diesem Programm zu flüchten, würde von der Wählerschaft nicht honoriert werden.*
4. *Eine öffentliche Personaldiskussion um eine erforderlich werdende Kabinettsumbildung ist verfrüht und überflüssig.*
5. *Angesichts der wirtschaftlichen Situation ist trotz der Energieprobleme Kleinmut oder Resignation unangebracht. Wir werden daran gemessen, ob wir die Sicherung der Ressourcen und die industrielle Wandlung meistern. Dies ist unsere eigentliche Bewährung.“*

Diese Feststellungen weisen nach vorn. Jede von ihnen ist das Ergebnis einer gründlichen Prüfung der Gegebenheiten. Wunschdenken ist ebensowenig wie Beschwörung Bestandteil der diesen Feststellungen zugrunde liegenden Erkenntnisse. Sie sind erwachsen aus kritisch abwägender Wertung der im Jahre 1973 aufgetretenen Entwicklungen.

Das ergibt sich auch aus folgenden Sätzen: „*Wir sind in keiner Weise unglaubwürdig, wenn wir der Schwarz-Weiß-Malerei der Opposition in Wirtschaftsfragen nachdrücklich entgegentreten. Die jüngste Debatte im Bundestag hat deutlich gezeigt, daß wir auch die Energiekrise bisher gut gemeistert haben. Mit welchem Land würde man eigentlich tauschen wollen?*“

Die unmittelbar an die sozialdemokratischen Parteimitglieder gerichteten Sätze entsprechen diesem Sachverhalt und seiner nüchternen Behandlung:

„*Kein Sozialdemokrat vergibt sich etwas, wenn er davon spricht, was gemacht, und nicht nur von dem, was noch nicht gemacht wurde. Die gesamte Partei muß eine Anstrengung machen, um die Leistungen in Bund und Ländern bei*

*den Bürgern zu verdeutlichen. Dazu brauchen wir eine Konzentration der Kräfte nach außen, ohne die Sachdiskussion in der Partei zu kurz kommen zu lassen; dazu ist es aber auch erforderlich, daß wir geistige Regsamkeit nicht mit Zügellosigkeit verwechseln."*

Der Bundeskanzler hat in einem bemerkenswerten, in der „Frankfurter Rundschau“ am 18. Januar veröffentlichten Interview präzisiert: *„Obwohl es uns, verglichen mit anderen Ländern, gut geht, haben wir natürlich im letzten Jahr doch Pech gehabt. Die ersten Monate brauchten wir, um uns wirtschaftspolitisch abzusichern gegen ungünstige Einwirkungen von außen. Dann haben wir die währungspolitische Absicherung im späten Frühjahr zustande gebracht. Den währungspolitischen Maßnahmen haben wir geld- und kreditpolitische hinzugefügt. Was passiert? Nach wenigen Monaten zeigten sich schon die Wirkungen.“*

Auf die Zwischenfrage: *„Und die Preise?“* fuhr der Bundeskanzler ergänzend fort:

*„Wir sind das westeuropäische Land, das die eindeutigsten Teilerfolge beim Senken der Preissteigerungen zu verzeichnen hat. Wir kamen unter die Sieben-Prozent-Grenze. Wir sahen die Chance, im Laufe des Winters sogar die sechs Prozent oder etwas darunter zu erreichen. Und dann kommt uns und anderen die Energiekrise in die Quere.“*

Willy Brandt ist der Frage nicht ausgewichen, in welchem Maße Partei und Bundesregierung Erwartungen nicht erfüllt hätten und somit auch dafür verantwortlich seien, daß sie sich *„nicht gerade immer in Hochform zeigten“*. Er sagte dazu:

*„Außerdem hat es doch wohl nach dem Wahlkampf und nach den Hoffnungen, die viele damit verbunden, unvermeidbare Enttäuschungen gegeben. Viele hatten viel mehr erwartet, als man in einem demokratisch regierten Staat vernünftigerweise in den wenigen Jahren einer Legislaturperiode oder gar in dem einen Jahr nach einer Wahl erwarten darf.“*

Mit diesen Darlegungen wird nichts beschönigt. Deshalb sind sie auch heilsam und werden den nach vorn weisenden Kursbestimmungen besonderes Gewicht geben. Das gilt für die Bewertung der zur Verwirklichung einiger in den Augen der Sozialdemokraten besonders dringlicher Reformen wie für die darüber mit dem Koalitionspartner FDP zu führenden streckenweise zähflüssigen Verhandlungen. Mitbestimmung, Anteil der Arbeitnehmer am Zuwachs

des Produktivvermögens, Bodenrecht sind solche „Eckpfeiler“. In den Koalitionsverhandlungen sind unbestreitbar Fortschritte erzielt worden. Brandt mahnt sachlich:

*„Man muß nun allerdings zum Abschluß kommen, denn eine Faustregel ist ja: Was nicht bis zur Sommerpause 1974 in der Gesetzgebung ist, hat keine oder nur eine geringe Chance, diesen Bundestag und diesen Bundesrat zu passieren.“*

Das Stichwort „Bundesrat“ darf nicht unterschätzt werden im Zusammenhang mit der Feststellung: *„Wir müssen und werden den auf Emotionen gezielten und sachlich nicht begründeten Angriffen der Opposition offensiv entgegentreten.“* Der Bundesrat hat wichtige Steuergesetze zurück- und an den Vermittlungsausschuß zwischen Bundestag und Bundesrat verwiesen. Unmittelbar im Anschluß daran hat die Opposition im Finanzausschuß des Bundestages abgelehnt, den Finanzausschuß auch in plenarisierten Wochen die umfangreichen Arbeiten an den Steuerreform-Gesetzen intensiv führen zu lassen. Es ist unverkennbar, daß CDU und CSU den Versuch machen, die Steuerreform durch eine Zangenbewegung unmöglich zu machen: Einerseits hat die Opposition ihr von uns zutreffend als „Inflationförderungs-gesetz“ bezeichnetes Gesetzentwurf-papier wieder aufpoliert, das im Plenum des Bundestages schon einmal abgelehnt worden war; andererseits versucht sie durch konzertierte Aktion in Bundesrat und Bundestag, die sachliche Arbeit an der Steuerreform zu stören, weil sie nicht wünscht, daß diese Reform mit dem 1. Januar 1975 in Kraft treten kann. Sie umkleidet obstruktives Verhalten mit Anträgen und Entwürfen aus der eigenen Schreibstube, durch die sie den Eindruck zu erwecken sucht, sie bemühe sich darum, dem „kleinen Mann“ zu Steuererleichterungen zu verhelfen, während sie in Wirklichkeit die Substanz der Steuerreform auszuhöhlen und die Steuerreform insgesamt sachlich und zeitlich unmöglich zu machen bemüht ist. Es wird der ganzen Energie und Solidarität der Sozialdemokraten überall im Land, in Landes- und Kommunalparlamenten wie in Gewerkschaften und Betrieben, bedürfen, diese destruktiven Bemühungen der Opposition zum Scheitern zu bringen und die konstruktiven Arbeiten der SPD in Regierung und Parlament zu unterstützen.

in diese Betrachtung gehört auch das Manöver

der CDU/CSU mit einem als „Sozialprogramm zum Schutz des ungeborenen Lebens“ bezeichneten Papier, durch das sie offenbar gleichermaßen kurz vor Abschluß der Ausschüßarbeiten an der Reform des Strafgesetzbuchparagraphen 218 diese zum Stehen und die konstruktiven Familienlastenausgleichsbestimmungen der Koalition zum Scheitern verurteilen möchte. Nach Schätzungen sogenannter Sozial-Experten der Unionsparteien müßten (laut dpa vom 18. Januar 1974) „jährlich 18,2 Milliarden Mark zur Verfügung gestellt werden“. Ein weiteres Exempel für die „Oppositions“-Auffassung der Union: Höchstforderungen an die Staatskasse stellen, dieser gleichzeitig die Einnahmen versagen und insgesamt die Zuwächse der Haushaltsmittel als angeblich „inflationfördernd“ anprangern.

Darum geht es, wenn Bundeskanzler Willy Brandt betont hat:

*„Es ist ein Irrtum zu glauben, daß die Steuerreform nicht verwirklicht werden könnte, immer vorausgesetzt, daß die Länder mitziehen, wovon ich ausgehe. Letzten Endes werden sie mitziehen, auch bei der Veränderung zum Gerechten hin, zum Beispiel beim Kindergeld. Der Arbeitsplan ist so, daß wir alles inhaltlich Relevante bis zum Juni durch die gesetzgeberischen Körperschaften durchhaben müssen, dann kann sie, vorgezogen, am 1. 1. 1975 in Kraft treten, und dann wird dies für die Progression eine ganze Menge bedeuten. Manche empfehlen uns jetzt sehr, dies vorzuziehen, um dadurch die Tarifverhandlungen jetzt zu entlasten. Das können wir nicht, weil das alles durcheinanderbringt und weil außerdem die Rechnung wahrscheinlich gar nicht aufgehen würde.“*

Auf die Festigkeit und die kämpferische Entschlossenheit der Sozialdemokraten kommt es an. Sie können guten Gewissens diese Auseinandersetzungen bestehen. Der Tätigkeitsbericht 1973 der Bundesregierung (Bundestagsdrucksache 7/1434) rechtfertigt – richtig verwertet und vertreten – das Vertrauen, das die Wählerinnen und Wähler in die SPD gesetzt haben, gerade in seiner Schmucklosigkeit und prägnanten Sachlichkeit. Er belegt auch, daß die Koalitionsparteien SPD und FDP sich ihrer Leistungen in einem schwierigen Jahr nicht zu schämen brauchen.

Es ist nicht möglich, hier einzelne Gesetze aufzuzählen, aber es erscheint ratsam, an zwei Beispielen deutlich zu machen, wie gesetz-

geberische Arbeiten, die in der vorhergegangenen Legislaturperiode nicht haben durchgesetzt oder vollendet werden können, nun „aufgearbeitet“ werden.

Am 18. Januar 1974 konnte im Bundestagsplenar das Gesetz zum Schutz vor schädlichen Umwelteinflüssen durch Luftverunreinigungen, Geräusche, Erschütterungen und ähnliche Vorgänge (Bundes-Immissionsgesetz) verabschiedet werden.

Am gleichen Tage wurde schließlich einstimmig das Dritte Gesetz zur Änderung des Bundessozialhilfegesetzes verabschiedet, durch das diejenigen, die häufig als „am Rande der Gesellschaft“ lebende Mitmenschen bezeichnet werden, besondere Unterstützung erfahren. Zu wesentlichen Maßnahmen, die dieses Gesetz sichert, gehören: die Erweiterung der Bestimmungen über die Eingliederungshilfe für Behinderte, die Erhöhung des Pflegegeldes unter besonderer Berücksichtigung der Schwerstbehinderten, der Ausbau der Hilfe für sozial Gefährdete, die Erweiterung der besonderen Einkommensgrenze für die Hilfe in besonderen Lebenslagen, die Einschränkung des Rückgriffs auf Unterhaltspflichtige, die laufende Anpassung von Festbeträgen an die Entwicklung der Regelsätze oder der Einkünfte von Arbeitnehmern.

Die Koalitionsparteien haben mit diesen Gesetzen Vorhaben, die in der ersten Regierungserklärung Willy Brandts im Jahre 1969 angekündigt worden sind, allen Widerständen zum Trotz durchgesetzt. Dazu sind sie auch weiter entschlossen, obwohl sie nicht verhehlen, daß in manchen Fällen langwierige Verhandlungen zwischen ihren eigenen Fachleuten notwendig sind, um schließlich herauszufinden, was beide übereinstimmend vertreten können.

Bundeskanzler Willy Brandt hat zu der häufig gebrauchten Redewendung von einem allmählich „zu Ende gehenden Vorrat des Gemeinsamen zwischen den Koalitionspartnern SPD und FDP“ erklärt:

*„Also die Formel, auf die man ja auch manchmal stößt, daß der Fundus des Gemeinsamen aufgezehrt werde, ist mir zu statisch. Das geht eigentlich von der Vorstellung aus, daß man es hier mit unveränderlichen Größen im gesellschaftlichen Bereich zu tun hat. Das ist nicht richtig. Es gilt höchstens für einen begrenzten Bereich. Denn für eine Legislaturperiode oder zwei wird das, was man sich zunächst vorgenommen hat, langsam aufgezehrt oder, wie*

*Ich als Bürokrat sage, abgehakt. Das ist gut so, denn zwischen zwei Koalitionspartnern trifft man ja Vereinbarungen über ein Regierungsprogramm, um dieses zu erledigen. Aber: es stellen sich doch rasch wieder neue Aufgaben. Ich habe jedenfalls nicht die Sorge, daß Sozialdemokraten und Freie Demokraten nicht noch geraume Zeit miteinander wichtige Aufgaben in diesem Lande lösen müssen und können."*

Vom Bundesminister Professor Werner Maihofer (FDP) ist in einer bemerkenswerten Rede anlässlich des Dreikönigstreffens der Freien Demokraten in Baden-Württemberg der Versuch gemacht worden, die Aufgaben, die dem „Politischen Liberalismus“ heute und morgen gestellt sind, zu formulieren. Es ist ein Versuch, der historisch begründet und über den Tag hinaus unternommen wird. Seine Bemerkungen über eine Koalition zwischen selbständigen und selbstbewußten Partnern verdienen Aufmerksamkeit. Das betrifft sowohl die Feststellung, daß „große Fortschritte in einer Politik zwischen Partnern, die beide auf konkrete Programme ihrer Parteien verpflichtet sind“, nur erreicht werden können, „wenn man sich vom ersten Schritt der vorbereitenden Überlegungen an zusammen auf den Weg macht, die Linie möglichen gemeinsamen Fortschritts zu suchen, der sich von den beiderseitigen prinzipiellen Positionen gerade noch miteinander verbinden läßt“, als auch die historisch begründete Feststellung: „Verpassen wir nicht durch Kleinmut und Parteilichkeit, durch Dogmenreitereien oder Ressortegoismen, hier oder dort, die historische Chance, die hier für unser Land liegt, endlich, allmählich aus den Rückständen der Ständegesellschaft von vorgestern und den Überbleibseln der Klassengesellschaft von gestern in gemeinsamer Anstrengung uns zu befreien."

Maihofer wendet sich an beide Partner, wenn er sagt:

*„Mit billigen Redereien beiderseits über lästige Rücksichten und unbequeme Profilneurose und Konfliktstrategie des Kleinen gegenüber dem Großen und jetzt überraschend des Großen gegenüber dem Kleinen ist zwar politisches Scheugeschäft zu betreiben. Aber damit drohen wir eben das zu verspielen, was noch gar nicht hart auf hart auf seine geschichtliche Tragfähigkeit hin erprobt worden ist: die ihres gemeinsamen Erbes der demokratischen Revolution von 1848 bewußte Partnerschaft von sozialen und liberalen Demokraten. Eine politische*

*Koalition auf Zeit, für eine Zeit des Neuanfangs und der Wiederbesinnung, der anders und durch andere nicht zu bewältigen ist als durch ein geschichtliches Bündnis von Arbeitern, die nicht mehr zu Proletariern deklassiert sind, mit Bürgern, die nicht mehr zu Bourgeois denaturiert sind!"*

Es sei erlaubt, in diesem Zusammenhang an die große Rede Willy Brandts auf dem Saarbrückener Parteitag der SPD im Mai 1970 zu erinnern, in der er unter anderem ausgeführt hat:

*„Die deutsche Geschichte der letzten hundert Jahre wäre einen besseren Weg gegangen, wenn die Sozialdemokraten ihn früher und öfter hätten bestimmen können. 25 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges dürfen und müssen wir hieran erinnern.*

*Zur besonderen Bedeutung der Regierungsbildung von 1969 gehört auch, daß SPD und FDP sie gemeinsam geschaffen haben. Eine Koalition von Sozialdemokraten und Liberalen — womit ich nicht sagen will, daß wir nicht auch liberal wären — war das Gebot der Stunde und hätte es wohl eigentlich schon früher sein können oder müssen.*

*In der Entwicklung der letzten Jahre sind die beiden Koalitionsparteien manchen Widerständen zum Trotz aufeinander zugegangen. Sie haben wohl auch voneinander gelernt. Unsere Partei hat im Godesberger Programm ihren Weg als Volkspartei endgültig bestätigt. Die FDP hat auf ihre Weise Ballast abgeworfen. Vielleicht war dieses Aufeinander-Zukommen erst nach einer langen und leidvollen Geschichte möglich. 1848 standen die Vorgänger, standen die beiden Strömungen, an die ich denke, im Kampf und Einheit und Freiheit zusammen. Die Reichsgründung von 1871 vollendete dann zwar die Einheit; sie schuf jedoch nicht jenen „freien Volksstaat“ — von Marx ein bißchen heftig theoretisch kritisiert, aber wir wissen, was damit gemeint war —, den das Eisenacher Programm der Sozialdemokraten von 1869 gefordert hatte, sondern einen obrigkeitlichen Rechtsstaat — viel für die damalige Zeit, aber zu wenig für die Zukunft. Aus diesem Staat blieben die Sozialdemokraten ausgeschlossen. Das galt auch für Teile der liberaldemokratischen Bewegung. Die aus Unsicherheit über den einzuschlagenden Weg geborene Spaltung der Liberalen war nicht nur ein Unglück für sie selbst, sondern für Deutschland überhaupt. Ich meine, wir sollten uns und andere daran*

*erinnern, daß es — abgesehen von dem, was Thomas Mann die verächtliche Haltung der deutschen Intellektuellen gegenüber der Realität genannt hat — ein ernster Irrtum der deutschen Liberalen gewesen ist, daß sie die Errichtung eines relativ freien Rechtsstaates für genug hielten. Gewiß, Freiheit war lange und ist auch heute noch in hohem Maße eine Frage des Rechts. Aber inzwischen ist es eben nicht nur eine sozialdemokratische Einsicht geworden, daß zur Nutzung der Freiheit auch Chancengleichheit in der Bildung gehört, daß zur Freiheit auch soziale Gerechtigkeit und ökonomischer Ausgleich gehören. Die konservativen Kräfte haben diese Probleme zumelst gelehnet; die Liberalen haben sie zu oft übersehen.“*

Wenn sich über die Parteigrenzen hinweg eine ernsthafte Diskussion über die „historische Chance“ eines Bündnisses dieser Art entwickelte, wäre das für die Partner, für die Öffentlichkeit und nicht zuletzt für die innere Festigung unserer Bundesrepublik von erstrangiger Bedeutung. Das ist eine Mahnung an die Einsichtigen, die Deutschlands Entwicklung miterlebt oder nachvollzogen haben; auch an die jungen Menschen, die eine gleichermaßen historische Chance bekämen, die Bundesrepublik zu mehr zu gestalten als zu einem Zeughaus mehr oder weniger aufpolierter alter Rüstzeuge oder zu einem Staatswesen im Wartestand auf geographische Wiedervereinigung. Eine solche offene Diskussion, deren Partner sich der historischen Gegebenheiten und Entwicklungslinien ebenso bewußt wären wie der realen sozialen Verhältnisse und Notwendigkeiten, wäre die frische Luftzufuhr, die der bundesdeutschen Politik not tut, um aus den ideologisch verknoteten und deformierten Begriffen „soziale Marktwirtschaft“ und „Rechtsstaat“ herauszukommen und vorzustoßen zu der Erkenntnis, daß es nicht darum gehe, Ordnung statt Reformen zu postulieren, sondern Ordnung durch Reformen zu schaffen. Sie würde auch diejenigen, die sich anscheinend mit Reformen schmücken, aber sie schließlich doch nur dazu vorgeben, um wieder Gelegenheit zu gewinnen, alte Macht zu restaurieren, in die ihnen gebührende Ecke drängen.

Ein Blick auf die Parteienentwicklung in mehreren westlichen Ländern schließlich sollte auch die Notwendigkeit einer solchen offenermütigen Diskussion über die Grenzen der Koalitionsparteien hinweg bekräftigen. Das gilt

für den Norden unseres Kontinents wie für den Westen im geographischen Sinne des Begriffes. Das westliche Europa und seine Europäische Gemeinschaft könnten nur gewinnen. Dies wiederum wäre für das Partnerschaftsverhältnis zu den USA ebenso wie für die Beziehungen zum geographischen und politischen Osten erfrischend.

In einer knappen, aber exakten Bilanz unserer außenpolitischen Beziehungen insgesamt und der Entwicklung zur vertraglich geregelten Partnerschaft der beiden deutschen Staaten hat Willy Brandt zuversichtlich gesagt:

*„Das Jahr 1974 wird für die Beziehungen zwischen uns und den Staaten Osteuropas, aber nicht nur zwischen uns, sondern überhaupt zwischen Staaten West- und Osteuropas, ein aktives Jahr werden.“*

„Ein aktives Jahr“ wird 1974 für die SPD und unsere Bundesrepublik überhaupt werden, wenn die SPD ihre Position sowohl begreift als auch ausbaut.

Ansätze zu ernsthafter Diskussion der Positionsbestimmung der SPD sind feststellbar. Im Parteivorstand haben Bruno Friedrich, Peter von Oertzen, Jochen Steffen und Hans-Jochen Vogel begonnen, die Grundlagen einer fairen Diskussion und das Austragen der Meinungsverschiedenheiten über die hauptsächlichsten Probleme unserer Politik und der inneren Parteiverhältnisse zu umreißen.

Aus Diskussionsthesen zur Arbeit der Partei, die Peter von Oertzen entworfen hat, sei hier zitiert:

*„Selbstverständlich muß es in der Partei erlaubt sein, auf der Grundlage des Bekenntnisses zu Demokratie und Sozialismus weiterreichende Zielvorstellungen und andersartige Strategien zu diskutieren, als sie im Godesberger Programm enthalten sind. Wenn diese theoretische Diskussion allerdings dazu führt, den gegenwärtigen Charakter und die jeweilige Strategie der Partei andauernd und immer aufs Neue in Frage zu stellen, dann werden der Innere Zusammenhalt und die Aktionsfähigkeit der Partei ebenso bedroht wie ihre Glaubwürdigkeit gegenüber der Bevölkerung. Auch diejenigen Gruppen in der Partei, die mit bestimmten Einzelforderungen oder sogar Grundentscheidungen des Godesberger Programms nicht einverstanden sind, müßten folgendes anerkennen: Für eine Partei, die praktisch wirken will, ist ein Mindestmaß an Übereinstimmung unter der großen Mehrheit ihrer Mitglieder*

*über einen Kern strategischer und taktischer Grundsätze zwingend notwendig. In dem vor uns liegenden Jahrzehnt können — unbeschadet theoretischer Meinungsverschiedenheiten über fernere Ziele — alle notwendigen und möglichen Schritte demokratisch-sozialistischer Politik in der Bundesrepublik Deutschland auf der Basis des Godesberger Programms und seiner politischen Grundentscheidungen getan werden. Es kommt nicht darauf an, die Godesberger Entscheidung — offen oder versteckt — zu korrigieren, sondern die Forderungen des Godesberger Programms zu erfüllen. Werden diese Grundsätze anerkannt, dann verliert damit auch die unfruchtbare und gefährliche Aufteilung der Mitgliedschaft in ‚Sozialdemokraten‘ und ‚Sozialisten‘ jede Grundlage.“*

Mit dem Blick auf bevorstehende Kommunalwahlen hat Jochen Steffen in einer interessanten Skizze den Versuch unternommen, unsere Situation angesichts wirtschaftlicher Entwicklungen und ihrer Auswirkungen auf strukturell besonders anfällige Gebiete zu erkunden. Er schreibt, die politischen Mittel, auf diese Entwicklungen einzuwirken, seien beschränkt:

*„Unsere politische Macht wirkt nicht kurzfristig auf die Ursachen. Sie kann kaum entscheidend auf die Verteiler einwirken. Die Mittel der Vollbeschäftigungspolitik alten Stils gingen von brachliegenden Kapazitäten aus. Das ist diesmal nicht der Fall. Krisen in den Strukturen erfordern Umsetzung in neue Strukturen. Wir kennen weder die neuen Strukturen, noch hätten wir die ausreichenden Lenkungsmittel, die Arbeitskräfte dorthin zu lenken.“*

*Im Augenblick machen die Menschen die Erfahrung, daß die ‚Energiekrise‘ so schlimm offenbar nicht ist. Die Preise sinken, wenn sie auch höher bleiben, als sie vorher waren.‘ Das Erlebnis der Abhängigkeit (alt) wird angereichert durch die Erkenntnis wirtschaftlich-politischer Macht. Das ist nicht nur für viele Wähler neu.*

*Die Erfahrungen der strukturellen Folgen stehen weitgehend noch aus. Das ist ein sehr kritischer Punkt. Er wird wirksam zur Kommunalwahl.*

*Keiner weiß, wie hoch oder gering die Belastbarkeit der Menschen ist. Wir können annehmen, daß die Belastbarkeit jener, die praktisch schon sehr viel schwerere wirtschaftlich-soziale Krisen erlebt haben, viel höher ist als die jener, die zum ersten Mal bewußt eine relativ leichte Krise (Ölzuhr wird höchstens um 10 Prozent real gesenkt) mitmachen.“*

Dieser Auszug aus einer insgesamt nicht nur für die Verhältnisse im Lande Schleswig-Holstein vor Kommunalwahlen interessanten Skizze, ist sowohl eine bemerkenswerte Handreichung für diejenigen, die in den Gemeinden ihre eigene Wahl zu organisieren und durchzukämpfen haben, als auch ein Fingerzeig für manche Probleme, mit denen es Sozialdemokraten überall und insgesamt zu tun haben; die nicht „ressortmäßig“ zu bewältigen sind.

Wenn das Jahr 1974 für die Sozialdemokraten insgesamt „ein aktives Jahr“ werden kann, so unter der Voraussetzung, daß sie sich auf die Probleme und auf die Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner konzentrieren.

Dabei soll nicht außer acht gelassen werden, daß zur Zeit systematisch darauf hingewirkt wird, „den Sozialismus zum Negativsymbol“ zu machen, das heißt zu stempeln. Experten aller Branchen sind darum bemüht, unter Ausnutzung aller sich Ihnen bietenden oder von Ihnen nutzbar zu machenden Möglichkeiten der Medien. Von der Wirksamkeit der Sozialdemokraten als organisierter politischer Kraft hängt sehr viel ab, diesen bössartigen Versuch zu einer Wiederbelebung der fünfziger Jahre (mit „modernen Mitteln“) scheitern zu lassen.

Alle Sozialdemokraten wirken nach Kräften mit Willy Brandt, das Jahr 1974 zu einem aktiven Jahr werden zu lassen.

## Tarifpolitik und Konjunkturpolitik



Wann immer der Wirtschafts- oder Konjunkturablauf in unregelmäßige Bahnen gerät, kommt mit schöner Regelmäßigkeit auch eine Diskussion über die gewerkschaftliche Tarifpolitik in Gang. Und immer geschieht das unter dem Vorzeichen, daß gewerkschaftliche Lohnforderungen, wie hoch oder niedrig sie auch sein mögen, nicht in die konjunkturpolitische Landschaft passen.

Im Boom, wenn die Wirtschaft gut verdient, muß das Argument erhalten, daß Einkommenserhöhungen neue, zusätzliche Kaufkraft schaffen und damit die Konjunktur (und die Preise) anheizen. Im Abschwung werden Lohnforderungen aber ebenfalls als unpassend empfunden, weil sie, wie es dann heißt, die Produktionskosten vergrößern und die in solchen Zeiten ohnehin geschwächte Ertragskraft der Unternehmen zusätzlich einschränken. So gesehen finden Lohnforderungen eigentlich immer zur „Un-Zeit“ statt.

Es ist nicht zu leugnen, daß Einkommenserhöhungen der Arbeitnehmer sowohl zusätzlich Kaufkraft schaffen, als auch kostensteigernd wirken. Total verfehlt wäre es aber, daraus den Schluß zu ziehen, der einzige Hebel für die Steuerung von Konjunkturabläufen und für die Regulierung der Preisentwicklung sei die Lohnpolitik. (Zudem kann die Schaffung zusätzlicher Kaufkraft unter den Konstellationen, wie sie für 1974 denkbar sind, ein notwendiges und erwünschtes Mittel zur Stützung der Konjunktur sein.)

Für den Konjunkturablauf ist die Entwicklung der Arbeitnehmereinkommen natürlich nicht ohne Bedeutung. Sie spielt aber bei weitem nicht die Rolle, die ihr in der öffentlichen Diskussion häufig beigemessen wird. Die Zins-, Kredit- und Währungspolitik, die Ausgabenpolitik der Öffentlichen Haushalte, das Auf und Ab von Energie- und Rohstoffpreisen, das Verhältnis zwischen Export und Import sowie viele andere binnen- und außenwirtschaftliche Faktoren haben einen viel größeren Einfluß auf das

Konjunkturklima, als die meisten Wirtschaftskommentatoren das wahr haben wollen.

Auch für die Preisentwicklung ist die Lohn- und Gehaltssumme *eine* Größe unter vielen anderen. Die Realisierung vorgegebener Gewinnerwartungen, die Ausnutzung von Preiserhöhungsspielräumen auf monopolisierten oder vermachteten Märkten, Währungsparitäten und Preis-Relationen auf den Exportmärkten haben in der Regel einen viel größeren Einfluß auf die Preisgestaltung als etwa die Entwicklung der Lohnkosten. Ein aktuelles und typisches Beispiel dafür ist die Preisentwicklung im Bereich der auf Rohöl basierenden Produkte. Der Lohnkostenanteil in der erdölverarbeitenden Industrie ist so minimal, daß er z. B. auf den Benzin- oder Heizölpreis so gut wie gar keinen Einfluß hat. Wenn es einen exakten rechnerischen Zusammenhang zwischen Preisen und Lohnquote gäbe, müßten sinkende Lohnstückkosten auch sinkende Preise zur Folge haben.

Bisher ist aber fast immer das Gegenteil der Fall gewesen. Kosten-Entlastungen im Lohn- und Gehaltssektor sind nicht zur Reduzierung der Preise, sondern zur Erhöhung der Gewinne benutzt worden. „Vergleicht man die Preisentwicklung mit der Kostenentwicklung, so zeigt sich, daß die Industrieunternehmen nur einen geringen Teil der Kostensenkung, die sie im Anschluß an die Rezession erzielen konnten, in Preissenkungen weitergegeben haben.“ So steht es z. B. im Jahresgutachten 1968 des Sachverständigenrates (Ziff. 27). Im Sondergutachten vom 25. September 1969 heißt es zum gleichen Sachverhalt: „Die Lohnwelle ist eine Reaktion auf die Ausweitung der Gewinnmargen seit Beginn des konjunkturellen Aufschwungs, die nicht zuletzt durch die zurückhaltende Tarifpolitik der Gewerkschaften ermöglicht wurde.“ (Ziff. 3)

Die Preise sind also keineswegs das genaue Spiegelbild der Kostenentwicklung, schon gar nicht der Lohn- und Gehaltsentwicklung, wenn

dies von interessierter Seite auch immer wieder so darzustellen versucht wird.

Preise sind unter den Bedingungen der Marktwirtschaft entweder das Ergebnis politischer Entscheidungen oder das Resultat unternehmerischer Dispositionen. Allerdings liegen der Erhöhung „administrierter“ Preise fast ausnahmslos gestiegene Kosten zugrunde, aber auch hier nicht nur gestiegene Lohn- und Gehaltskosten. Wenn aber beispielsweise die Tarife bei Post und Bahn erhöht werden, dient das niemals der Vergrößerung von Gewinnen, sondern immer der Verringerung von Verlusten. Trotzdem müssen solche Tarifierhöhungen häufig als Alibi für Preiserhöhungen im industriellen Sektor herhalten, etwa unter dem Motto: „Was dem einen recht ist, ist dem anderen billig.“

Wir werden es angesichts der wachsenden wirtschaftlichen und konjunkturellen Schwierigkeiten, die uns für das Jahr 1974 bevorstehen, wieder einmal erleben, daß der Tarifpolitik die Rolle des Packesels auf dem steinigen Wege zur Wiedergewinnung von mehr Preisstabilität, zur Erhaltung der Vollbeschäftigung und zur Sicherung eines angemessenen Wirtschaftswachstums aufzubürden versucht wird. Den Arbeitnehmern und ihren Gewerkschaften darf es aber niemand übelnehmen, wenn sie nicht ohne weiteres bereit sind, einseitig Vorschußleistungen für Stabilitätsziele zu erbringen, die sie zwar vollinhaltlich unterstützen, für deren Erreichung aber niemand irgendeine Garantie übernehmen kann oder übernehmen will.

Die gewerkschaftliche Tarifpolitik hat – neben der ständigen Verbesserung der allgemeinen Arbeitsbedingungen und der Humanisierung der Arbeitswelt – mehrere Perspektiven. Außer der Sicherung des Realeinkommens der Arbeitnehmer und außer der Gewährleistung eines angemessenen Anteils am jeweiligen Produktivitätszuwachs hat sie die Umverteilung zwischen Arbeitnehmerinkommen und Kapitaleinkommen zum Ziel.

Wo wenig oder gar kein Produktivitätszuwachs entsteht, ist auch wenig oder gar nichts zu verteilen. Es mag sein, daß das die Situation ist, vor der wir 1974 stehen. Aber keiner kann zu Beginn dieses Jahres zuverlässige Voraussagen über die zu erwartenden Wachstumsraten machen, die noch dazu von Industriezweig zu Industriezweig unterschiedlich sein werden; und Tarifverhandlungen werden nicht unter

dem Aspekt *gesamtwirtschaftlicher* Zuwachsraten geführt, sondern auf dem Hintergrund der voraussichtlichen Entwicklung *der* Industrie, für die gerade verhandelt wird.

Tarifabschlüsse, die wenigstens die reale Kaufkraft der betroffenen Arbeitnehmer für die Dauer der Tarif-Laufzeit sichern sollen, müssen mindestens die vermuteten Preissteigerungen sowie die zusätzlichen Belastungen aus progressiven Steuer- und Sozialversicherungstarifen einfangen. Wie es zur Zeit aussieht, werden die zu erwartenden Preissteigerungen 1974 nicht geringer sein als im abgelaufenen Jahr. Die Forderung der Gewerkschaften nach Steuer-Erleichterungen für die unteren Einkommensgruppen, etwa durch vorzeitige Veränderung der Lohnsteuer-Progression, scheint für 1974 ebenfalls keine Realisierungs-Chance zu haben.

Es mag sein, daß die Tarifbewegungen des Jahres 1974 nicht im Zeichen üppiger „Umverteilungs“-Erfolge stehen. Es müßte aber zu unzumutbaren Ergebnissen für die Gewerkschaften und ihre Mitglieder und darüber hinaus zu ernsthaften sozialen Konflikten führen, wenn den lohnabhängigen Arbeitnehmern einseitige Opfer abverlangt würden, für die es keine „einklagbaren“ adäquaten Gegenleistungen anderer wirtschaftlicher und sozialer Gruppen gibt.

Niemandem in unserem Lande kann daran gelegen sein, daß zwischen den Gewerkschaftsvorständen und den Gewerkschaftsmitgliedern Entfremdungserscheinungen oder Autoritäts-einbußen als Ergebnis der Unzufriedenheit der Gewerkschaftsmitglieder über tatsächliche oder auch nur über vermeintliche Fehler in der Tarifpolitik platzgreifen. Jeder Tarifabschluß muß deshalb ein Kompromiß zwischen dem objektiv „Machbaren“ und dem subjektiv von den Arbeitnehmern Erwarteten sein.

Der Abschluß eines „Preisabkommens“ ist unter marktwirtschaftlichen Bedingungen nicht möglich. Ebenso wenig kann es Angebote über das Preisverhalten des deutschen Unternehmertums geben. So ähnlich lautete die Erklärung eines prominenten Arbeitgeber-Sprechers in der konzertierten Aktion im Januar 1974. Zu preiskontrollierenden Maßnahmen, wenigstens in den Bereichen, in denen der Wettbewerb nicht funktioniert, kann sich die sozialliberale Regierung aber offenbar auch nicht entschließen.

Alles das zusammengekommen läßt den Gewerkschaften nur die Wahl — bei einer angenommenen 12monatigen Laufzeit der neu abzuschließenden Tarifverträge —, die in dieser Zeitspanne zu erwartenden Belastungen der Arbeitnehmer-Haushalte in entsprechenden Tarifabschlüssen einzufangen. Eine andere Möglichkeit wäre die Vereinbarung kürzerer Laufzeiten oder der Einbau von „Gewitter-Klauseln“ für

den Fall, daß die Tarifabschlüsse durch die Konjunktur-Entwicklung überholt werden. Die Tarifkontrahenten der Gewerkschaften werden sich zu der einen oder zu der anderen Lösung bekennen müssen. Einseitige Appelle an die lohnpolitische Verantwortung und unverbindliche Erklärungen zur preispolitischen Vernunft reichen nicht aus, den sozialen Frieden für 1974 zu gewährleisten.

---

**Christian Götz**

## **Keine falschen Fronten errichten!**

**Einige Überlegungen zum Verhältnis zwischen  
Jusos, SPD und Gewerkschaften**

### **I**

Über das Verhältnis und die wechselseitigen Beziehungen zwischen Jungsozialisten, SPD und Gewerkschaften findet seit Monaten in breiter Öffentlichkeit eine intensive politische Diskussion statt. Sie wurde durch die (inzwischen schon fast zur „Berühmtheit“ gelangten) Rede von Johano Strasser im Juni vergangenen Jahres in Erlangen sowie durch die spontanen Arbeitsniederlegungen und ihre unterschiedliche politische und gewerkschaftspolitische Bewertung ausgelöst.

Im Prinzip ist gegen diese Diskussion nichts einzuwenden. Sie kann durchaus fruchtbar und sinnvoll sein, — wenn die genannten drei politischen Gruppierungen ihr Ziel und ihren Inhalt selbst bestimmen. Heute ist das oft nicht der Fall. Niemand sollte übersehen, daß die Diskussion immer wieder von konservativen bis reaktionären Politikern und Publizisten angeheizt wird. Sie wollen mit Sicherheit keine der drei Gruppierungen stärker machen, sondern sie gegeneinander ausspielen und damit im einzelnen und gemeinsam schwächen. Bei diesen Bemühungen haben die gemeinsamen Gegner von Jusos, SPD und Gewerkschaften schon viele Punkte errungen.

Wer diese Entwicklung stoppen will, muß Konsequenzen ziehen: Er muß mithelfen, daß die im gesamten „linken Lager“ untereinander geführten Auseinandersetzungen in Inhalt und Form anders als bisher verlaufen. Es gilt, einige politische Prinzipien zu beachten. Unvermeidbar ist allerdings, sich auch von einigen Freunden im eigenen Bereich abzugrenzen, ohne sie deshalb dem politischen Gegner zuzurechnen und so zu behandeln.

Die folgenden Ausführungen verstehen sich als Versuch, zu der geforderten „qualitativ anderen“ Auseinandersetzung einen Beitrag zu leisten. Es geht nicht um die Verkündung „einziger möglicher Wahrheiten“. Deshalb wird diese (subjektive) Meinung zunächst bewußt in „Diskussionsthesen“ vorgetragen.

Die — anschließend im einzelnen zu begründenden — Thesen lauten:

### **These 1:**

Auch in Kenntnis der Erlanger Rede von Johano Strasser gibt es keinen überzeugenden Grund, die Jungsozialisten zu verteufeln und zu Gegnern der SPD und der Gewerkschaften hochzustilisieren.

In Kürze erscheint

GEORG W. STROBEL

# Die Partei Rosa Luxemburgs, Lenin und die SPD

Der polnische „europäische“ Internationalismus in der  
russischen Sozialdemokratie

770 S., brosch. ca. DM 130,—

Der Verfasser untersucht die besonders von Leo Tyschka-Jogiches und Rosa Luxemburg beeinflusste ideengeschichtliche und politische Entwicklung der Sozialdemokratie des Königreiches Polen und Litauens in Kongreßpolen, im westlichen Ausland und im revolutionären Rußland bis 1919. Besonderes Augenmerk ist auf die Beziehungen zum Internationalen Sozialistischen Büro, zur deutschen und zur russischen Sozialdemokratie, zu den Anarchisten, zu den anderen polnischen Parteien und zum Allgemeinen Jüdischen Arbeiter-Bund gerichtet. Die Untersuchung behandelt im einzelnen den theoretischen und organisationspolitischen Einfluß der SPD, mit dessen Hilfe die Polen die SDAP Rußlands und besonders Lenins Bolschewiken zu „europäisieren“ beabsichtigten; die Bedeutung der kongreßpolnischen Deutschen in der Partei, die ihretwegen zeitweilig als „deutsche“ Partei verstanden wurde; die Auseinandersetzung mit Lenin um die Führung der russischen Gesamtpartei nach der Vereinigung mit der SDKPiL im Jahre 1906; die Haltung der Polen in der Zimmerwalder Bewegung und besonders in der russischen Revolution von 1917 sowie ihre Vorbehalte gegenüber der „asiatischen“ Oktoberrevolution. Die Arbeit leistet einen wesentlichen Beitrag zur Geschichte der SDAPR und der russischen Revolution und ist bemüht, die SDAPIL in ihrer selbstgewählten Rolle als Mittlerin zwischen der westlichen Sozialdemokratie und der russischen sozialdemokratischen Bewegung zu begreifen.

FRANZ STEINER VERLAG GMBH • WIESBADEN

### These 2:

Die Jungsozialisten sind (als Arbeitsgemeinschaft) nicht autoritär strukturiert und organisiert. Innerverbandlich findet laufend eine kontroverse Diskussion über gesellschaftspolitische Fragen statt. Es ist deshalb eine unzulässige Verkürzung, Strassers politische Position oder gar die politische Position der Jungsozialisten insgesamt an einer einzigen noch so wichtigen Rede zu messen.

### These 3:

Der große wirtschaftliche Aufschwung der BRD nach dem II. Weltkrieg, der ohne die ungeheure Opferbereitschaft der Arbeitnehmer nicht möglich gewesen wäre, darf nicht unterschätzt und abgewertet werden. Andererseits registrieren wir in den letzten Jahren zunehmend, welche verhängnisvollen Folgen gerade für die breite Arbeitnehmerschaft eine ausschließlich pragmatisch orientierte Politik mit sich bringt. Konsequenz: Eine bewußt an bestimmten Grundwerten orientierte Politik dient der Arbeitnehmerschaft. Wer dem zustimmt, darf theoretische und ebenso ideologische Diskussionen nicht abwerten. Er muß sie — im Gegenteil — fördern und sich daran beteiligen.

### These 4:

Notwendige Auseinandersetzungen zwischen Jusos, SPD und Gewerkschaften sowie innerhalb dieser Gruppierungen dürfen nicht dazu führen, den gemeinsamen gesellschaftspolitischen Gegner und seine Ziele zu vergessen. Vor allen Dingen darf es nicht unterbleiben, ihm — wann immer notwendig — geschlossen entgegenzutreten.

### These 5:

Das politisch „linke Lager“, zu dem (u. a.) die weitaus meisten Jungsozialisten, Sozialdemokraten und Gewerkschafter sowie viele Wissenschaftler, Publizisten und Vertreter aus dem konfessionellen Bereich gehören, muß seine Diskussionen in Inhalt und Form so führen, daß die breite Öffentlichkeit eine reale Chance hat zu erkennen: Sie hat es hier mit der einzigen wirksamen „bewegenden“ politischen Kraft zu tun, die unser Land durch Reformen verändern kann. Dazu gehört, das in der Arbeiterbewegung gewachsene Gebot der Solidarität neu zu durchdenken und in der Praxis stärker zu beachten.

### II

*Strassers Erlanger Rede ist in der Öffentlichkeit unvollständig und tendenziell falsch wiedergegeben worden (Anmerkungen zur These 1).*

Strassers Erlanger Rede wird in der Öffentlichkeit laufend zitiert. Sie bildet eine entscheidende Grundlage für prinzipielle Angriffe gegen die Jusos. Gerade deshalb empfiehlt es sich, die gesamte Rede im Wortlaut zu lesen. Dann wird sehr schnell deutlich, daß sowohl hinsichtlich der Gesamttendenz als auch im Hinblick auf wesentliche Einzelfragen Strassers Aussagen auch ganz anders interpretiert und bewertet werden können, als das gemeinhin und insbesondere durch den DGB-Landesbezirksvorsitzenden in Bayern, Wilhelm Rothe, geschehen ist.

Zwei Punkte fallen besonders auf:

1. Nicht nur die Springer-Press, bei der nichts anderes zu erwarten war, sondern auch Zeitungen, die sich im allgemeinen durch eine unvoreingenommene und seriöse Berichterstattung auszeichnen, haben wesentliche Aussagen Strassers, die zur Bewertung der gesamten Rede unverzichtbar sind, unterschlagen.
2. Noch mehr zählt, daß das Ziel und die Gesamttendenz der Rede verschwiegen wurde. Strasser hat in Erlangen kein verbindliches Programm für die künftige Juso-Arbeit verkündet. Er hat vielmehr die Juso-Politik der letzten Jahre zusammenfassend analysiert und ist dabei mit seinem eigenen Verband außerordentlich kritisch umgegangen. Die Rede war ein für die eigenen Freunde bestimmter *Diskussionsbeitrag*; eine Aufforderung, ungeschminkt Bilanz zu machen und davon ausgehend zu überlegen, wie es weitergehen soll. Alle Sachaussagen Strassers zu Einzelfragen müssen vor diesem Hintergrund gesehen werden und bekommen dann einen anderen „Stellenwert“.

Hier besteht keine Möglichkeit und Notwendigkeit, die gesamte Erlanger Rede zu analysieren. Für den Vorwurf der unvollständigen bzw. tendenziösen Berichterstattung seien nur wenige Beispiele genannt: Durch die gesamte Rede zog sich das als „zentral“ empfundene Problem, *konkrete Alternativen* (z. B. zu dem, „was Helmut Schmidt und andere machen“) zu erarbeiten. Nach Strassers Meinung sind die Jungsozialisten aus der Aufbruchphase heraus;

sie haben einen „Zielfel von Macht und Verantwortung“ bekommen und verfügen über bestimmte Einwirkungsmöglichkeiten in der SPD. Jetzt müssen sie sich im Grunde aber schonungslos sagen, daß sie mit „leeren Händen“ dastehen. Strasser bedauerte das auch unter strategischen Gesichtspunkten, „weil man die Masse der Arbeitnehmer, um deren Besserstellung es uns geht, nicht anders zu einer Systemveränderung bewegen kann, als dadurch, daß man ihnen konkrete Alternativen aufzeigt, für die es sich lohnt, etwas zu verändern“.

Von der bürgerlichen Presse, aber auch von einer Reihe von Sozialdemokraten und Gewerkschaftern, ist das Eingeständnis der Jungsozialisten, für ihre künftige Politik neue Konzeptionen erarbeiten zu müssen, als „Schwäche“ eingestuft worden. Man kann diese Bereitschaft zur Selbstkritik und Reflexion aber durchaus auch positiv werten. Auf jeden Fall stellt sie das genaue Gegenteil von „elitärer Arroganz“ dar, die dieselben Kreise den Jusos oft vorwerfen.

Strasser hat in Erlangen — im Gegensatz zu zahlreichen entsprechenden Behauptungen in der Öffentlichkeit — die Arbeitnehmer nicht zu spontanen Arbeitsniederlegungen ermuntert. Dieser Begriff kommt in seiner Rede weder direkt noch indirekt vor. Er hat auch nicht dazu aufgefordert, Lohnforderungen bis zu 20 Prozent zu stellen, sondern lediglich angekündigt, man werde im Herbst dieses Jahres Lohnforderungen bis zu dieser Höhe „erleben“. Nach seiner Auffassung müssen die Jungsozialisten auch so weitgehende Lohnforderungen unterstützen, „weil sie es nicht zulassen können, daß Stabilitätsprogramme zu Lasten der arbeitenden Bevölkerung gemacht werden“.

An keiner Stelle hat Strasser sich dafür ausgesprochen, die Tarifautonomie abzuschaffen oder einzuschränken. Allerdings wies er auf die Grenzen der Tarifautonomie und Tarifpolitik unter den konkreten gesellschaftlichen und rechtlichen Bedingungen hin. Außerdem betonte er die Notwendigkeit, zwischen konkreten Tagesforderungen und langfristigen strategischen Zielen eine Verbindung zu schaffen. Strasser nannte in diesem Zusammenhang unter anderem die Forderung nach umfassender Investitionslenkung, die Vergesellschaftung des Finanzsektors und die sukzessive Einschränkung der Verfügungsgewalt über Produktionsmittel.

Es gehören schon einiger Mut und eine fanta-

sierische Interpretationsgabe zu der Behauptung, diese Forderungen stünden in *diametralem* Gegensatz zu den Grundsatzprogrammen von SPD und DGB. *Antigewerkschaftlich sind diese Forderungen auf jeden Fall nicht.*

Da das offensichtlich nicht ins Bild paßt, ist in der öffentlichen Berichterstattung Strassers uneingeschränktes Bekenntnis zum „demokratischen Weg“ zum Sozialismus völlig untergegangen. Er stellte unmißverständlich fest: Die Jungsozialisten haben keine politische Zukunft und verspielen ihren politischen Einfluß, „wenn sie nicht festhalten an dem demokratischen Weg zum Sozialismus, an der strikten Ablehnung des Dogmatismus und wenn sie nicht festhalten an Organisationsformen, die die politische Fantasie fördern, anstatt sie zu knebeln“. Angesichts dieser kategorischen Feststellungen bekommt auch Strassers Aussage einen anderen Stellenwert, daß die Jusos in der SPD nicht nur aus „taktischen“, sondern auch aus „strategischen“ Gesichtspunkten mitarbeiten, weil sie die SPD für die einzige politische Kraft halten, die bei entsprechender Veränderung möglicherweise eine Entwicklung zum Sozialismus einleiten kann. Es ist unredlich, isoliert nur die letzte Aussage Strassers zu zitieren, um so einen prinzipiellen Gegensatz zum Godesberger Programm konstruieren zu können.

Schon diese wenigen Beispiele beweisen, daß Strassers Erlanger Rede tatsächlich anders interpretiert werden kann als das bisher gemeinhin geschieht. Es besteht kein Grund zur Aufregung. Hier war kein „böser Systemveränderer“ am Werk, der die SPD und die Gewerkschaften grundsätzlich umfunktionieren will und sich dabei weder um die Grundsatzprogramme von SPD und DGB noch um die Verfassung kümmert. Vielleicht ist es darauf zurückzuführen, daß Wilhelm Rothe mit seinen Angriffen zwar viel Beifall in der bürgerlichen Presse, aber nur verhältnismäßig wenig Resonanz bei den Gewerkschaftsvorständen, der Gewerkschaftspresse und kürzlich auch bei der Bundeskonferenz der SPD-Arbeitersgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen fand.

### III

*In prinzipiellen politischen und gewerkschaftlichen Fragen gibt es keine grundsätzlichen Auffassungsunterschiede zwischen Arbeitnehmern, Gewerkschaften und Jusos (Anmerkungen zur These 2).*

In der Öffentlichkeit, zum Teil aber auch aus den Reihen der SPD und der Gewerkschaften, werden den Jusos insbesondere immer wieder folgende Vorwürfe gemacht:

1. Sie stünden nicht treu zur Verfassung und hätten ein „gebrochenes Demokratieverständnis“.
2. Ihr Verhältnis und ihre Beziehungen zu den Kommunisten seien zu eng.
3. Sie würden – wie insbesondere ihre Aussagen zu den spontanen Arbeitsniederlegungen deutlich gemacht hätten – de facto gewerkschaftsfeindliche Auffassungen und Tendenzen vertreten.

Im Kern sind alle Vorwürfe unberechtigt. Sie lassen sich (mit Zitaten aus Reden führender Jusos) relativ leicht widerlegen.

Zu 1.: Auf einer Veranstaltung zum 60. Todestag von August Bebel, die am 13. 9. 1973 in Köln stattfand, betonte Wolfgang Roth: *„Wir Jungsozialisten halten eine grundlegende Veränderung dieser Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung für notwendig, aber diese Veränderungen werden nicht mit scheinbarem Seitenblick auf das Grundgesetz erstritten, sondern wir glauben, daß diese Verfassung eine gute politische Grundlage bietet, um für unsere Ziele zu kämpfen. Wir kämpfen für die Erhaltung und Entfaltung dieser Verfassung.“* Roth legte besonderen Wert auf die Feststellung, das Verhältnis der Jusos zur parlamentarischen Demokratie des Grundgesetzes sei *„nicht taktisch“*. Gewaltenteilung, Oppositionsrecht, Minderheitenschutz und Pressefreiheit seien Grundlagen der Politik, für die es zu streiten gelte. Die politische Freiheit im Sinne des Grundgesetzes werde sich aber erst dann entfalten können, wenn die ökonomische Ungleichheit beseitigt werde.

Johano Strasser meinte in einem „Spiegel“-Interview am 2. 7. 1973: *„Das parlamentarische System ist noch nicht ausgeschöpft in seinen Möglichkeiten, und ich halte nichts von der Vereinfachung, der Parlamentarismus sei weiter nichts als die dem Kapitalismus adäquate Herrschaftsform.“*

Zu 2.: Die „Welt der Arbeit“ fragte (in einem am 24. 8. 1973 veröffentlichten Interview) den stellvertretenden Bundesvorsitzenden der Jusos, Loke Mernitzka, nach dem Verhältnis seiner Organisation zu Kommunisten. Die Antwort: *„Die Jusos haben generell immer ein Aktionsbündnis mit den Kommunisten abgelehnt, weil es konkrete ideologische Unter-*

*schiede gibt. Wir wollen den demokratischen Sozialismus, der sich sehr unterscheidet von einem zentral gesteuerten Sozialismus, wie er in den osteuropäischen Staaten praktiziert wird ...*

*Es gibt punktuelle Aktionen, die die Jusos durchführen um aktuelle Mißstände aufzuzelgen, auch wenn sich Kommunisten daran beteiligen ... Im übrigen arbeiten schon immer Kommunisten in den Betriebsräten und in den Vertrauensleutekörpern aktiv mit. Schon von daher ist eine Zusammenarbeit mit Kommunisten nicht rundweg abzulehnen.“*

Nach einem in der „Frankfurter Rundschau“ vom 16. 10. 1973 veröffentlichten Artikel kündigte die neue Juso-Bundesvorsitzende Heidemarie Wieczorek-Zeul eine engere Zusammenarbeit mit den sozialistischen und kommunistischen Parteien in Italien und Frankreich an. Eine Zusammenarbeit mit der DKP hält sie dagegen für unnötig, *„da wir von dieser Seite keine Anregungen und Impulse erhalten können“*.

In einem am 28. 9. 1973 in der „Welt der Arbeit“ veröffentlichten Interview erklärte Johano Strasser: *„Die Jusos sind immun gegen jede Form des autoritären Sozialismus. Das hat nicht zuletzt unser Auftreten bei den Weltjugendfestspielen in Ost-Berlin gezeigt. Die Frage der Anfälligkeit muß man eher umdrehen. Deshalb sind wir auch der Meinung, daß man sich mit der DKP politisch auseinandersetzen sollte, statt ihre Mitglieder mit Berufsverboten zu belegen.“*

Zu 3.: Von seiten führender Jusos gibt es eigentlich nur klare Bekenntnisse zur Bedeutung und Rolle der Gewerkschaften. Soweit Kritik geübt wird, ist sie auch mit innergewerkschaftlich geäußelter Kritik identisch.

So meinte Johano Strasser in dem bereits zitierten „Spiegel“-Interview vom 2. 7. 1973: *„Ich nehme an, daß die Jusos in den Gewerkschaften recht aktiv sein werden, aber ich bin mir darüber im klaren, daß sie keinen übertrieben großen Einfluß in den Betrieben haben. Wir müssen uns klarmachen, daß es keine Alternativen zu den Gewerkschaften gibt. Alle romantischen Vorstellungen von Gewerkschaftsopposition, wie sie gelegentlich hochkommen, müssen zurückgewiesen werden.“*

Loke Mernitzka legte in seinem Interview mit der „Welt der Arbeit“ vom 24. 8. 1973 allergrößten Wert auf die Feststellung, daß die Jusos in allen Aussagen zur betrieblichen

Arbeit immer betont haben, „daß unsere Aktivitäten immer nur im Rahmen der gewerkschaftlichen Organisation liegen können“. Weiter meinte er: „Wir sind für die Einheitsgewerkschaft, sie muß erhalten bleiben. In den Gewerkschaften müßten aber die Mitglieder durch die gewerkschaftlichen Vertrauensleute mehr zu Wort kommen.“ Und in einem weiteren Interview mit dem „Parlamentarisch-Politischen Pressedienst“ fügte er am 27. 8. 1973 hinzu, Jungsozialisten machten Gewerkschaftspolitik als Gewerkschafter und nicht als eine politische Gruppe innerhalb der Gewerkschaften. Der frühere Juso-Chef Karsten D. folgt unterstrich in einem am 6. 9. 1973 in „Konkret“ veröffentlichten Artikel, in dem er sich u. a. mit der Kritik Wilhelm Rothes auseinandersetzte, die Beschlüsse und die Kritik der Jusos beruhen auf praktischen Erfahrungen und theoretischen Einsichten von Gewerkschaftern innerhalb der Jungsozialisten. Als Antwort auf die Angriffe aus Bayern müsse noch deutlicher gemacht werden, „daß die Jungsozialisten prinzipiell und ohne Vorbehalte für eine Stärkung der Gewerkschaften eintreten“.

Und auch wenn es spezifisch um die Kontroverse wegen der Juso-Äußerungen zu spontanen Arbeitsniederlegungen geht, so gewinnt man zumindest rückblickend den Eindruck, daß die allseitige große Aufregung unnötig oder doch erheblich überzogen war. Inzwischen sind die Aussagen aller Beteiligten erfreulicherweise sehr viel differenzierter geworden.

Johano Strasser meinte am 28. 9. 1973 in der „Welt der Arbeit“: „Für mich ist nicht jede Arbeitsniederlegung gut, nur weil sie spontan ist. Man muß im Einzelfalle immer sehen, ob darunter nicht die gewerkschaftliche Strategie leidet. Andererseits kommen wir nicht umhin zu sehen, daß sich die Arbeitgeber nicht stabilitätskonform verhalten haben, was zu einer breiten Unruhe in der Arbeitnehmerschaft führte ... Aus den spontanen Arbeitsniederlegungen sollte der Schluß gezogen werden, daß man nicht mehr so langfristige Tarifverträge abschließt und daß zugleich Diskussionen um ein anderes Tarifrecht geführt werden.“

Loke Mernicka vertrat am 27. 8. 1973 im „Parlamentarisch-Politischen Pressedienst“ den Standpunkt, spontane Arbeitsniederlegungen seien berechtigt; trotzdem könne man sie „selbstverständlich nicht als normal“ bezeichnen. Sie könnten nur in einem zeitlichen Schwerpunkt – wo z. B. die Preise ungeheuer

steigen und die Löhne stehenbleiben – ein „nützliches Instrument“ darstellen. „Sonst – und dies muß man ganz klar sagen – muß die gesamte Arbeitnehmerschaft im Rahmen der gewerkschaftlichen Organisation ihre Forderungen stellen.“

Mit diesen Aussagen sind die Jusos nicht allzuweit von den Aussagen führender Gewerkschafter zu den spontanen Arbeitsniederlegungen entfernt. So wies der Vorsitzende der Deutschen Postgewerkschaft, Ernst Breit, am 5. 9. 1973 in einem Artikel in der Mitgliederzeitung seiner Organisation darauf hin, die Geschäftsgrundlage der Stabilitätspolitik „feste Löhne – feste Preise“ sei von den Unternehmern nicht eingehalten worden. Die Gewerkschaften schlossen keine Verträge über Preise, sondern über Löhne ab. Deshalb müsse eine Kontrolle der Unternehmerpreisbildung gesetzlich geregelt werden. Und zur (auch von Bundeskanzler Willy Brandt geforderten) Einhaltung der „Spielregeln“ meinte er, diese seien schön und gut, nur müßten sich auch alle Mitspieler daran halten.

Auf der großen Tagung „Streik und Ausspernung“, die die IG Metall Mitte September letzten Jahres in München durchführte, nahm Eugen Loderer mit folgenden Worten differenziert Stellung: „Was die gewerkschaftliche Position gegenüber spontanen Arbeitsniederlegungen angeht, so werden wir stärker als bisher deutlich machen müssen, daß unsere Einschätzung dieser Dinge sich nicht nur an ihrer angeblichen Rechtswidrigkeit orientiert. Mehr denn je müssen wir die eigenen organisationspolitischen Erfordernisse bei der Beurteilung in den Vordergrund stellen und es ablehnen, als Gewerkschaft die Feuerwehr für die Unternehmer zu spielen.“

Schon diese verhältnismäßig wenigen Beispiele zeigen, daß die Jungsozialisten gerade in den umstrittenen Punkten, die einleitend zu diesem Abschnitt genannt wurden, sehr differenziert argumentieren. Außerdem wird deutlich, daß es in prinzipiellen politischen und gewerkschaftlichen Fragen zwischen Arbeitnehmern und Gewerkschaften einerseits und Jusos andererseits keine grundsätzlichen Auffassungsunterschiede gibt. Sie sollten sie sich deshalb auch nicht einreden lassen und mögliche Mißverständnisse jeweils umgehend klären, damit es nicht zu falschen Frontstellungen kommt. Es wäre zweckmäßig, wenn die führenden Jungsozialisten mehr Kontakt mit führenden Ge-

werkschaftern, die schließlich die gewählten Repräsentanten der organisierten Arbeitnehmerschaft sind, suchen würden. Nicht weniger wichtig wäre eine Kommunikation mit der Gewerkschaftspresse. Daß diese so gut wie nicht besteht, ist nicht nur unverständlich, sondern politisch unklug.

Ein weiteres Kommunikationsproblem besteht offensichtlich zwischen der Juso-Spitze und den Arbeitgemeinschaften. Dort sind die Aussagen zu prinzipiellen und umstrittenen politischen Fragen oft weniger eindeutig als in den obigen Zitaten wiedergegeben. So besteht — wie manche Erfahrungen der Vergangenheit verdeutlichen — die Gefahr, daß es von der Basis her zu Schwierigkeiten und Diskrepanzen zwischen Jusos und Gewerkschaften kommt.

#### IV

*Politische Theorie und politische Praxis sind keine Gegensätze — sie bedingen sich* (Anmerkungen zur These 3).

Daß politische Theorie und politische Praxis sich nicht ausschließen, sondern — im Gegenteil — bedingen, ist längst eine gesicherte Erkenntnis. Trotzdem lassen sich innerhalb von SPD und Gewerkschaften (die eigentlich oft schon in der Person gar nicht klar voneinander zu trennenden) „Theoretiker“ und „Praktiker“ immer wieder gegeneinander ausspielen. Diese Methode ist auch besonders wirksam, wenn es darum geht, das Verhältnis zwischen Jusos und Gewerkschaften negativ zu bestimmen. In „Konkret“ wies Karsten D. Voigt auf das alte und immer wieder aufgewärmte Vorurteils-Schema hin, das laute: „*Solide, bestenfalls reformistische Arbeiterschaft und ihre Organisationen gegen revolutionäre, mit ‚wildem‘ Streiks sympathisierende Ideologen ohne Basiskontakt.*“

Durch diesen — bewußt oder unbewußt — konstruierten prinzipiell falschen Gegensatz wird verschleiert, daß gerade die Arbeitnehmer und Gewerkschaften auf Praktiker mit theoretischem Fundament und Theoretiker mit Praxisbezug angewiesen sind.

Immer wieder wird behauptet, die meisten Jusos hätten einen „Theorie-Überhang“ und ein „Praxis-Defizit“. Gleichzeitig heißt es, bei vielen Gewerkschaftlern und Sozialdemokraten sei ein „Theorie-Defizit“ anzutreffen, sie handelten viel zu oft pragmatisch. Unterstellt, das ist richtig, dann müßte es nicht bei mehr oder

weniger unfruchtbaren Vorwürfen bleiben. Diese könnten vielmehr positiv „umfunktioniert“ werden: Wechselseitige Stärken und Schwächen könnten nämlich die ideale Grundlage für einen Dialog und für eine Zusammenarbeit darstellen, an der alle Beteiligten partizipieren würden.

Über die Abwertung theoretischer Auseinandersetzungen hinaus ist es konservativen Politikern und Publizisten durch jahrelange entsprechende „Berieselung“ gelungen, in der breiten Öffentlichkeit (also einschließlich Arbeitnehmerschaft) den Eindruck zu erwecken, es sei eine Sünde wider den „demokratischen Geist“, politische Fragen auch aus ideologischer Sicht, d. h. von bestimmten Wertvorstellungen ausgehend, zu diskutieren und sein praktisches Handeln danach zu bestimmen.

Dieselben Kreise verzichten selbst „natürlich“ keineswegs darauf, ideologische Positionen zu vertreten und sei es auch „nur“, indem sie pragmatisches Handeln zur Ideologie erheben oder — wie Willy Brandt kürzlich meinte — die „*schreckliche Ideologie der Ideologielosigkeit*“ entwickeln.

Diesen Vorwurf erhob der Bundeskanzler in einer außerordentlich beachtenswerten Rede mit der bezeichnenden Überschrift „Politik in Deutschland — Wertvorstellungen unter Ideologieverdacht“, die er am 1. 9. 1973 vor der Evangelischen Akademie in Bad Segeberg hielt. Willy Brandt meinte, wer beinahe 20 Jahre lang einen verzerrten und übersteigerten Pragmatismus als oberstes Prinzip der Politik vergötzt habe, dürfe sich eigentlich nicht wundern, daß Leerräume entstanden seien, in die „Ideologien“ einströmen könnten. Wer nicht mehr zu bleten hätte, sei im Gegenteil mitverantwortlich dafür, daß ein mitunter „hirnloser Pragmatismus“ in das andere Extrem umschlage. Die „Ideologie der Ideologielosigkeit“ sei deshalb so schrecklich, weil sie stets von einem fast pathologisch guten Gewissen begleitet werde. Der Kanzler wörtlich: „*Diese Ideologie beschreibt sich auch heute noch ganz ungeniert der Zementierung längst überfälliger und zum Teil ärgernisregender gesellschaftlicher Verhältnisse. Oder sie dient der Überhöhung massiver wirtschaftlicher Interessen weniger auf Kosten der vielen.*“

Zusammenfassend meinte der SPD-Vorsitzende, der Ideologieverwurf erweise sich selbst als ideologieverdächtig; nämlich als Versuch,

davon abzulenken, daß nur das Aufarbeiten von sozialen Konflikten in der Erziehung zu mehr realer Freiheit des einzelnen führe, zu sozialer Gerechtigkeit und zu mehr Solidarität. Wer nächstens wieder die Absicht haben sollte, linken Sozialdemokraten und Gewerkschaftern oder Jusos vorzuwerfen, sie seien schlechte Politiker, wais sie in und mit Ideologien lebten, sollte vorher die Rede Willy Brandts genau lesen. Er kann künftig nicht mehr als „Kronzeuge“ für solche Vorwürfe angeführt werden. Es ist wohl kein Zweifel, daß des Kanzlers Juso-Schelte wegen deren Äußerungen zu spontanen Arbeitsniederlegungen in der bundesdeutschen Öffentlichkeit breit publiziert wurde, während seine Ausführungen in Bad Segeberg mehr als „Gehelmtip“ gelten und (zumindest vergleichsweise) nur ein geringes Echo fanden.

## V

*Konservative bis reaktionäre Politiker und Publizisten wollen die „Linke“ insgesamt schwächen, um tatsächlich „greifende“ Reformen zu verhindern (Anmerkungen zur These 4).*

Konservative bis reaktionäre Politiker und Publizisten haben sich seit Monaten auf die Jungsozialisten eingeschossen. Mit ihren dauernden Angriffen konnten sie sogar Sympathiegewinne bis in das „linke Lager“ hinein verbuchen. (Unter anderem fanden sie dort – bis hinauf in hohe Partei- und Gewerkschaftsetagen – auch immer wieder „Zeugen“ für ihre Attacken.)

Dabei droht die wesentliche Tatsache unterzugehen, daß auch bei Angriffen gegen einzelne Gruppierungen immer die „Linken“ überhaupt gemeint sind. Sie sollen insgesamt geschwächt werden.

Oft muß man den Eindruck gewinnen, allzuvielen Jusos, Sozialdemokraten und Gewerkschafter hätten bereits vergessen, gegen welchen konzentrierten Widerstand von seiten der CDU/CSU und ihrer Verbündeten in Wirtschaft und Massenmedien die neue Ost- und Deutschlandpolitik durchgesetzt werden mußte. Es wäre doch absolut illusionär anzunehmen, der aus dieser Richtung kommende Widerstand gegen ein fortschrittliches Programm innerer Reformen könne geringer sein. Im Gegenteil, er wird eher noch wachsen, da Macht, Einfluß und Privilegien durch grundlegende Veränderungen im Inneren unmittelbar bedroht sein können.

Das (Gegen-) Rezept ist überhaupt nicht neu, sehr einfach und vielfach erprobt: *Wer überholte gesellschaftliche Strukturen verteidigen und tatsächlich „greifende“ Reformen verhindern will, muß die „Linke“ schwächen.* Welche Gruppierung man jeweils angreift, ist eine sekundäre Frage, die unter dem Gesichtswinkel der größten Wirksamkeit entschieden wird. Es können heute die Jusos, morgen aber genauso gut die Sozialdemokraten insgesamt und die Gewerkschaften oder auch alle gleichzeitig sein.

Für die Richtigkeit dieser Behauptung spricht insbesondere die Tatsache, daß die Jusos in den letzten Monaten zwar unter besonders „dichtem Beschuß“ standen; gleichzeitig gab es aber von seiten der CDU/CSU und der bürgerlichen Presse auch sehr massive Angriffe von prinzipieller Bedeutung gegen die SPD und die Gewerkschaften.

So behauptete Franz Josef Strauß, die parlamentarische Demokratie in der Bundesrepublik sei durch „Linksradikale innerhalb und außerhalb der SPD“ und den „politischen Stil“ Willy Brandts bedroht. Deshalb müsse die CSU nicht nur für ein „freies Bayern“, sondern auch für ein „freies Deutschland“ kämpfen. Dem DGB warf er ziemlich direkt vor, für eine „Volksrepublik Deutschland“ im Sinne russischer Zielsetzungen einzutreten.

Fraktionschef Karl Carstens forderte den Bundeskanzler auf, sich um seiner eigenen Glaubwürdigkeit willen von „marxistischen Bestrebungen“ innerhalb der SPD zu distanzieren. CDU-Ministerpräsident Hans Filbinger erteilte Mitte Juli dieses Jahres der Politik der Gewerkschaften eine „eindeutige Absage“. Er hält es für notwendig, die „Freiheit der Vermögensbildung“ und die „Freiheit der Mitbestimmung“ gegen die Gewerkschaften durchzusetzen. „Mündige Arbeitnehmer“ brauchten keine „Führung durch Funktionäre“. So reden und argumentieren auch vorgestrige Unternehmer und andere prinzipielle Gegner der Gewerkschaften.

CDU-Vorsitzender Helmut Kohl ging in einem Vortrag auf der 18. Bundestagung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU in München im September dieses Jahres sogar so weit zu unterstellen, Mitglieder der SPD würden „schon längst Grundwerte unserer Demokratie und Verfassung an der Wurzel in Frage stellen“. In einem am 14. 9. 1973 im „Deutschland-Union-Dienst“ veröffentlichten Grundsatz-

artikel behauptete er, die Demokratie laufe Gefahr, von einer Institution der Freiheit für alle Bürger zu einem Instrument des Klassenkampfes für wenige Funktionäre zu werden, in dessen Verlauf die demokratischen Freiheiten der konkreten Menschen zugunsten der „absoluten Freiheit“ eines „neuen Menschen“ vergewaltigt würden. Die Systemüberwindung sei längst im Gange. Sozialistische Politik nannte Kohl eine „zutiefst reaktionäre Politik“.

Nach Kohls in diesem Artikel vertretener Auffassung muß das Demokratiegebot heute insbesondere von den mächtigen sozialen Verbänden eingelöst werden. Wörtlich: *„Immer mehr Rechte einzuräumen, erhöht nur die Macht der Funktionäre, wenn diese Verbände intern nicht nach demokratischen Prinzipien organisiert sind. Diese Verbände – etwa die Sozialpartner – erfüllen eine öffentliche Aufgabe; sie üben immer mehr Macht in der Gesellschaft aus. Auch ihre Macht muß kontrolliert werden. Der demokratische Staat hat das Recht und die Pflicht, Vorschriften für ihre innere Organisation aufzustellen. In gleicher Weise muß er die sozialen Verbände nachdrücklich an ihre soziale Bindung gegenüber dem Gemeinwohl erinnern. Der Staat kann nicht zulassen, daß einzelne Gruppen und Verbände ihre eigenen Interessen gegen das Interesse der Gesamtheit durchsetzen.“*

Alle nachträglichen Interpretationsbemühungen ändern nichts daran, daß wir es bei diesen Ausführungen Kohls mit dem härtesten Angriff seit langem auf die Autonomie der Gewerkschaften, und zwar sowohl in bezug auf ihre innere Ordnung als auch hinsichtlich ihrer gesellschaftspolitischen Wirkungsmöglichkeiten, zu tun haben. Sie sollen an ein (bekanntlich objektiv nicht definierbares) „Gemeinwohl“ gebunden werden. Ihre innere Organisation möchte Kohl staatlich reglementieren. *Beides ist extrem gewerkschaftsfeindlich.* Der mit Sicherheit erfolgende Hinweis, er habe schließlich beide Sozialpartner genannt, hat nur formalen Wert und ist wenig überzeugend. Die Unionsparteien haben noch nie in ihrer Geschichte Position und Einfluß von Unternehmern irgendwo beschränkt. Im Gegenteil! Mißtrauen und äußerste Skepsis sind also angebracht. Die zitierten Stellungnahmen der CDU/CSU-Prominenz werden durch adäquate Äußerungen in konservativen Presseorganen ergänzt und unterstützt.

So behauptete z. B. Ernst Vetter in einem am 31. 7. 1973 in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ veröffentlichten Grundsatzartikel, die Auseinandersetzungen der Gewerkschaften mit dem „radikalen Flügel der SPD“ sowie der radikalen Splittergruppe RGO, die er bezeichnenderweise in einem Atemzug nannte, hätten sich verschärft. Der Autor hielt es für notwendig, die Gewerkschaften „unmißverständlich“ auf ihre Position als „Ordnungsfaktor in einer freiheitlichen Gesellschaft“ hinzuweisen. Anschließend wurde er recht konkret: Vetter polemisierte gegen einen „Kreis junger Theoretiker“, die als Referenten in den Gewerkschaften tätig seien. Diese dächten nicht mehr in volkswirtschaftlichen Zusammenhängen, sondern in „ideologisch vorgapprägten Machkategorien“. Für diese „Radikalen und Systemveränderer“ bildeten die großen Organisationen einen „Tummelplatz für Planspiele in Systemveränderung“. Sie wollten unsere Ordnung mit Hilfe von Gewerkschaftsautorität und Gewerkschaftsmacht beseitigen. Deshalb müßten sich die mit „praktischer Gewerkschaftspolitik beauftragten Männer an der Spitze der Organisationen“ von diesen „geistigen Beratern“ trennen.

Wenn es um Angriffe gegen das „linke Lager“ geht, marschiert auch das „Handelsblatt“ immer mit an der Spitze. Es hat (verständlicherweise) genüßlich und in großer Aufmachung die Vorwürfe von Wilhelm Rothe publiziert. Dabei wurde natürlich auch nicht darauf verzichtet, von sich aus „gestandenen“ Gewerkschaftern und Sozialdemokraten eine bestimmte Lesart und Konsequenzen zu offerieren. Über Rotheres Vorwürfe wurde vom „Handelsblatt“ am 10./11. 8. 1973 mit der Überschrift berichtet: *„Die Jusos zielen dem DGB mitten ins Herz/Gewerkschaftsfront gegen Neo-Marxisten“.* Der Artikel wurde mit einem Bild von Wolfgang Roth aufgemacht, das man mit der Unterschrift versah: *„Wolfgang Roth, Juso-Vorsitzender und SPD-Vorstandsmitglied, gilt für manche DGB-Funktionäre offensichtlich als der Sprecher einer verfassungswidrigen Organisation, die bei diesem Programm keinen Standort in einer ordentlichen Partei haben dürfte.“* Deutlicher geht es wohl nicht.

„Bild“ verzichtete – wie immer – von vornherein auf jedes „vornehme Getue“ und stellte in einem Kommentar am 1. 9. 1973 unverblümt fest: *„Nicht nur Chaoten, wie Willy Brandt beschwichtigend meint, sondern linksradikale*

*Kommunisten und Jusos arbeiten gezielt an der Zerstörung dieser Republik und an der Errichtung einer anderen.* Mit dieser Diffamierung und Brunnenvergiftung schließt sich der Kreis.

Wer sich die prinzipiellen Angriffe konservativer Politiker und Publizisten gegen Sozialdemokraten und Gewerkschaften vor Augen führt, wird sehr schnell erkennen, daß sie in Inhalt und Diktion mit den Angriffen gegen Jusos identisch sind. Daraus müssen die verschiedenen Gruppierungen des „linken Lagers“ Konsequenzen ziehen. Daß sie ständig miteinander diskutieren, sich „streiten“ und gegenseitig kritisieren, ist gut und entspricht einer „linken Tradition“. Darüber darf der Kampf gegen gemeinsame gesellschaftspolitische Gegner aber nicht vergessen werden. Er darf keine Vorteile dadurch gewinnen, daß „Linke“ sich möglicherweise nur mit sich selbst und ihren Differenzen beschäftigen. So ist z. B. nichts dagegen einzuwenden, wenn Jusos scharf und zumeist öffentlichkeitswirksam reagieren, wenn führende Sozialdemokraten nicht auf ihrer Linie liegende Äußerungen machen. Die Auseinandersetzung mit konservativen bis reaktionären Politikern und Publizisten darf aber keine geringere Priorität besitzen. Es ist auch töricht, den Verzicht damit zu begründen, von dieser Seite sei sowieso nichts anderes zu erwarten. Eine solche Aussage mag sogar eine „innere Logik“ für sich haben; von der breiten Öffentlichkeit wird sie trotzdem nicht verstanden.

## VI

*Das „linke Lager“ hat gemeinsam den geschichtlichen Auftrag, in der Bundesrepublik Deutschland eine menschenwürdige Gesellschaft zu realisieren (Anmerkungen zur These 5).*

Diese These steht in engem Zusammenhang mit These 4. Die Erfahrungen der letzten Zeit machen es notwendig, an einen selbstverständlichen, aber allzuoft mißachteten Grundsatz zu erinnern: Politiker sind nicht nur dafür verantwortlich, daß ihre Politik inhaltlich stimmt. Sie müssen gleichzeitig dafür sorgen, daß sie den ständigen Kontakt zu ihren Anhängern und Wählern nicht verlieren und von diesen verstanden werden. Dabei müssen sie von den „realen Menschen“, mit denen man es im politischen Alltag nun einmal zu tun hat, ausgehen und nicht von der Wunschvorstellung allseitig aufgeklärter Bürger. Auf keinen Fall wäre es

eine Alternative zu sagen: Wir Politiker verhalten uns schon richtig, die „breite Masse“ versteht uns nur nicht. Die Verantwortung dafür, daß diese Kommunikation klappt, liegt eindeutig bei den Politikern.

Um wieder konkret zu werden: Es wäre verhängnisvoll, wenn sich in der breiten Öffentlichkeit der Eindruck verfestigen würde: Innerhalb des „linken Lagers“ wird so viel und so kontrovers diskutiert, daß es – und zwar einschließlich der von ihr getragenen Regierung – politisch letztlich nicht mehr handlungsfähig ist.

Auch in diesem Zusammenhang wird nicht für den Verzicht auf notwendige Diskussionen plädiert. (Eine „Linke“, die nicht diskutiert, wäre keine mehr.) Notwendig ist aber, daß sich alle gemeinsam wesentlich stärker als bisher bemühen, der breiten Öffentlichkeit zu verdeutlichen, daß diese Diskussionen die Voraussetzung für vernünftiges Handeln sind. Übrigens sollte in diesem Zusammenhang auch einmal über den Wert sog. „Einigkeitssappelle“ nachgedacht werden, selbst wenn sie von Willy Brandt kommen. Sie erfolgten bisher immer im Zusammenhang mit kontroversen Diskussionen. Dadurch wurde der Eindruck erweckt, als seien solche Diskussionen etwas Negatives, das möglichst schnell „abzustellen“ sei. Wenn es aber darum geht, den Wert von Diskussionen und Auseinandersetzungen als Voraussetzung für vernünftiges Handeln ganz allgemein herauszustellen, erzielen (schlecht terminierte) „Einigkeitssappelle“ die gegenteilige Wirkung.

Durch richtig verstandene theoretische Arbeit sind Jusos, SPD und Gewerkschaften nicht in Gefahr, an Anziehungskraft und politischer Effektivität zu verlieren. Diese Gefahr kommt unter Umständen aus einer anderen Ecke. Sie könnte konkret werden, wenn diese Gruppierungen untereinander und in ihren eigenen Reihen das Gebot der Solidarität, das die Arbeiterbewegung einmal großgemacht hat, weiterhin so oft mißachten. Heute kommt es vor allem darauf an, dieses Gebot „im kleinen“, im Alltag, z. B. im Verhalten zwischen alten und jungen Sozialdemokraten innerhalb eines SPD-Ortsvereins, stärker zu verwirklichen. Hier liegt auch ein besonderes Aufgabenfeld für die Jusos, das sie nicht unterschätzen sollten. Wenn sie die SPD in mehrfacher Hinsicht „erneuern“ und „qualifizieren“ wollen, dann sollten sie dabei dem Kampf um mehr innerparteiliche Solidarität besondere Priorität einräumen

und ihr eigenes Verhalten danach ausrichten. Wer für eine humane Gesellschaft kämpft, im Alltag aber in der Gefahr ist, unsolidarisch und damit inhuman zu handeln, riskiert ggf. gleichzeitig seine Glaubwürdigkeit. Das klingt ziemlich „moralisch“ und ist auch so gemeint.

Herbert Wehner, der es wissen muß, hat sich im „SPD-Pressedienst“ vom 30. 7. 1973 sehr energisch zum Wert und zur Notwendigkeit solidarischen Verhaltens geäußert. Er meinte u. a., Solidarität sei etwas, das nicht getrimmt oder gedrillt und auch nicht durch Statut festgelegt werden könne. Solidarität müsse erlebt und weitergegeben werden wie der Stab einer Staffette von den Älteren an die Nachwachsenen und immer weiter. Die Älteren warnte er davor, „elegisch“ zu werden. Die Jüngeren müßten nicht so werden wie sie. Wörtlich: „Nein, auf ein Einziges kommt es an: nichts von dem verlorengehen zu lassen, zu verschleudern, gering zu achten und als selbstverständlich hinzunehmen, was durch Siege und

*in Niederlagen erworben, erkämpft, erdarbt, erstreikt, errungen und behauptet werden mußte!*“

In demselben Artikel meinte Herbert Wehner: „Unsere Bundesrepublik Deutschland hat nach ihrem Grundgesetz ein demokratischer und sozialer Bundesstaat zu sein, das heißt für uns: zu werden. Das ist der Verfassungsbefehl. Wer soll das eigentlich sonst durchsetzen, wenn nicht die Sozialdemokratie? Als geistig führende und auch die harte Arbeit nicht scheuende Kraft!“ ...

Auch und nicht zuletzt unter dieser Perspektive dürfen Jusos, Sozialdemokraten und Gewerkschaften keine falschen Fronten aufkommen lassen. Sie müssen nicht nur ständig miteinander diskutieren, sondern gemeinsam politisch handeln. Von einer menschenwürdigen Gesellschaft, wie sie sowohl das Godesberger Programm der SPD als auch das DGB-Grundsatzprogramm fordern, sind wir nämlich noch weit entfernt.

---

## Hansjörg Elshorst

### Gewerkschaften und Entwicklungspolitik



**Zielgleichheit:** Wie kaum in einem anderen Bereich der Politik decken sich die Zielvorstellungen der deutschen Entwicklungspolitik mit den Grundwerten der Arbeiterbewegung: der Forderung nach Besserung der wirtschaftlichen Lage der Unterprivilegierten und nach sozialer Gerechtigkeit für diese sowie dem Bekenntnis zur internationalen Solidarität. Die vom Kabinett verabschiedete Konzeption der deutschen Entwicklungspolitik vom Februar 1971 hat diese Nähe der Zielvorstellungen noch konkretisiert, indem sie etwa die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zu einem zentralen Thema

der deutschen entwicklungspolitischen Anstrengungen gemacht hat.

**Mißverständnisse:** Dem deutschen Arbeitnehmer und auch dem politisch engagierten Gewerkschafter ist diese Zielidentität kaum bewußt. Vielmehr begegnet er als Arbeitnehmer den Entwicklungsländern meist nur dann, wenn es in bestimmten Branchen und Regionen zu Krisen kommt und damit zu einer Bedrohung seines Arbeitsplatzes. Bei Konkurrenz aus Niedriglohnländern ist schnell der Vorwurf der Preismanipulation und des Dumping zur Hand; bei Tarifverhandlungen droht man mit

der Auslagerung der Produktionsstätten in Gebiete, in denen die Gewerkschaften weniger Ärger machen; gerade für ältere und benachteiligte Arbeitnehmer können Gastarbeiter zur Verdrängungskonkurrenz werden. Statt Solidarität zu wecken, treten die Probleme der Arbeitslosigkeit und Unterbezahlung in Entwicklungsländern in ihren Folgen dem deutschen Arbeitnehmer als etwas illegitimes, ja fast illoyales entgegen.

**Problemvergleich:** Andererseits sind die Probleme der Entwicklungsländer so bedrückend, daß viele Entwicklungspolitiker versucht sind, die oben dargestellten Schwierigkeiten der deutschen Arbeitnehmer als vergleichsweise harmlos und durchaus noch erträglich hinzustellen:

- Kurzarbeit und selbst Arbeitslosigkeit von älteren oder schlecht ausgebildeten Arbeitnehmern in strukturungünstigen Regionen werden in der Bundesrepublik durch Sozialmaßnahmen aufgefangen – in Entwicklungsländern wird es bis 1980 weit über 300 Millionen Arbeitslose geben, wobei eine Arbeitslosenunterstützung weder gesetzlich vorgesehen noch finanzierbar ist.
- Die Empörung wächst über die Lieferbeschränkungen und das Preisdiktat der Ölscheichs; Arbeitsplätze sind gefährdet – seit Jahrzehnten verringert sich der Wert der meisten Rohstoffexporte der Entwicklungsländer, während unser Reichtum auch wegen der Ausnutzung der billigen Rohstoffe stieg; spekulationsbedingte Schwankungen der Preise zerstörten Hunderttausende von Arbeitsplätzen, behindern die Schaffung neuer Beschäftigungsmöglichkeiten und nehmen nicht selten die Form einer politischen Erpressung an.
- Manche beklagen die wachsende Importabhängigkeit der Bundesrepublik auch bei wichtigen Fertigwaren wie Bekleidung – die Entwicklungsländer sind auf Gedeih und Verderb auf unsere Technologien und Industriegüter angewiesen, obwohl diese ihren speziellen Bedarf nicht berücksichtigen, und zahlen dafür mit einer immer abenteuerlicheren Verschuldung.
- Auf einigen Branchen in der Bundesrepublik lasten Absatzschwierigkeiten und deshalb Kurzarbeit und Betriebsschließungen wegen der Konkurrenz aus Niedriglohnländern. Die Entwicklungsländer stoßen gerade

mit den Waren, die für sie produzierbar sind und durch die Arbeitsplätze geschaffen werden, auf Zollschränken und andere Handelshemmnisse bei den Industrieländern.

**Verfehlte Strukturpolitik:** Entwicklungspolitiker, die die Probleme für deutsche Arbeitnehmer dergestalt als tragbar oder als notwendiges Opfer hinstellen, handeln nicht nur taktisch unklug, sondern geben sich für die Verschleierung der Ergebnisse einer planungsfeindlichen Wirtschaftspolitik her. In Wirklichkeit sind soziale Härten gegen Arbeitnehmer in strukturschwachen Gebieten keineswegs das Ergebnis einer Rücksichtnahme auf die Interessen der Entwicklungsländer. Eine unterbewertete DM und die Exporthysterie der 50er und 60er Jahre haben uns Millionen von Gastarbeitern ins Land gebracht und unrationelle Strukturen bewahrt; eine nur auf die Anzahl, nicht auf die Qualität der Arbeitsplätze gerichtete regionale Strukturpolitik hat mit staatlicher Hilfe Produktionsstätten neu geschaffen, die heute ihrerseits bereits nicht mehr konkurrenzfähig und deshalb schutzbedürftig sind; die Ablehnung einer langfristig geplanten sektoralen Strukturpolitik hat die Chance verringert, durch Förderung zukunftsträchtiger Branchen und durch arbeitsmarktpolitische und sozialpolitische Maßnahmen einen schmerzlosen Strukturwandel zu garantieren. Auch das Mißmanagement mancher Unternehmensleitungen und die Veränderungsscheu lokaler Gewerkschaftsfunktionäre tragen einen Teil der Schuld, die heute oft der Rücksicht auf Entwicklungsländer angelastet wird. Die verantwortlichen Spitzen der Einzelgewerkschaften, des DGB und des IBFG stimmen überein, daß Strukturwandel für die Bundesrepublik lebensnotwendig ist und bei planvoller Koordination aller Instrumente ohne große soziale Härten realisiert werden kann.

**Folgendes Strukturwandels:** Strukturwandel in der Bundesrepublik vollzieht sich außer durch technologische Verbesserungen durch Verlagerung von Produktionen in Länder mit günstigeren Faktorkosten (niedrigere Löhne, Rohstoffnähe, geringere Umweltbelastung). In der Regel bedeutet das nicht die Verlagerung ganzer Branchen; vielmehr werden gerade durch die Auslagerung von Teilbereichen der Produktion Arbeitsplätze mit vergleichsweise hoher Produktivität in der Bundesrepublik bewahrt.

Als Folge der Strukturveränderungen in den Industrieländern werden in den Entwicklungsländern einige Arbeitsplätze geschaffen. Doch die Kosten dafür sind hoch: materielle und personelle Produktionskapazitäten wie auch Infrastrukturinvestitionen dieser Länder werden von der Befriedigung der Grundbedürfnisse der eigenen Bevölkerung abgelenkt und auf Produktionen für den bereits reich besetzten Konsummarkt der Industrieländer konzentriert. Eine wachsende Diskrepanz zwischen nach außen orientierter städtischer Industriegesellschaft und traditionellen ländlichen Gebieten erzeugt Landflucht, Slumbildung und soziale Spannungen. Die exportorientierten Produktionsstätten sind meist in den Händen multinationaler Unternehmen, die nicht selten die Politik ihrer Gastländer in ihrem Sinne beeinflussen.

Auch wenn sie sich der Fragwürdigkeit dieser Form der Industrialisierung bewußt sind, können viele Entwicklungsländer nicht auf das Angebot einer so gearteten weltwirtschaftlichen Arbeitsteilung verzichten, da Arbeitslosigkeit und Devisenmangel sie bedrängen und andere Entwicklungschancen nicht in genügendem Ausmaß angeboten werden. Sie müssen sich dem Diktat derer beugen, die wenigstens eine gewisse Abhilfe anzubieten haben.

**Scheinlösungen:** Diese Zwangslage vieler Entwicklungsländer gibt multinationalen und anderen Unternehmen die Möglichkeit, mit dem Hinweis auf eine fast unbegrenzte Dispositionsfreiheit in diesen Ländern die Arbeitnehmervertretungen in Industrieländern unter Druck zu setzen. Es hat verschiedene wenig erfolgversprechende Versuche bzw. Vorschläge von Gewerkschaften gegeben, einem drohenden Verlust von Arbeitsplätzen vorzubeugen:

- Reduzierung der Ansprüche der Arbeitnehmer auf Einkommenssteigerung und verbesserte Arbeitsbedingungen. Das damit verbundene Zurückfallen der Arbeitnehmer dieser Branche ist nur ein Beweis dafür, daß hier unproduktive Strukturen künstlich bewahrt werden.
- Gemeinsam mit den Arbeitgebern Forderung nach protektionistischen Maßnahmen durch die Regierung. Solche Maßnahmen können höchstens eine kurzfristige Atempause zum Nachholen versäumter Strukturpolitik bieten. Langfristig untergraben sie

die Konkurrenzfähigkeit der außenhandelsabhängigen Bundesrepublik.

- Angleichung der Lohn- und Arbeitsbedingungen in den ausgelagerten Zweigwerken an das Niveau der Industriestaaten durch internationale Tarif- und Gewerkschaftspolitik. Das Pro-Kopf-Einkommen in Industrieländern ist heute schon zehnmal höher als in Entwicklungsländern; dieser Abstand wird weiter wachsen. Keine Regierung könnte es einer Gewerkschaftsbewegung oder Betriebsvereinbarungen zwischen den Zweigen einer multinationalen Unternehmung gestatten, derartige Einkommensunterschiede in ihr Land zu verpflanzen. Das sozial sehr wohlklingende, doch verdächtig begrenzte Engagement für die Gleichbehandlung der Kollegen in den Zweigwerken würde als Versuch bezeichnet, die Konkurrenzfähigkeit mit den Werken in den Industrieländern zu zerstören.

**Lösung im allseitigen Interesse:** Eine langfristige Lösung im Interesse sowohl der Entwicklungsländer als auch der deutschen Arbeitnehmer kann nur die an eigenen Prioritäten ausgerichtete, ausgewogene Entwicklung der Länder der Dritten Welt bringen. Wesentlicher Teil dieser Entwicklung wäre eine breite Schaffung von Arbeitsplätzen. Dem dient die Entwicklung der ländlichen Regionen und eine steigende Produktion für den eigenen Markt unter Einsatz arbeitsintensiver Technologien. Ein Land mit Erfolgen in seinem Entwicklungsprozeß ist dann, wie etliche Beispiele zeigen, nicht mehr auf Gedeih und Verderb auf die Investitionen multinationaler Firmen angewiesen. Es kann diesen Auflagen machen und ihnen im Rahmen seiner nationalen Prioritäten einen Platz zuweisen. Dergestalt in ihre Schranken verwiesen, könnten diese Unternehmen sozial- und gesellschaftspolitischen Forderungen in Industrieländern (z. B. Mitbestimmung) nicht mehr glaubwürdig mit der Drohung begegnen, sie könnten ihre Produktionsstätten auch in Länder verlagern, in denen sie noch ihre eigenen Herren seien.

Der wirksamste Beitrag, den wir zu einer solchen durchgreifenden und eigenständigen Entwicklung der armen Länder leisten können, ist die Bereitstellung von Kapital, ohne wirtschaftliche Auflagen, sowie Hilfe beim effizienten Einsatz dieses Kapitals und bei der Verbesserung der sozialen, technischen und organisatorischen

schen Strukturen der Entwicklungsländer. Angemessene und ausreichende öffentliche Hilfe würde diese von dem für sie wie für uns zweifelhaften Zwang befreien, um jeden Preis ihren Export steigern zu müssen, wenn sie nicht international zahlungsunfähig werden wollen. Die Bundesregierung hat ihre Entwicklungspolitik auf die Förderung einer eigenständigen und sozial ausgewogenen Entwicklung abgestimmt und hat sich international verpflichtet, das Volumen ihrer Hilfe in den nächsten fünf Jahren zu verdoppeln. Es würde auch den Interessen der deutschen Arbeitnehmer widersprechen, wenn diese Verpflichtung etwa wegen eines Konjunkturreinbruchs ins Gerede käme.

**Gewerkschaftsförderung:** Als wichtigen Beitrag zur Förderung einer ausgewogenen sozialen Entwicklung und zur Kontrolle multinationaler Konzerne sieht die Bundesregierung die Unterstützung von Gewerkschaftsbewegungen in der Dritten Welt an. Im Rahmen dieser Programme werden Bildungsmaßnahmen, gewerkschaftliche Serviceeinrichtungen und Organisationsberatung finanziert. Ziel ist eine rationalere Organisation der oft zersplitterten Gewerkschaften, eine intensivere Verwurzelung in der Basis und eine wachsende Identifikation mit den spezifischen Aufgaben von Gewerkschaften in einer Entwicklungsgesellschaft. Angesichts der geringen Zahl von industriell Beschäftigten in Entwicklungsländern und angesichts der vitalen Bedeutung von modernen Produktionszweigen für die Länder (z. B. Kupferproduktion in Chile) kann Gewerkschaftstätigkeit in Entwicklungsländern noch weniger als in den Industrieländern ausschließlich Interessenvertretung der Organisierten sein. Eine bedeutende Rolle spielen die Gewerkschaften dann, wenn sie zur aktiven Einflußnahme der unterprivilegierten Massen (also auch der Arbeitslosen und der auf dem Lande Beschäftigten) auf den Entwicklungsprozeß beitragen. Interessenvertretung der Massen

gegenüber den Mächtigen gehört ebenso dazu wie die Mobilisierung der Eigeninitiative der Massen. Angesichts dieser im weiteren Sinne gesellschafts- und entwicklungspolitischen Funktionen der Gewerkschaften erschien es der Bundesregierung wie auch dem DGB bisher als sinnvoll, den politischen Stiftungen den deutschen Beitrag zur Gewerkschaftsförderung in Entwicklungsländern zu überantworten.

**Öffentlichkeitsarbeit:** Die in den bisherigen Ausführungen aufgezeigte Verwandtschaft der Interessen der deutschen Arbeitnehmer und der Entwicklungspolitik muß durch eine aktive Öffentlichkeitsarbeit den Arbeitnehmern und ihren politischen Vertretern verdeutlicht werden. Andernfalls wird die Entwicklungspolitik immer wieder zum Prügelknaben für die Versäumnisse anderer gemacht oder dann als sekundär beiseite geschoben, wenn sich bei Haushaltsengpässen oder konjunkturellen bzw. betriebsinternen Schwierigkeiten eine Lösung auf Kosten der Entwicklungsländer anbietet. Eine solche aktive Öffentlichkeitsarbeit hat gerade im gewerkschaftlichen Raum lange auf sich warten lassen; nunmehr ist zwischen dem DGB und dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit die Einrichtung eines Referats für entwicklungspolitische Öffentlichkeitsarbeit beim DGB-Bundesvorstand verabredet. Außerdem sind in jüngster Zeit die Kontakte zu den Redakteuren von Gewerkschaftszeitungen intensiviert und systematisiert worden. Es ist zu hoffen, daß diese Maßnahmen dazu beitragen, daß die deutsche Gewerkschaftsbewegung im Einklang mit ihrem Grundprinzip der internationalen Solidarität mit Unterdrückten und Benachteiligten eine wesentliche Stimme wird in der politischen Auseinandersetzung über Stellenwert und Art der deutschen Entwicklungspolitik.

# Thema: Energie

Dietrich Sperling/Friedhelm Wollner

## Energie – Wachstum – Langzeitprogramm

### 11 Thesen

1. Das Problem „Energieversorgung“ hat in den bisherigen Überlegungen zum Langzeitprogramm keine Rolle gespielt. Nicht einmal der Begriff taucht im ersten Entwurf auf, obwohl Kommissionsmitglieder schon zu der Zeit, als dieser Entwurf noch aktuell war, vor einer Energielücke warnten.

Auch in dem Fragenkatalog der neuen Kommission zum Orientierungsrahmen ist dieses Problem nicht explizit aufgeführt.

Aber: der ökonomische Rahmen des ersten Entwurfs und die zugrundeliegenden Projektionen der Bundesregierung gehen von einer erheblichen Steigerung von Energiebedarf und -verbrauch aus, denn: für jedes Prozent Wachstum des Sozialproduktes muß mit einer Steigerung des Energieverbrauches von mehr als einem Prozent gerechnet werden. Wird diese Prämisse nicht erfüllt, fällt das ganze Konzept zusammen – (die Luft bzw. das Öl ist raus).

2. Die jetzige aktuelle Ölversorgungskrise wird – auch wenn sie schnell ausgeglichen werden sollte – dauernde Auswirkungen haben: nicht nur in einer unmittelbar sinkenden Wachstumsrate, sondern auch in Änderungen im Konjunkturverlauf und vor allem in der Strukturpolitik und dem „Verbraucher“-Verhalten.

3. Die mittelbaren Folgen des Nahostkrieges haben diese Probleme aktualisiert und ins Bewußtsein nicht nur der „politischen Öffentlichkeit“ gehoben.

Sicher ist: die jetzigen Schwierigkeiten sind zwar anders ausgelöst, wären aber schon mittelfristig – nämlich in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre – ohnehin auf uns zugekommen.

4. Die abstrakten Forderungen nach einer neuen, langfristigen Energiepolitik bringen wenig „Konkretes“ ein. Bezeichnend ist aber, daß kaum praktische Vorstellungen, geschweige denn Modelle oder Handlungsvorschläge vorhanden sind. Niemand scheint derzeit in der Lage zu sein, mehr als nur Tendenzen anzu-



Sperling



Wollner

geben, die sich aus den aktuell gewordenen Schwierigkeiten ergeben.

Auch aktuelles Krisenmanagement verdeckt nicht das fehlende Bewußtsein darüber, welche gewollten Tendenzen von der Krise begünstigt werden und wo Politik unter Handlungsdruck gesetzt wird in Bereichen, in denen sonst noch ziemlich lange nichts passiert wäre.

Es besteht Einigkeit, daß Energiepolitik der langfristigen Planung bedarf. Diese gemeinsame Forderung aller „gesellschaftlich relevanter Kräfte“ nach vorausschauender Planung verdeckt aber den politischen Konflikt: Geht es nur um staatliche Absicherung und die Übernahme der Folgekosten privater Planung durch die öffentliche Hand, oder betreibt die öffentliche Hand eine eigene gestaltende Planung?

5. Die Versorgung mit Energie als dem „Grundnahrungsmittel“ der Wirtschaft – und einiger anderer Leute – war bisher so organisiert, daß eine öffentlich kontrollierte Steuerung nicht stattfand. Dieser Zustand ist als gedankenlose, am Gewinn orientierte Ausbeutung von Ressourcen zu bezeichnen, die

- gesamtwirtschaftlich bisher wenig sinnvoll war,
- in einer ressourcenvergeudenden Art und Weise verwertet wurde,
- politische Abhängigkeiten schaffte,
- dafür aber privaten Gewinn garantierte.

6. Was die veränderte Situation erfordert, deutet Erhard Eppler an: „Aber wir werden nicht mehr fragen: wie rasch muß die Energieproduktion wachsen, wenn wir ein Wachstum von x-Prozent wollen? Wir werden fragen, wie unsere Wirtschaft aussehen muß, wenn mit einer Energiemenge X die Bedürfnisse der Menschen befriedigt, vor allem, wie die Vollbeschäftigung erhalten werden soll?“

Diese Frage hat es in sich! Auch wenn man berücksichtigt, daß die Energiemenge X keine feststehende Größe ist, sondern langfristig (in 10 oder 12 Jahren) von heutigen Entscheidungen über Forschung und Entwicklung abhängt.

Eine Gestaltung der Struktur der privaten Wirtschaft nach den Bedürfnissen der Menschen und ein rationeller Einsatz knapper Energiemengen erfordert eine Politik, die den privaten Dirigismus wirtschaftlich Mächtiger verhindert und von einer Wachstumspolitik abgeht, die für Probleme wie Verkehrsmisere, Chaos der Städte und Umweltverschmutzung selbst verantwortlich ist.

7. Bisher schlen der Spielraum für eine Politik des wirtschaftlichen Wachstums durch die zur Verfügung stehende Energiemenge nicht beschränkt. Dies hat sich grundlegend geändert.

Es scheint so, als hätten die Erdölproduzenten jetzt 10 bis 12 Jahre Zeit, durch eine eigene Vorratshaltungspolitik ihre Einnahmen aus dem Ölgeschäft zu steigern und sie für einen längeren Zeitraum zu sichern, als dies bei fortgesetzter und unbeschränkter Ausbeutung der Reserven bisher erwartet wurde.

Diese Zeitspanne muß angenommen werden, weil sie für die Durchsetzung von gesamtwirtschaftlich relevanten Innovationen notwendig ist. Mit einem plötzlichen Schub an neuen Technologien ist schon deshalb nicht zu rechnen, weil zwar die Durchsetzungs- und Einführungszeiten solcher Technologien zunehmend geringer, die Entwicklungszeiten aber vor allem für grundlegende (Basis-) Innovationen immer länger werden. Die raschesten Ergebnisse sind aus jetzt laufenden Programmen zu erwarten, kurzfristig zur Verfügung stehende neue Technologien müßten aber längst bekannt sein.

8. Ein arabisches Interesse an einer dauernden Verknappung der Ölmenge kann angenommen und einkalkuliert werden.

Die aktuelle, nur vorgezogene, weil für später erwartete Krise zeigt deutlich eine erhebliche weitere Einschränkung unserer Handlungsfähigkeit: die Macht der multinationalen Konzerne. Die Abhängigkeit von ihrem „privaten Dirigismus“ würde bei der bisher verfolgten Energiepolitik noch weiter wachsen.

Dies bedeutet: wer die Energiepolitik verändern will, muß sich überlegen, wie er die „Multis“ und ihren Einfluß auf die Energiepreise verändert (z. B. indem Ölimportländer Rohöl direkt von den Förderländern als Eigentum erwerben und die „Multis“ als „Transport- und Verteilagenturen“ benutzen).

9. Damit stellen sich zwei Fragen:

- a) zu welchen Zwecken und
  - b) zu welchem Preis
- sichert der Staat die Energieversorgung?

Da der Preis auf absehbare Zeit kein Marktpreis sein wird, sondern von Arabern und „Multis“ gestaltet wird, sind nicht nur die Notwendigkeit, sondern auch die „marktwirtschaftliche“ Legitimation für eine Preisgestaltung unter sozialen Gesichtspunkten gegeben. Die öffentliche Hand kann damit prinzipiell auch strukturpolitische Ziele unterstützen.

10. Wenn durch die Energieverknappung und ihre Folgen das reale Wachstum in einem kurzfristigen Zeitraum gegen Null gehen sollte, werden die Verteilungskämpfe um ein real nicht mehr wachsendes Sozialprodukt erheblich an Schärfe zunehmen. Da trotz realem Wachstum gegen Null nicht mit einer Preissteigerungsrate gegen Null gerechnet werden kann, findet zudem eine „heimliche“ Umverteilung zugunsten Besitzender statt.

Kurzfristig können Konflikte um die Verteilung des Sozialproduktes – gleichgültig, ob es wächst oder nicht – dadurch beeinflußt werden, daß man seine Zusammensetzung verändert. Diese andere Zusammensetzung (z. B. weniger Militärausgaben oder weniger Subventionen) ist nicht nur nötig, um gesellschaftliche Probleme zu lösen bzw. ihre Explosion zu verhindern (von Umwelt bis Bildung), sondern aufgrund der veränderten Energiesituation auch notwendig. Ein Beispiel: Pkws in Ballungsgebieten zerstören nicht nur die Städte und verpesten die Luft, sondern verbrauchen auch ein für die erbrachte Transportleistung um mehrere 100 Prozent zu hohes Maß an Energie.

Kurzfristig ist die Zusammensetzung des „Sozialprodukt-Kuchens“ nicht zu ändern: die dadurch bedingte Möglichkeit einer Verschärfung der Verteilungskämpfe bei weniger Wachstum und gefährdeten Arbeitsplätzen kann auch das politische System in eine Krise führen.

11. Eine Lösung muß zwei Aspekte umfassen: a) Eine Veränderung der Sozialproduktszusammensetzung, die Zurückdrängung gesamtwirtschaftlich ungünstiger und energievergeudender Produktionen.

Dies bedingt neue Wohlstands- und Wohlfahrtsmaßstäbe (soziale Indikatoren) und eine Lenkung der gesamtwirtschaftlich relevanten Entscheidungen. Dies sind in erster Linie private Investitionsentscheidungen, aber auch

Entscheidungen über Forschung und Entwicklung.

Die Anforderungen an die Leistungsfähigkeit der politischen Institutionen und an die „planende“ Verwaltung werden damit erheblich vergrößert und machen tiefgreifende Struktur-reformen unumgänglich. Bistang ist es nicht einmal gelungen, ein „Energiebudget“, vergleichbar einer „volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung“ für den Bereich Energie und natürliche Ressourcen aufzustellen.

b) Eine Veränderung von Bedürfnisstrukturen und Verhaltensweisen der „Konsumenten“.

Das einzig sinnvolle Mittel gegen die Eskalation von Verteilungskämpfen bei geringeren Lohnsteigerungen kann nur eine Humanisierung der Arbeitsplätze und die Demokratisie-

rung der Entscheidungsprozesse auch im Arbeitsbereich sein. Dies nicht zuletzt deshalb, weil ein realer Kaufkraftzuwachs von Null selbst bei Lohnsteigerungen von 14, 15 oder mehr Prozent befürchtet werden muß und weil dadurch die Möglichkeit verbaut wird, eine inhumane Arbeitswelt wenigstens durch Mehrkonsum außerhalb derselben zu kompensieren.

Ein sozialtechnologischer Balanceakt von „Bürgerinitiativen für Energie und Umwelt“ (Ehmke) zur Festigung des Glaubens an die Regierung und seiner Verbreitung durch die Bürger selbst verspricht da nur wenig Erfolg – zumal eine getrennte Behandlung und isolierte Durchsetzung der beiden aufgeführten Komplexe nicht denkbar ist.

## Robert Jungk/Rainer Kabel

### Chancen des Ölshocks

#### Plädoyer für eine langfristige Energieplanung

Ober die tatsächlichen und die angeblichen Gefahren, die uns drohen, wird seit Monaten lamentiert: Null-Wachstum der Wirtschaft, Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit, steigende Preise nicht nur für Öl und Ölprodukte, Schwierigkeiten ganzer energieintensiver und rohstoffabhängiger Wirtschaftsbereiche. Nicht selten wird der Ölshock im Interesse wirtschaftlicher Pro-*lit*chancen genutzt; steigende Preise, Ablehnung von Lohnforderungen, Angebote kommerzieller Lösungsmöglichkeiten des Ölproblems in Erwartung hoher Mittelzuweisungen des Staates, heftige Polemik gegen den mühsam begonnenen Umweltschutz von Industrie-seite sind einige Indizien dafür.

Ober die positiven Chancen, die der Ölshock für die Entwicklung neuer Technologien, für den rationellen Umgang mit Rohstoffen, für eine langfristige, umfassende Zukunftsplanung



Jungk

Kabel

eröffnet, wird leider viel zu wenig nachgedacht. Bundespräsident Dr. Gustav Heinemann meinte Anfang Januar dieses Jahres, daß als langfristige Folge der Ölkrise ein Überdenken der Art des Wirtschaftens mit den begrenzt verfügbaren natürlichen Hilfsmitteln unausweichlich sei. Er stellte sogar die Frage, ob dem „Götzen Wirtschaftswachstum“ nicht allzu willig und gedankenlos geopfert worden sei. Leider griffen die verantwortlichen Politiker in der Bundesrepublik diesen Gedanken nicht auf. Die optimistischen Programme aus dem Bundesforschungsministerium sehen lediglich eine Substitution des importierten Öls in zunehmendem Maße durch die Nutzung eigener Energiequellen, den beschleunigten Ausbau der Versorgung mit Atomstrom und die Erforschung energiesparender Technologien vor. Von einer umfassenden, nicht nur technologische Aspekte

berücksichtigenden Planung, zu der langfristige Vorstellungen zur Sicherung der Rohstoff- und Energieversorgung ebenso gehören wie neue Konzepte der Verkehrsentwicklung, Überlegungen über die Entwicklung künftiger Produkte, zur Umstrukturierung ganzer Wirtschaftszweige durch die neuen Bedingungen allen Wirtschaftens unter dem Eindruck der Begrenztheit der Rohstofflager der Erde, ist aus den bisher bekannt gewordenen offiziellen Veröffentlichungen nichts zu spüren.

Nur eine komplexe Planung kann Alternativen zur gegenwärtigen, auf immer neue und größere Krisen hinauslaufenden Art des Wirtschaftens und des Umgangs mit unersetzbaren Rohstoffen bringen, Alternativen, die Arbeitsplätze und steigendes Realeinkommen aller Werktätigen langfristig sichern. Um Mißverständnisse auszuschließen: Wir verstehen unter einer solchen Planung keine technokratische Reglementierung allen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens, sondern Planung bei wirksamer Beteiligung der Betroffenen.

Unerwartet, wie ein Blitz aus heilerem Himmel, schlug die Ölkrise ein. Die hochindustrialisierten Gesellschaften wurden empfindlich getroffen von der Störung der Ölversorgung, die nach der Embargodrohung der arabischen Staaten gegenüber israelfreundlichen Abnehmerländern, nach Preiserhöhungen durch die Produzenten, nach weiteren Verstaatlichungen von Fördereinrichtungen eintrat. Die Folgen stellten sich in geradezu lehrbuchhafter Weise nach den Regeln der Marktwirtschaft ein: da das offenbar knapper gewordene Öl an die Meistzahlenden fließt, sind die vom Öl abhängigen Verbraucher gezwungen, jeden Preis zu zahlen. Durch keine Unkosten gerechtfertigte Preiserhöhungen machen Extraprofite möglich, die von groß und klein (multinationalen Konzernen und dem Kleinölhändler um die Ecke) schamlos realisiert werden. Ein „Versagen der Marktwirtschaft“, wie manche linken Kritiker meinen, kann nicht konstatiert werden. Die Marktwirtschaft funktioniert sehr gut. Wir können sogar darauf vertrauen, daß sie mit der Ölkrise fertig wird.

Die Konsequenzen trägt allerdings der schwächste Partner im großen Geschäft, das von Angebot und Nachfrage gesteuert wird: der Arbeitnehmer und Konsument und — so wird sich zeigen — die Menschen in den unterentwickelten Ländern der Erde. Preiserhöhungen, Struk-

turveränderungen der Wirtschaft mit Arbeitsplatzmobilität, Einfrieren des Realeinkommens erscheinen in der kurzfristigen Prognose als unvermeidlich. Staatliche Eingriffe in das sich konsolidierende Krisengeschehen, etwa durch Höchstpreisverordnungen und Verstaatlichung der Ölfirmen oder ein konsequentes Vorgehen des Bundeskartellamts, hätten nur negative Folgen für die Ölversorgung. Die Ölströme fließen, wie gesagt, nach den Regeln unseres Wirtschaftssystems dorthin, wo die höchsten Preise gezahlt werden. Wirtschaftspolitisch kann im Moment für die nächsten Monate kaum mehr getan werden, als schon geschieht.

Die Bundesregierung verkündet Maßhalte-Appele, unterstützt von milden Einschränkungen des privaten und öffentlichen Verbrauchs von Öl und Ölprodukten, erörtert und entwickelt möglichst rasche Alternativen zur gegenwärtigen öllastigen Energie- und Rohstoffversorgung, hilft den sozial Schwächsten durch Heizkostenzuschüsse, fordert die Offenlegung der Kalkulationen der großen Ölfirmen, bezieht die Schwierigkeiten des Ölsektors in die Konjunktursteuerung ein. Außenpolitische Stützungsaktionen, das Drängen auf westeuropäische Solidarität, Pflege der Ost-West-Beziehungen, Versuche eines Interessenausgleichs mit der arabischen Welt ohne Bruch mit Israel, Erschließung neuer Handelsmöglichkeiten, verstärkte Kooperationsangebote an die Staaten der Dritten Welt, sollen helfen, die Krise auf konventionelle Art zu meistern.

#### **Chancen für langfristige Politik**

Für die mittel- und langfristige Politik bietet der Ölshock allerdings Chancen, die nicht leichtfertig verspielt werden dürfen. Sollte die Ölkrise in den nächsten Monaten zunächst einmal abklingen, kann kein verantwortlicher Politiker mehr zur Tagesordnung übergehen, als sei nichts Besonderes geschehen. Die Möglichkeit, vom Krisen-Management mit herkömmlichen Methoden zu einer langfristigen komplexen Planung zu gelangen, bietet sich heute zum zweiten Mal, vielleicht zum letzten Mal in der Nachkriegsgeschichte. Die erste Möglichkeit wurde nach dem Ende des 2. Weltkrieges verpaßt, als nach dem Zusammenbruch der Hitlerherrschaft die Wirtschaft vor einem Neubeginn stand. Wir wissen heute, daß die Errungenschaften des „Wirtschaftswunders“ mit irreparablen Schädigungen der menschlichen Umwelt

bezahlt wurden. Kommunistenfurcht mit akuter Planungsfeindlichkeit und die konservative Politik des „Keine Experimente“ der Adenauer-Ära ließen langfristige Zielvorstellungen der gesellschaftlichen Entwicklung nicht aufkommen. Heute bietet sich nochmals die Möglichkeit, eine allgemeine Bewußtseinsänderung in Richtung prospektiven Denkens zu initiieren.

Die Ölkrise hat Politiker und Wahlbürger für die Störanfälligkeit unseres hochentwickelten Wirtschafts- und Gesellschaftssystems sensibilisiert. Das Beispiel Ölkrise, das stellvertretend für künftige Engpässe in der Rohstoff- und Energieversorgung steht, macht jedermann deutlich, wie Alltag und Wohlergehen jedes einzelnen Bürgers berührt werden, wenn durch Planungsfehler Mangelsituationen entstehen. Seit Jahrzehnten haben Zukunftsforscher Schwierigkeiten in der Rohstoffversorgung vorhergesagt, weil die Vorräte begrenzt sind und nicht erneuert werden können und weil nur eine komplexe Planung von Verteilung und rationellem Verbrauch Krisen verhindern kann. Vor zwei Jahren erschien, in der Bundesrepublik inzwischen mit über 100 000 Exemplaren verbreitet, die vom „Club of Rome“ angeregte Studie „Die Grenzen des Wachstums“, in der für den Fall unveränderten Wirtschaftens auf der Erde für die nächste Zukunft ein Zusammenbruch der Zivilisation vorhergesagt wurde. Die Weltbevölkerung steigt zunächst weiterhin stark an; die Rohstoffvorräte nehmen ab; die Umweltverschmutzung bei ungehemmter industrieller Expansion beschleunigt sich.

Gegen diese Zukunftsvision gibt es viele Einwände, vor allem, was die Voraussetzungen und Bedingungen betrifft, unter denen die künftige Entwicklung ablaufen wird. Die Entwicklung muß anders verlaufen, als sie im Standardmodell oder den unter veränderten Voraussetzungen errechneten Varianten dargestellt wird; denn der Mensch ist ein vernunftbegabtes Wesen, das zu planen versteht, das mit Phantasie und Kreativität begabt ist, das zu solidarischem Verhalten fähig ist. Doch bei allen Bedenken auch im Hinblick auf die Methoden der „Club of Rome“-Studie bleibt die Vorhersage des drohenden Untergangs unserer Zivilisation bei unverändertem Raubbau an der Natur unumstritten. Trotz großen Verkaufserfolgs und trotz Verleihung des „Friedenspreises des Deutschen Buchhandels“ an den „Club of Rome“ im vergangenen Jahr

blieb die Beschäftigung mit den – zugegebenermaßen recht globalen und die wirklichen Abhängigkeitsverhältnisse auf der Erde eher verschleiern – Thesen des exklusiven Denkerkreises, der „neue Denkgewohnheiten“ forderte und „grundsätzliche Änderung menschlichen Verhaltens“, rein akademisch, beschränkte sich auf wissenschaftliche Auseinandersetzungen, festliche Politiker-Reden, Party-Geschwätz. Wie wäre sonst die Tatsache zu erklären, daß die Forderungen nach Ersatz von Ölimporten durch Ausbeutung der heimischen Lagerstätten, die für einige Jahrhunderte Kohlen hergeben werden – aber auch nicht länger! –, ohne Proteste erhoben werden können und die Bundesregierung mit ihrem 15-Milliarden-Programm im wesentlichen nichts anderes vorschlägt.

Niemand scheint sich an die „Botschaft der 2200 Wissenschaftler“ zu erinnern, die am 2. Mai 1971 dem Generalsekretär der Vereinten Nationen übergeben wurde und in der es heißt: *„Die Rohstoffquellen werden rücksichtslos ausgebeutet, ohne den Verlust für die heute lebende Bevölkerung oder den Bedarf für künftige Generationen in Rechnung zu stellen.“* Die Experten warnten: *„Der Vorrat unserer energie liefernden Brennstoffe ist begrenzt.“* Kohle, Öl und Erdgas sind für die chemische Industrie, deren Produktgestaltung allerdings gründlich überprüft werden sollte, und für die synthetische Elweißherstellung zur Deckung des steigenden Nahrungsbedarfs der Erdbevölkerung durch nichts zu ersetzen. Und wir sind im Begriff, unsere Kohlevorräte zur Energie-Erzeugung in die Luft zu jagen! Ja, bundesrepublikanische Energie-Experten sind sogar stolz darauf, daß immer noch ein Großteil unserer Energie aus der Verbrennung von Kohle gewonnen wird. Da keine Alternativen, von der wachsenden Zahl der Atomkraftwerke mit ihrer eigenen Problematik einmal abgesehen, entwickelt wurden, gab ihnen die arabische Ölkrise sogar recht! Dabei sind die schädlichen Abfallprodukte bei der Verbrennung fossiler Brennstoffe die Hauptursache der Luftverschmutzung, die zu erheblichen Beeinträchtigungen allen höheren Lebens auf der Erde führt.

Der zaghaft begonnene Umweltschutz gerät durch die Ölkrise in Gefahr. In den USA wurden bereits Umweltschutzgesetze außer Kraft gesetzt oder vernachlässigt, um Raffinerien und Atomkraftwerke aus dem Boden zu

stampfen, energieschluckende Schutzmaßnahmen zu unterlassen. Auch Vertreter der bundesrepublikanischen Industrie, so Konrad Henkel aus Düsseldorf, sprechen bereits „ohne ein Gefühl billigen Triumphes“ von einer „Versachlichung“ der Umweltdiskussion unter dem Einfluß der Energiekrise (VDI-Nachrichten vom 12.12.1973). Professor Bernhard Timm von der BASF meinte auf der Herbst-Pressekonferenz seiner Firma wörtlich: *„Die jetzige Ölkrise macht deutlich, daß die Politisierung des Umweltschutzes zu schweren Fehlern geführt hat. So wurden zum Beispiel Raffineriepläne gestoppt. So hat die Lücke in der Ölversorgung aus den Niederlanden, die jetzt durch ausfallende Lieferungen aus den Niederlanden beachtlich ist, ihren Grund in der Politisierung des Umweltschutzes.“* Diese Aussage belegt die Richtigkeit unserer Forderung nach einer umfassenden Planung, in die auch der Umweltschutz einbezogen werden muß!

Aufrufe von Zukunftsforschern, das ungehemmte Wachstum in den hochindustrialisierten Ländern umzulenken, den Raubbau an der Natur zu beenden, neue Ziele menschlichen Wirtschaftens zu überdenken, hatten bisher nichts als ungläubiges Staunen über so viel Naivität weltfremder Toren zur Folge, über so viel utopische Schwärmerei von Träumern, die die Grundlagen des Wirtschaftssystems in Frage stellen, das uns den Fortschritt beschert hat, um den uns ja gerade die Einwohner weniger industrialisierter Regionen beneiden. Welcher Politiker könnte es wagen, diesen Fortschritt in Frage zu stellen, da er doch von Wahlen abhängig ist? Jetzt, durch die Ölkrise und den Ölschock bewirkt, bietet sich die Chance für zukunftsorientierte Politiker, die nicht nur das eigene politische Überleben oder nur das Wohlergehen ihrer eigenen Generation im Auge haben: Sie können mit einer für diese Problematik empfindlicher gewordenen Öffentlichkeit rechnen!

#### Wissenschaftlich-technische Alternativen

Die Energie- und Rohstoffversorgung ist die Grundlage der Zukunftsplanung. Was geschieht heute, um Alternativen zur konventionellen Vernichtung der endlichen Vorräte fossiler Brennstoffe zu schaffen? In den führenden Industrieländern wird mit größtem Einsatz die zivile Nutzbarmachung der Kernenergie vorangetrieben. Schon 1971 war jedes zweite in der

Bundesrepublik Deutschland im Bau befindliche Kraftwerk ein Kernkraftwerk; in den USA waren im Herbst 1972 25 atomar betriebene E-Werke behördlich zugelassen und weitere 117 im Bau oder in der Planung. Aber alle Erfolgsstatistiken täuschen über die zahlreichen Schwierigkeiten und Zweifel hinweg, die sich bei der Entwicklung der einst als Lösung für alle Energieprobleme gepriesenen Nutzung der Atomspaltung ergeben haben. Sie sind wirtschaftlicher Natur (zunächst zu hohe Kosten), technisch bedingt (Vielfalt verschiedener, aber in keinem Fall überzeugender Typen) und – besonders seit Beginn der weltweiten Mobilmachung gegen die Umweltgefährdung – als mögliche Unfalls- und Verschmutzungsquellen unpopulär. Nur mit hohem Kostenaufwand ist das Problem der Ablagerung des strahlenden „Atom-Mülls“ zu lösen. Langfristig, für kommende Generationen bedeutet auch die vorläufig sicher erscheinende Lagerung in Salinen oder die Versenkung im Meer eine unverantwortliche Hinterlassenschaft. Der „schnelle Brüter“, der so viel Uran 238 in Plutonium umwandelt, daß stets mehr spaltbares Material „erbrütet“ als verbraucht wird, dürfte sich schon wegen der begrenzten Uranlager auf der Erde auf die Dauer stärker durchsetzen als die vor ihm ausgereiften Leichtwasser- und Hochtemperatur-Reaktoren. Aber vor Mitte der achtziger Jahre ist weder in den USA noch in der UdSSR, in Japan, Großbritannien oder in der BRD praktisch mit ihm zu rechnen. Die Ausnutzung der „Prozeßwärme“ der Hochtemperatur-Reaktoren zur Verdampfung von Braun- und Steinkohle, wie sie heute sehr stark propagiert wird, bedeutet zwar eine Streckung der fossilen Brennstoffe, sollte aber im Hinblick auf die Begrenztheit der fossilen Rohstofflager nur für chemische Zwecke eingesetzt werden. In weiter Ferne liegt die friedliche Nutzung der Kernverschmelzung, einfach gesagt: die Bändigung der Kräfte der Wasserstoff-Bombe. Sie dürfte nach Meinung aller Experten erst im 3. Jahrtausend gelingen und alle Energieprobleme lösen.

Die Schwierigkeiten mit der Kernenergie-Versorgung sind eine weitere Stütze unserer These, daß unkonventionelle, umweltfreundliche Alternativen der Energie-Versorgung gesucht werden müssen. Bevor die Vervollkommnung der Kernenergie-Versorgung, an der mit allen Kräften theoretisch und in praktischer

Erprobung gearbeitet werden muß, die vollständige Lösung des Energie-Problems bringen wird, dürfen nicht die Reste der fossilen Rohstoffe verbrannt werden. Zu den unerschlossenen Energiequellen, die allesamt umweltfreundlich und rohstoffschonend sind, gehören Wasserkraft, Erdwärme, Gezeitenenergie, Wind- und Sonnenenergie.

Die Wasserkraft wird in Europa, Nordamerika und Japan bereits verhältnismäßig stark genutzt. Auf das Weltpotential bezogen, sind nach einer Studie von L. F. Franzen und A. Merton (1972) jedoch erst 8,5 Prozent der Wasserenergie erschlossen. Die Kontinente mit den größten Wasserkraftreserven sind Afrika und Südamerika. Die größten Energiereserven liegen – was die Wasserkraft betrifft – in den am wenigsten entwickelten Regionen. Ein Transport der in Elektrizität umgewandelten Energie in die Industrieregionen erscheint nicht möglich.

Die Nutzung der Gezeitenenergie ist außerordentlich kostenaufwendig und wenig effektiv, jedenfalls nach den bisher angewandten Verfahren. Die Möglichkeiten der Gezeitenprojekte werden seit etwa 50 Jahren untersucht. Die erste Anlage nahm 1966 an der Mündung des Flusses La Rance in Frankreich ihren Betrieb auf. Die Leistung ist mit 240 bis 320 Megawatt bescheiden. In der UdSSR wurde 1968 nordöstlich von Murmansk eine Anlage mit nur 400 Kilowatt in Betrieb genommen. An der Nordostküste der Kola-Halbinsel wird eine Anlage mit 320 Megawatt errichtet. Warum sollen nicht auch an der deutschen Nordseeküste Versuchsanlagen entstehen? Von ihnen könnten wir uns allerdings keine Lösung unseres Energieproblems versprechen, bestenfalls eine Ergänzung der Versorgung.

Bereits in 7 Ländern, nämlich Italien, den USA, Neuseeland, Mexiko, Japan, Island und der Sowjetunion, wird die geothermische Energie durch kleinere Kraftwerke ausgenutzt. Die Leistung der meisten Anlagen liegt zwischen 1 und 20 Megawatt. Ein Großkraftwerk in Larderello/Italien liefert schon 370 Megawatt. Für die Bundesrepublik und für Westeuropa insgesamt fällt die potentielle Nutzung der Erdwärme nicht ins Gewicht, wohl aber der Betrieb von Windkraftwerken, der dringend der Unterstützung bedarf. Das Problem der Energiespeicherung und des rationellen Energietransports scheint kurz vor der Lösung zu stehen, nach-

dem die Entwicklung leistungsfähiger Akkumulatoren aus der Raumtechnik und die Speicherung von Energie durch Wasseranalyse (Energieträger Wasserstoff) aus dem experimentellen Stadium heraustreten.

Die Hindernisse für eine Nutzung der Sonnenenergie im großen Maßstab waren bisher unzulängliche Speichermöglichkeiten der von Wolkenbildungen und der jeweiligen geographischen Lage abhängig anfallenden Energie und die außerordentlich hohen Kosten der Anlagen. Doch durch den Ölschock hat gerade die Sonnenenergieforschung, die ganz und gar nicht im Sinne der konventionellen Energiewirtschaft war und daher eher gebremst als gefördert wurde, eine große Chance erhalten. Auch in der Bundesrepublik Deutschland?

In den Vereinigten Staaten haben die National Science Foundation und die NASA Sonnenforschungsprojekte forciert: In mittelfristiger Planung sollen zwischen 2 und 3 Milliarden Dollar eingesetzt werden. Im Mittelpunkt der Konzeption stehen Gebäudeheizung und Gebäudekühlung. Nach den Planungen sollen schon in 25 Jahren 10 Prozent aller neuen Gebäude, im Jahre 2020 sogar 35 Prozent mit Sonnenenergie versorgt werden. Ein kleines Sonnenkraftwerk mit ca. 25 Megawatt ist in den USA bereits fertig geplant.

Das schwierigste technische Problem ist die sehr diffizile Beherrschung des äußerst aggressiven Natriums, das zur Wärmeleitung in die Turbinenaggregate benutzt wird. Die Solarzellen-Technik, die auch der Berliner Forscher Henning Scheel, bislang ohne öffentliche Förderung, weiterentwickelt und als Beitrag zur Lösung des Energieproblems propagiert, dürfte bessere Zukunftsaussichten haben. Solarzellen verwandeln Sonnenstrahlung direkt in elektrischen Strom; allerdings haben bisher die hohen Kosten der Silizium-Zellen eine wirtschaftliche Nutzung unmöglich gemacht. Diese Kosten rühren von der äußerst rückständigen Fertigung der Fotozellen her. Sie könnten nach den Berechnungen Scheels, der ein eigenes Verfahren des Zellen-Verbunds gefunden hat, entscheidend gesenkt werden; Silizium ist das dritthäufigste Element auf der Erdkruste. Heute schon werden Solarzellen zur Energieumwandlung in der Weltraumtechnik, für Funkfeuer auf See, Bojen und die Erzeugung geringer Elektrizitätsmengen in abgelegenen Gebieten eingesetzt. Pro Quadratmeter läßt sich heute

schon eine Leistung von 100 Watt erzeugen; für ein Großkraftwerk mit 1000 Megawatt sind nach Meinung Scheels 35 Quadratmeter erforderlich. Er schlägt die Errichtung eines Sonnen-Großkraftwerks auf der sonnenreichen Insel Sizilien vor. Freilich ist die Wartung sehr aufwendig, weil jede Verschmutzung der Sonnenzellen zu einer Beeinträchtigung der Ausbeute führt. Doch die Vorteile – absolute Umweltfreundlichkeit, völlige Unabhängigkeit von begrenzt nutzbaren Rostofflagern – sollten als Herausforderung für Forschung und Forschungspolitik ausreichen, hier eine Priorität zu setzen.

Langfristig haben sicher die kühnen Pläne von Peter Glaser/USA Chancen, in Erdumlaufbahnen riesige Solarflächen zu installieren und die elektrische Energie über Mikrowellen, die auch Wolken durchdringen, zur Erde zu übertragen. Die Projekte des deutschen Erfinders Nikolaus Laing, in einem eigenen Forschungsinstitut bereits zum Teil experimentell erprobt, die in Zusammenarbeit mit Vertretern verschiedener wissenschaftlicher Disziplinen entworfen wurden, lassen sogar schon kurz- und mittelfristige Möglichkeiten, etwa im Wohnungsbau oder bei der Konstruktion umweltfreundlicher, energiesparender Automobile, erkennen. Umlaufwärmepumpe, Nutzwärme aus Abwärme, Entzug der Wärme der verbrauchten Abluft, die wieder der Frischluft beigegeben wird, lassen bei gut isolierten Wohnbauten eine Energieeinsparung bis zu 50 Prozent zu. Sollte sich dieses Prinzip nicht auch bei dem die Umwelt gefährdenden Wärmeausstoß der Kraftwerke anwenden lassen? Wärmefallen, Langzeit-Speicher, künstliche Seen als Wärme-Reservoir, um ökologische Gefährdungen durch die Abwärme der Kraftwerke zu vermeiden und zugleich Nieder-temperaturheizungen zu beschicken, umweltfreundlicher, ölonabhängiger Hybrid-Motor und das Gesamtprojekt EDOC (Energy Distribution in an Open Circuit) gehören zum Programm der Laing-Gruppe. Auch in der Bundesrepublik gibt es ein wissenschaftliches Potential, sozusagen ein ungenutztes Energie-Reservoir, für dessen Nutzung jetzt die Stunde gekommen zu sein scheint.

#### **Rein technische Lösungen gibt es nicht!**

Doch technologische Lösungen des Rohstoff- und Energieproblems, das sich bei ungehemmtem Weltwirtschaften für künftige Generatio-

nen verhängnisvoll auswirken muß – isoliert von der politischen und gesellschaftlichen Problematik –, gibt es nicht. Der Ölschock muß zum Umdenken führen! Das ungehemmte Wirtschaftswachstum in den hochindustrialisierten Regionen der Erde, das auf Kosten eines Raubbaus an den natürlichen Rohstoffquellen und der Arbeitskraft, Phantasie und lebensmöglichen Umwelt des Menschen geschieht, auf einer noch zunehmenden Verschlechterung der „Qualität des Lebens“, wird zugunsten neuer Ziele allen Wirtschaftens gebremst und umgelenkt werden müssen. Die gegenwärtige Energiekrise macht diese Notwendigkeit deutlich.

Neue Techniken und Produkte mit neuen Expansions- und Profitmöglichkeiten in einer angeblichen „Gesellschaft des Überflusses“ haben zur unverantwortlichen Energie- und Rohstoffverschwendung geführt. Wegwerfartikel, schnell alternde Produkte, ständig neue Autotypen mit unveränderten Eigenschaften sind nur Symptome für das bedenkenlose Wirtschaften. Die Herstellung des Aluminiums, das immer mehr als Baustoff verwendet wurde, frisst 15 mal mehr Energie als die gleiche Menge Stahls und gar 150 mal mehr als das mit natürlicher Energiezufuhr wachsende Holz. Die Herstellung synthetischer Fasern verlangt große Mengen Öl als Rohstoff und Energielieferant. Wieviel Öl könnte allein durch den Einsatz von Plastiktragetaschen durch Papiertragetaschen in Supermärkten gespart werden? Auch zur Herstellung von Kunstdünger wird Öl gebraucht. Der sorglose Umgang mit dem bisher relativ billigen Kunstdünger bei Vernachlässigung natürlicher Düngemethoden hat zu einer gewaltigen Rohstoffverschwendung geführt! Die Devise für die Zukunft muß lauten: „Mit weniger Energie mehr schaffen!“ (B. Fuller); für besonders energieintensive Produkte sollte vielleicht sogar eine Luxussteuer erwogen werden.

Nach dem Ölschock können wir nicht mehr so weiterleben wie bisher. Kurzfristiges Krisen-Management, wie es die Bundesregierung geleistet hat und weiter anwendet, ist notwendig; es ist aber nur ein Schlag ins Wasser, wenn nicht zugleich – in einer Dualstrategie von kurzfristigen Maßnahmen und langfristiger Planung – die Welchen in die Zukunft richtig gestellt werden. Langfristige und komplexe Planung, Förderung auch unkonventioneller Projekte, ja sogar aussichtslos erscheinender Vor-

haben (hätten sich die Erfinder immer nach dem Urteil ihrer Fachumwelt gerichtet, wäre kaum etwas Neues erfunden worden!), Experimente, etwa in Musterwohnstädten, großzügige Ausstattung öffentlich kontrollierter Forschungseinrichtungen (private Patente und kommerzielle Alternativen schaffen neue Abhängigkeiten!) und vor allem Publizität aller planungsrelevanten Daten, wie sie in supranationalen und nationalen Zukunftswarten, von den Regierungen aufgrund gesetzlicher Vollmachten auch und gerade von den privaten

Konzernen erhoben werden müssen, sind einige politisch zu realisierende Konsequenzen aus der Ölkrise. Die Ölkrise gibt es wirklich, auch wenn die gegenwärtigen tatsächlichen und vermeintlichen Versorgungsengpässe und Preissteigerungen sich nur als Profit-Tricks herausstellen sollten. Verantwortungsbewusste Politik muß dafür sorgen, daß die Wirtschaftenden nicht von der endlichen Substanz zehren, sondern haushalten mit den Rohstoffen, die noch für künftige Generationen reichen müssen.

---

**Karl Kühne**

## **Erdölpreis, Sozialismus und Weltwirtschaft**



Man kann sich darüber streiten, ob wir es zur Zeit mit einer „Erdölkrise“ zu tun haben oder lediglich mit einem Umschlag des Kräfteverhältnisses im Welthandel bzw. der „terms of trade“ zwischen dem erdölgesegneten Teil der „Dritten Welt“, der vom ausgleichenden Schicksal mit dem Lieblingsrohstoff und Energieträger des zwanzigsten Jahrhunderts überreichlich versehen wurde, und der ölhungrigen bzw. ölverschwendenden Industriewelt, wenn man es nicht – wie in sozialistischen Kreisen nicht selten – vorzieht, in diesem ganzen Spiel von Drohung und Produktionsdrosselung ein abgekartetes Manöver zu sehen, in dem die Erzeugerländer letztlich als eine Art Rammbock denjenigen Konzernkräften dienen, die es nunmehr für möglich und nötig halten, dem bisherigen säkularen Trend einer ständigen Verbilligung des Öls entgegenzuwirken. Jede Diskussion der heute als „Erdölkrise“ stilisierten Vorgänge sollte zunächst einmal an die Tatsachen anknüpfen. Diese lassen sich in wenigen Worten wie folgt zusammenfassen:

1. Eine echte Erdölverknapfung gibt es nicht. Die Prophezeiungen, wonach es in einem Vierteljahrhundert nicht mehr genug Erdöl geben soll, sind außerordentlich zweifelhaft – vielleicht von den Interessenten selbst gesteuert, obwohl der „Club of Rome“ seine Buchmessenprämie bekam ... Auch von einer relativen Kostensteigerung kann zur Zeit in den Hauptförderungsändern – außer in den USA – keine Rede sein; soweit Öl teuer zu stehen kommt, erklärt sich dies aus dem Bestreben, es in Räumen zu fördern, in denen keine Liefersperren zu befürchten sind.
2. Der Rohölpreis ist ein Quasi-Kartellpreis, der von einer Konglomeration oligopolistischer Großfirmen und Staaten, deren Haupteinnahmequelle das Öl ist, nur in einer komplizierten Zusammenarbeit hochgehalten werden kann. Die von den Staaten festgesetzten Abgaben, die allgemein publik sind, sorgen dafür, daß der Preis unter eine bestimmte Grenze nicht absinken kann. Unabhängige bzw. Gesellschaften mit Überschüssen werden weitgehend dar-

an gehindert, die einzige Form der Preiskonkurrenz zu handhaben, die in einem typischen Oligopol denkbar ist – die der geheimen Rabatte. Das Ergebnis ist, daß der Preis auch auf dem Tiefpunkt, zu Beginn der sechziger Jahre, um das zehnfache bis zwanzigfache über den reinen Förderkosten lag. Heute dürfte er bei Mittelstöß um das achtzig- bis hundertfünfzigfache darüber liegen.

3. Eine extrem unelastische Endnachfrage hat dazu geführt, daß nicht nur die Produktionsländer, sondern auch die Regierungen der Verbrauchsländer Erdölprodukte als willkommene Objekte zur Alimentierung ihrer Staatskassen ansahen. Das geschah weitgehend im Zeichen einer „Wegekostendeckung“, die so gut wie nirgends rational durchgerechnet war und sich auch anderer Instrumente hätte bedienen können. Die Tatsache, daß rund die Hälfte des gesamten Endverkaufspreises aller Erdölprodukte zusammengenommen in die Kassen der Verbrauchsländer floß, dagegen – bis Anfang 1973 – nur ein rundes Zehntel oder bestenfalls (bei Kuwaiti-Öl) ein Achtel in die der Förderländer, war letzteren verständlicherweise seit jeher ein Dorn im Auge. Die Heizölbesteuerung stellt sich demgegenüber als Protektionsmaßnahme dar, hat jedoch den Niedergang der Kohle nicht aufhalten können.

4. Sozialistische Aspirationen in manchen Förderländern mögen die Sympathien europäischer Sozialisten für diese Gesichtspunkte noch stärken; andererseits stimmt die Tatsache weniger sympathisch, daß hier Riesensummen statt im Aufbau für reine Militärausgaben verpulvert werden, um Wüstenstriche wiederzugewinnen, von denen man doch eigentlich genug hat. Das gilt auch insoweit, als der Versuch, den Industrieländern den Ölbrock höher zu hängen, leider die Unschuldigen weit mehr trifft: Wenn man die Industrieländer für vergangene oder gegenwärtige Imperialismus-Tendenzen strafen will, so ist das noch verständlich: Aber sie werden auch die höchsten Ölpreise zahlen können, zumal sie einen Teil des Preises wieder in höheren Exportpreisen auf die Dritte Welt zurückwälzen. Die eigentlichen Opfer sind die Entwicklungsländer, die sich diese Preise nicht leisten können. Es wird höchste Zeit, daß die schon vor zwei Jahrzehnten ventilierten Pläne zu einer arabischen Entwicklungsbank, die auch Nicht-

arabern helfen sollte, endlich Gestalt annehmen.

5. Die gegenwärtige Preissteigerungsstrategie kann nur funktionieren, weil der Israelkrieg den Grad von Solidarität zwischen Araberstaaten geschaffen hat, ohne den das Kartell nicht funktioniert hätte. Die naheliegendste Hoffnung für die Abnehmer ist vielleicht die, daß mit Nachlassen der Kriegsspannung diese Solidarität abflaut und das Interesse an kleinen Marktanteilgewinnen durch ein wenig Rabattierung wieder auflebt – bei Unabhängigen, Außenseiterstaaten und vielleicht den Gesellschaften selbst.

6. Zum Thema „Imperialismus“ ist paradox, daß die Preissteigerungsoffensive dem Land, das man in sozialistischen Kreisen und der Dritten Welt als den Prototyp des Imperialismus unserer Zeit zu bezeichnen pflegt, im Grunde indirekt zugute kommt: Zwar haben auch die USA in neuerer Zeit immer mehr Mittelstöß gekauft, womit auch sie direkt von den Preissteigerungen betroffen werden. Von 1959 bis Anfang 1973 hatten sie Importöl durch Kontingente fernzuhalten versucht, um inneramerikanische Hochkostenproduzenten zu schützen. Nun aber wird der Weltmarktpreis nicht nur auf, sondern über das inneramerikanische Niveau hinaufgeschleust. Europa verliert damit einen Wettbewerbsvorsprung, den es durch die sechziger Jahre hindurch genoß. Heimische Vermögensanlagen der US-Großkonzerne werden aufgewertet, und der Dollar steigt wieder, trotz Aussicht auf ein US-Handelsbilanzdefizit von 13 Milliarden Dollar – denn andere Industrieländer werden härter getroffen.

7. Bis 1990 wird es dauern, ehe Substitute im Großmaßstab auftauchen werden: Öl aus Schiefer und Teersand, Kohledestillation; Atomenergie, Hydrogen-Treibstoff, Elektroauto werden länger auf sich warten lassen. Es ist dies eine schwierige Übergangsperiode – die die Interessenten aber gerade ausnutzen wollen. Es soll nachstehend versucht werden, die Thesen etwas vertieft zu behandeln.

#### Zu These 1: Erdölverknapfung gibt es nicht

Es kann keine Rede davon sein, daß Erdöl im Laufe der letzten Jahrzehnte knapper geworden wäre oder daß man befürchten müßte, die nachgewiesenen Reservenvorräte würden fühlbar geringer. Es kann daher auch keine Rede

davon sein, daß man etwa einen steigenden Knappheitspreis zu zahlen hätte. Mitte der Sechziger Jahre stellte einer der besten Kenner der Materie, der Amerikaner Adelman, fest: „Die Entwicklungswahrscheinlichkeiten sind gut genug, daß jeder vorhersehbare Bedarf zu Kosten gedeckt werden kann, die nicht höher sind als heute und vielleicht sogar niedriger. Tatsächlich liegen die Dinge so: Wenn wir die Reserven an Erdgas mit einbeziehen, die vor 1962 überhaupt gar nicht geschätzt wurden . . ., so sind die Welterdölrreserven seit 1957 nicht nur im Verhältnis zur Weltproduktion stetig gleich geblieben, sondern haben sogar zugenommen . . .“ (M. A. Adelman, *The World Oil Outlook*, In: *Natural Resources and International Development*, Baltimore 1964).

Aus mancherlei neueren Kassandrarufern könnte man nun versucht sein, für die siebziger Jahre das Gegenteil anzunehmen. So erklärte der Vizepräsident der Chase Manhattan Bank, John G. Winger, kurz vor dem Höhepunkt der neuen Mittelostspannung: „In der kurzen Periode von 1970 bis 1985 wird die Welt nahezu drei Viertel der vorhandenen Erdölrreserven verbrauchen . . .“ (*La Pénurie d'Énergie*, In: *Entreprise* Nr. 947).

Bei einem ersten Blick auf die wachsende Verbrauchszunahme könnte man in der Tat, wenn man diese exponentiell extrapoliert, solche Befürchtungen hegen: So rechnete man mit nahezu einer Verdoppelung des Weltverbrauchs zwischen 1970 und 1980: von 2,3 auf 4,5 Milliarden Tonnen. Wenn das bisherige Verhältnis zwischen Förderung und Reserven erhalten bleiben sollte, müßte man bis dahin viermal das Äquivalent der Saudi-arabischen Felder entdecken . . . Aber so abwegig erscheint dies gar nicht: Um 1960 lag das Verhältnis zwischen Förderung und nachgewiesenen Reserven bei 1:38, und 1972 immer noch bei 1:35, trotz Verzweieinhalbfachung der Förderung, wie eine ESSO-Studie kürzlich feststellte („Gegenwärtige und künftige Probleme der Energieversorgung“, hrsg. v. d. ESSO [„Exxon“], Hamburg, Frühjahr 1973).

Eine andere Frage ist es, daß ein einzelnes Land ein Interesse daran haben kann, seine Förderung über einen größeren Zeitraum zu strecken, um nicht in Kürze ausgepündert zu sein – wie Mexiko 1920/30.

Dabei ist bisher die Erschließung neuer Vorkommen sogar bewußt gebremst worden; so

sagt die gleiche ESSO-Studie: „In der Vergangenheit wurde aus Wirtschaftlichkeitsüberlegungen die Ölsuche und -erschließung zumeist nur so weit vorangetrieben, daß ein vernünftiges Verhältnis zwischen Rohölförderung und Rohölrreserven gewährleistet blieb . . .“. Man hat es dabei als Nachteil ansehen wollen, daß die Erhöhung der nachgewiesenen Reserven praktisch überwiegend durch Neubewertungen auf schon vorhandenen Feldern erfolgt ist. Aber eigentlich ist das positiv zu werten: Denn es bedeutet, daß Neuentdeckungen im echten Sinne die Bestände überproportional erhöhen können. Wie rasch die Bestände zugenommen haben, kann man aus der Tatsache erkennen, daß noch 1970 in Saudi-Arabien nur mit 12 Milliarden Tonnen gerechnet wurde – 1973 sind es 19,8! Zu den rund 90 Milliarden Tonnen sicherer Reserven (54 Prozent im Nahen Osten) kommen heute noch 250 Milliarden wahrscheinlicher Reserven hinzu, ferner mindestens weitere 90 Milliarden Tonnen aus Ölschiefer (in den USA und Brasilien) und 45 Milliarden Tonnen aus kanadischen Ölsanden. (Vgl. ESSO-Studie, J.-M. Chevalier, *Le Nouvel Enjeu Pétrolier*, Paris 1973; „At last, Canada's tar sands look economic“, In: *Business Week*, January 5, 1974.) Zusammen ergibt das bereits heute fast 500 Milliarden Tonnen, d. h. eine Versorgung für mehr als 100 Jahre zum Höchststandard des Verbrauchs, der für 1980 erwartet wird (ca. 4,4 Milliarden Tonnen jährlich).

Wozu also die Befürchtungen? Richtig ist, daß ein Großteil dieser Vorkommen – vor allem in Nordamerika – ein Vielfaches an Kosten verursacht im Vergleich zu Mittelöstolen. Darum dürfte die Schätzung von Vizepräsident Winger nicht so ganz abwegig sein, wonach für den Zeitraum 1970–1985 von der Förderung bis zum Transport und Vertrieb rund 800 Milliarden Dollar investiert werden müssen, viermal soviel wie 1955–1970. Dazu kämen dann noch 450 Milliarden reine Finanzierungsaufwendungen – wobei allerdings Schuldenamortisation und Dividenden mitgerechnet sind. Man könnte bei diesen Zahlen zu der Vermutung kommen, daß die gegenwärtigen gigantischen Preissteigerungsbemühungen, wie sie durch die Haltung der arabischen Länder möglich werden, historisch gesehen eben dem Zweck dienen, die Selbstfinanzierung der Erdölwirtschaft in diesem Sinne sicherzustellen, natürlich auch vorhandene Vermögenswerte aufzuwerten.

Richtig ist weiter, daß – wie der „Senior Managing Director“ der Royal Dutch Shell, G. A. Wagner, kürzlich festgestellt hat (G. A. Wagner, The Outlook for World Energy, Netherlands Chamber of Commerce for Belgium and Luxemburg, Brüssel, 8. 11. 1973) – die Tendenz in Richtung auf „heimatnahe“ Energiequellen („home sources of energy“) geht: Diese – wie Nordsee- und Alaskaöl, Schiefer- und Sandöl – werden weit teurer zu stehen kommen. Die damit „steigenden Kosten“ sind also politisch bedingt.

#### Zu These 2:

##### Quasi-Kartellpreis, vom Staaten-Kartell untermauert

Die hohen Investitionskosten werden vor allem durch Erschließung von unwirtschaftlichen Räumen fern von den kostengünstigen Mittelostfeldern verschlungen. Die Betriebskosten in Libyen, Iran und Kuwait beliefen sich bis jetzt auf 8,4, 5,3 und 4,8 US-Cents pro Barrel (= 283,7 l), wovon auf die Kosten an der Bohranlage selbst jeweils 2,2, 0,8 (!) und 2 Cents entfielen, der Rest auf Sammel- und Hafenanlagen sowie Pipelines zur Küste. Das wird für die Zukunft auch nicht viel schlimmer; Betriebs- plus „Entwicklungskosten“ (also einschließlich Prospektion) lagen im Iran 1963/69 bei 9,7-Cents, 1966/68 in Kuwait bei 10,5, in Saudi-Arabien bei 0,86 und im Irak gar nur bei 0,7 Cents pro Barrel – und werden nach den Berechnungen Adelmans (Adelman, The World Petroleum Market, Baltimore/London 1972) bis 1985 für diese Länder schlimmstenfalls auf 20 Cents steigen. Das hätte beim Ölpreisniveau von Anfang 1973 bedeutet, daß der Anteil der Produktionskosten an der Summe der Enderträge aus allen Produkten, der Anfang 1973 im Schnitt für Mittelostöl bei 1,1 Prozent lag, allenfalls auf 2 Prozent gestiegen wäre. Wenn nun aber die Verdoppelung der Erdölpreise (und immerhin Vervielfachung gegenüber den sechziger Jahren!) dazu führt, daß sich das Preisniveau für Erdöl-Endprodukte im Schnitt etwa auf das Anderthalbfache und bis 1980 auf das Doppelte erhöht, dann würden selbst die verdoppelten Entwicklungskosten nach wie vor nur 1 Prozent der Endpreissumme ausmachen. Die Fracht lag bei Kuwaiti-Öl achtmal so hoch wie die reinen Förderkosten, beim Mittelostöl im Schnitt etwas mehr als dreimal so hoch. Hier bringen die Supertanker erhebliche Ersparnisse.

Kein Wunder also, daß Adelman in seinem großen Werk 1972 den Schluß zieht: „Für mindestens 15 Jahre dürfen wir damit rechnen . . ., daß ein Überfluß an Erdöl von den Feldern, die jetzt am persischen Golf abgebaut werden, zu einem Satz von etwa 10 bis 20 Cents pro Barrel zu Preisen von 1968 gefördert werden kann, und in einigen anderen Gebieten sogar zu noch niedrigeren Kosten, wenn man die Fracht rechnet . . .“ (The World . . .).

Die Hochhaltung des Rohölpreises auf einem Niveau, das heute auch bei Einrechnung höchster Frachtkosten mindestens das Neun- bis Zehnfache der Gesamtkosten bis zur Anlieferung in Europa ausmacht, ist eben nur denkbar durch die Tatsache, daß die „Royalties“ und Steuern pro Barrel, die sichtbar für alle Erdölstaaten festgesetzt werden, dem Preis einen „Bodensatz“ unterziehen, unter den er nicht absinken kann – es sei denn, daß einige Staaten Steuernachlässe bei Rabattgewährung genehmigen würden.

Der Streit der Gelehrten darüber, ob es sich in der Erdölwirtschaft um ein echtes „Kartell“ handelt, ist müßig. Formal ist das nicht nachzuweisen, obwohl die US-Firmen (allerdings erst seit 1960) von ihrem Justizministerium die Genehmigung dazu bekamen.

Zweifellos hat es 1928, als Deterding im Namen der Shell die Anglo-Iranian und die Standard Oil of New Jersey (heute Exxon-ESSO) auf sein Jagdschloß nach Achnacarry in Schottland einlud, einen formellen Kartellvertrag gegeben, der erst ein Vierteljahrhundert (1952) später (!) Gegenstand eines erbitterten Angriffs der US-Federal Trade Commission wurde. Die Wirtschaftskommission der UNO (ECE) folgte dem drei Jahre später 1955 mit einem ähnlichen Dokument. In allen diesen kritischen Studien wurde hervorgehoben, daß das Kartell die Preise des viel kostengünstigeren Mittelostöls an die des USA-Öls band (mit der [Mexiko-] „Gulf-plus-freight“-Formel).

Tatsächlich hatte bis Kriegsende ein regelrechtes „Frachtbasen“- („basing-point“-) System bestanden, das Mittelostöl an fiktive Frachten vom karibischen Meer zum persischen Golf band. Aber das System wurde nach 1948 unter dem Druck der Marshallplan-Verwaltung ECA aufgegeben. Richtig war, daß das Oligopol der sieben (oder, mit der französischen CFP, acht) Großkonzerne das Mittelostöl bis 1958 dann ungefähr auf gleichem Preisniveau hielt, ob-

wohl z. B. die „accounting costs“ (buchhalterische Kosten) bei Saudi-Öl eher sinkende Tendenz hatten.

Aber man sollte sich die Analyse nicht zu einfach machen: Das Oligopol der Großkonzerne bedarf gar nicht mehr der Formalisierung. Man braucht deshalb nicht so weit zu gehen wie Adelman mit seiner subtileren Analyse schon 1964, die von „Kollusion“ (geheime Absprache) nichts wissen will: *„Eines scheint festzustehen: daß die internationalen Ölkonzerne nicht zusammenkommen, um Preise festzulegen. In den USA hat es eine Studie der FTC und drei Prozesse des Justizministeriums gegeben — was auch sonst herausgekommen sein mag, eines hat man nicht feststellen können: Konsultierung über Preise und Produktion ... Weil das aber jeder weiß, wird es sehr umständlich abgewertet und abgetan. Selbst ein hartgesottener Skeptiker, der auf Tatsachen und Logik beharrt, kapituliert oft vor dem Argument: ‚Mein Lieber, wir sind doch nicht naiv! Sie brauchen doch gar nicht zusammenzukommen. Ich meine — Oligopol und all das.‘“* Aber das Geheimnis liegt gerade in diesem „all das“.

Sicher ist, daß die Dinge kompliziert liegen. Adelman mag nicht unrecht haben, wenn er in seinem Werk 1972 („The World ...“) meint, es genüge für die Großkonzerne, einfach mit dem Preis stillzuhalten und auf das Signal einer Abgabenerhöhung seitens der Östaaten zu warten:

*(Schon) „die Preissteigerungen von 1953 und 1957 in den USA lieferten ein Signal, dem sie gerne folgten. Ansonsten war die Acht-Firmen-Gruppe imstande, ohne irgendeine bekannt gewordene Konsultierung untereinander, einen festen Stand einzunehmen, größere Umsätze durch Nicht-Preis-Methoden anzustreben und den Preis in Ruhe zu lassen ... Gar nichts zu tun, hieß schon sehr viel tun, und nur das Mittelost-Kariblen-Oligopol erlaubte das ... Seit dem Zweiten Weltkrieg hat effektiv, wenn nicht der Form oder Absicht nach, ein informelles, aber wirksames internationales Warenabkommen für Rohöl bestanden ...“*

Zur Absicherung ihrer Oligopolstellung sind die führenden Gesellschaften in die alternativen Energieträger eingestiegen und haben z. B. rund ein Drittel der US-Kohle in Händen (siehe Chevalier ...).

### **Zu These 3:**

**Tendenz zur Umkehrung im Steuer-Löwenanteil**  
Man kann nicht umhin, mit dem arabischen Standpunkt zu sympathisieren, wonach, wenn schon rund 60 Prozent des Endpreises für alle Produkte in Staatskassen fließen, das Verhältnis nicht 1 : 5 zu ihren Ungunsten sein sollte, sondern z. B. mindestens die Hälfte ihnen zukommen müßte. Dieses Verhältnis scheinen sie jetzt mit ihrem Manöver anzustreben. Die Frage ist nur, ob sie damit nicht so viel ungünstige Nebenwirkungen auslösen — Verlagerungen auf „sichere“ Energiequellen, Prämien auf Bohrungen anderswo, auf Neuerfindungen (Hydrogentreibstoff, Elektroauto) —, daß sie sich auf die Dauer selbst das Wasser abgraben ... In Europa wäre es vorstellbar, daß die Regierungen unter dem Druck der öffentlichen Meinung von Treibstoffsteuern weg zu anderen Formen der Wegeabgaben übergangen müßten — vielleicht rationelleren, und zur Förderung neuer, vor allem innerstädtischer Verkehrsmittel.

### **Zu These 4:**

#### **Auslösung sozialistischer Bestrebungen?**

Die Frage ist, was mit den Öleinkünften geschieht. Vom sozialistischen Standpunkt kann man den Arabern nur wünschen, daß sie sinnvollere Verwendungsmöglichkeiten als Waffenkäufe finden. Vor allem haben sie jetzt die moralische Verpflichtung, ihren Brüdern in der Dritten Welt, die sie selber so hart treffen, aus ihrem Reichtum heraus zu helfen. Angesichts der geringen bisherigen Gegenseitigkeitshilfe zwischen arabischen Ländern bleibt abzuwarten, ob Nichtarabern geholfen wird. In westlichen Kreisen sind schon Forderungen laut geworden, man sollte alle Auslandshilfe einstellen und die Opfer an König Feisal verweisen.

In den mittelalterlich-traditionellen Staaten am Golf dürfte jedoch vielfach noch kaum eine sinnvolle Verwendung der Rieseneinkünfte für den Binnenaufbau garantiert sein.

Man sollte in Europa allerdings nicht übersehen, daß mit dem Abkommen von New York vom 5. Oktober 1972 praktisch ein Stück Sozialismus ausgebrochen ist: Die Staaten bekamen sofort einen 25-Prozent-Anteil, jedes Jahr 5–6 Prozent mehr, bis sie 1983 51 Prozent des Kapitals der Anlagen auf ihrem Territorium in Händen haben. Freilich bleiben sie damit auch weiterhin vom Transport- und Vertriebssystem der Großkonzerne abhängig: Das war wohl der Hauptgrund, weshalb diese das Ab-

kommen fast widerstandslos hinnahmen; außerdem bekamen sie damit billige Finanzierungsmittel zugeführt. Araber wie Scheich Tariki, der Vorgänger Yamani in Saudi-Arabien, haben sogar nach Übernahme der Anlagen auch im Ausland, z. B. der Raffinerien, gestrebt, obwohl dort nur wenig Gewinne stecken.

Bisher waren Nationalisierungstendenzen am Schreckbild des iranischen Dramas 1951–53 gescheitert; damals hatte der Iran seine führende Marktstellung verloren, seine Förderung von 33 auf 1,3 Millionen Tonnen sinken sehen und davon nur 80 000 Tonnen in drei Jahren verkaufen können (Chevalier ...). Weitere Nationalisierungstendenzen scheiterten, weil man fürchtete – wie Tariki unverblümt aussprach –, daß jeweils die anderen Länder einen Nationalisierungsversuch zuschanden werden lassen würden: „Man kann das ganze Mittelostöl nationalisieren, aber man kann nicht lediglich in einem Mittelostland nationalisieren. Jedes der vier Hauptproduktionsgebiete könnte allein das ganze Mittelostöl liefern, das der Weltmarkt braucht“ (Zitiert bei Wanda M. Jablonski, Terms of New Saudi Concessions spelled out, Petroleum Week, Juni 1958).

#### Zu These 5:

##### Ein Hoffnungsstrahl für die Verbraucher: Sozialisierung in den Förderländern?

In der neugewonnenen Solidarität der OPEC werden simultane Vollnationalisierungen möglich – auf jeden Fall ergibt sich kollektiv die Teilnationalisierung ab 1983. Und hier liegt vielleicht eine Hoffnung für die Verbraucherländer: Erstens würde dann der Preis nicht mehr den Gesellschaften auferlegt, sondern diese würden als Einkaufsmonopol bzw. „Oligopson“ den Lieferländern gegenüberreten. (Vgl. die Argumentation bei W. A. Leeman, The Price of Middle East Oil, Ithaca-New York 1962.) Zweitens würde dies Oligopson die Mengen festlegen. Drittens – an die Stelle einer komplizierten Preisstruktur, in der die Steuer in der Formel „tax plus cost“ weithin sichtbar als unterer Preisboden dient, würden nationale Gesellschaften treten, und die Länder würden direkt eine Art Oligopolinteresse an Marktausweitung durch etwas Unterbietung gewinnen.

Hier handelt es sich nun keineswegs um sozialistisches Wunschenken: Überlegungen in dieser Richtung sind von so konservativen Autoritäten wie Adelman und dem gegenwärtigen Saudi-Ölminister Scheich Yamani geäußert

worden. Adelman formuliert den etwas komplexen Gedankengang in seiner brüsk-lebendigen Weise: „Wenn die Ölgesellschaften Rohölkäufer werden ... und die Förderländer verkaufen, gibt es kein Mittel mehr, um Betrügerei (‘cheating’) zu entdecken ... Der bekannte vereinbarte Preisboden (price floor) ist verschwunden, und tief darunter im Abgrund liegen die Kosten – tief genug, daß hartgesottene Verkäufer Schwindelanfälle bekommen können ... Jede Gesellschaft und jede Regierung haben Grund, sich zu fürchten, vor den Verlusten, die der andere auslösen kann, und jeder weiß, daß alle Konzerne und Regierungen zusammen die Verlierer sind, wenn eine herausgedrängte Gesellschaft zum reinen Käufer wird ...“ („The World ...“). Kernpunkt der Adelmanschen Argumentation ist der Gedanke, daß Staatsgesellschaften nicht mehr einem einheitlichen OPEC-festgelegten Steuerniveau unterworfen werden können: Die Regierungen sind dann individuell direkt an den Gewinnen interessiert, und wenn diese durch ein wenig Preisunterbietung auf dem Weltmarkt und daraus resultierende Marktanteilvergrößerung verbessert werden, führen sozialisierte Gesellschaften zur Weltmarktpreissenkung. Das eben hat Yamani gemeint, wenn er 1968 sagte, eine Herausdrängung der Gesellschaften in den Käuferstatus würde „eine drastische Verringerung im Ölpreisniveau“ bringen, und „die einzigen Nutznießer wären die Verbraucherländer ...“ (Zit. in: Petroleum Weekly, 16. 6. 1969).

Damit kämen wir zu der paradoxen These, daß selbst ultrakonservative Regierungen in Europa und der Welt Interesse daran gewinnen könnten, daß der Sozialismus in Mittelostländern ausbricht! Dagegen spricht nur, daß Sozialismus Planung auf längere Sicht und damit häusliches Umgehen mit Erdölvorräten bedeutet – wie Mexiko es eben nicht gezeigt hat.

##### Die bisherige Preisentwicklung als Anhaltspunkt für eventuelle Umkehr

Es ist somit noch nicht aller Tage Abend: Bei einer Umstrukturierung kann es zur Umkehr an der Preisfront in mittlerer Sicht kommen. Dies gilt um so mehr, als das schon zweimal – um 1948/49 und 1958/59 – selbst bei der bisherigen Struktur in der Allianz zwischen starken Gesellschaften, Förderländern und USA – der Fall gewesen ist.

Man könnte bei Betrachtung der jetzigen Lage

den Eindruck haben, in der Entwicklung seit 1958 handele es sich um einen diabolischen „master plan“: Erst hat man durch Senkung des Preises den Konkurrenten Kohle ruiniert, und nun schickt man sich an, die Früchte der damit errungenen Quasi-Monopolstellung zu ernten. Indessen wäre das doch eine allzu starke Simplifizierung.

Wie ist es nun zur spezifischen Abhängigkeit vom Erdöl gekommen? In den Jahren unmittelbar nach dem Kriege lag der Preis des Rohöls „free-on-board“ im persischen Golf mit über 2,2 Dollar pro Barrel relativ hoch. Das hatte damals die Anschuldigungen der Marshallplan-Verwaltung ECA ausgelöst, die Ölgesellschaften suchten für das sehr viel billiger produzierte Mittelöstöl die amerikanische Preisstruktur aufrechtzuerhalten. Unter diesem Druck gaben sie bis Mitte 1949 um rund 20 Prozent nach; da das amerikanische Preisniveau stetig anstieg, etwa im Einklang mit der längerfristigen allgemeinen Preissteigerung, ergab sich ein immer größerer Auseinanderfall beider Preisniveaus, denn die Preise bei Mittelöstöl stiegen *viel* langsamer. Allerdings wurden sie bis 1957 angehoben. Um 1958 lagen die US-Öle (East Texas) bei etwa 3,05, die Mittelöstöle (Free on board Ras Tanura) bei etwa 2,07 Dollar pro Barrel.

Die sogenannte „Wasserscheide“ („watershed“), d. h. der Punkt der annähernden Preisgleichheit bei Berücksichtigung der Tankerfracht, war von Europa herüber an die Ostküste der USA gewandert; die Frachtdifferenz reichte als Schutz nicht mehr aus, und die USA führten ab März 1959 ihr Kontingentsystem ein, das bis 1973 gelten sollte.

Die Rezession 1958, das Eindringen zahlreicher unabhängiger Firmen (vor allem in Libyen) amerikanischer, japanischer, italienischer (Staatskonzern ENI), französischer Provenienz, das Vorhandensein von mehr Rohöl, als sie raffinieren konnten – alles das ließ einen (Rabatt-) Preiswettbewerb ausbrechen, der ab 1959 das Niveau der Rohölpreise (Free on board persischer Golf) auf 1,3 bzw. rund einen Dollar herunterdrückte.

Berücksichtigt man die Fracht, so läßt sich sagen, daß Europa in den sechziger Jahren im Schnitt etwa zwei Dollar für den „Barrel“ (1 Tonne = 7,33 Barrel) Rohöl aus dem persischen Golf zahlte, Frankreich allerdings mehr für Algerienöl, die USA dagegen im Binnenland dreieinhalb Dollar, wobei Importöl dort durch

„Lizenzen“ auf dasselbe Niveau hochgeschleust wurde.

### Schweres Heizöl als Barometer

Für Industrie und Versorgungswirtschaft entscheidend war dabei die Entwicklung im Bereich des schweren Heizöls. Wenn man hier die Preise pro Tonne um 1950 gleich 100 setzt, so stiegen sie – vor Versteuerung – zunächst in der Korea-Spannung in den Niederlanden (dem repräsentativsten Markt) um etwa 65 Prozent, in Belgien um rund 40 Prozent, in Italien um rund ein Drittel. Dann sanken sie vom Höhepunkt 1951/52 ab, blieben aber auf relativ hohem Niveau – in den Niederlanden um etwa die Hälfte, in Belgien um rund ein Viertel über denen von 1950. Dann kommt die Suez-Spannung: Wieder klettern die Preise auf dem reagibelsten Markt, dem niederländischen, um rund 65 Prozent und in Belgien um 40 Prozent, nur in Italien weniger (ca. 20 Prozent). In der Bundesrepublik schnellten sie von 1956 bis Mitte 1957 auf fast das Anderthalbfache. Danach gehen die offiziellen Listenpreise überall ungefähr auf das Niveau der Mitte der fünfziger Jahre zurück – aber Rabatte halbieren dies offizielle Niveau, zum Teil angestachelt durch die Steuern, die in Belgien und Italien ein Viertel, in Deutschland sogar noch mehr vom Listenpreis ausmachten. (Nach Angaben aus „Oil and Gas International“, Dezember 1961 und: M. A. Adelman, The World . . .)

Daher besteht zwischen Roh- und Heizölpreisen ein enger Zusammenhang: Wird Heizöl zu teuer, kann man direkt Rohöl verfeuern. Umgekehrt wird schweres Heizöl – trotz seines angeblichen Charakters als „Nebenprodukt“ – auch nicht viel billiger, weil man sonst die Verwendung schwerer Rohöle vermeidet. So muß man damit rechnen, daß der gegenwärtige übersteigerte Rohölpreis auch auf dem Heizölmarkt durchschlägt – mit entsprechender Rückwirkung auf die (außerhalb Deutschlands vielfach heizölabhängige) Versorgungswirtschaft und die gesamte Industrie. Das aber dürfte die Arbeitnehmerschaft treffen.

Theoretisch mag der Preissturz von 30 oder gar 50 Prozent um die Wende der fünfziger zu den sechziger Jahren hin noch harmlos erscheinen; er hätte bis auf 80 Prozent gehen können. Aber auch so schon war dies Preissignal das Totengläut für die europäische Kohle.

Ein gewisses „Dumping“-Element lag im Nebenprodukt-Charakter des Heizöls: Ein Fünftel

bis ein Drittel des Produktes aus einer Tonne Erdöl pflügt auf schweres Heizöl zu entfallen, das bestenfalls zwischen 30 und 40 Prozent des Preises für Qualitätsbenzin zu bringen pflügt. Zwar besteht ein gewisser Spielraum auf Raffinerieebene im „Cracking“ (Verarbeitungsprozeß), und auch die Preisspannen zwischen den einzelnen Ländern sind – z. T. steuerbedingt – erheblich. Generell gesehen läßt sich jedoch wohl sagen, daß die übliche Kalkulationsunsicherheit typischer Nebenprodukte besteht und eher eine gewisse Tendenz zur Unterkalkulation vorwaltet.

Die große Frage für die zweite Hälfte der siebziger Jahre muß lauten: Sind die Bedingungen auf dem Erdölmarkt so sehr viel anders geworden, daß sich ein Nachgeben des künstlich aufrechterhaltenen Preisgefüges in Zukunft verhindern läßt? Der Autor dieser Zeilen möchte diese Frage – trotz OPEC und zeitweiliger Araber-Solidarität – vernennen. Sachkenner wie die Amerikaner Adelman und neuerdings Rich Thomas vernennen sie gleichfalls. Auf jeden Fall wird die OPEC auf die Dauer nicht das Feld beherrschen, wenn sie sich nicht auf die Kollaboration der Konzerne und das Entgegenkommen bestimmter Regierungen stützen kann.

#### Zu These 6:

##### Das Imperialismus-„Paradigma“

Man kann an drei Tatsachen nicht vorübergehen: Es ist den USA sicher, obwohl sie zweifellos selbst hart getroffen werden, jedenfalls nicht unangenehm, wenn Europa jetzt einen ähnlich hohen Preis für Öl zahlen muß wie die amerikanische Wirtschaft. Es kann ihnen auch nicht unangenehm sein, wenn der Dollar angesichts der europäischen Ölschwierigkeiten wieder an Kraft gewinnt. Endlich darf man nicht vergessen, daß fünf der acht „Großen“ („Majors“) amerikanische Konzerne sind, deren Vermögenswerte im Heimatkontinent eine Anhebung erfahren, weil die dortigen Gewinnaussichten steigen. Schließlich werden auf mittlere und lange Sicht amerikanische Kohle, Alaska- und Schieferöl wie kanadisches Sandöl wettbewerbsfähig.

Es ist deshalb nicht so ganz unverständlich, wenn ein sachlicher Beobachter wie Adelman den USA, die 1948/49 den Preis für Europa herunterbrachten – um Marshall-Hilfe zu sparen – diesmal eher die gegenteilige Hilfsfunktion zuerkennt: Er schreibt das, was er die „Kapitula-

tion“ im OPEC-Rahmen vor den Diktaten von Teheran und Tripolis 1971 nennt, sogar seinen Landsleuten teilweise zu: „Die multinationalen Konzerne sind nicht nur Agenten der ölexportierenden Regierungen, sondern auch der Vereinigten Staaten, ohne deren aktive Unterstützung OPEC niemals viel erreicht hätte ... Die Regierung der Vereinigten Staaten war in der ganzen Periode aktiv. Unterstaatssekretär Irwin ... erklärte in Teheran öffentlich, seine Regierung sei an ‚stabilen und vorhersehbaren‘ Preisen interessiert, was angesichts der Tagung höhere Preise bedeutete ... Mr. Irwin erklärte, wie schlimm es für Europa und Japan wäre, wenn die Öllieferungen abgeschnitten würden. Vielleicht erklärt das, warum der Schah bald danach damit drohte, denn es gibt keinen wirksameren Anreiz zu drastischer Aktion als die Versicherung, sie würde den Gegner sehr schädigen ...“ („The World“...).

Zwar importieren heute auch die USA im Großmaßstab und rechnen mit einem Ölfehlbestand von bis zu 20 Prozent 1976; indessen hat der US-Verbraucher und der Steuerzahler auch bis jetzt die Last getragen: letzterer verzichtete den Konzernen gegenüber auf soviel Einkommensteuer (mittels Absetzbarkeit), wie diese in den Förderländern zahlten. Entscheidend ist makroökonomisch die Gleichziehung der Wettbewerbsbedingungen zwischen den Industrieländern einschließlich Japan – und dieser wird vermutlich die Annäherung der Wachstumsraten folgen: nach unten. Der Weltkapitalismus tritt damit durch eine Entwicklung, die den USA unmittelbar passen mag, in eine gefährliche Phase.

An dieser Stelle soll nicht das allgemeine Problem der Versorgung mit traditionellen oder neuen Energieträgern – unter denen die Atomenergie die führende Rolle spielen wird, allerdings wohl erst ab 2000 – erörtert werden. Auch die spezifische Frage der Erdölversorgung selbst kann hier nicht näher behandelt werden; der Autor hat dies an anderer Stelle etwas detaillierter getan (vgl. den Aufsatz des Verfassers in den „Gewerkschaftlichen Monatsheften“ Februar 1974). Vielmehr soll von der Hypothese ausgegangen werden, daß mindestens für den Zeitraum 1975–1985 mit einer relativen Erdölknappheit zu rechnen ist. Es bleibt weiter die Frage zu diskutieren, welche Konsequenzen dies für eine Gesellschaftspolitik im sozialistischen Sinne haben wird, speziell in den Industrieländern.

Diese Auswirkungen sind nach drei Seiten hin zu prüfen: einmal geht es um die generellen Rückwirkungen auf die Wirtschaftsentwicklung, die eine Durchführung bestimmter „Reformen“ erschweren wird. Zum zweiten fragt sich, ob bestimmte strukturelle Umgestaltungen – etwa zusammengefaßt unter dem Stichwort „Sozialisierung“ – in dieser Situation nicht besonders vordringlich erscheinen. Zum dritten stellt sich die Frage, wie die Nationalisierungstendenzen in den Ölländern selbst, die ja einen gewissen Anspruch auf Identifizierung mit dem „Sozialismus“ geltend machen könnten, zu beurteilen sind, und ob sich hier von der realen oder Ideellen Ebene her Brücken schlagen lassen: Wäre nicht statt der sonst propagierten Lösung – Monopson der Verbraucherländer gegen Monopol – eine Kontaktaufnahme zwischen sozialistisch konzipierten Strukturen in Verbraucher-

und Lieferländern denkbar? Das sind die Fragestellungen für die zukünftige Debatte unter Sozialisten.

Überspitzt könnte man sagen: Der Sozialismus dringt von zwei Seiten auf die multinationalen Gesellschaften ein – einmal aus den Produktionsländern, die nach der (Teil-) Nationalisierung streben und sie 1983 verwirklicht haben werden – zum anderen in Form einer (allerdings weitgehend ohnmächtigen) Kritik der Sozialisten westlicher Industrieländer. Beiden Versionen des Sozialismus – wobei der der meisten arabischen Länder im Grunde streng konservativ gefärbt ist – entrinnen die „Multinationalen“ jedoch zwischen den Fingern, denn ihnen gehört der Bereich zwischen den Nationen, den der immer noch national begrenzte Sozialismus nicht erfaßt.

---

**Freimut Duve**

## **Die Industriekrise und die Dritte Welt – ein Orientierungsversuch**

Daß die Energiekrise keine echte Versorgungs-  
krise gewesen sei, piffen die Spatzen spä-  
tens dann vom Dach, als in das araberfreund-  
liche England weniger Erdöl kam, als in die  
araberneutrale Bundesrepublik. Wer Glück  
hatte, wurde von den Arabern negativ einge-  
stuft, und schon rauschte der freiwirtschaftliche  
Ölstrom. Mobile und immobile Gefäße waren  
bis an den Rand gefüllt. Dies allerdings durch  
einen Staatskommissar präzise feststellen las-  
sen, konnte die Bundesregierung nicht. Durfte  
sie nicht. Es ist systemkonform, wenn „Han-  
delsblatt“ und US-Verteidigungsminister mit  
dem Anlanden von GI-Rommels in Arabien  
drohen (gegen Erpressung muß man sich weh-  
ren dürfen). Es ist systemsprengend, wenn  
Sozialdemokraten den Inspektor fordern, der



höchstpersönlich die angeblich leerer werden-  
den Tanks der Konzerne besichtigt. Aber all  
das ging so schnell, daß es nun schon wieder  
Geschichte ist. Die Ölkrise jedenfalls ist eine  
Energiekrise, und die Energiekrise zeigt auch  
da, wo sie nur befürchtet wird, alle Merkmale  
einer tiefen Industriekrise. Das alles Wach-  
stumskrise zu nennen, ist Statisterei, solange  
Clubrömer und andere sich völlig sinnlose  
Definitionsschlachten liefern.

Was aber heißt Industriekrise? Der stellvertre-  
tende japanische Ministerpräsident hat auf  
seiner Indonesienreise erklärt, Japan müsse  
auf weitere Investitionen im Inselreich selbst  
verzichten, es habe die Grenzen der Belastbar-  
keit von Mensch und Natur durch die Überin-  
dustrialisierung erreicht. Darum müsse Japan

**Die Industriekrise und die Dritte Welt –  
ein Orientierungsversuch**

zunehmend noch stärker als in den vergangenen Jahren in den Entwicklungsstaaten des ostasiatischen Raums investieren. Die Kapitalverwertungsbedingungen in Japan haben ihre Grenzen erreicht. Noch mehr Menschen, die verstümmelt zur Welt kommen (Quecksilbervergiftung), noch mehr Todesopfer durch den Genuß vergifteter Fische kann Japan sich trotz des bislang gezeigten hohen Pegels der Menschen- und Bürgerverachtung seines Industriesystems nicht mehr leisten.

Bislang ging das westlich-kapitalistische Industriemodell von jenem einfachen Prinzip aus, das jeden ins Gefängnis bringt, der es im kleinen, sozusagen auf eigene Rechnung, anwenden möchte: Das Schneeballsystem. (Derjenige, der überhohe Zinsen bezahlt, wird dadurch reicher, daß immer mehr und immer mehr mitmachen, aus ihren Einzahlungen werden die Zinsgewinne bezahlt.) Funktionieren tut's, aber nur, wenn nach und nach die ganze Menschheit mitmacht. Das Industriesystem, auf stetiges Wachstum programmiert, braucht noch eine zweite Voraussetzung: die Rohstoffe müssen unbegrenzt zur Verfügung stehen. Nicht nur die Kundschaftsseite, auch die Rohstoff/Energie-seite muß also als letztlich unendlich steigerbar angesehen werden, soll das Industriesystem weiterlaufen. All das sind Blinsenwahrheiten, die zum Überdruß seit einiger Zeit mahnend und warnend wiederholt werden. Auch die gegenwärtige Suche nach Ersatzenergie geht letztlich davon aus, daß es zum stetig wachsenden Industriesystem keine Alternative gibt, wo die Prospektoren mit ihrem Latein am Ende sind, sollen die Techniker noch weitere Energiequellen entwickeln können. Atom, Sonne, Gezeiten. Man diskutiert über den Austausch des Brenners, nicht um die Strukturveränderung im Verbrauch.

Die Verbrauchsdaten jedoch – Verdoppelung des Energiebedarfs innerhalb von 9 Jahren bei zunehmender Beschleunigung – gehen nicht davon aus, daß der westliche Konsument nach neun Jahren statt einer zwei Waschmaschinen, statt vier Glühbirnen im Wohnzimmer acht, statt einem Staubsauger zwei anschaffen wird, sondern sie gehen von den Absatzerwartungen der zumeist von Multinationalen Konzernen errichteten Wachstumsindustrien aus: Wie Gerd Tacke, stellv. Aufsichtsratsvorsitzender der AEG im Sommer 1973 vor der Mitgliederversammlung des bayrischen Bankenverbandes

erklärte: „Hohe Wachstumsraten des Weltbedarfs“ weisen „die Industriegruppen der Chemie, des Fahrzeugbaus, der Metallverarbeitung, der Elektro- und Büromaschinenteknik, der Pharmazeutik, Teile der Nahrungsmittelverarbeitung und der Glas-, Papier-, Gummi- und Kosmetikproduktion“ auf. Um Investitionen dieser Branchen liefern sich die kommunalen und staatlichen Gebietskörperschaften der ganzen Welt heiße Subventionskämpfe. Das freie Spiel der Kräfte wird nicht mehr durch die Konzerne ausgetragen (sie haben den Weltbedarf langfristig nicht nur errechnet, sondern auch schon vorgeprägt), sondern unter denjenigen, die die Steueraufkommen ihrer Bürger zu verwalten haben. Wer am höchsten und günstigsten subventionieren kann, erhält den Zuschlag. Die wichtigste Subventionsform ist – vor der Öffentlichkeit peinlichst verschwiegen – die künstliche Herabsetzung des Strompreises. Angeblich soll das neue Alu-Werk des US-Konzerns Reynolds in Hamburg allein 50 Prozent der Stromerzeugung eines der künftigen Atomreaktoren um Hamburg abnehmen; zu einem vom Staat indirekt heruntersubventionierten Strompreis, bei dem mittelständische Unternehmer mit Sicherheit ausgesorgt hätten. Die Produkte eines solchen Werkes jedoch gehen vom wachsenden Bedarf des „Weltmarktes“ aus. Also von einem bruchlosen Weiterexpandieren des westlichen Industriesystems.

Die Energie-lücke in Westeuropa wird im wesentlichen durch die Zuwachsraten, nicht durch den gegenwärtigen Verbrauch bestimmt. Die Zuwachsraten werden von den Zentren der global operierenden Wachstumskonzerne per Investitionszwang festgesetzt. Das gilt nicht nur für US-Konzerne, sondern auch für japanische und bundesrepublikanische. Gerd Tacke hat hier die exakte Definition geliefert. Das „primäre Ziel“ eines multinationalen Unternehmens ist die „Bearbeitung und Erschließung des Weltmarktes“. Dieses wird mit „all seinen geistigen und materiellen Implikationen zur zentralen Richtschnur seines Handelns“. Der Multinationale Konzern, der irgendwo in der Bundesrepublik oder in Frankreich investiert, tut dies kaum noch zur Deckung des heimischen Marktes, sondern die Investition hat allein strategische Bedeutung für die Erschließung des „Weltmarktes“. Brasilien, der Iran, die Eifenbeinküste, Malaysia und Indone-

sien, aber auch ärmere Länder wie Äthiopien oder Afghanistan sind heute in ihren Industrieinseln integraler Bestandteil dieses von den Multinationalen bestimmten Weltmarktes. In Malaysia läßt Bosch Niederfrequenzverstärker für Autoradios bauen.

Die Bemühungen des deutschen Entwicklungsministers um eine „angepasste Technologie“, d. h. eine Technologie, die nicht von den Wachstumsinteressen der Multinationalen bestimmt ist, sondern von den Bedürfnissen der hungernden und verhungern den Massen der III. Welt, sind Sisyphusarbeit angesichts des globalen Drucks auf die investitions hungrigen Eliten der III. Welt; die sich um statistische Wachstumsraten weit mehr kümmern als um ihre unterernährten Bürger, die ohnehin zunehmend zu statistischen Karteileichen für Wachstumszentren geworden sind. (Äthiopiens Oberschicht zieht für seine Bittgänge um Entwicklungshilfe den Rest der Bevölkerung heran, um nachzuweisen, wie arm das Land sei; sind Hilfen bewilligt, so kommen sie einer Schicht zugute, die im Durchschnitt reicher ist, als der Durchschnitt des Geberlandes.) Was immer in Städten wie Addis Abeba an westlichem Großstadtgepräge mit eigenen Mitteln aufgebaut wurde, ist seit Jahrzehnten aus denen herausgepresst worden, für die deutsche Bürger derzeit über eine Luftbrücke spenden: Völkern, die ohnehin von der Hand in den Mund lebten, wurde das Land von der Ausbeuterclique des Kaisers geraubt. Sie durften weiter als Pächter dort leben, bezahlen jedoch seit Ende des vorigen Jahrhunderts bis zu siebzig Prozent Pacht an die Hauptstadt. Ein tödlicher Raubbau an Natur, Tier und Mensch.

Es ist kein Zufall, daß bei den Verhandlungen um Öl aus dem Iran Waffenlieferungen an erster Stelle stehen. Die nationalen Regierungen fungieren als Agenten des Industriesystems, das von den langfristigen technologischen Planungen der Multinationalen vorgezeichnet wird. Dieses in einem Land aufzubauen, wo die Hungernden ganz andere Bedürfnisse haben, als Autoradios herzustellen, setzt einen hochgerüsteten Repressionsapparat voraus. Die Unterstützung Brasiliens und die Vernichtung des sozialistischen Chile durch die gleichen Kräfte zeigt den Prozeß mit aller Deutlichkeit. Von einem jungen ehemaligen Unterstaatssekretär aus Allendes Regierung stammt das Wort: „Den Sozialismus baut man

nur zu Fuß oder mit dem Fahrrad auf“. Alle Staaten, die sich weigern, dem Druck des westlichen Industriesystems zugunsten einer Versorgung der ländlichen Massen mit neuen technologischen Modellen nachzugeben, sind vom Schicksal Allendes bedroht.

Die Krise der amerikanischen Automobilindustrie soll nach Plänen der Manager von General Motors durch einen massiven Export in die Staaten der Dritten Welt und nach Osteuropa gebremst werden. Der ehemalige Forddirektor, Weltbankpräsident McNamara, hat durch die Bevorzugung von Autostraßen bei der Finanzierung von Weltbankprojekten dafür Sorge getroffen. Deutsche Autobahnbauer haben das Nahverkehrssystem der Hauptstadt Nigerias für Jahrzehnte vorgeprägt. Die in das westliche Industriesystem eingegliederten Wachstumszentren der Dritten Welt brauchen tatsächlich mehr und mehr Personenwagen, deren Import heute in einigen Staaten schon mehr Devisen verschlingt als der landwirtschaftlicher Geräte oder Düngemittel.

Solange auch bei uns die Strukturen des Wachstums von Multinationalen Konzernen bestimmt werden, und fast jeder zweite bundesdeutsche Bürgermeister oder Landeswirtschaftsminister weiß, daß dies so ist, solange bringt die Energiekrise des Westens nur noch größere Gefahren für die Hungernden in der Dritten Welt. Die Multinationalen sind auf Automation, auf rasche Wachstumsziffern, auf globale Geld- und Warenmanipulationen angewiesen. Sie bestimmen unseren Energiebedarf in den kommenden Jahrzehnten, sie kontrollieren die neuen Energiequellen, sie erzwingen die Weltmarktöffnung der Entwicklungsländer, sie bestimmen die Definition des technischen Fortschritts. Sie sorgen – das Beispiel Japans zeigt dies – für die Auslagerung von umweltfeindlichen Produktionsstätten, wenn unsere Bürger diese nicht mehr akzeptieren können.

Bislang haben die Sozialdemokraten über Instrumente staatlicher Kontrolle diskutiert, wobei auch sie vom kontinuierlichen Wachstum ausgingen. Die Frage, ob nicht im von globalen Konzernen vorgezeichneten Wachstum selbst neue Formen der Ausbeutung zu suchen sind, wurde kaum gestellt. Ausbeutung der Arbeit durch das Kapital, Ausbeutung der künftig Lebenden durch das industrielle Wachstum, Ausbeutung der Hungernden in der Dritten Welt durch den Investitionsdruck der Multina-

tionaten. Zu einer Diskussion über Instrumente gehört immer zwingender die Diskussion über die Technologie, über die Produkte selbst. Die Staaten des Comecon geben gegenwärtig ein hervorragendes Beispiel dafür ab, daß die Instrumente staatlicher Lenkung allein eine Veränderung des ausbeuterischen Industriesystems nicht bewirken können. Sie werden mehr und mehr zu verlässlichen Partnern der Multinationalen.

Die Energiekrise als Symptom für die Industriekrise bringt Chancen und Gefahren. Die Chance, daß eine Revision des Schneeballsystems nicht nur von „Zivilisationspessimisten“, sondern auch von politischen Parteien diskutiert und womöglich initiiert wird. Die Gefahr, daß der Druck der kapitalintensiven ar-

beitsplatzvernichtenden Investitionen auf die Dritte Welt zunimmt. „Die Multinationalen sind als Pioniere einer Zeitwende den politischen Kräften durch die von ihnen getragene technische und wirtschaftliche Integration der Welt vorangeschritten.“ So sieht es der AEG-Direktor Tacke. Jetzt ist die Zeit, daß die politischen Kräfte erkennen, welche ausbeuterische Formen diese „Integration“ der Welt angenommen hat. Die erste Aufgabe heißt: Überprüfung aller Aussagen über das angebliche Wachstum des Energiebedarfs in den Industriestaaten. Schon ein erster Blick zeigt: die gewaltigen Steigerungsraten werden von jenen bestimmt, die glauben, daß die, wie Erhard Eppler sagt, „heute schon geborenen Arbeitslosen des Jahres 1990“ dann Niederfrequenzverstärker für Autoradios brauchen.

---

## Achim André

### Das soziale Europa

#### Problematische Schritte in die richtige Richtung

##### I.

Europäische Sozialpolitik wurde eingeleitet mit der Gewährung der Beschäftigungsfreiheit. Ihr folgte die Schaffung von Verordnungen für die Soziale Sicherheit der Wanderarbeitnehmer in der Europäischen Gemeinschaft. Ferner wurde ein europäischer Sozialfonds ins Leben gerufen. Bis zum Jahre 1972 sind damit die sozialpolitischen Ergebnisse auf dem europäischen Felde im wesentlichen beschrieben.

Auf der europäischen Gipfelkonferenz in Paris im Oktober 1972 legte Bundeskanzler Brandt eine deutsche Initiative zur Sozial- und Gesellschaftspolitik in der Gemeinschaft vor. Sie fand eine günstige Aufnahme. Die Staats- und Regierungschefs beschlossen, ein sozialpolitisches Aktionsprogramm bis zum 1. Januar

1974 von den Organen der Gemeinschaft erarbeiten zu lassen. Sie betonten, daß der Sozialpolitik die gleiche Bedeutung wie der Wirtschafts- und Währungspolitik in der Europäischen Gemeinschaft zukomme. Unmittelbar im Anschluß an diese Konferenz führte Willy Brandt einen neuen Begriff in die politische Debatte ein: Er forderte die Schaffung einer europäischen „Sozialunion“, die Bestandteil der Europäischen Union sein sollte. Er ist seither in seinen Äußerungen häufiger auf diesen Begriff zurückgekommen.

Die Kommission der Europäischen Gemeinschaft arbeitete im Laufe des Jahres 1973 den Entwurf eines sozialpolitischen Aktionsprogramms aus. Am 11. Dezember 1973 beschloß der Rat der Europäischen Gemeinschaft in der

Besetzung der Arbeitsminister eine Reihe von sozialpolitischen Aktionen. Als vorrangig bezeichnete er u. a. die Einführung einer Abstimmung der Beschäftigungspolitik in den Mitgliedstaaten und die Förderung einer besseren Zusammenarbeit der einzelstaatlichen Arbeitsverwaltung, die Verwirklichung einer gemeinsamen Politik auf dem Gebiet der Berufsausbildung und die Schaffung eines europäischen Zentrums für Berufsausbildung, gleiche Bedingungen für Männer und Frauen hinsichtlich des Zugangs zur Beschäftigung, zur beruflichen Bildung und zum beruflichen Aufstieg, die Einführung einer angemessenen Abstimmung der Politik der Mitgliedstaaten auf dem Gebiet der Sozialen Sicherheit und die Aufstellung eines Aktionsprogramms bezüglich des Gesundheitsschutzes, der Sicherheit am Arbeitsplatz, der Gesundheit der Arbeitnehmer und der Arbeitsplatzgestaltung. Er hob die Bedeutung der Mitbestimmung im Leben der Unternehmen hervor.

Die Kommission verpflichtete sich, bis zum 1. April 1974 Vorschläge für ein erstes Aktionsprogramm für die Wanderarbeitnehmer, einen Entwurf zur Errichtung eines europäischen Zentrums für Berufsausbildung und einer Richtlinie zur Harmonisierung der Rechtsvorschriften in bezug auf die Wahrung erworbener Ansprüche bei Wechsel des Eigentümers der Unternehmen insbesondere bei Zusammenschlüssen vorzulegen. Zu der Ratstagung hatte die Kommission u. a. bereits Vorschläge über eine Beteiligung des europäischen Sozialfonds zugunsten der Arbeitnehmer und behinderten Arbeitskräfte, Festlegung der normalen Arbeitswoche von 40 Stunden bis 1975 und von 4 Wochen bezahlten Urlaubes bis 1976 als unmittelbares Ziel und die Errichtung einer europäischen Stiftung zur Verbesserung der Umwelt sowie der Lebens- und Arbeitsbedingungen unterbreitet. Diese Aufzählung gibt nur einen Ausschnitt aus den behandelten Maßnahmen.

Auf der Präsidentschaftskonferenz am 14. und 15. Dezember 1973 in Kopenhagen einigten sich die Staats- und Regierungschefs darauf, ein gesellschaftspolitisches Aktionsprogramm zu verwirklichen, „das die Vollbeschäftigung und Besserbeschäftigung in der Gemeinschaft, die Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen und die wachsende Beteiligung der Sozialpartner an den wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Entschlüssen der Gemein-

*schaft und der Arbeiter am Leben der Unternehmer zum Ziele hat.“*

Inhaltlich wurden die sozialpolitischen Vorstellungen auf der europäischen Ebene vom 9. Kongreß der sozialdemokratischen Parteien in der Europäischen Gemeinschaft beeinflußt, der Ende April 1973 in Bonn unter dem Motto „Für ein soziales Europa“ stattfand und der ein umfangreiches Thesenpapier einstimmig verabschiedete. In Mailand fand Anfang Dezember 1973 unter den genannten Parteien eine weitere Erörterung der sozialpolitischen Probleme in Europa statt, wobei das Bonner Thesenpapier im Mittelpunkt stand.

## II.

Wie diese knappe Aufzählung zeigt, ist die europäische Sozialpolitik in Bewegung geraten. Konkrete Aufgaben sind in Angriff genommen worden. In dem Zeitraum, der seit dem Pariser Gipfel verlossen ist, wurde von deutscher Seite die Notwendigkeit einer europäischen Sozialpolitik immer wieder herausgestellt und Einzelheiten herausgearbeitet. In dieser Phase war kein Raum zu einer kritischen Stellungnahme. Nunmehr ist jedoch der Zeitpunkt gekommen, in dem eine Analyse notwendig ist, um die weitere Richtung der europäischen Sozialpolitik bestimmen zu können. Es waren die Beschlüsse vom 11. Dezember 1973, die die Gefahr aufzeigen, daß auch hier, wie auf anderen Gebieten der europäischen Politik, die technokratisch geformte Detaillösung im Vordergrund steht. Sie macht eine grundsätzliche Betrachtung erforderlich, um den Blick für das politisch Wesentliche freizuhalten. Zwei miteinander in Verbindung stehende Ausgangspunkte lassen sich erkennen. Der eine ist der humanitäre Ansatz, der zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen der arbeitenden Menschen in der Gemeinschaft beitragen will. Daneben gibt es den integrationspolitischen Ausgangspunkt, der die europäische Sozialpolitik als wesentliches Element des Integrationsvorganges wertet.

Betrachtet man den ersten Ansatz, so findet sich in der These 1 der Resolution des Kongresses der Sozialdemokratischen Parteien hierzu eine wichtige Aussage: „Die Gemeinschaft darf nicht ein Europa der Banken und Konzerne sein. Sie muß den Menschen dienen.“ Vorangestellt ist hier die Abwehrhaltung gegenüber dem Europa, wie es in den vergangenen 15 Jahren entstanden ist. Dieser ne-

gative Aspekt steht eigenartigerweise am Anfang; erst dann folgt die positive Aussage. Auf den Hintergrund dieser Reihenfolge werde ich noch zurückkommen. Sowohl auf staatlicher, wie auf supranationaler, wie auf Parteebene gingen die Arbeiten nun so voran, daß man sich fragte, wie die Gemeinschaft dem arbeitenden Menschen in Europa dienen könne. „Wie kann der einzelne Arbeitnehmer spüren und erleben, daß die Europäische Integration für ihn etwas bedeutet“, war der Ausgangspunkt der Überlegungen. So entstanden verschiedene „Visionen“. Nationale Vorstellungen wurden auf die europäische Ebene übertragen.

Einer solchen Situation sah sich auch die EG-Kommission bei der Vorbereitung des sozialpolitischen Aktionsprogramms gegenüber. Ihr fehlte jedoch die Kraft zu einer kritischen Durcharbeitung der diversen Vorschläge. Ausserdem machte sich das Fehlen einer echten parlamentarischen Ausschubarbeit in Straßburg bemerkbar. Daher ist beim sozialpolitischen Aktionsprogramm das *Frehwüchsig*e und *Kompliatorische* deutlich erkennbar. Hier liegt der Ansatz, daß die Europäer nach dem Beschluß des Rates vom 11. Dezember 1973 wieder vor einem für Nicht-Fachleute schwer durchschaubaren Dickicht von Maßnahmen, Programmen, Intentionen sowie Bewertungen stehen.

Die Methode, welche die Bilder einfach aneinanderreihet, die das gelstige Auge bei der Frage sieht, wie dem arbeitenden Menschen in Europa geholfen werden könne, verdeckt die Basisvorstellungen, die den Einzelvorschlägen für eine europäische Sozialpolitik zugrunde liegen. Vier Grundmodelle, nach denen europäische Sozialpolitik eingeleitet wurde, sind erkennbar: erstens man schlägt das vor, was man bereits im eigenen Lande verwirklicht hat. Das bietet für den Vorschlagenden den Vorteil, daß er für diese Maßnahme im eigenen Land keine Mittel aufzubringen hat. Er kann hierbei seine sozialfortschrittlichen Leistungen als ein Muster für den sozialen Fortschritt in Europa anbieten. Die Bundesregierung hat so z. B. verfahren, als sie die Dynamisierung der Rentenversicherung für das sozialpolitische Aktionsprogramm vorschlug.

Ein zweiter Weg besteht darin, daß man die Probleme, die national besonders bedrückend sind, auf die europäische Ebene hebt und hier

für eine Finanzierung über die Gemeinschaft erwartet. Als Beispiel ist ein Vorschlag Irlands zu nennen, der vom Rat angenommen wurde und der darin besteht, daß die Mitgliedstaaten durch Ausarbeitung von Modellvorhaben zur Bekämpfung der Armut beitragen sollen. Treffen die erste und die zweite Vorstellung aufeinander, dann ist eine Einigung in der Regel nicht möglich. So hat der Rat keinen Beschluß fassen können über den Vorschlag, einen Beitrag zur Einführung nationaler Systeme zur Sicherung des Einkommensstandes der Arbeitnehmer während der Umschulungszeit in allen Mitgliedstaaten als sozialpolitisches Ziel zu akzeptieren. Die deutsche Seite war mit der Einführung nationaler Systeme voll und ganz einverstanden, da diese bei uns bestehen. Von italienischer und anderer Seite wurde gefordert, daß zur Durchführung der Einkommenssicherung Gemeinschaftshilfe finanzieller Art geleistet werden müsse. Eine Einigung wurde vergeblich versucht.

Als drittes Grundmuster ist erkennbar, daß man europäische Mithilfe für nationale Vorstellung erbittet. In Belgien z. B. bildet in der dortigen Sozialpolitik die Beseitigung von Frauendiskriminierungen eine besondere Rolle. So wurde von belgischer Seite auch besonderer Wert auf die Durchführung von Aktionen gelegt, um gleiche Bedingungen für Männer und Frauen in der Gemeinschaft zu erhalten.

Der vierte Weg ist die Schaffung von schlichten Kooperationen, um voneinander zu lernen und zu gemeinsamen Zielsetzungen zu gelangen. Er wurde bei dem Vorschlag der Zusammenarbeit der nationalen Arbeitsverwaltungen und bei der Bereitschaft, in der Frage der ausländischen Arbeitnehmer zusammenzuarbeiten, mit Erfolg beschritten.

Diese Grundmuster wurden als solche nicht erkannt und nicht daraufhin geprüft, ob sie miteinander vereinbar sind. Durch die angewandte Methode ist es auch nicht zu einer Entscheidung, die für die europäische Sozialpolitik von größter Bedeutung ist, gekommen: Es wurde nicht diskutiert, ob auf die europäische Ebene nur die Fragen und Probleme gehoben werden sollen, die national nicht zu lösen sind. Eine Bejahung dieser Frage hätte die Einführung des Subsidiaritätsprinzips in der europäischen Sozialpolitik bedeutet. Anklänge hierfür gibt es bei der Erörterung der Arbeitsmarktpolitik. Hier

## **BÖHLAUS WISSENSCHAFTLICHE BIBLIOTHEK**

### **DER „INDUSTRIALISIERTE“ MENSCH**

Seine Einstellung zu Religion und Gesellschaft. Von Fred Blum. Aus dem Englischen von Traude Banndorff. 1973. 262 Seiten. Broschiert DM 48,—

### **MODERNE SOZIOLOGISCHE THEORIE**

Erklärungsmodelle zwischenmenschlichen Verhaltens. Von Percy S. Cohen. Aus dem Englischen von E. Entlicher. 1972. 240 Seiten. Broschiert DM 24,—

### **GESICHTSSPRACHE**

Wege zur Objektivierung menschlicher Emotionen. Von Paul Ekman/Wallace V. Friesen/Phosbe Ellsworth. Aus dem Englischen von Alfred Stabel. Ca. 220 Seiten. Broschiert ca. DM 38,—

### **DEMOSKOPIE**

Einführung in Methoden und Probleme der Umfrageforschung. Von Fritz und Helene Karmasin. Ca. 280 Seiten. Broschiert ca. DM 44,—

### **KINDER- UND JUGENDLITERATUR**

Eine Einführung. Von Göte Klingberg. Aus dem Schwedischen übertragen von Erich Jürgen Pöck. 1973. 196 Seiten. Broschiert DM 44,—

### **PUBLIC RELATIONS —**

Einführung in die Öffentlichkeitsarbeit. Von Hans Kronhuber. 1972. 163 Seiten. Broschiert DM 17,—

### **PRAXIS**

#### **DER GESPRÄCHSPSYCHOTHERAPIE**

Grundlagen — Forschung — Auswertung. Von Wolf-Rüdiger Minzel. Ca. 250 Seiten. Broschiert ca. DM 48,—

### **THEORIE DER ORGANISATION**

Soziologische Aspekte zu System, Bürokratie und Management. Von David Silverman. Aus dem Englischen von E. Entlicher. 1972. Broschiert DM 24,—

**BÖHLAU VERLAG WIEN KÖLN**

wird deutlich, daß Hilfen aus den Sozialfonds notwendig sind, weil die nationalen und finanziellen Mittel nicht ausreichen, um zur arbeitsmarktgerechten beruflichen Bildung zu gelangen. Doch eine allgemeine Prüfung, nur solche Maßnahmen auf europäischer Ebene zu fördern, die die nationalen Kräfte übersteigen, wurde nicht durchgeführt. Subsidiarität wäre zwar nicht immer sachgerecht gewesen, da z. B. die Kooperationen, die eingeleitet werden sollen, nicht allein aus dem Subsidiaritätsgedanken gerechtfertigt werden können. Wenn der Subsidiaritätsgedanke jedoch fehlt, ist es aber für die reicheren Staaten schwer zu verstehen, warum sie finanzielle Mittel in die europäische Sozialpolitik einfließen lassen sollen.

In der unausdiskutierten Basisfrage ist einer der Gründe für das große Zögern der Mitgliedstaaten auf diesem Gebiet zu sehen.

Eine zweite ungelöste Grundfrage ist diejenige, ob man europäische Lösungen anstreben soll, um über den nationalen Stand des sozialen Fortschritts hinaus zu gelangen. Es wird zwar immer wieder gesagt, daß Europa Schrittmacher des sozialen Fortschritts sein soll. Im EWG-Vertrag gibt es hierfür sogar gewisse Ansätze in Art. 117. Was hier jedoch gemeint ist und was für die europäische Sozialpolitik in ihrem weiteren Fortgang von großer Bedeutung ist, ist das Verständnis der Gemeinschaft als der Motor, der die sozialpolitische Entwicklung voranbringen soll. In den Diskussionen, die der Schaffung des Deutschen Reiches vorangingen, spielte vor dem Auftreten Bismarcks die Diskussion, daß das Reich gegenüber den deutschen Territorialstaaten sozial fortschrittlich sein müsse, eine nicht unerhebliche Rolle.

In der Europäischen Gemeinschaft fehlt hierfür vielleicht nicht das Bewußtsein, es mangelt jedoch an klaren Aussagen hierüber.

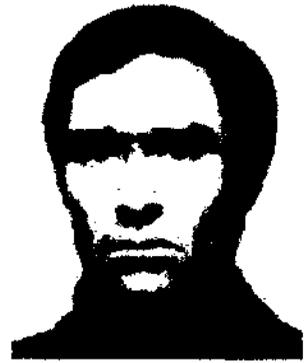
Die von den Mitgliedstaaten angewandte Methode, eigene vorbildliche Leistungen in ein europäisches Sozialprogramm mit einzubringen, müßte bei konsequenter Anwendung dazu führen, daß die Europäische Gemeinschaft zum Schrittmacher gegenüber den Sozialpolitiken in den Mitgliedsländern wird. Daß es hierzu noch nicht gekommen ist, hat außer dem mangelnden Verständnis der Gemeinschaft als Motor für die Mitgliedstaaten drei Gründe: Es dürfte der Wille fehlen, den sozialen Fortschritt auf die europäische und nicht

auf die nationale Fahne zu schreiben. Im Hinblick auf die Wahlen und das große Übergewicht nationaler Parlamente gegenüber dem Europäischen Parlament in Straßburg ist das verständlich. Ferner ist sozialer Fortschritt erfahrungsgemäß häufig mit erheblichen Kosten verbunden. Die ungeklärten Finanzierungsfragen wirken hier ebenfalls hemmend. Die finanzschwächeren Länder waren in dem entscheidenden Zeitraum, der zwischen der Pariser Gipfelkonferenz und der Ratsentscheidung im Dezember 1973 lag, darauf fixiert, möglichst viel Finanzhilfe zu erhalten, wobei sie die Form einer solchen Hilfe nicht festlegten. Die reicheren Länder mußten daher befürchten, daß ein Finanztransfer von den reichen auf die ärmeren Länder folgen sollte. Da zudem die Volumen nicht klar zu erkennen waren, bestand eine verständliche Zurückhaltung. Die finanzschwächeren Länder haben nicht erkannt, daß es vor allem darauf ankommt, aus den erheblichen Gemeinschaftsmitteln, die ab 1975 zur Verfügung stehen, für den Sozialbereich einen hinreichenden Teil zu erhalten. Es wird eine wichtige Aufgabe europäischer Sozialpolitik der kommenden Monate sein, hierüber Klarheit zu schaffen.

Schließlich setzt Sozialpolitik im europäischen Rahmen als Motor der Entwicklung bereits voraus, was sie mitschaffen soll, nämlich die Solidarität der Europäer untereinander. Da aber noch keine klare Entscheidung darüber vorliegt, welche Rolle die Europäische Gemeinschaft auf sozialpolitischem Felde spielen soll, insbesondere, ob sie der Vorreiter der Entwicklung sein soll, wird Solidarität vor allem dann beschworen, wenn man finanzielle Hilfe für sozialpolitische Maßnahmen haben will und wenn Reden über das soziale Europa gehalten werden. Das heißt, um hier deutlich zu sein, daß europäische Sozialpolitik noch nicht auf die Solidarität der Neun bauen kann, wenn es um Geld geht. Insofern war die Reihenfolge richtig, die in dem Thesenpapier der Sozialdemokratischen Parteien in der Gemeinschaft festgelegt wurde, nämlich daß der negative Ansatz, Europa dürfe nicht das Europa der Banken und Konzerne sein, an erster Stelle steht und dann erst die Aussage folgt, es müsse den Menschen dienen. Sie entspricht auf Grund der Solidaritätslücke noch der heutigen Bewußtseinslage.

*(wird fortgesetzt)*

## Die französischen Sozialisten vor der Europafrage



„Die Sozialistische Partei kann sich nicht in einer Diskussion von Ideen einschließen, wenn sie nicht riskieren will, eine Laborversuchspartei statt einer Regierungspartei zu werden“, erklärte F. Mitterrand Mitte November 1973. Zuvor hatte ihm der Vorstand seiner Partei einstimmig das Vertrauen für seine Europapläne ausgesprochen.

Mitterrands Europapolitik entspricht weitgehend traditionellen sozialdemokratischen Positionen. Doch führt die heutige Sozialistische Partei, die sich im Juni 1971 auf dem Parteitag von Epinay in erweiterter Form konstituiert hatte, in ihren Reihen eine Grundsatzdebatte, die trotz der Vertrauensbekundung für Mitterrand im November und der Unterstützung seines Resolutionsantrags auf dem Europakongreß vom 15.–16. Dezember 1973 weitergeführt werden wird. Der im November offen zutage getretene Streit in den Reihen der sozialistischen Führung beruht, etwas vereinfacht ausgedrückt, auf dem Gegensatz zwischen einerseits jenen, die, dem europäischen Ideal verbunden, hoffen, daß sich die derzeitige „kapitalistische“ Entwicklung Europas zu einer überstaatlichen und sozialistischen Endform hinwenden werde, und andererseits jenen, die der Herbeiführung des Sozialismus den Vorrang geben (Strategie des „Bruchs mit dem Kapitalismus“) und fürchten, dies Ziel werde im Rahmen des kleinen Europas des Gemeinsamen Marktes weit schwieriger zu verwirklichen sein. Die alte sozialistische SFIO unter der Führung Guy Mollets (1969 in einer ersten Zusammenschlußphase in die neue Sozialistische Partei integriert) gehörte zu den eifrigsten Befürwortern einer europäischen Integration und des Gedankens der „Supranationalität“, d. h. der Delegierung nationaler Souveränitätsrechte an eine überstaatliche politische Instanz. Dieser Glaube ließ die Partei sogar in Kauf nehmen, daß das bestehende Europa im wesentlichen auf einer liberalen Wirtschaftsordnung beruhte.

Seit dem Parteitag von Epinay, mit dem die

eigentliche Erneuerung der Sozialistischen Partei einsetzte, traten neue aktive Elemente in die Partei ein, die doktrinalen Fragen weit größere Bedeutung beimaßen. Ihnen liegt auch generell mehr als der alten SFIO-Garde an der Bewahrung des engen Bündnisses mit der Kommunistischen Partei.

### Mitterrands Strategie: die Präsidentschaft

Die Europadebatte der französischen Sozialisten muß unbedingt auch vor dem Hintergrund von Mitterrands Ziel gesehen werden, die Linke in die Regierungsverantwortung zu bringen. Mitterrand weiß, daß unter den gegebenen Umständen einer Präsidialverfassung und der parteipolitischen Konstellationen im Frankreich der V. Republik die Linke nur an die Macht kommen kann, wenn ein gemäßigt linker Kandidat (wie er selbst), der wiederum nur mit der Unterstützung der Kommunistischen Partei überhaupt eine Chance gegen einen Kandidaten der Regierungsmehrheit hätte, nach seiner Wahl zum Präsidenten der Republik die Linke mit der Regierungsbildung beauftragte.

Sowohl für die kommende Präsidentschaftswahl wie für die Wahlen zur Nationalversammlung (eventuell vorgezogene Neuwahlen, um die notwendige Mehrheit für die Regierung zu erreichen) muß den Parteien der Linken an der Ausweitung ihrer Wählerbasis zur „Reformer“-Mitte (besonders die traditionell europäisch gesinnte Radikale Partei von J. J. Servan-Schreiber) und in gaullistische Wählerbereiche hin gelegen sein. Daher zielt Mitterrands Strategie auf Stimmensuche bei abgesprungenen Wählern der alten SFIO und der Reformbewegung in Themenbereichen wie Europa – das eine zentrale Rolle in der Präsidentschaftsstrategie spielt –, Sicherheitspolitik, Nahostpolitik bei gleichzeitigem Festhalten am Bündnis mit der Kommunistischen Partei.

Auch innerhalb seiner Partei bemüht sich Mitterrand, gleichzeitig im Lager des primär pro-europäischen alten SFIO-Flügels sowie im

## Die französischen Sozialisten vor der Europafrage

Lager des primär anti-kapitalistischen linken Flügels (CERES) zu stehen. Dies zeigte auch jüngst der Verlauf des Europakongresses, wo Mitterrands Resolutionstext durch ein vom CERES-Flügel vorgeschlagenes „gemeinsames Programm der europäischen Linken“ sowie die Forderung angereichert wurde, daß die Delegation von Kompetenzen an die europäischen Institutionen nicht die Handlungsfreiheit einer zukünftigen Regierung der Linken in der Ausführung ihres Programms behindern dürfte. Diese Korrektur im Sinne nationaler Eigenständigkeit mußte Mitterrand schon im Hinblick auf den kommunistischen Partner nicht unwillkommen sein.

Eine Europapolitik, gaullistisch gefärbt auch durch das Ziel der „wirtschaftlichen Unabhängigkeit“ von den Vereinigten Staaten und den multinationalen Gesellschaften, könnte Mitterrand den Einbruch in „anti-atlantische“ Stimmenbereiche der Gaullisten geben, z. B. bei einem Präsidentschaftskandidaten Giscard d'Estaing. Mitterrand hat zwar kein Jalta-Trauma wie de Gaulle, verwendet jedoch seit langem Jalta als Symbol für die Vorherrschaft der zwei „Super-Großen“ über ein wirtschaftlich nicht unabhängiges Europa, die zu überwinden das Ziel Europas sein muß. Ein gaullistisches Auftreten gegenüber den USA angesichts der internationalen Entwicklung (Währungskrise, weltweite Inflation, Rolle multinationaler Gesellschaften) brachte Mitterrand oft in die politische Nähe von Michel Debré während der zurückliegenden Monate. Aber die Abwendung vom „Atlantismus“, Mitte der sechziger Jahre noch so charakteristisch für die französischen Sozialisten, liegt ohnehin im Zuge der Zeit als Folge des Vietnamkrieges und der Entspannung in Europa.

### Europa und die Einheit der Linken

Neben der Notwendigkeit, neue Stimmen in der Mitte zu gewinnen, ist die im Juni 1972 durch ein gemeinsames Regierungsprogramm besiegelte Allianz mit der Kommunistischen Partei die zweite Grundvoraussetzung in Mitterrands Strategie. Für Sozialisten und Kommunisten war die Einigung auf ein Programm, dem sich kurz danach der linke Flügel der Radikalen anschloß, das herausragende Ereignis der letzten Jahre. Seine Vorgeschichte ist seit Jahren mit der Europafrage verknüpft. Man denke nur an die Schlüsselrolle des Europagedankens bei der Abgrenzung von G. Deffer-

res „großer Föderation“ der linken Mitte gegenüber den Kommunisten. Nach Defferres Scheitern im Sommer 1965 bot Mitterrand, als neuer Präsidentschaftskandidat, den Kommunisten von der engeren Basis seiner Demokratischen und Sozialistischen Föderation der Linken aus die Hand zu einem begrenzten Bündnis.

Seitdem haben sich Sozialisten und Kommunisten in ihren Einigungsbestrebungen immer wieder an der Europafrage entzweit. Die KP sah in de Gaulles Außenpolitik – u. a. in seiner Europapolitik – „positive Aspekte“ und weigerte sich z. B. im Dezember 1967 – also im Jahr des sensationellen Wahlerfolgs der Linken durch Absprachen zwischen Kommunistischer Partei und Mitterrands Föderation der Linken – einen parlamentarischen Tadelantrag der Föderation gegen de Gaulles Europapolitik (zweites Veto gegen britischen Beitritt) zu unterstützen.

### „Nationale Unabhängigkeit“ und europäische Zusammenarbeit

Eine Geschichte der außen- und sicherheitspolitischen Meinungsverschiedenheiten in der französischen Linken während der letzten zehn Jahre wäre auch eine Geschichte ihrer Einigungsbestrebungen und Rückschläge. Als im Dezember 1970 die „Bilanz“ einjähriger Diskussion zwischen Kommunistischer und Sozialistischer Partei vorgelegt wurde, hatte sich in außenpolitischen Fragen seit dem im Februar 1968 erarbeiteten gemeinsamen Dokument nichts geändert. Die gleichen Meinungsverschiedenheiten: die Kommunisten bestehen auf der Priorität „nationaler Unabhängigkeit“ und kritisieren den Gemeinsamen Markt mehr denn je (auch wenn sie ihn als Tatsache anerkennen) und fordern zudem den Rückzug Frankreichs aus dem Atlantikpakt. Die Sozialisten hingegen bleiben „supranational“, wünschen eine Ausweitung der wirtschaftlichen Kompetenzen der EWG und denken nicht an eine Auflösung des atlantischen Bündnisses, es sei denn unter der Voraussetzung einer völligen Umorganisation aller Militärallianzen innerhalb der Blöcke. Jedenfalls war für die Sozialisten das Prinzip der nationalen Unabhängigkeit und der Respekt der nationalen Souveränität mit der teilweisen Abgabe von Souveränitätsrechten vereinbar.

Als die Kommunistische Partei im Oktober 1971 ein Programm als Grundlage für die Diskussion

um ein gemeinsames Programm der Linken veröffentlicht hatte, zogen die Sozialisten Anfang 1972 mit einem *Programmtext* nach.

Der Einfluß der neuen CERES-Gruppe machte sich bemerkbar. J. P. Chevènement hatte die Programmkommission geleitet. Nicht nur die Nuklearstreitmacht Frankreichs und der Atlantikpakt, auch der Aufbau Europas gab Anlaß zu Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Partei. Die Befürworter einer Integration wollten ein in direkter Wahl gewähltes Europaparlament, das über das Budget eine Kontrolle über die Institutionen der Gemeinschaft ausüben würde. Eine Minderheit wünschte zwar größere Kompetenzen, aber doch kein Kontrollrecht. Eine weitere Minderheit lehnte den Aufbau eines „kapitalistischen Europas“ rundweg ab.

Das am 12. März 1972 verabschiedete Programm der Sozialisten sieht als Aufgabe des Gemeinsamen Marktes, ein *„wirksames Gegengewicht zum US-beherrschten internationalen Kapitalismus“* zu sein. Bis heute weit von diesem Ziel entfernt, habe der Gemeinsame Markt vielmehr das freie Spiel der amerikanischen und multinationalen Gesellschaften erleichtert. Dem europäischen Kapitalismus könnten die Regierungen der verschiedenen Mitgliedstaaten allerdings nicht mehr wirkungsvoll als Konjunktursteuerungsorgan zur Seite stehen. Eine europäische Supranationalität sei daher nicht nur objektiv notwendig, sondern sogar die Bedingung für die Aufrechterhaltung der kapitalistischen Produktionsweise und Produktionsverhältnisse. Diese Schutzfunktion könne aber letztlich nicht das Ziel einer (sozialistischen) europäischen Politik sein. Zur Durchführung der im Programm im einzelnen aufgeführten Punkte erklären die Sozialisten sich bereit, Machtbefugnisse und notwendige Mittel an eine gemeinsame politische Autorität zu delegieren, um eine kollektive Entscheidungsinstanz zu ermöglichen. Die Kontrollbefugnisse des Europäischen Parlaments, besonders über das Budget der Gemeinschaft, sollen erweitert werden. Die Außenpolitik der Mitgliedstaaten soll koordiniert werden. Wenn in all jenen Fragen ein gewisser Konsens unter den Mitgliedern der Gemeinschaft erreicht sei, dann sollte das Europäische Parlament nach dem allgemeinen Wahlrecht direkt gewählt werden und über ähnliche Befugnisse wie ein nationales Parlament verfügen.

**Gemeinsames Regierungsprogramm der Linken**  
Als Sozialisten und Kommunisten schließlich am 27. Juni 1972 das gemeinsame Regierungsprogramm unterzeichneten, waren die Differenzen in der Europafrage nicht ausgeräumt. Der Programmtext selber enthält keine ausdrückliche Behandlung des strittigen Themas. Doch widersetzen sich nun einerseits die Kommunisten nicht mehr dem Gedanken des Aufbaus von Europa, während die Sozialisten andererseits auf die Festschreibung der „Supranationalität“ verzichtet haben und das Prinzip der Einstimmigkeit von Gemeinschaftsbeschlüssen in grundlegenden Fragen (d. h. Frankreichs Handlungsfreiheit auf politischem, wirtschaftlichem und sozialem Gebiet) anerkennen.

Die Sozialisten haben um der Einheit der Linken willen darauf verzichtet, den Gedanken der europäischen Überstaatlichkeit als Endziel im Text des gemeinsamen Regierungsprogramms zu sehen, das für eine Legislaturperiode (5 Jahre) gelten soll. An der Idee halten sie jedoch fest, wie ein Kommentar („Vom sozialistischen Programm zum gemeinsamen Programm“) in einer von der Sozialistischen Partei herausgegebenen Doppelausgabe ihres *eigenen* und des *gemeinsamen* Programms verdeutlicht: *„Zu Europa finden sich im gemeinsamen Text einige Grundprinzipien nicht, an denen die Sozialistische Partei festhält und die sie auch weiterhin im Rahmen ihrer eigenen Tätigkeit vertreten wird, d. h. im wesentlichen das Fortschreiten auf ein politisches Europa hin. Es war hingegen schwierig, die Einheit der Linken um einer Diskussion willen zerbrechen zu lassen, die auf der theoretischen Ebene bleibt, solange vier oder fünf Länder des Gemeinsamen Marktes nicht bereit sind, die betreffenden Maßnahmen zu verwirklichen. Wir haben es für klüger gehalten, in einem Regierungsprogramm von fünf Jahren beim Plan für den Aufbau Europas nicht auf unserem Endziel, an dem wir festhalten, zu bestehen und lieber die konkreten Schritte näher zu prüfen, die von der Kommunistischen Partei akzeptiert werden könnten.“*

Die seitherige Entwicklung hat jene Haltung bestätigt. Kommunisten und Sozialisten sind sich in den Zielvorstellungen über Europa nicht näher gekommen. Die französischen Kommunisten sind seit den Wahlen vom Frühjahr 1973 nicht nur im Europaparlament vertreten, sondern haben seither in ganz ungewöhnlicher Weise Ihre Aufmerksamkeit der europäischen

## Die französischen Sozialisten vor der Europafrage

Ebene als Aktionsrahmen für Gewerkschaften und die politische Linke zugewendet. Die Forderung nach einem „gemeinsamen Programm der europäischen Linken“ im Resolutionstext des sozialistischen Europakongresses bietet hier Ansatzpunkte für praktische gemeinsame Schritte. Mitterrand selber hat seit der Unterzeichnung des Regierungsprogramms der Linken wiederholt auf die Differenzen in der Europafrage verwiesen, lehnt es jedoch ab, mit den kommunistischen Partnern theoretische Debatten zu führen und sich den Kopf dauernd über Endziele zu zerbrechen, solange die Wirklichkeit ein nationalstaatlich organisiertes Europa in wirtschaftlicher Abhängigkeit von den USA ist. Schließlich, so hebt Mitterrand immer wieder hervor, sei es ja nur ein Vertrag auf fünf Jahre.

### Kollektive Sicherheit und europäische Verteidigung

Daß die französischen Sozialisten bisher über Fragen der europäischen Verteidigung wenig diskutiert haben, liegt nicht nur daran, daß die Materie mit zu den schwierigen Problemen des sozialistisch-kommunistischen Bündnisses gehört, sondern ebenso an der inneren Uneinigkeit der Sozialistischen Partei selber. Nach Ansicht von Charles Hernu, dem Vorsitzenden der Parteikommission für Verteidigungsfragen („Défense nationale“), ist die Partei für das Thema noch nicht vorbereitet. Auf dem Europakongreß legte Hernu einen Text vor und forderte den Kongreß zur Reflexion über den ganzen Themenkomplex auf. Später sollte dann einmal an eine Parteikonferenz über Sicherheits- und Verteidigungsfragen gedacht werden. Dies auch der Vorschlag in R. Pontillons Einleitungsreferat: die Partei müsse sich „eines Tages offen und deutlich“ mit dem Problem der Verteidigung Europas befassen.

Mitterrand hat nie Zweifel daran gelassen, daß für ihn eine europäische Politik auch Verteidigungsfragen einschließt. Im letzten Wahlkampf unterstrich er die Tatsache, daß das Programm der Linken – *auf Verlangen der Sozialisten* – die Möglichkeit von defensiven neuen Bündnissen oder aber die Einordnung in ein europäisches Sicherheitssystem vorsieht. In einem Interview sagte Mitterrand: „*Alles, was die Sicherheit Frankreichs erhöht, ist gut. Frankreich kann nicht ohne Verteidigung bleiben. Es ist klar, daß es im Hinblick auf die relative Schwäche im Verhältnis zu den zwei Supermächten seine*

*Bündnisse verstärken sollte. Und seine natürlichen Bündnisse sind diejenigen, die es mit seinen heutigen Partnern des Europas der Neun verbindet.*“ Auf dem Parteitag von Grenoble hatte Mitterrand die Partei aufgefordert, sich auch im Bereich von Verteidigungsfragen verantwortlich zu engagieren. Frankreichs Sicherheit könne nicht nur eine Summe von Negationen sein. Die Partei bewege sich ideologisch am Rande des Neutralismus. Mitterrand erinnerte ausdrücklich (von den Kommunisten wurde dies kritisiert!) an die Worte von Außenminister Jobert, in der Nationalversammlung wenige Tage vorher, der Verteidigungsfragen mit dem Aufbau von Europa zusammengebracht hatte.

Ähnlich wie bei der gaullistischen Regierungsmehrheit ist bei den Sozialisten die Idee einer europäischen Verteidigung kaum mehr als eine vage Konzeption.

### Multinationale Konzerne und Imperialismus

Weit mehr als alle anderen Fragen stand im Mittelpunkt des Kongresses die *Abhängigkeit Europas von der wirtschaftlichen Macht der USA*. Die wahre Bestimmung Europas wäre demnach, sich aus der Abhängigkeit vom „amerikanischen Imperialismus“ und der wirtschaftlichen Beherrschung durch multinationale Konzerne zu befreien. Besonders in der Kontrolle internationaler Kapitalbewegungen tritt die Machtlosigkeit der Einzelstaaten zutage. Vorrangig müßten hier die Möglichkeiten der Verträge von Rom voll ausgeschöpft werden. Der Weg zur wirtschaftlichen Souveränität des Europas der Neun führt nur über „*tiefgreifende Reformen der Wirtschafts- und Sozialstrukturen des Gemeinsamen Marktes; es geht nicht ohne Planung und Demokratisierung*“ (Kongreßresolution). Nichts in den Verträgen von Rom steht im Gegensatz zur Anwendung der Maßnahmen des Regierungsprogramms der Linken.

Die Erfahrungen Chiles unter Allende (ITT etc.) – aber auch Argumente in Frankreich während des Wahlkampfes vom Frühjahr 1973! – haben die französischen Sozialisten sehr empfindlich gegenüber der Frage werden lassen, welchen wirtschaftlichen Pressionen eine Regierung der Linken ausgesetzt sein könnte: „*(...) das erste Problem, dem eine sozialistische Regierung in Frankreich gegenüberstehen wird, wird die Kapitalflucht sein*“ (Einleitungsreferat von R. Pontillon). „*Bei einer Machtübernahme durch*

*die Linke werden die transnationalen kapitalistischen Kräfte nicht neutral bleiben. Um sie in die Schranken zu weisen, ist es entscheidend, den Kampf im nationalen Bereich mit dem Kampf auf der europäischen Ebene zu verbinden. Das heißt, es ist unumgänglich, die Volksräte im europäischen Rahmen zu organisieren, sowohl im politischen wie im gewerkschaftlichen Bereich (...)* (Kongreßresolution).

In der Mitarbeit an einer europäischen anti-kapitalistischen Strategie sieht die Sozialistische Partei ihre europapolitische Aufgabe. „Europa ist für uns notwendig“, beschloß der Kongreß, „um der Beherrschung der Großmächte zu entgehen und den amerikanischen Imperialismus zu bekämpfen. Aber es wäre

*illusorisch, heute so zu tun, als existierte dieses Europa.“*

Welches Europa wäre das? R. Pontillon sprach auf dem Europakongreß von einer Perspektive der „Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa“, einer „supranationalen Föderation“ neuer Art. Aber – dies war der Grundtenor von Mitterrands Rede auf dem Europakongreß – auch die Sozialisten kommen nicht an den Tatsachen vorbei. Frankreich gehört nun einmal zum westlichen, von den Vereinigten Staaten dominierten System. Es ist Mitglied der Atlantischen Allianz, gehört zum Gemeinsamen Markt und hat eine kapitalistische Wirtschaftsordnung. Das zu errichtende Europa muß von dieser Ausgangslage her in Angriff genommen werden.

---

## Zum Juso-Bundeskongreß:

Hans Schumacher

---

### Variationen über die Doppelstrategie

Es ist verständlich, wenn die meisten Zuschauer und Zuhörer – einschließlich der Pressekorrespondenten und sonstiger professioneller Beobachter – hin und wieder nicht ganz durchblicken – das ging vielen Delegierten nicht anders.

Dies hat seinen Grund nicht zuletzt darin, daß Themen und Argumente der Diskussion auf dem Kongreß bislang entgegen manchen Behauptungen noch nicht in weiteren Bereichen der Jungsozialisten diskutiert worden sind. Viele „Normalgenossen“ in manchem Bezirk wären wohl recht erstaunt, wenn sie wüßten, was ihre Delegierten alles so vertreten.

Damit ist ein Problem angesprochen, das sicher nicht nur die Jungsozialisten als Organisation, sondern auch beispielsweise die SPD und die

Gewerkschaften betrifft: Der Informationsfluß von „oben“ nach „unten“, von „unten“ nach „oben“ und auch horizontal von Bezirk zu Bezirk funktioniert nicht so, wie es in demokratischen Organisationen sein sollte. Dies hat unter anderem im konkreten Fall der Jusos die mißliche Folge, daß zum einen die Basis – da schlecht unterrichtet – nur sehr schwer zu mobilisieren ist und zum anderen theoretische Konzepte und Vorstellungen eingeführt und unter Umständen beschlossen werden können, ohne daß diese jemals in Arbeitsgemeinschaften und Unterbezirken ausführlich diskutiert wurden. Anders ausgedrückt: die Basis der Jungsozialisten ist sicherlich nicht theoriefeindlich, aber im allgemeinen nicht über das auf dem laufenden, was in „höheren Sphären“ diskutiert wird, kann also auch entgegen der Forderung nach Demokratie und Durchschaubarkeit nicht kontrollieren, was als Frucht solcher theoretischen Diskussionen beschlossen wird.

Ein Beispiel hierfür und für die Schwierigkeit, der Diskussion auf dem Jusokongreß zu folgen, ist sicherlich die Auseinandersetzung über Doppelstrategie, Parteilarbeit und Mobilisierung der Lohnabhängigen. Ursprünglich lagen dem Kongreß zu diesem Themenkomplex die beiden Anträge A 6 (Antragsteller: Jusobezirk Westliches Westfalen), A 47 (Antragsteller: Jusobezirk Hessen-Süd) vor. Hinzu kam der Antrag

des Bundesvorstandes A 32 mit dem Titel „Reform und Staat“, der bereits vor dem Kongreß einiges Aufsehen und teilweise heftige Kritik ausgelöst hatte, und der Antrag des Bundesvorstandes A 1, der versuchte, in einer Art Rundumverteidigung gegen „Stamokap“ und „Antirevisionisten“ eine strategische Gesamtkonzeption durchzusetzen. Im Verlauf des Kongresses wurde zwar A 32 zurückgezogen und A 1 als nicht befassungswürdig zurückgewiesen, aber dies verringerte nur kurzfristig die Papierflut zum Thema Doppelstrategie, denn die Gegner von A 32 waren mit dessen Rücknahme noch nicht zufrieden und forderten in einem Initiativantrag 125, die Stellungnahme des Bundesvorstandes zum Problem „Reform und Staat“ als unzureichend zurückzuweisen.

Darüber hinaus standen noch weitere Anträge, Initiativanträge und zu den oben genannten Anträgen Abänderungsanträge zur Diskussion, wobei der Initiativantrag 13 wegen seiner taktischen Originalität besondere Erwähnung verdient: Es handelt sich bei ihm um eine entschärfte Fassung des Antrags A 6, die ebenso wie dieser vom Bezirk Westliches Westfalen eingebracht worden war. Im Verlauf der Diskussion wurde durch Kampfabstimmung geklärt, daß von den sich alternativ gegenüberstehenden Anträgen A 47 (Hessen Süd) und 13 zusammen mit A 6 (ohne analytischen Teil) A 47 die Grundlage der Beschlußfassung sein sollte. Diesen Erfolg hatte sich Hessen Süd mit der Zusage erkaufte, zahlreiche Änderungen zu akzeptieren, die vor allem vom Bezirk Mittelrhein eingebracht wurden und die sich um eine Verschärfung der Formulierung, aber nicht unbedingt um mehr Klarheit bemühten.

Allerdings gelang es den Verfechtern des Antrags A 6 durch ein Überrumpelungsmanöver, diesem wieder zur Teilnahme an der Diskussion zu verhelfen. Hessen-Süd – unsicher, ob auch bei einer Ablehnung des Antrags, A 6 wieder in die Diskussion einzuführen, eine ausreichende Mehrheit für seinen Antrag A 47 zu finden sei –, stimmte zur Verblüffung zahlreicher Delegierter zu. Dies alles führte dazu – neben einer gewissen Konfusion bei Delegierten und Kongreßbeobachtern –, daß zwei Anträge nach einigen Änderungen und Streichungen angenommen wurden, die einmal als alternativ bezeichnet worden waren und die sich zumindest in ihrem analytischen Teil auch nach den Änderungen teilweise widersprachen.

#### A 47

Der Antrag A 47 (Hessen-Süd) – der im folgenden stark verkürzt wiedergegeben ist – mit dem Titel „Doppelstrategie, Parteiarbeit und Mobilisierung der Lohnabhängigen“ betont die Einheit von Sozialismus und Demokratie, die Langfristigkeit des Kampfes um eine Gesellschaft, in der Sozialismus und Demokratie verwirklicht sind und die schrittweise Entwicklung demokratischer Organisationsformen. Dies setzt voraus, daß „jede Mobilisierung unter dem Gesichtspunkt langfristiger Organisation zu leisten ist“. Das Konzept einer Kaderpartei (die Stamokapgruppe wird verdächtigt, eine solche zu wollen) wird abgelehnt, die „in ihrer Willensbildung und Programmatik demokratisierungsbedürftigen Massenorganisationen der Arbeiterklasse, SPD und Gewerkschaften, (haben) im Prozeß der gesellschaftlichen Umwandlung einen zentralen Stellenwert“. Mit letzterem wird eine Gegenposition zu den sogenannten Antirevisionisten bezogen, die die Möglichkeit der Veränderung der Gesellschaft in Richtung Demokratie und Sozialismus fast ausschließlich in einer Mobilisierung der Lohnabhängigen sehen. Das heißt, die Befürworter von A 47 halten eine Fortführung der Doppelstrategie, wie 1969 in München beschlossen, in der Gesellschaft und in den Organisationen der Arbeiterbewegung für richtig.

Für eine Verwirklichung der Doppelstrategie sind die Rolle des Staates – einer der umstrittensten Punkte auf dem Kongreß – und „die gesellschaftlichen Herrschaftsstrukturen und Konkurrenzmechanismen, die solidarischem Handeln entgegenstehen“, bedeutsam. Über den Staat sagt A 47, der Rahmen seines Handelns sei das *gesamtkapitalistische* Interesse, d. h. er wirke ausgleichend zwischen den Interessen der Klasse der Lohnabhängigen, den Interessen der Einzelkapitalisten und den Interessen der Kapitalfraktionen (bei dieser Beschreibung wird der schöne Begriff „ideeller Gesamtkapitalist“ eingeführt, der auf dem Kongreß zeitweise in Mode kam). Der Staat sei zwar nicht Instrument einzelner Kapitalgruppen – beispielsweise der Monopole –, er könne aber auch nur dann für die Interessen der Lohnabhängigen eingesetzt werden, wenn diese ihn durch ihre Gegenmacht demokratisch kontrollierten. Der Verwirklichung einer demokratisch kontrollierenden Gegenmacht stehe aber entgegen, daß es dem Staat bislang gelungen sei, sich u. a. durch Wohlfahrtsmaßnah-

men die Loyalität der Massen zu erhalten, was er auch zur Erfüllung seiner oben geschilderten Aufgaben dringend nötig habe. Und genau hier, bei den Zugeständnissen, die der Staat um der Loyalität der Massen willen im Bereich der Lebens- und Produktionsbedingungen macht, ergibt sich nach A 47 ein Ansatz „zur Durchsetzung struktureller Änderungen und Reformen im Interesse der Lohnabhängigen“.

Selbstbestimmung, Selbstorganisation und Selbstverwaltung sind – so meinen die Südhessen – „innerhalb der Ebene der Gewerkschaften und der SPD nur dann zu verwirklichen, wenn die Massen der Lohnabhängigen sie als ihre eigene Forderung übernehmen und selbst Druck auf den Staat, seine Institutionen und Organisationen ausüben, um sie durchzusetzen, wobei die Chance der Realisierung des Ziels in dem Maße verstärkt wird, als in diesem Prozeß Sozialisten schon Teilbereiche der Macht des Staates, wie z. B. der Regierung, des Parlaments oder der Verwaltung kontrollieren und diese Macht im Interesse der Lohnabhängigen einsetzen“. Dies setze das solidarische Handeln der Lohnabhängigen voraus, was aber durch die Prägung in den verschiedenen Institutionen der Gesellschaft – Schule, Medien usw. – sehr erschwert werde. Der Mensch lerne, sich gegen „Konkurrenz“ zu behaupten.

Das Konzept der Doppelstrategie bedeute in diesem Zusammenhang: „Mobilisierung und Politisierung der Lohnabhängigen einerseits und von den Notwendigkeiten der Klassenaus-einandersetzungen her bestimmte Arbeit in den Institutionen andererseits.“ Die Doppelstrategie ermögliche „die Mobilisierung bzw. Förderung von Gegenmacht einerseits sowie antikapitalistischer Strukturreform durch zentrale Institutionen andererseits ein Maximum an direkter demokratischer Einwirkung auf die Veränderungsprozesse. Ohne Mobilisierung und Initiierung von Selbstorganisation wird die angestrebte Erfüllung der Demokratie durch Sozialismus ausbleiben“. Insgesamt heißt dies, wenn die Antragsteller recht haben – und der Augenschein spricht dafür –, zum einen, daß etwas getan werden kann, auch innerhalb des kapitalistischen Systems, und zum anderen, daß etwas getan werden muß. Insofern hat sich an der bereits 1969 entwickelten Theorie der Doppelstrategie nichts geändert. Allerdings kann man nach über vier Jahren Jusoarbeit auf dieser Grundlage sagen, daß im allgemei-

nen der Aspekt der Mobilisierung der Lohnabhängigen gegenüber dem zweiten in den Hintergrund getreten ist. Dies mag vor allem an mangelndem Informationsfluß innerhalb der Organisation liegen – in manchen Arbeitsgemeinschaften soll zwar der Begriff Doppelstrategie bekannt sein, aber über den Inhalt nur spekuliert werden. Außerdem ist auch bei Jungsozialisten eine natürliche Trägheit zu überwinden, und Agitation und Mobilisierung sind eines der mühsamsten politischen Geschäfte.

#### A 6

Der Antrag A 6 (Westliches Westfalen) steht – auch wenn dies von vielen Delegierten gelehnet wurde – auch nach verschiedenen Änderungen im Gegensatz zu A 47. Dies ist bereits an Äußerlichkeiten zu erkennen wie den fast inhaltsgleichen Überschriften (A 47: Doppelstrategie, Parteiarbeit und Mobilisierung der Lohnabhängigen; A 6: Parteiarbeit und Doppelstrategie), aus denen man schließen könnte, es hätte ein leichtes sein müssen, die beiden Anträge miteinander zu verschmelzen – dem war aber keineswegs so.

Betont A 47 ausdrücklich die Möglichkeiten, die für eine Arbeit in Richtung auf eine demokratische und sozialistische Gesellschaft gegeben sind, so heißt es beispielsweise in A 6: „Die SPD darf nicht Objekt sein, in dem sich die Klassenkämpfe der Gesellschaft widerspiegeln“ (im ursprünglichen Antrag stand übrigens interessanterweise „... darf nicht nur Objekt sein...“), sondern sie muß zu einer konsequent sozialistischen Partei werden, die die Entwicklung von Klassenbewußtsein auf Seiten der Lohnabhängigen bewußt vorantreibt und organisiert. Nur dann kann sie mit Aussicht auf Erfolg den Kampf für den Sozialismus aufnehmen.“ Das heißt also, daß die SPD zur Zeit nicht – jedenfalls nicht mit Aussicht auf Erfolg – für den Sozialismus kämpft, ja sogar gar nicht kämpfen kann, selbst wenn sie es wollte. Kenner der Materie werden durch eine solche Aussage an die Theorie vom Staatsmonopolistischen Kapitalismus erinnert werden – und dies sicher zu Recht. Aber man machte es sich zu einfach, wenn man ohne Differenzierungen und Einschränkungen dieses Etikett dem Antrag A 6 aufklebte.

Beispielsweise wird zwar in einem Vokabular, das nicht gerade basisnah ist, auf alte, abgelebte Theorien hingewiesen: „Eine Verände-

*„Die heutige Politik der SPD zu einer sozialistischen Politik kann sich einmal als Folge einer Verschärfung der krisenhaften Tendenzen des Kapitalismus einstellen, wenn sie sich in der Verschärfung der Klassengegensätze auf Grund des Druckes der Arbeiterklasse durch die Gewerkschaften und kämpferischen Aktionen zur Durchsetzung ihrer Interessen auf ihre klassenkämpferischen Perspektiven in Theorie und Praxis besinnt“*, aber im Ursprungsantrag hatte es nicht fast pluralistisch „kann sich einmal ...“ geheißen, sondern dort hatte ein dogmatisches „nur“ die Möglichkeiten von Konsequenzen aus dieser Analyse allzu sehr begrenzt.

Übrigens scheint die Aufregung im bürgerlichen Blätterwald über Stamokap und „Linksfraktionen“ (wieso „links“?) insgesamt reichlich übertrieben: Es gibt nur einen Bereich, wo Konsequenzen aus der Stamokaptheorie ernstere und unangenehmere Folgen haben könnten, nämlich bei der Frage nach einem „breiten antimonopolistischen Bündnis“, das in der Praxis wohl weniger die Kleinhändler und Bauern als vielmehr die DKP einschloße. Aber gerade

ein Bündnis mit der DKP oder auch nur eine nähere Zusammenarbeit wurde eindeutig und mit großer Mehrheit zurückgewiesen – auch von den Vertretern des Antrages A 6. Die praktische Arbeit zur Mobilisierung der Lohnabhängigen wird zum einen die Schwierigkeiten dieses Unterfangens zeigen, zum anderen aber auch, daß es ohne die SPD nicht geht.

Das bedeutet aber nicht, daß es für Anhänger der Stamokaptheorie und die ihnen Nahestehenden nicht möglich wäre, auf Bundesebene in ein bis zwei Jahren eine Mehrheit zu erringen – was die entsprechend negativen Folgen für die Einheit des Verbandes und für das Verhältnis zur SPD haben müßte. Aber gegen diese Möglichkeit gibt es ein verhältnismäßig einfaches Rezept: Der neue Bundesvorstand muß die inhaltlichen und organisatorischen Voraussetzungen schaffen, um die Informationsstrukturen innerhalb der Jusooorganisation nicht nur horizontal von Bezirk zu Bezirk zu stärken, sondern vor allem auch vertikal vom Bundesvorstand zur einzelnen Arbeitsgemeinschaft und umgekehrt.

Dieter Bauer

## Selbstüberwindung kommt vor Systemüberwindung

An der Schulung krankt es oder: Krank ohne Schulung – Ein spezielles Fazit aus Juso-München II

Wenn die Einrichtung von Arbeitsgemeinschaften auf Kongressen Schwerpunkte verbandlicher Aktivität oder zumindest die Einsicht in die Notwendigkeit dieser Schwerpunkte signalisiert, dann stellte die „Schulungsarbeit der Jungsozialisten“ in München einen ebensolchen dar.

Weitere Symptome für die Tatsache, daß dieses Thema Herzen und Hirne der Juso-Mehrheit bewegt, gab es allerdings nicht. Denn weder die Anzahl der den Delegierten vorliegenden

Anträge (ganze zwei, wenn man von bescheidenen Änderungsanträgen absieht) noch die Diskussion im Plenum (sie fand nämlich gar nicht erst statt) sind geeignet, von einer Emphase der Jungsozialisten in der Frage der Juso-Schulung Zeugnis abzulegen. So blieb der Tagungspräsidentin König schließlich nichts anderes übrig, als verärgert pures „Desinteresse“ festzustellen und abstimmen zu lassen.

Das Ergebnis der Abstimmung aber ist der schlagendste Beweis nicht nur für das Desinteresse, sondern auch für die Desorientierung der Juso-Creme (und um sie handelt es sich bei Bundeskongreß-Teilnehmern doch hoffentlich wohl) in Sachen Schulung. Zum Beschluß erhoben wurde nämlich letztlich ein schmalbrüstiges Papier von einer Seite, das als sogenannter „Änderungsantrag zur Vorlage des Arbeitskreises D“ von einigen Bezirksdelegationen präsentiert wurde. Die Arbeitskreis-Vorlage selbst soll nun nebst zwei weiteren (echten) Änderungs-(weil Erweiterungs-)Anträgen lediglich als „Material“ an die Bezirke überwiesen werden.

Desinteresse und -orientierung kam der im angenommenen „Änderungsantrag“ implizierte faule Kompromiß mit der eigenen Unzulänglichkeit entgegen: Das Beschluß-Papier sieht die bereits in satirischer Literatur ritualisierte Bildung einer Kommission vor, mit deren Hilfe der Bundesvorstand der Jungsozialisten „bis zum Herbst 1974 eine Arbeitstagung zum Thema *Schulungsarbeit vorbereiten*“ soll. Es scheint, daß der Kongreß (und er nur in Verlängerung der Gesamtorganisation), vom Problem überwältigt, seine einzige Chance zur Ausflucht und Bewältigung in der Problemkompensation durch Auf- und Abschub sah.

Die Furcht vor dezidierten Beschlüssen zur Schulungsarbeit und die Tatsache, daß die besagte Kommission einen ersten „*Rahmenplan für die Schulungsarbeit der Jusos*“ erarbeiten soll, deuten an, daß selbst bei Jungsozialisten dialektisches Denken nicht eben weit verbreitet ist. Zwar müssen „*die Fragestellungen der Schulung*“ nach den im Beschluß bekundeten Vorstellungen der Jusos „*ansetzen bei den politischen und ökonomischen Konflikten aus den sozialen Erfahrungsbereichen der Schulungsteilnehmer... Das didaktische Konzept des sozialen, projektorientierten Lernens in kleinen Gruppen liegt der Schulungsarbeit zugrunde*“. Doch wann es darauf ankommt, diesen Ansatz der praxisorientierten Schulung auf das Problem der Schulung an sich konsequent anzuwenden, versagt die Erkenntnisfähigkeit: Sie hätte eine Analyse zum Zustand jungsozialistischer Schulung zur Folge gehabt.

Und sie hätte zu der Einsicht geführt, daß mehr als nur „Ziele“, „Fragestellungen“ und „Ausagen“ einer jungsozialistischen Schulungsarbeit in schlagwortartiger Formulierung nötig gewesen wären, um einen dynamischen, d. h. dialektischen Lernprozeß in Gang zu setzen, der verbindliche und praxiserprobte (und dennoch stets weiterzuentwickelnde) Kriterien der Schulungsarbeit herausfilterte. Statt dessen setzte man den Beginn der „Schulung zur Schulung“ aus und wartet auf einen „Rahmenplan“.

Natürlich: In diesen ersten Plan werden Erfahrungen (Praxis) einzelner Schulungsprojekte mit einfließen. Aber der zeitliche Aufschub eines mit Handlungskriterien der Schulungsarbeit angereicherten Papiers, wie es das des Arbeitskreises dargestellt hätte, bedeutet, sich der Chance zu begeben, bis zu einer Auswer-

tung der bisherigen Praxis durch die Kommission bereits weitere Praxis in Gang zu setzen. Die lediglich abstrakten Punkte des beschlossenen „Änderungsantrages“ vermögen das keineswegs. Der Bundeskongreß hätte sie sich gänzlich verkniffen können. Dies um so mehr, als das Papier nicht einmal abstrakt formuliert, wen es denn nun eigentlich durch Juso-Schulungsarbeit zu trimmen gelte. Aus dem Satz „*Einführungsseminare und Aktionsschulungen sind zu ergänzen durch ein Konzept innerverbandlicher Schulungsarbeit...*“ kann man den Auftrag zu Schulungstätigkeit mit Zielrichtung sowohl auf die Masse der abhängig Beschäftigten allgemein als auch auf die Jusos insbesondere ableiten.

Um dem gigantomatischen Anspruch der allgemeinen Volksaufklärung zu genügen, ist jedoch Voraussetzung, daß die Organisation der Jusos selbst vorab „geschult“ ist. Mit „Ergänzungen“ ist es da nicht getan, zumindest so lange nicht, wie das Bewußtseinsdefizit der Jusos selbst noch so gigantisch wie im Arbeitskreis beschworen ist. Priorität muß also die Aufhebung innerverbandlicher Mißstände in dieser Hinsicht haben.

„*Schulungsarbeit soll einen Beitrag zur Verbesserung der innerorganisatorischen Demokratie darstellen, indem sie bei möglichst vielen Jungsozialisten die Voraussetzungen einer aktiven Beteiligung an Diskussion und Willensbildung auf allen Ebenen schafft*“ (Johano Strasser in seinem Einleitungsreferat des Arbeitskreises Schulungsarbeit). Niemand wird diesen Satz in Frage stellen wollen, niemand, der Wert darauf legt, nicht zugeben zu müssen, daß ihm der augenblickliche desolate „Schulungszustand“ der Juso-Genossen nur zupafß kommt, um seine elitäre, nicht von der Basis mitgetragene, da intellektuell nicht nachvollziehbare (und falls durch Schulung nachvollziehbare, dann vielleicht nicht mehr mitzutragende) Position durchzusetzen.

Schulungsarbeit zielt also auf einen Abbau von politischen Bildungs- und Bewußtseinsprivilegien dadurch ab, daß die Unterprivilegierten an das Niveau der Privilegierten herangeführt werden. Daß dies bislang nicht, um nicht zu sagen „reziprok“ geleistet wurde, machte im Arbeitskreis ein Delegierter aus Niederbayern/Oberpfalz besonders deutlich, als er die soziologischen Verschiebungen innerhalb seiner Ortsvereins-AG seit der Konfrontation der Mitglieder mit jungsozialistischer Theorie be-

schrieb: zu der Zeit, als die Arbeitsgemeinschaft ihre vornehmliche politische Aufgabe noch in der Veranstaltung von Mai-Tänzen, Weihnachtsfeiern etc. sah, kamen auf 20 Prozent Schüler und Studenten noch 80 Prozent Lehrlinge, Arbeiter und Angestellte. Heute ist das Verhältnis umgekehrt (daß dies kein Einzelfall ist, geht auch aus dem von den Jusos Hessen-Süd vorgelegten „Konzept für die politische Bildungsarbeit“ hervor, in dem der Anteil von Schülern und Studenten an der Gesamtzahl von Teilnehmern politischer Bildungsseminare ebenfalls mit 80 Prozent angegeben wird) — ein trauriges Zeichen für eine Organisation, die für sich in Anspruch nimmt, die Interessen der lohnabhängigen Bevölkerung zu vertreten.

Dabei dürfte es wohl nicht so sein, daß die nunmehr auf 20 Prozent Dezimierten nicht schulungsfähig sind. Der Grund liegt wahrscheinlich vielmehr darin, daß die Elite der 80 Prozent entweder nicht fähig ist, Schulungsarbeit zu leisten, oder — was schlimmer wäre — nicht daran interessiert ist, dies zu tun (s. o.).

Aus der unterschiedlichen soziologischen Zusammensetzung der Jusos ergeben sich schulungsmäßige Schwierigkeiten in zweierlei Hinsicht: Fehlt den einen (Schülern und Studenten) die direkte Betroffenheit der Nachteile kapitalistischer Produktionsweise für den Arbeitnehmer, um in „praxisnaher Bildungsarbeit“ zur Einsicht in den „Kampf zur Verbesserung der materiellen Lebens- und Arbeitsbedingungen der arbeitenden Bevölkerung“ zu kommen, so geht den anderen (Lehrlingen und Arbeitern) schon rein sprachlich die Fähigkeit ab, die von der jungsozialistischen Elite präsentierte Theorie zu verdauen.

Die Schlußfolgerungen daraus:

- Der Ansatz jungsozialistischer Schulungsarbeit hat bei der Mehrheit der Jusos gar nicht primär praxisorientiert zu erfolgen, sondern vielmehr am bereits vorhandenen allgemeinen (nur theoretisch nicht fundierten) gesellschaftskritischen Bewußtsein.
- Es gilt aber, der Problematik der Vermittlung sozialistischer Theorie vor allem bei denjenigen Herr zu werden, die die Wahrheiten der Theorie zwar praxis-, weil hautnah in der Lage zu erfahren wären, dies jedoch tatsächlich nicht vollziehen können, weil die Inhalte marxistischer Gesellschaftsanalyse und daraus resultierenden Wollens



Verlag  
J. H. W. Dietz Nachf. GmbH  
Berlin Bonn-Bad Godesberg  
Internationale Bibliothek

Band 68

### *Programmatische Dokumente der deutschen Sozialdemokratie*

Herausgegeben und eingeleitet  
von Dieter Dowe und Kurt Klotzbach

387 Seiten, broschiert 15,— DM

„Die Entwicklung der deutschen Sozialdemokratie von einer proletarischen Klassenpartei mit revolutionärem Anspruch zu einer breite Schichten des Bürgertums erfassenden reformorientierten Volkspartei soll mit dieser Sammlung von Programmen und programmatischen Verlautbarungen schwerpunktartig beleuchtet werden“, skizzieren die Herausgeber in der Einleitung die Absicht dieser Publikation. Sie weisen auf die dreifache Funktion von Parteiprogrammen hin: „Einmal sind sie ein Reflex bereits vollzogener theoretischer Entwicklung, zum anderen geben sie ihrerseits wiederum Anstöße zu einer weiteren gedanklichen Durchdringung. In bestimmten ... Situationen kann außerdem die Möglichkeit hinzutreten, mit Hilfe einer der tatsächlichen Parteipraxis nicht entsprechenden offiziellen Programmatik ... auseinanderstrebende Parteiflügel zu integrieren ...“

Naturgemäß bilden die Parteiprogramme von Eisenach bis Bad Godesberg einen Schwerpunkt der Dokumentation. Doch wurden auch zahlreiche andere Texte — vom Kommunistischen Manifest über Parteitagsresolutionen bis zu Stellungnahmen Kurt Schumachers und Erich Ollenhauers zu grundsätzlichen Fragen — in die Sammlung aufgenommen.

Verlag J. H. W. Dietz Nachf. GmbH  
53 Bonn-Bad Godesberg 1 · Kölner Straße 149

für sie nicht in ihre Sprache übersetzt sind. Dies erfordert einen radikalen Bruch mit dem bislang bei Jusos gepflegten Vokabular, und zwar nicht erst auf der Ebene der Arbeitsgemeinschaften an der Basis, sondern schon auf der des Bundeskongresses.

Vielleicht fängt die „Bundeskommission für Schulungsfragen“ gleich zu Beginn ihrer Arbeit

hiermit an, indem sie den Beschluß zur Schulungsarbeit in den Papierkorb wirft und den zu Schulenden sagt, wie und wozu man ihnen was vermitteln will. Vor der Systemüberwindung muß die Selbstüberwindung der Jusos in dieser Hinsicht kommen. Anderenfalls droht die Auszehrung zu einem basisfernen esoterischen Zirkel. Und daran kann niemandem – außer Juso-Gegnern – gelegen sein.

## Karl-Ludolf Hübener

### „Hoch die internationale Solidarität!“

#### Dritte Welt zwischen Euphorie und Desinteresse

Als Delegierte und Gäste „Hoch die internationale Solidarität!“ skandierten und in das Kampflied der Unidad Popular „Venceremos“ einstimmten, mochte mancher Beobachter glauben, daß Beatrice Allendes Appell – „... ein junger Mensch kann nichts anderes tun, als sich mit den Völkern, die um ihre gerechte Sache kämpfen, zu solidarisieren“ – auch bei den Jungsozialisten auf durchschlagende Resonanz gestoßen sei. Die anschließende Diskussion im Arbeitskreis Dritte Welt war aber eher ernüchternd: Rund zwei Dutzend von nahezu dreihundert Delegierten sahen die Anträge kritisch durch.

Immerhin verdeutlichten die Jungsozialisten mit der Wahl des Themas Dritte Welt zum vierten Schwerpunkt ihres Kongresses, daß sie die Bedeutung der Probleme in den unterentwickelten gehaltenen Ländern erkannt haben. Auch lieferten sie ansatzweise Konzepte zu einer entwicklungspolitischen Strategie.

#### Alarmierende Zahlen

Daß die zum Schlagwort verkümmerte internationale Solidarität endlich praktischer Konsequenzen bedarf und das Bekenntnis im Godesberger Programm – „Alle Völker müssen die

gleichen Chancen haben, am Wohlstand der Welt teilzunehmen“ – zu konkreten Perspektiven führen muß, ergibt sich zwingend aus alarmierenden Fakten:

- Fast 500 Millionen hungern, weitaus mehr sind unterernährt. / Die offene Arbeitslosigkeit schnellte 1980 in der Dritten Welt voraussichtlich auf 20 Prozent – bei zusätzlich immenser Unterbeschäftigung. / Die Einkommensschere zwischen Industrieländern und Dritter Welt öffnet sich immer weiter (Relation des Pro-Kopf-Einkommens 1953 1 : 10, 1972 1 : 14). / Die Austauschrelationen – terms of trade – verschlechtern sich tendenziell. / Die Verschuldung der Entwicklungsländer (80 Milliarden Dollar) und die Zahlungsverpflichtungen (7 Milliarden Dollar) wachsen schneller als die staatlichen Einnahmen dieser Länder.

Daran haben die ursprünglich als Waffe des Kalten Krieges geschmiedete Entwicklungshilfe und die Entwicklungsstrategien der UNO bis jetzt nichts geändert. Weiterhin beherrschen grundsätzlich die kapitalistischen Metropolen (USA, Westeuropa, Japan) das Weltwirtschaftssystem. Die den Ländern Afrikas, Lateinamerikas und Asiens über Jahrhunderte aufgezwungene internationale Arbeitsteilung ist so organisiert, „daß einer der beiden Beteiligten sich auf das Verhungern spezialisiert, während der andere die schwere Last auf sich nimmt, Profite einzustreichen“ (Paul Baran). Die Peripherie mußte sich bislang mit der Rolle eines Rohstofflieferanten begnügen, neuerdings dürfen in der Dritten Welt auch Industriegüter – allerdings zumeist niedrigen technologischen Standards – produziert werden.

Ein derartiges Imperialismusmodell, das allein auf dem Gegensatz Metropolen – Peripherie beruht, ist zu einfach; es genügt aber einigen

Ideologen, um vom erhofften und langsam heraufdämmernden Globalkonflikt zwischen Peripherie und Industrieländern zu träumen. Diese verengte Sicht der Weltprobleme wurde denn auch zu Recht auf dem Kongreß kritisiert, denn sie leugnet die komplexere Realität: Sowohl in den kapitalistischen Industriestaaten als auch in den Ländern der Dritten Welt gibt es privilegierte Eliten, deren Interessen mit denen des Kapitals identisch sind bzw. die als Brückenköpfe des internationalen Kapitals dienen, gibt es aber ebenso Ausgebeutete und Lohnabhängige. Außerdem birgt das duale Modell die Gefahr in sich, daß von interessierter Seite die unterprivilegierten Menschen an der Peripherie gegen die tendenziell „reicheren“ Lohnabhängigen in den Metropolen ausgespielt und notwendige solidarische Aktionen – aus dem Bewußtsein der Kapitalabhängigkeit heraus – verhindert werden.

Internationale Solidarität erzwingen aber auch die weltweiten Operationen der multinationalen Konzerne (MNK), die eine neue Dimension imperialistischer Macht darstellen. Diese sind gemessen an Ihrer Kapitalmacht und Strategie den Nationalstaaten vergleichbar; sie haben sich zu den mächtigsten und dynamischsten Instrumenten zur Ausbeutung und Unterdrückung der Dritten Welt emporgeschwungen. Da sie überdies die ökonomische Entwicklung in der hochindustrialisierten Welt wie auch die Lage der Lohnabhängigen in den Metropolen beeinflussen, ist eine internationale gewerkschaftliche und politische Gegenmacht unumgänglich.

Aus der Internationalisierung entscheidender Probleme und der international ungleichen Verteilung gesellschaftlichen Reichtums lassen sich Forderungen ableiten, die sich – wenn auch noch verstreut und bruchstückhaft – in den Münchener Beschlüssen widerspiegeln und die doppelstrategische Anstrengungen auf drei Ebenen verlangen:

- auf Weltebene durch Kooperation mit sozialemanzipatorischen Gruppen und Befreiungsbewegungen und durch eine international koordinierte Gewerkschaftsstrategie insbesondere gegen die MNK;
- auf europäischer Ebene durch Zusammenarbeit mit zielgleichen oder -ähnlichen Gruppen und durch Einfluß über nationale Regierungen auf die EG-Politik gegenüber der Dritten Welt;
- auf nationaler Ebene durch Mobilisierung

und durch Einbringen entwicklungspolitischer Vorstellungen in Partei- und staatliche Programme.

### EG und Dritte Welt

Während auf Globalebene gemeinsame Aktionen wohl am schwierigsten durchzusetzen sind, zumal die Vorstellungen häufig nicht über Leerformeln hinausgehen, bietet sich die europäische Ebene schon eher an, wenn auch hier die erforderlichen Gegenmaßnahmen nicht gerade leichter zu verwirklichen und eher von langfristiger Qualität sind.

Die Jungsozialisten haben in München dem Antrag „Die EG und die Dritte Welt“ zugestimmt und damit einen Anfang gemacht. Auch die neue Entwicklungspolitik der EG – so die Bewertung – gehe von imperialistischen Interessen der EG aus: „*Sie ist die neue Form des Imperialismus in Europa. Was früher von den einzelnen westeuropäischen Ländern allein gemacht wurde, wird heute kollektiv durchgesetzt und ergibt eine neue Qualität der Machtzusammenballung.*“ Außerdem müsse die EG-Entwicklungspolitik im Rahmen der Konkurrenz zwischen EG und USA zur Eroberung der Märkte und zur Sicherung der Rohstoffversorgung gesehen werden.

Daraus resultieren politische Zielsetzungen, die die Entwicklung der Produktivkräfte in den Ländern der Dritten Welt fördern und sie aus einseitiger politischer, ökonomischer und kultureller Abhängigkeit befreien. Im einzelnen sollte bei Handelsvereinbarungen der Zoll auf alle Produkte – einschließlich der agrarischen – abgebaut, sollten die Preise für Rohstoffe seitens der EG garantiert und die Entwicklungsförderung erhöht werden, wobei die Entwicklung der Infrastruktur sowie Institutionen und Organisationen, die das Ausbildungswesen, Demokratieverständnis und das Klassenbewußtsein in diesen Ländern stimulieren, begünstigt werden müßten. Schließlich wird gefordert, das Mitspracherecht der Entwicklungsländer bei der Vergabe der Entwicklungshilfe zu sichern und die Zusammenarbeit der Arbeiterorganisationen in den Industrienationen und in den peripheren Ländern zu verbessern und auszuweiten.

### Entwicklungspolitische Grundsätze

„*Da aber die großräumigen politischen Lösungen offensichtlich sehr viel langsamer zu erreichen sind, als objektiv notwendig, müssen na-*

tionale Modelle angestrebt und verwirklicht werden.“ (Jochen Steffen). An den nationalen Möglichkeiten scheiden sich jedoch die Geister. Das von einem Delegierten formulierte, jede Entwicklungsmöglichkeit verneinende Dogma – „Ein Imperialistischer Staat kann nicht anti-imperialistische Politik leisten“ – taugt für die weitere Diskussion absolut nicht und bedeutet nichts anderes als die Vertröstung auf den Tag X der revolutionären Umwälzung.

Globalkennzeichnungen des Staates als Herrschaftsinstrument des Kapitals oder der Monopole sind für die konkrete politische Arbeit völlig unbrauchbar, und „die Verwerfung aller Reformpolitik als systemstabilisierende Staats-tätigkeit bedeutet nichts anderes, als daß man sich den konkreten Aufgaben der Verbesserung der Lage der arbeitenden Bevölkerung durch Flucht in eine Sphäre vorgeblicher theoretischer Reinheit entzieht.“ (Aus dem vom Bundesvorstand zurückgezogenen Antrag „Reform und Staat“). Wenn auch der Staat in der Regel „als Krisenmanager des kapitalistischen Systems funktioniert“ (Antrag 47), ergeben sich doch Ansätze „zur Durchsetzung struktureller Änderungen und Reformen im Interesse der Lohnabhängigen“ (A 47), „wobei die Chance der Realisierung des Ziels in dem Maße verstärkt wird, als in diesem Prozeß Sozialisten schon Teilbereiche der Macht des Staates, wie z. B. der Regierung, des Parlaments oder der Verwaltung, kontrollieren und diese Macht im Interesse der Lohnabhängigen einsetzen.“ (A 47)

Das oben zitierte Dogma verschließt die Augen vor der Tatsache, daß mit Analphabeten, die politisch vor sich hindämmern, und Halbverhungerten, die durch Proteinmangel lebenslanglich benachteiligt sind, keine sozialen Umwälzungen, geschweige denn Revolutionen inszeniert werden können. Daß biologische und geistige Entwicklung unumgängliche Voraussetzung ist, die bisherige Fremdbestimmung durch die so viel beschworene Selbstbestimmung, Selbstorganisation und Selbstverwaltung zu überwinden, leuchtet wohl den meisten ein. Und dahin sollte konsequente sozialistische Entwicklungspolitik vorrangig zielen, auch wenn dieser durch die kapitalistischen Rahmenbedingungen enge Grenzen gesetzt sind. Die Möglichkeiten bestehen, was sich aus der Arbeit staatlicher und anderer Institutionen ablesen läßt; dabei besteht kein Zweifel, daß es sich dank fehlender

Mittel nicht mehr als um den berühmten Tropfen auf den heißen Stein handelt.

Dem Kongreß lag ein Antrag zu einer entwicklungspolitischen Strategie der Jungsozialisten vor, der bei den Delegierten allerdings auf Einwände stieß. Sicherlich mag beispielsweise die Analyse der Abhängigkeit der Dritten Welt von den USA, den EG und insbesondere der BRD wie auch die Analyse der Folgen, die eine konsequente antiimperialistische Politik auf die Lage und das Bewußtsein der Arbeiterklasse in den Metropolen haben kann, zu kurz gekommen sein. Auch hätten die Forderungen der Peripherie, wie sie u. a. auf der Konferenz der Blockfreien in Algier erhoben wurden, stärker berücksichtigt werden können. Schließlich sollte der gewerkschaftliche Aspekt (s. Hansjörg Elshorst in diesem Heft), der insbesondere angesichts imperialistischer MNK (s. Ernst Piehl in NG 1/74) nicht zu umgehen ist.

Vergebens mahnten die Verteidiger des Konzepts, dieses nicht als Bibel anzusehen (Uwe Holtz: „Seien wir keine Absolutisten!“) und das Papier zu verabschieden, um die Entwicklungspolitik aus ihrem Schattendasein herauszuholen. Es ist als halber Erfolg zu werten, daß das Papier nicht rundherum abgelehnt, sondern zur Überarbeitung an den Arbeitskreis Dritte Welt beim Bundesvorstand zurücküberwiesen wurde, der in einer verbesserten Vorlage bestimmt nicht auf einige Grundsätze verzichten wird:

- Entwicklungspolitik dient letztlich dem Ziel politischer, wirtschaftlicher und kultureller Befreiung der in Unterentwicklung gehaltenen Länder der Dritten Welt.
- Jedes Land hat das Recht, über seine Produkte, seine Gesellschaft und Zukunft selbst zu bestimmen; das heißt auch, der Peripherie keine wie auch immer gearteten maßgeschneiderten Modelle aufzudrängen.
- Jedes Land hat das Recht, über die eigenen Ressourcen zu verfügen und sie zum optimalen Nutzen einzusetzen.
- Priorität bei der Gewährung von Entwicklungsleistungen müssen die Bedürfnisse, Interessen und der Fortschritt der Benachteiligten und nicht der privilegierten Schichten sein. Zu prüfen ist deshalb, ob diese Leistungen auf Möglichkeiten der Selbstbestimmung zielen, oder ob sie die Position der herrschenden Minderheit stabilisieren.
- Vorrangig soll solchen Ländern geholfen werden, in denen die politischen und ge-

werkschaftlichen Kräfte gewährleisten, daß fortschrittliche Reformen in die Wege geleitet und vorangetrieben werden. Von daher versteht sich auch die Unterstützung nationaler Befreiungsbewegungen.

- Schließlich kann eine emanzipatorische und unabhängige gesellschaftliche Entwicklung der Peripherie nur durch Überwindung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse in den Metropolen erreicht werden, da diese für das die Dritte Welt benachteiligende und ausbeutende Weltwirtschaftssystem des ungleichen Tausches verantwortlich sind.

#### **Mehr an der Basis arbeiten!**

Nichts gegen Komitees — und in München wurden wieder einige ins Leben gerufen —, aber ihre Arbeit spielt sich zumeist auf der oberen Ebene ab. Der Kontakt zur Basis bleibt häufig auf halbem Wege stecken. Eine wirkliche Bewußtwerdung und Mobilisierung für die Dritte Welt kann aber nur über die vielzitierte Basis ablaufen. Gerade München hat wieder einmal gezeigt, daß von oben herab initiierte Anträge — wie die des Bundesvorstands und des erst

seit einem halben Jahr amtierenden Arbeitskreises Dritte Welt — auf Ablehnung oder wenig Widerhall stoßen.

Wenn die auf dem Kongreß verabschiedeten wichtigen Beschlüsse und Resolutionen (wie die zu Chile, zur Sahel-Zone, zur Wiederaufnahme der Beziehungen zu Kuba, zur Anerkennung der Republik Guinea-Bissau, zur Verurteilung des weißen Minderheitenregimes in Südafrika und zur Ablehnung steuerlicher Förderung sich überwiegend negativ auswirkender Privatinvestitionen über das Entwicklungshilfesteuergesetz) auf Basisebene durchdringen und nicht in einer jungsozialistischen Dokumentensammlung zur Dritten Welt verstauben sollen, dann wird die Gründung lokaler internationaler Arbeitskreise erforderlich sein. Diese können und müssen ihrerseits doppelstrategisch Initiativ werden.

Ein weiterer Schritt ist die konkrete Verankerung der Peripherieprobleme in der Strategie und im Schulungsprogramm. Vielleicht können dann die Jungsozialisten wieder an längst verschüttete internationalistische Traditionen Ihrer Urväter anknüpfen.

---

## **Jürgen Hentze**

### **Sozialismus ist das bewußte Werk der gewaltigen Mehrheit**

**Spontaneität, Aktion und Partei bei Rosa Luxemburg**

In „Organisationsfragen der russischen Sozialdemokratie“ hat Rosa Luxemburg neben einer Kritik der Leninschen Organisationsprinzipien auch den Versuch unternommen, diese als spezifisches Ergebnis der besonderen Verhältnisse in Rußland zu erklären. Die Lehren, die sie selbst aus der sozialen Bewegung in Rußland und insbesondere aus der Revolution von 1905 zieht, sind nun allerdings ganz andere. Die Bedeutung der Aktion als Mittel der politischen Selbsterkenntnis betont sie zwar schon vor der

ersten russischen Revolution, aber ihre Erfahrungen lassen diesen Gedanken bei Rosa Luxemburg nun ganz in den Vordergrund treten.

So schreibt sie in „Massenstreik, Partei und Gewerkschaften“, derjenigen Schrift, in der sie die Lehren aus der Revolution in Rußland für die deutsche Bewegung zieht: *„Bei dem deutschen aufgeklärten Arbeiter ist das von der Sozialdemokratie gepflanzte Klassenbewußtsein ein theoretisches, latentes:*

*in der Periode der Herrschaft des bürgerlichen Parlamentarismus kann es sich als direkte Massenaktion in der Regel nicht betätigen; es ist hier die ideelle Summe der vierhundert Parallelaktionen der Wahlkreise während des Wahlkampfes, der vielen ökonomischen partiiellen Kämpfe und dergleichen. In der Revolution, wo die Masse selbst auf dem Schauplatz erscheint, wird das Klassenbewußtsein ein praktisches, aktives. Dem russischen Proletariat hat deshalb ein Jahr der Revolution jene ‚Schulung‘ gegeben, welche dem deutschen Proletariat 30 Jahre parlamentarischen und gewerkschaftlichen Kampfes nicht künstlich geben können.“*

Was Rosa Luxemburg hier gegeneinandersetzt, zwei Formen des Klassenkampfes und der Bewußtseinsbildung, das gehört für sie beides zur Wellenbewegung des gesamten, langfristigen revolutionären Prozesses. Sie fährt dann nämlich fort: *„Freilich wird dieses lebendige, aktive Klassengefühl des Proletariats auch in Rußland nach dem Abschluß der Revolutionsperiode und nach der Herstellung eines bürgerlich-parlamentarischen Rechtsstaates bedeutend schwinden oder vielmehr in ein verborgenes, latentes umschlagen. Ebenso sicher wird aber umgekehrt in Deutschland in einer Periode kräftiger politischer Aktionen das lebendige, aktionsfähige revolutionäre Klassengefühl die breitesten und tiefsten Schichten des Proletariats ergreifen, und zwar um so rascher und um so mächtiger, je gewaltiger das bis dahin geleistete Erziehungswerk der Sozialdemokratie ist.“*

Muß sich die Sozialdemokratie, um einen Ausdruck von Marx aufzugreifen, der Rosa Luxemburgs Auffassung genau trifft, *„zum Organ dessen machen, was sich vor ihren Augen abspielt,“* (in: „Das Elend der Philosophie“) und muß sie nicht, wie Lenin meint, Klassenbewußtsein von außen an das Proletariat herantragen, weil es anders dazu nicht kommen kann, so bedeutet das für sie auch ständiges Lernen von den Massen. Die Theorie ermöglicht es ihr, den objektiven historischen Inhalt der subjektiven Massenstimmung und Massenaktion zu erkennen. Theoretische Erkenntnis und spontane Dynamik der Massen in konkreten Forderungen und Losungen, in einer konkreten Taktik zur Synthese zu bringen, das ist die Aufgabe der Sozialdemokratie.

Wie Rosa Luxemburg diesen Lernprozeß selbst

vollzieht, läßt sich sehr gut aus ihren polnischen und deutschen Schriften über die erste russische Revolution erkennen. Ihr Gesamtwerk spiegelt diesen Lernprozeß in großem Maßstab wider, und in ihrem konsequenten Internationalismus geht sie dabei über die einzelnen, nach staatlichen Grenzen orientierten Arbeiterbewegungen hinaus. Dabei fällt vor allem die Vermittlerrolle auf, die sie zwischen Ost- und Westeuropa zu spielen versucht hat. Ihre polnischen Schriften, vor allem vor 1905 sind von dem Versuch bestimmt, die Erfahrungen der westeuropäischen, vor allem der deutschen Arbeiterbewegung, die Prinzipien der deutschen Sozialdemokratie auch in Rußland und Polen fruchtbar zu machen. Nach 1905 sieht sie dagegen ihre Mission in Deutschland vor allem darin, daß hier die Lehren aus den revolutionären Ereignissen in Rußland und Polen gezogen werden.

Und hier ist es gerade die Bedeutung der Aktion, die sie der deutschen Sozialdemokratie klar zu machen versucht. Zwar lassen sich Massenaktionen, eben weil sie spontan entstehen, nicht künstlich propagieren, aber *„(die Sozialdemokratie) kann und darf nicht mit verschränkten Armen fatalistisch auf den Eintritt der ‚revolutionären Situation‘ warten, darauf warten, daß jene spontane Volksbewegung vom Himmel fällt. Im Gegenteil, sie muß, wie immer, der Entwicklung der Dinge voraus-eilen, sie zu beschleunigen suchen. Dies vermag sie aber nicht dadurch, daß sie zur rechten und unrechten Zeit ins Blaue hinein plötzlich die ‚Losung‘ zu einem Massenstreik ausgibt, sondern vor allem dadurch, daß sie den breitesten proletarischen Schichten den unvermeidlichen Eintritt dieser revolutionären Periode, die dazu führenden inneren sozialen Momente und die politischen Konsequenzen klar macht.“* (in: „Massenstreik ...“).

Die deutsche Sozialdemokratie bleibt für Rosa Luxemburg weit hinter dieser Aufgabe zurück. Der Konfliktstoff, der sich in den Jahren vor dem Weltkrieg zunehmend anhäuft, wird von der SPD nicht genutzt, so daß Rosa Luxemburg sie in zunehmendem Maße als Bremser der Massen, in denen sie in dieser Zeit immer wieder die Bereitschaft zum Aufbruch zu spüren glaubt, erlebt. Sucht man nach den Gründen für diese Entwicklung der deutschen Sozialdemokratie, so wird man einen gewichti-

gen in der Haltung ihrer theoretischen und politischen Führer finden. Die Massenstreikdebatte innerhalb der SPD läßt die unterschiedlichen Auffassungen über die Bedeutung der Aktion sehr deutlich zum Ausdruck kommen.

So hält Rosa Luxemburg Karl Kautsky, der sich den Massenstreik *„nur als ein einmaliges Ereignis ... einen Kampf auf Leben und Tod“* (Karl Kautsky „Eine neue Strategie“ in „Die Neue Zeit“ Bd. 2, 1909/10/Hervorhebung von Rosa Luxemburg) vorstellen kann, entgegen: *„Wie kann in Deutschland jener große und ‚letzte‘, jener apokalyptische Massenstreik, bei dem die stärksten Eichen krachen, die Erde berstet und die Gräber sich öffnen, überhaupt zustande kommen, wenn die Masse des Proletariats nicht vorher durch eine ganze Periode von Massenstreiks, von ökonomischen oder politischen Massenkämpfen dazu vorbereitet, geschult, aufgerüttelt wird?“* (Rosa Luxemburg „Die Theorie und die Praxis“).

Karl Kautsky und mit ihm, so kann man generalisierend und vereinfachend sagen, die Führung der deutschen Sozialdemokratie sehen in der Revolution ein einmaliges Ereignis, das irgendwann eintreten wird, sie sehen in ihr nicht den Prozeß, in dem die Sozialdemokratie die beschriebene avantgardistische Funktion übernehmen muß. Die sozialistische Revolution wird zu einem theoretisch gesicherten Ereignis von quasi mechanischer Notwendigkeit, sie ist nicht die Aufgabe, zu deren Erfüllung das Proletariat erst in der Praxis, erst in der freien Aktion fähig werden muß.

Als sich zwei Wochen vor ihrer Ermordung die KPD von der SPD endgültig abspaltet, ist denn auch eines der Hauptargumente, mit denen Rosa Luxemburg die Trennung begründet, die Notwendigkeit einer Organisation, die willens ist, die aktionsbereiten Massen in ihrem Sinne zu leiten, statt sie zu bremsen: *„Die Masse muß, indem sie Macht ausübt, lernen, Macht auszuüben ... Die proletarischen Massen werden geschult, indem sie zur Tat greifen. Hier heißt es: Im Anfang war die Tat; und die Tat muß sein, daß die Arbeiter- und Soldatenräte sich berufen fühlen und es lernen, die einzige öffentliche Gewalt im ganzen Reiche zu werden. Nur auf diese Weise können wir den Boden so unterminieren, daß er reif wird zu dem Umsturz, der dann unser Werk zu krönen hat.“* („Unser Programm und die politische

Situation“, Rede auf dem Gründungsparteitag der KPD.)

Die organisatorische Trennung von der SPD nicht schon früher vollzogen zu haben, wirft Lenin den Linken in der SPD bereits 1916 in seiner Kritik von Rosa Luxemburgs Junius-Broschüre vor. Sie hat sich lange dagegen gewehrt, gerade aus der Befürchtung heraus, sich damit von den Massen, die unter dem Einfluß der SPD stehen, zu isolieren, und sie hat statt dessen bis zuletzt versucht, den revolutionären Willen in der Partei selbst zu beleben.

Sieht Rosa Luxemburg den Willen zum revolutionären Endziel in der deutschen Sozialdemokratie verloren gehen, erlebt sie, wie die Partei die krisenhafte Entwicklung vor und während des Krieges ohne entschlossenes Eingreifen treiben läßt, wie sie sich dadurch von den aktionsbereiten Massen entfernt und zum Komplizen der Herrschenden macht, so kritisiert sie umgekehrt Lenins Kurs, der durch eine rigide Organisationspolitik den Willen zum Endziel durchsetzen will und sich dabei wiederum von den Massen entfernt, weil er deren unabdingbare Freiheit unterdrückt. Daß daraus auf lange Sicht nichts Gutes entstehen kann, hat Rosa Luxemburg schon in „Organisationsfragen der russischen Sozialdemokratie“ sehr scharf und polemisch herausgestellt, was sie in ihrer Kritik der Oktoberrevolution wieder aufgreift.

Kann sich die geschichtliche Notwendigkeit nur in Freiheit durchsetzen, so ist damit auch etwas Entscheidendes über das Verhältnis von Endziel und Bewegung gesagt: sie sind auch in der Weise verbunden, daß die Mittel dem Zweck entsprechen müssen, nicht aber dieser jene heiligt. Das Endziel der Diktatur des Proletariats bedeutet Diktatur im Interesse und durch die gewaltige Mehrheit des Volkes über eine kleine Minderheit. Diese Diktatur im Interesse der endgültigen Beseitigung aller Klassenherrschaft, um das internationale Reich der Freiheit zu öffnen, muß größte Freiheit für diese Mehrheit einschließen, sie muß sich schon auf dem Weg zur Machteroberung entfalten. Nur wenn die Massen in dieser Freiheit zum Bewußtsein ihrer selbst gekommen sind, ist Sozialismus möglich, nur durch die freie Selbstbetätigung wird das einsichtig, was die historische Notwendigkeit verlangt.

Rosa Luxemburg nimmt also in die Bewegung etwas hinein, was erst nach der Erreichung des Endziels voll verwirklicht werden kann. Lenins

Versuch dagegen, das Endziel zu sichern, indem er die Demokratie beseitigt, „verschüttel ... den lebendigen Quell selbst, aus dem heraus alle angeborenen Unzulänglichkeiten der sozialen Institutionen allein korrigiert werden können. Das aktive, ungehemmte, energische politische Leben der breitesten Volksmassen.“ („Die russische Revolution“ in „Politische Schriften“ III.)

Rosa Luxemburgs Konzept ist eine offene Partei, die in die Massen hineinwirkt, sie weder um des revolutionären Endziels willen unterdrückt, noch unter Preisgabe des Endziels sich selbst überläßt. Für die Sozialdemokratie, die den fortschrittlichsten Teil der Gesellschaft vertritt, kommt es darauf an, zielstrebig und aufklärerisch in diese Gesellschaft immer weiter einzudringen, sich nicht abzukapseln und auch nicht treiben zu lassen, sondern die bestehenden sozialen Konflikte und ihre Ursachen aufzudecken, Reibungsflächen zu schaffen, an denen sich neuer Kampf entzündet, der weitere Teile der arbeitenden Mehrheit in den Kampf hineinzieht und sie ihre Interessen erkennen läßt. Von der Sozialdemokratie in Schwung gehalten, weitet sich der revolutionäre Prozeß, weitet sich das politische Bewußtsein der Massen spiralförmig aus, in immer größere Teile der Gesellschaft hinein.

Es ist von leninistischer Seite des öfteren der Vorwurf eines gewissen historischen Fatalismus gegen Rosa Luxemburg erhoben worden, der die Möglichkeit der bewußten Beeinflussung des Geschichtsprozesses gerade durch eine nach Lenins Vorbild organisierte Partei unterschätzt und die aus den Produktions- und Klassenverhältnissen entspringende spontane Dynamik der Massen überschätzt, insoweit sie auf die Umwälzung des kapitalistischen Systems gerichtet sein soll. Dieser Vorwurf ist insofern richtig, als Rosa Luxemburg das Eingreifen der Partei in die historische Entwicklung fast ausschließlich als ein aufklärerisches, hier aber sehr energisches Eingreifen begriffen hat.

Gerade die Überzeugung von der geschichtlichen Notwendigkeit des Sozialismus in dem Sinne, daß als Alternative nur das Chaos bleiben wird, gab ihr die Möglichkeit, in dem Maße auf der Freiheit der Massen zu bestehen, wie sie es tat. Und sie konnte es tun als Vertreterin der stärksten und hoffnungsvollsten internationalen sozialistischen Bewegung, die es in der

Geschichte bisher gegeben hat. Die für sie wissenschaftliche Erkenntnis der historischen Notwendigkeiten gab Rosa Luxemburg die Überzeugung von der revolutionären Kraft der Aufklärung, den Glauben an die Fähigkeit der Massen zu Vernunft und Einsicht in die eigenen Interessen und an ihre Kraft zum Handeln aus dieser Einsicht heraus, eine Überzeugung, mit der sie sich in gewisser Weise als Erbin der bürgerlichen Aufklärung des 18. Jahrhunderts ausweist, ein Erbe, an das in geistesgeschichtlicher Hinsicht der Marxismus durchaus anknüpft.

Rosa Luxemburgs Kritik an Lenins Organisationskonzept, aber auch an seiner Haftung in der nationalen oder Bauernfrage läßt sich immer wieder auf den Punkt bringen, daß sie die Reinheit sozialistischer Prinzipien gegenüber der Politik verteidigt, die er um der Revolution in der konkreten Situation des Zarenreiches willen eingeschlagen hat. Georg Lukács hat („Geschichte und Klassenbewußtsein“) sehr gut herausgearbeitet, wie Rosa Luxemburgs Kritik an der Oktoberrevolution eine illusionäre Kritik ist, die bei den gegebenen Verhältnissen einfach nicht befolgt werden konnte, wollte man den Erfolg der Revolution nicht überhaupt aufs Spiel setzen. Hier hat sich Lenin Rosa Luxemburg zweifellos als überlegen erwiesen. Der Erfolg des Praktikers Lenin in einer konkreten historischen Situation bringt aber auch die Frage nach der Aktualität seiner nun dogmatisierten Handlungsprinzipien gegenüber den Gedanken der – ungewollt – mehr philosophischen Rosa Luxemburg mit sich. Die Entwicklung oder Nicht-Entwicklung der Demokratie in der Sowjetunion, Stalins blutige Nationalitätenpolitik und die unter ihm ebenso blutig durchgesetzte Kollektivierung der Landwirtschaft bestätigen jedenfalls auf tragische Weise die Luxemburgsche Kritik.

Rosa Luxemburg hat selbst die Notwendigkeit der bolschewikischen Politik während und nach der Oktoberrevolution erkannt und das, was in ihren Augen Fehler waren, vor allem aus der internationalen Isolation des russischen Proletariats erklärt. Wenn sie zu dieser „fatalen Lage“ aber feststellt, „jeder politische Untergang der Bolschewiki im ehrlichen Kampfe gegen die Übermacht und Ungunst der geschichtlichen Situation wäre diesem moralischen Untergang vorzuziehen.“ („Die russische Tragödie“ in „Spartakusbriefe“ Hrsrg. Institut für

Marxismus-Leninismus beim ZK der SED Berlin 1958) so tut sie das, weil sie die Reinheit des sozialistischen Endziels über kurzfristige, auf Kompromissen beruhende Erfolge stellt. Gleichzeitig wird hier wieder eine Geschichtsauffassung deutlich, die in ausgesprochen langfristigen Prozessen denkt. So wie Rosa Luxemburg in der polnischen Schrift „Die Lehren der drei Dumas“ die bürgerliche Revolution in Frankreich als einen Prozeß schildert, der sich über fast ein Jahrhundert in mehreren Wellen von 1789 bis 1871 erstreckt, so hat sie sich auch die proletarische Revolution nicht als ein einmaliges Ereignis vorgestellt, sondern als einen „mehr oder weniger langen historischen Zeitraum bewegter Klassenkämpfe mit kürzeren und längeren Pausen“. (Rosa Luxemburg „Internationalismus und Klassenkampf“. „Die polnischen Schriften“ Hrg. Jürgen Hentze Berlin 1971.)

Schon in „Sozialreform oder Revolution?“ hat sie ausgeführt, warum das nicht anders sein kann: *„Zweitens aber läßt sich das ‚verfrühte‘ Ergreifen der Staatsgewalt auch deshalb nicht vermeiden, weil diese ‚verfrühten‘ Angriffe des Proletariats eben selbst ein, und zwar sehr wichtiger Faktor sind, der die politischen Bedingungen des endgültigen Sieges schafft, indem das Proletariat erst im Laufe jener politischen Krise, die seine Machtergreifung begleiten wird, erst im Feuer langer und hartnäckiger Kämpfe den erforderlichen Grad der politischen Reife erreichen kann, der es zur endgültigen großen Umwälzung befähigen wird. So stellen sich denn jene ‚verfrühten‘ Angriffe des Proletariats auf die politische Staatsgewalt selbst als wichtige geschichtliche Momente heraus, die auch den Zeitpunkt des endgültigen Sieges mitherbeiführen und mitbestimmen.“*

Kompromißlos hat Rosa Luxemburg daran

festgehalten, daß der Sozialismus nur das bewußte Werk der gewaltigen Mehrheit des Volkes sein kann, daß der endgültige Sieg der Partei des Proletariats *„nicht am Anfang, sondern nur am Ende der Revolution“* („Was will der Spartakusbund?“ in „Politische Schriften“ II) stehen kann. Von der Spontaneität zu dieser Bewußtheit kann das Volk aber nur durch die freie und ungehemmte Aktion aufsteigen, *„Schritt für Schritt auf dem Golgathaweg eigener bitterer Erfahrungen durch Niederlagen und Siege.“* („Was will ...“) So wäre für sie die Oktoberrevolution letztlich auch einer jener *„verfrühten Angriffe“* gewesen, ohne die das sozialistische Endziel nicht erreicht werden kann.

Die Erfahrungen, die mit der Entwicklung des Sozialismus in der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Ländern Europas gemacht wurden, weisen negativ die Bedeutung des Luxemburgschen Aktionsgedankens aus. Wo sich in der BRD neue Ansätze sozialistischen Bewußtseins zeigen, da wird er – wenn auch in vergleichsweise mikroskopischem Maßstab – positiv bestätigt. Es wäre auch einer Diskussion wert, inwieweit in der chinesischen Kulturrevolution dieser Gedanke seine Anwendung gefunden hat, insofern hier der Versuch gemacht wurde, die revolutionäre Umwälzung des Bewußtseins nachzuholen, die Rosa Luxemburg schon für die Zeit vor der endgültigen Machtübernahme durch die Partei des Proletariats fordert. Vieles spricht jedenfalls dafür, daß die prinzipienreine und auf den ersten Blick teilweise illusionäre Rosa Luxemburg hier einen Beitrag geliefert hat, der in seiner Bedeutung gar nicht überschätzt werden kann, soll mit dem Sozialismus das Reich der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit geöffnet werden.

## Christliches Sollen und sozialistisches Wollen sind identisch

Zum 25. Todestag des katholischen Moraltheologen Theodor Steinbüchel

Das soziale Ethos des Katholizismus, das Grundverhalten aus christlicher Substanz im gesellschaftspolitischen Raum, wandelt sich merkbar. Dieser historische Prozeß verdeutlicht sich in den päpstlichen Enzykliken und anderen offiziellen Stellungnahmen der römischen Kirche. Aber der institutionelle Wandel folgt dem geistigen stets mit erheblichen Verzögerungen, die jedoch im Laufe der Zeit geringer zu werden scheinen. Während Franz von Baader (1765 bis 1841), der als erster namhafte katholische Denker nachgewiesen hat, daß Christentum und Sozialismus in der Sorge um den Menschen zu den im wesentlichen gleichen Wertungen und Forderungen kommen müssen, auch mittelbar die Soziallehre der Kirche kaum beeinflussen konnte, hat Oswald von Nell-Breuning in derselben Überzeugung die Enzyklika Quadragesimo anno von 1931 entscheidend mitgestalten können.

Das soziale Gewissen regt sich sehr früh im deutschen Katholizismus. Baader, der als Bergbauingenieur den Frühkapitalismus am englischen Ursprung kennenlernt, wird schon gegen Ende des 18. Jahrhunderts die in der Struktur der kapitalistischen Produktionsweise angelegte soziale Ungerechtigkeit bewußt, und er sagt den Untergang der bürgerlichen Gesellschaft voraus, wenn sie nicht völlig neu organisiert werde. Er analysiert und kritisiert auf schärfste in seinen späteren Schriften lange vor Engels die sozialen Folgen der industriellen Revolution. Und 13 Jahre vor dem Kommunistischen Manifest verdammt Baader in mit Marx fast wörtlich übereinstimmenden Formulierungen das kapitalistische System als unmenschlich und damit unchristlich.

Nur wenig später, 1837, verlangt Franz Joseph Buss (1803–1878), Professor und badischer Landtagsabgeordneter, so weitgehende sozialpolitische Maßnahmen vom Staat zugunsten der unter dem aufkommenden Kapitalismus leidenden Arbeiter, daß sie zum Teil noch heute nicht verwirklicht sind. Mit Recht

rühmt Bebel Buss als den ersten parlamentarischen Vertreter des Arbeiterschutzes, der es wagte, „den maßgebenden Interessen und herrschenden Vorurteilen entgegenzutreten und im Namen der Menschlichkeit und des Gemeinwohls den Schutz der Schwächsten unter den Schwachen zu fordern.“ Vom ersten deutschen Katholikentag 1848 wird Buss zum Präsidenten gewählt. Anders als der „soziale Bischof“ von Mainz, Wilhelm E. von Ketteler (1811–1877), der den sozialen Frieden durch ein „Übermaß an Liebe“ gewinnen will, verschließt Buss sich nicht den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Realitäten. Er wendet sich dagegen, dem Sozialismus durch die Flucht in die Religion zu begegnen und fordert vielmehr einen „kirchlichen Sozialismus“.

Ketteler geht in seinen Ende 1848 gehaltenen Predigten über die großen sozialen Fragen der Gegenwart von der herrschenden Auffassung der katholischen Theologie aus. Danach liegen die Ursachen für die wachsende Not der Armen nicht in den äußeren Verhältnissen sondern im religiös-sittlichen Verfall, vor allem in der Herzenshärte der Besitzenden. Ketteler will die „ungeheure Kluft in der Gesellschaft“ durch eine Aktion heroischer Nächstenliebe des ganzen Christenvolks überbrücken. Sein Appell an die Standesgenossen hat jedoch keinen Erfolg. Erst die Reden und Schriften Lassalles öffnen ihm die Augen für die Struktur des Bösen im Kapitalismus. Er bittet -anonym- Lassalle um Rat für die Errichtung von Arbeiterassoziationen. Arbeitern, denen vom Priester die Absolution verweigert wurde, weil sie dem von Lassalle gegründeten Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein angehörten, erklärt er, daß dies „mit den Pflichten eines aufrichtigen katholischen Christen nicht unvereinbar“ sei, denn dessen Bemühen, die trostlose Lage der Arbeiter zu verbessern, „ist gewiß nicht im Widerspruch mit dem Geiste des Christentums, sondern demselben vollkommen entsprechend.“

In der 1864 erscheinenden Schrift „Die Arbel-

terfrage und das Christentum" übernimmt Ketteler weitgehend Lassalles Kritik der ökonomischen Verhältnisse. Er betont den Warencharakter der Arbeit in der kapitalistischen Gesellschaft und ihre Abhängigkeit vom Markt, den er als „Sklassenmarkt“ bezeichnet. Wie Lassalle hält er Produktivgenossenschaften für geeignet, der fortschreitenden Konzentration des Kapitals zu begegnen. Die notwendigen Mittel soll jedoch nicht der Staat, sondern sollen die reichen katholischen Standesgenossen zur Verfügung stellen – die sich ihm jedoch erneut versagen. Auf der Reise zum ersten Vatikanischen Konzil begleitet Ketteler der erste Band von Marx' „Kapital“. Der direkte Einfluß der Marx'schen Theorie auf Ketteler ist schon in den 1869 gehaltenen Reden unverkennbar. Er anerkennt die historische Notwendigkeit und Leistung der kapitalistischen Wirtschaftsweise sowie die Zwangsläufigkeit der Entwicklung, gibt die Hoffnung auf eine baldige Änderung des Systems auf, nennt die Vereinigung der Arbeiter zur Vertretung ihrer Interessen „eine wahre Naturnotwendigkeit“ und verkündet als Konsequenz ein Programm institutioneller Reformen. (Wenn Ketteler die Arbeiter vor der sozialistischen Bewegung warnt, sind es vorwiegend seelsorgerische Gründe.)

Die Auffassung, daß der Gegensatz von Kapital und Arbeit durch die Kirche karitativ geheilt werden könne, verliert im Katholizismus immer mehr an Boden. Es werden zunehmend radikale Eingriffe in das kapitalistische System verlangt. Das Organ der nach 1848 entstandenen christlich-sozialen Bewegung fordert den „christlichen Sozialismus“, weil „das Christentum nach seinem ganzen Wesen sozialer Natur sei.“ Friedrich Pilgram (1819–1890) veröffentlicht ein „System des christlichen Sozialismus“. Für ihn kann nur der Staat Subjekt und Träger aller sozialen Wirksamkeit, alles wirtschaftlichen Wirkens sein, er muß unmittelbar die Gesellschaft neu organisieren. Seine frühere Meinung, daß der einzige Weg zur Rettung der Gesinnungswandel der Unternehmer und verstärkter Einfluß der Kirche sei, hat sich grundlegend geändert. Er hat eingesehen, daß zwischen individuellem Verhalten und sozialen Mißständen eine Wechselwirkung besteht und zuerst die Zustände geändert werden müssen, bevor die Erneuerung der sozialen Gesinnung beginnen kann.

Als 1870 die Zentrumsparlei und im folgenden

Jahr deren zentrales Organ „Germania“ gegründet wird, übernimmt Pilgram die Chefredaktion – nur für kurze Zeit, denn der soziale Katholizismus wird sehr bald vom politischen Katholizismus verdrängt. Für diesen aber stehen im Kulturkampf kirchenpolitische Fragen im Vordergrund und zudem tendieren seine den besitzenden Schichten angehörenden parlamentarischen Vertreter von vornherein zu einer konservativ-reaktionären Politik. Zwar erklären die Katholikentage wiederholt das Sozialproblem zu den wichtigsten Fragen der Zeit, lassen dabei aber nach Urteilen aus der christlich-sozialen Bewegung „den Kern der sozialen Frage unberührt“. Das Zentrum wird erst sozialpolitisch aktiv, als die christlich-soziale Bewegung eigene Kandidaten zum Reichstag aufstellt und 1877 in Essen einen Arbeiter gegen den Zentrumskandidaten durchbringt. Entscheidender aber noch ist das starke Anwachsen der Sozialdemokratie, das der unmittelbare Anlaß für den Beginn der sozialen Gesetzgebung ist.

Die Unterdrückung der christlich-sozialen Bewegung durch das Sozialistengesetz erleichtert dem Zentrum die fortschreitende Anpassung an das herrschende System. Die vom sozialen Katholizismus geforderte Überwindung des Kapitalismus durch eingreifende soziale Reformen wird durch sozialpolitische Kleinarbeit ersetzt. Dieser Prozeß personifiziert sich am deutlichsten in Franz Hitze (1851–1922). In seinen früheren Schriften folgt er zunächst Lassalle, dann Marx und ist äußerst radikal. Er hält die Entwicklung zum Sozialismus für unausweichlich, wobei die Sozialisierung der Gesellschaft von oben entsprechend dem Drang von unten durchgeführt, die Großwirtschaft nach Plan geleitet und das Verhältnis zwischen Arbeitern und Unternehmern demokratisch gestaltet werden soll. Als späterer Abgeordneter entfernt er sich von seinen ursprünglichen Überzeugungen und gibt lange als der bedeutendste katholische Sozialpolitiker.

Die Verdrängung des sozialen durch den politischen Katholizismus und dessen Feindhaltung gegenüber dem Sozialismus wird besonders deutlich am Schicksal Wilhelm Hohoffs (1848 bis 1923). Konnte schon Ketteler und erst recht nicht der spätere soziale Katholizismus an der Marx'schen Analyse des Kapitalismus vorbeisehen, so ist doch Hohoff (s. a.: Ernst van Loen, Theologie der sozialen Befreiung, NG 3/72) der

erste universal gebildete katholische Priester, der sich systematisch mit Marx und dem Sozialismus auseinandersetzt. In seinem 1908 erscheinenden Hauptwerk „Die Bedeutung der marxistischen Kapitalismuskritik – eine Apologie des Christentums“ weist Hohoff nach, daß die Marx'sche Wertlehre sowohl mit der Lehre des Thomas von Aquin wie auch mit der Enzyklika *Rerum novarum* von 1891 übereinstimmt. Ebenso wie Hohoff den historischen Materialismus als Forschungsmethode anerkennt, bejaht er den proletarischen Klassenkampf als sittliche Notwendigkeit gegenüber dem Herrschaftsanspruch des Kapitals. Der Sozialismus ist ihm ein hohes Ideal, das vom Marxismus her, tiefer aber noch vom Christentum aus zu begründen ist. Kirche und Staat machen Hohoff seiner sozialistischen Überzeugung wegen große Schwierigkeiten. Aber er bleibt, vereinsamt und arm, bis zum Tode dabei, daß nicht Christentum und Sozialismus – wie Bebel ihm einst vorgehalten hatte – sondern Christentum und Kapitalismus sich wie Feuer und Wasser gegenüberstehen.

Die Indifferenz des wirtschaftlich integrierten, politisch saturierten Zentrums in den grundsätzlichen sozialen und kulturellen Fragen erweckt vor allem nach dem ersten Weltkrieg wachsenden Widerspruch. Die katholische Jugendbewegung unter der geistigen Führung Romano Guardinis (1885–1968) verlangt eine auf „vollkommene Solidarität“ gegründete neue Ordnung. Karl Muth (1867–1944) ruft die Katholiken in seiner Zeitschrift „Hochland“ zur entschiedenen Mitarbeit an der Verwirklichung einer neuen Gesellschaft auf. Der Philosoph Max Scheler (1874–1928) hält den deutschen Katholiken vor, daß sie sich dem Kapitalismus gegenüber zu opportunistisch verhalten und zu wenig inneren geistigen Abstand gehalten hätten. Für ihn ist der christliche Sozialismus die zeitgeschichtliche Alternative zum Individualismus der letzten Jahrhunderte, und er stellt die Aufgabe, den sozialistischen Gedanken immer weiter über die Welt zu tragen. Der Jesuit Heinrich Pesch (1854–1926), der versucht hatte, dem sozialen Katholizismus mit seinem umfassenden System des Solidarismus eine neue geistige Grundlage zu geben, kehrt nach dem Krieg zur Idee des christlichen Sozialismus zurück und fordert den vollen Bruch mit dem kapitalistischen System, das „unrettbar verloren“ ist. Namhafte Katholiken wie der Gewerk-

schaftsführer Adam Stegerwald (1874–1945) stimmen ihm zu. Mathias Erzberger (1875 bis 1922) schlägt Volksgenossenschaften als Weg zu einer partiellen Sozialisierung vor. Von der konservativen Führung der Zentrumspartei werden diese sozialistischen Tendenzen jedoch wieder wie nach 1870 verdrängt. Sie rückt erneut die Kirchenpolitik in den Vordergrund und bindet sich in den Wahlen an die Rechtsparteien, um eine sozialistische Mehrheit zu verhindern.

In welchem grundsätzlichen Widerspruch dieses reaktionäre Verhalten des politischen Katholizismus zu den christlichen Grundwerten und im besonderen dem sozialen Ethos im Katholizismus steht, macht vor allem der Philosoph und katholische Moralthologe Theodor Steinbüchel (1888–1949) deutlich. Seine Aussage über das Verhältnis von Christentum und Sozialismus hat besonderes Gewicht, da sie ohne Verzicht auf christliches Glaubensgut philosophisch und geschichtlich gut fundiert ist. Wenn er in seinem Hauptwerk „Die philosophische Grundlegung der katholischen Sittenlehre“ (1938) von der Idee der *humanitas* als wirklichen Menschseins ausgeht, die ontologischen und anthropologischen Voraussetzungen der Sittlichkeit untersucht, stellt er auch ebenso eingehend wie verstehend die verschiedenen gegensätzlichen Haltungen zum Ethos der Offenbarung dar. Das christliche Mittelalter gilt ihm nicht, wie vielen sozialen Katholiken, romantisch als Vorbild der gesellschaftlichen Erneuerung, er sieht es realistisch in der Kluft zwischen Idee und Wirklichkeit. Und er gesteht Marx ebenso wie Kierkegaard und Nietzsche das Recht zu, das Scheinchristentum des 19. Jahrhunderts mit seiner verbürgerlichten Moral als Lüge zu entlarven, eine Illusion von Christentum zu desillusionieren.

Die vorurteilsfreie Offenheit, Gründlichkeit und mutige Entschiedenheit, mit der Steinbüchel sich dem Marxismus und Sozialismus stellt, gibt dem sozialen Katholizismus eine neue Dimension der Tiefe. Während Hohoff sich im wesentlichen auf die ökonomische Theorie beschränkt, erforscht Steinbüchel in dem Buch „Der Sozialismus als sittliche Idee“ (1921) und zahlreichen, bis ins letzte Lebensjahr reichenden Abhandlungen und Vorträgen den philosophisch-ethischen Gehalt der sozialistischen Bewegung. Er kommt zu dem Ergebnis, daß der Sozialismus auch in seiner marxistischen

Form keine rein wirtschaftliche Forderung ist, sondern in einer sittlichen Lebensauffassung gründet, die aus den Nöten des Kapitalismus geboren ist und vom sittlichen Glauben an den Menschen getragen wird. An Marx rühmt er neben der philosophischen Grundhaltung und wissenschaftlichen Leistung das „gewaltige Pathos des ethischen Menschen“, der den Antagonismus der kapitalistischen Gesellschaft als Stufe zu höherer persönlicher wie gesellschaftlicher Sittlichkeit wertet und diese der Geschichte als sittliches Ziel setzt. Der Sozialismus ist nicht letzter Zweck, er ist das Mittel zur Befreiung des Menschen, zur Verwirklichung seines Wesens, das Ziel und der Sinn der Geschichte. Dieses idealistisch-humane Ethos, stellt Steinbüchel fest, hat seine Wurzeln letztlich in der christlichen Wertung der Person des Menschen als höchstem irdischen Wert. Christentum und Sozialismus treffen sich in der formalen Wertung des Menschen. Von der neueren Entwicklung zu einem ethischen und religiösen Sozialismus erwartet Steinbüchel auch die inhaltliche Persönlichkeitsgestaltung.

Der ethischen Kritik von Marx am Kapitalismus wird der christliche Ethiker zustimmen. Die christliche Persönlichkeitsauffassung kann, meint Steinbüchel, die sozialistische Persönlichkeitsidee aufs tiefste bereichern und zeigen, worin dieser Menschenwert begründet ist. Auch in der Idee der sittlichen Gleichheit aller Menschen liegen christliche Gedankenkeime. Die durch ökonomische Unterschiede bedingte Klassenspaltung der Gesellschaft muß auch vom Standpunkt christlicher Sozialgerechtigkeit her verworfen werden. In der Frage der Einigung von Freiheit und Gebundenheit, von Individuum und Gemeinschaft gibt es im neueren Sozialismus den ethischen Imperativ der Solidarität, der freien, bewußten Eingliederung des einzelnen in die Gemeinschaft. Zur christlichen Lehre von der Sozialnatur, der sozial gebundenen Freiheit des Menschen, ist auch hierin kein Widerspruch zu finden. Die Gemeinschaftsidee eines organischen Sozialismus, in der die individuelle Eigenart und Selbständigkeit erhalten bleibt, muß bejaht werden, weil für die Christen „die Sittlichkeit prinzipiell für alle Lebensgebiete, ganz besonders auch für die Wirtschaft, gelten soll und weil aus ihr die entscheidenden Maßstäbe für das Gemeinschaftsleben“ gewonnen werden müssen. Auch das, was als

„christlicher Sozialismus“ bezeichnet wird, ist letztlich nichts anderes als ein ethisch orientierter Sozialismus, als die Verwirklichung des großen Sozialgebotes der Nächstenliebe auch auf dem Gebiet der Wirtschaft. Der Sozialismus hat sein Bestes mit dem Christentum gemein. Der „christliche Mensch“, der in sich die christlich-sittlichen Ideen verwirklicht, ist zur sozialistischen Gemeinschaftsbildung verpflichtet. Das Christentum und die christliche Sozialidee ist ein sozialer Imperativ, der die unerbittliche Forderung seiner Erfüllung ausspricht.

Von einer ganz anderen Position aus kommt August Pieper (1866–1942) zu dem gleichen Ergebnis wie Steinbüchel: christliches Sollen und sozialistisches Wollen sind im Grunde identisch. Er ist als Priester mit den sittlichen Geboten des Christentums und in einer über 25jährigen Tätigkeit als Generalsekretär des „Volkvereins für das katholische Deutschland“ mit dem sozialen Ethos und der sozialen Praxis des deutschen Katholizismus auf das Beste vertraut. In seiner Schrift „Kapitalismus und Sozialismus als seelisches Problem“ (1924) will er beide Bewegungen nicht von außen, nach ihren Zwecken und Interessen, sondern von innen, in ihrem Geist und Sinn betrachten. Er will beide außerdem von unten, von ihren Trägern her sehen, wo sie als Erleben und Wollen, nicht als bloßes Wissen in Erscheinung treten. Pieper kommt dabei zu einer äußerst negativen Beurteilung des Kapitalismus, in dem der ökonomische Rationalismus Selbstzweck wird, alle höheren Werte verdrängt und nicht den lebendigen Menschen sondern das gewinnbringende Geschäft in den Mittelpunkt stellt. Der Sinn des von elementaren Kräften getragenen Sozialismus ist dagegen, die Menschen in ihrem innersten seelischen Leben umzubilden, das Persönlichkeitsbewußtsein zu stärken und eine neue Gemeinschaftsform zu verwirklichen, in der Kultur werden kann. Die Kirchen waren nicht imstande, das christliche Ethos in Wirtschaft und Gesellschaft wirksam zur Geltung zu bringen. Sie haben im Gegenteil das ideale Streben der christlich-sozialen Gruppen nach einer ernsthaften Reform lange Zeit gehemmt. Der Klassenkampf von oben, der mit laudendem Schweigen der Kirchen die Machtordnung von Herrschenden und Beherrschten aufrechterhalten wollte, mußte zum verschärften Klassenkampf von unten der um ihr Lebensrecht betrogenen Arbeiter führen.

*„Der entscheidende äußere und innere Zwang zur Wandlung der kapitalistischen Wirtschaftsgestaltung wird entweder vom Sozialismus ausgehen, oder diese Wandlung wird ausbleiben.“*

Auf der Basis breiter wissenschaftlicher Forschung und reicher industrieller Erfahrung entwirft Friedrich Dessauer (1881–1963) in der Schrift „Kooperative Wirtschaft“ (1929) das Bild einer Wirtschaftsordnung ohne Klassenkampf mit planmäßiger Produktion und Bedarfsdeckung. Dieses Konzept, das weithin ausdrücklich sozialistische Vorstellungen übernimmt und eine radikale Vermögensschilichung und Demokratisierung der Wirtschaft verlangt, findet in der Zentrumspartei, deren Reichstagsabgeordneter Dessauer ist, wohl verbale Zustimmung, aber keinen ernsthaften Willen zur Realisierung. Schon 1923 hatte Dessauer die zum Sozialismus hin offene „Rhein-Mainische Volkszeitung“ gegründet, deren Gesicht vor allem von Ernst Michel und dem jungen Walter Dirks geprägt wurde. Michel (1889–1963) zieht die Konsequenz aus der Ohnmacht des sozialen Katholizismus innerhalb des politischen Katholizismus. In „Politik aus dem Glauben“ (1926) geht er von der politischen Spaltung des deutschen Katholizismus als einem notwendigen Zerfallsprozeß einer überlebten Form christlichen Wirkens aus. In dem 1929 von dem wie Dirks aus der katholischen Jugendbewegung stammenden Heinrich Mertens herausgegebenen „Roten Blatt der katholischen Sozialisten“ bekennt Michel sich zum Sozialismus. Die sozialistische Arbeiterbewegung ist für ihn *„die einzige wirksame sittliche Gegenbewegung gegen ein maßlos gewordenes europäisches Wirtschafts- und Staatsleben.“* Und er sieht aus der *„christlich-welthaften Verantwortung für uns Katholiken die Anschlußfrage an die sozialistische Bewegung gestellt.“*

Nach dem 2. Weltkrieg macht der politische dem sozialen Katholizismus im Ahlener Programm von 1947 so weitgehende Zugeständ-

nisse, daß von einer grundsätzlichen Wende zum Sozialismus hin gesprochen werden kann. Aber in der politischen Praxis wird dieses Programm sehr bald vergessen. Denn nicht nur setzen sich im politischen Katholizismus die alten, dem Kapitalismus hörigen Kräfte durch, sie werden in den neuen überkonfessionellen Parteien CDU und CSU noch zusätzlich verstärkt durch die protestantisch-konservativen Gruppen, die vorher den reaktionären Kurs der Deutschnationalen und der Volkspartei bestimmt hatten. Der Hamburger Parteitag der CDU ließ keinen Zweifel daran, daß der soziale Katholizismus, präsentiert durch die Sozialausschüsse und die Junge Union, in dieser Partei – und damit erst recht in der CSU – zur dauernden, völligen Ohnmacht verurteilt ist. Er hat nicht die geringste Aussicht, sich jemals gegenüber dem Wirtschaftsrat durchzusetzen, in dem die Vertreter des Kapitals sich zusammengefunden haben und die Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik der Partei dirigieren.

Das Wort Nell-Breunings: *„Der soziale Katholizismus ist eines sanften Todes entschlagen“* trifft zu, soweit damit eine eigenständige Bewegung mit politischer Potenz gemeint ist. Es gilt sicher nicht für das soziale Ethos im deutschen Katholizismus. Davon zeugen die von Walter Dirks und Eugen Kogon herausgegebenen „Frankfurter Hefte“, die in München erscheinenden, von Gerd Hirschauer geleiteten „Werkhefte“ und die von einer jüngeren Gruppe in Köln herausgegebene Zeitschrift „Kritischer Katholizismus“. Das beweist auch der „Katholische Arbeitskreis“ namhafter Theologen und Laien, der sich vor der letzten Bundestagswahl zur Unterstützung der SPD bildete. Diesen allen ist bewußt, daß das christlich-soziale Ethos nach dem immer neuen Versagen des politischen Katholizismus im demokratischen Sozialismus seine eigentliche Heimat hat und nur durch die SPD in Wirtschaft und Gesellschaft wirksam werden kann.



# Weitblick entscheidet

Heute sehen, was morgen geschieht.  
Zusammenhänge erkennen.  
Klar und kritisch die Zukunft werten und  
folgerichtig handeln. Darauf kommt es an.  
Weitsicht entscheidet — die Devise unserer Zeit,  
die Devise der Leser von

*liberal*

**BESTELLSCHHEIN** Siehe alle Angaben im Modusdruck!

Ich bestelle hiermit zum fortlaufenden Bezug ab Heft Nr. ....  
des laufenden Jahres die Zeitschrift "liberal"  
zum Jahresabonnementpreis von DM 12,- (einmalig Zuzahlung von 4,- DM)

Name .....

Ort .....

Straße .....

Unterschrift .....

Im Übrigen oder bei Postkarte senden an Liberal-Verlag G.m.b.H.,  
19 Bonn, Bismarckstr. 17

# Dokumentation

## UNO-Bericht:

### Multinationale Konzerne in der Weltentwicklung

*In Heft 11/73 veröffentlichte die NG den ersten Teil eines Diskussionspapiers mit Dokumentationscharakter, das die UNO-Abteilung für wirtschaftliche und soziale Angelegenheiten (Department of Economic and Social Affairs) unter dem Titel „Multinationale Konzerne in der Weltentwicklung“ (Multinational Corporations in World Development, New York 1973) vorlegte. In diesem Heft folgt der abschließende zweite Teil:*

#### Ausdehnung in den entwickelten Marktwirtschaften

Wenn schon die weltweite integrative Rolle der Multinationalen Konzerne (MNK) erörterenswert ist, so ist die Bedeutung der MNK für die Beziehungen der entwickelten Staaten untereinander über jeden Zweifel erhaben. Die meisten der entwickelten Volkswirtschaften sind zugleich Heimat- als auch Gastgeberland der MNK. Die USA spielen in erster Linie Heimatland, während gewisse andere Länder, wie Zypern, Griechenland, Spanien, die Türkei, Neuseeland und Südafrika, fast ausschließlich als Gastgeber für die ausländischen MNK fungieren.

Von 1968–1970 machten die innerstaatlichen Direktinvestitionsströme der USA nur 20 Prozent der Außenströme aus, die Japans 30 Prozent, die Großbritanniens und der BRD 63 Prozent und die der Niederlande 90 Prozent. Das Gegenteil ist der Fall in den meisten anderen Ländern. In Frankreich waren die nach innen gerichteten Direktinvestitionen beinahe zweimal so groß wie die ins Ausland gehenden, in Italien und Kanada ein wenig mehr als zweimal, in Neuseeland dreimal, in Belgien viermal so hoch und in Australien, Spanien, Portugal und Südafrika 7,5–12mal größer als die nach außen gehenden Direktinvestitionen.

Was die USA angeht, so wird in der Wirtschaft die beherrschende Stellung von einheimischen MNK eingenommen ... Mehr als ein Drittel der Produktion der verarbeitenden Industrie der USA geht auf das Konto der führenden 187 US-MNK im verarbeitenden Sektor. In gewissen Industriebereichen, wie denen der Kraftfahrzeug-, der Pharma- und metallverarbeitenden Produktion, erreichen die Umsätze dieser Unternehmen mehr als drei Viertel der Umsätze aller US-Firmen auf diesem Sektor und auf dem Sektor der Erdölraffinerie, der chemischen und Gummiprodukte sowie der Elektromaschinen mehr als die Hälfte des entsprechenden Bereichs. Eine größere Gruppe von 264 MNK steht für die Hälfte aller export-

tierten US-Fabrikate. 1971 schickten US-MNK 4,8 Milliarden Dollar an Direktinvestitionen ins Ausland und holten annähernd 9 Milliarden Dollar über Zinsen, Dividenden, Royalties und Managementhonorare wieder herein ...

... Der Buchwert der US-Direktinvestitionen in anderen entwickelten Ländern – mit Ausnahme der Niederlande – beträgt ein Mehrfaches des Buchwertes der Direktinvestitionen jener Länder in den USA. Die US-Direktinvestitionen in der EG sind 3,5mal so hoch wie die der EG in den USA ... Die Bedeutung der MNK in den entwickelten Marktwirtschaften variiert beträchtlich von Industriesektor zu Industriesektor. Zu verzeichnen ist eine starke Konzentration auf eine ziemlich kleine Anzahl von Industriesektoren, charakterisiert durch schnelles Wachstum, Exportorientierung und hohen technologischen Standard, Sektoren, die auch von den Gastgeberländern als Schlüsselbereiche betrachtet werden. Es stellt sich heraus, daß in den meisten entwickelten Marktwirtschaften Firmen in ausländischem Besitz einen sehr hohen (75–100 Prozent) oder hohen (50–75 Prozent) Anteil an Industrien besitzen, die sich durch hohen technologischen Standard auszeichnen. So ist die ausländische Präsenz in der Erdölraffinerie Kanadas, der BRD und Japans sehr stark bzw. stark. Die chemische Industrie Kanadas hat einen sehr hohen Anteil ausländischer Eigentümer, die Australiens einen hohen Anteil und die der BRD und Norwegens einen mittleren (25–50 Prozent). Die Computer- und elektronische Industrie der BRD und Großbritanniens sind in sehr hohem Maße in ausländischem Besitz ... Der Elektromaschinen-sektor Österreichs, der BRD und Kanadas ist in hohem Maße im Besitz ausländischer Konzerne.

Die Präsenz der US-MNK ist ebenfalls ausgeprägter in bestimmten Industriezweigen als in anderen. Beispielsweise kontrollieren sie mehr als die Hälfte der Erdölindustrie Belgiens, annähernd drei Fünftel der Nahrungsmittelindustrie, des Tabaksektors, der Erdölraffinerie, der metallverarbeitenden, ... der Computer-Industrie in Großbritannien und mehr als 15 Prozent der Halbleiter-Produktion und 80 Prozent der Computerherstellung und Datenverarbeitung in der EG ...

#### Ausdehnung in den Entwicklungsländern

Ein Drittel der ausländischen Direktinvestitionen steckte 1968 in den Entwicklungsländern; im Gegensatz dazu waren diese Länder aber nur zu einem Sechstel am Welt-Bruttosozialprodukt und zu einem Fünftel am Weltexport beteiligt – die Volkswirtschaften mit zentraler Wirtschaftsplanung nicht eingeschlossen. Die Hälfte der ausländischen Direktinvestitionen in den Entwicklungsländern entfiel auf die Ausbeutung der Bodenschätze, etwas weniger als ein Drittel auf die verarbeitende Industrie und der Rest auf den Handel, öffentliche Einrichtungen, Transportwesen, Bankwesen, Tourismus und andere Dienstleistungsbereiche ...

Im Nahen Osten, der 9,4 Prozent der gesamten ausländischen privaten Direktinvestitionen in Entwicklungsländern auf sich zog, nimmt der Erdölsektor ungefähr 90 Prozent des Gesamtkapitals ausländischer Investitionen ein. In Südamerika (36 Prozent der Gesamtauslandsinvestitionen in Entwicklungslän-

dern) stecken 39 Prozent der ausländischen Investitionen in der verarbeitenden Industrie, 28 Prozent im Erdölsektor und 10 Prozent in öffentlichen Einrichtungen. In Afrika (20 Prozent der Gesamtauslandsinvestitionen in Entwicklungsländern) sind 39 Prozent im Erdölbereich, 20 Prozent im Bergbau und in Schmelzereien und 19 Prozent in der verarbeitenden Industrie investiert. In Asien (15 Prozent der Gesamtinvestitionen in Entwicklungsländern) haben die verarbeitende Industrie 30 Prozent, das Erdöl 22 Prozent und die Landwirtschaft 18 Prozent der Auslandsinvestitionen auf sich vereint. In Mittelamerika (19 Prozent der Gesamtinvestitionen in Entwicklungsländern) haben der verarbeitende Sektor 31 Prozent, das Erdöl 16 Prozent und der Handel 13 Prozent der gesamten (in dieser Region angelegten) Auslandsinvestitionen auf sich gezogen.

Dieser Überblick verrät aber nicht die Tatsache, daß die MNK dahin tendieren, sich auf einige wenige Entwicklungsländer zu konzentrieren. Nur einige Entwicklungsländer kommen auf jeweils über eine Milliarde Dollar Direktinvestitionen. So haben Argentinien, Brasilien, Indien, Mexiko, Nigeria, Venezuela und bestimmte Karibische Inseln einen Anteil von 43 Prozent der gesamten Investitionen in den Entwicklungsländern ... Gemäß OECD-Schätzungen Ende 1967 betrug in weiteren 13 Ländern in verschiedenen Entwicklungsregionen das Investitionskapital zwischen 500 Millionen und einer Milliarde Dollar, was ungefähr weitere 30 Prozent der Gesamtinvestitionen in Entwicklungsländern bedeutet. Diese Konzentration steht in enger Beziehung zu dem Sektor, in dem ausländische Investitionen vorherrschen. In afrikanischen Ländern und in Mittel- und Südamerika und Ländern des Nahen Ostens (wie Algerien, Libyen, Nigeria, Sambia, Jamaika, die niederländischen Antillen, Trinidad und Tobago, Peru und Venezuela, Iran, Kuwait und Saudi-Arabien) dominiert die Rohstoffgewinnung. In all diesen Ländern übersteigt das Investitionskapital entweder für Bergbau oder für Erdöl 200 Millionen Dollar. In verschiedenen anderen Ländern steht der verarbeitende Sektor an erster Stelle; in Argentinien, Brasilien, Indien, Mexiko und den Philippinen sind jeweils mehr als 200 Millionen Dollar in die verarbeitende Industrie investiert worden. In Indien und Malaysia übersteigen die Investitionen in die Landwirtschaft 200 Millionen Dollar.

Auf das Konto der US-MNK kommt die Hälfte der gesamten Auslandsdirektinvestitionen in den Entwicklungsländern. In gewissen Gebieten wie z.B. Mittel- und Südamerika sind die USA sogar mit nahezu zwei Dritteln der in dieser Region angelegten Investitionen beteiligt. Das restliche Kapital kommt aus Großbritannien (9 Prozent), Kanada (7 Prozent), den Niederlanden (5 Prozent) und der BRD (4 Prozent). Auf der anderen Seite ist in Afrika nur ein Fünftel der gesamten Auslandsinvestitionen im Besitz der USA; Großbritannien dominiert mit 30 Prozent, Frankreich folgt mit 26 Prozent. Belgien, die Niederlande und Italien sind mit 7,5 bzw. 4 Prozent betei-

ligt. Im Nahen Osten kommen auf die USA 57 Prozent, auf Großbritannien 27 Prozent und auf die Niederlande und Frankreich ungefähr je 5,5 Prozent. In Asien hat Großbritannien den größten Anteil (41 Prozent), die USA folgen mit 36 Prozent, Frankreich mit 7 Prozent und die Niederlande mit 5 Prozent ...

Die Angaben über den Anteil ausländischer MNK an lokalen Produktionen sind begrenzt. Es wurde geschätzt, daß der Umsatz der US-Unternehmen Mitte der sechziger Jahre allein 17 Prozent des Brutto-Umsatzes der Industrieproduktion Mexikos ausmachte, 13 Prozent des entsprechenden Brutto-Umsatzes der Philippinen und 11 Prozent in Argentinien und Brasilien. In Mittelamerika wird der Umsatz der ausländischen Tochtergesellschaften auf 30 Prozent des Umsatzes im verarbeitenden Sektor geschätzt. Ausländische Tochtergesellschaften kontrollieren 37 Prozent des Gesamtvermögens der 500 größten brasilianischen Firmen im verarbeitenden Sektor ...

Zusätzlich zu ihrer dominierenden Rolle in der Ausfuhr von Rohstoffprodukten spielen die MNK im allgemeinen eine zunehmend wichtigere Rolle im Export von Fabrikaten des verarbeitenden Sektors ...

So betrug der Anteil der Exporte von US-Tochtergesellschaften an der Ausfuhr im Verarbeitungssektor Mittel- und Südamerikas 4 Prozent ihres Gesamtumsatzes 1957, 1965 7,5 Prozent und 1968 9,4 Prozent. Ihr Anteil am Gesamtexport von Fabrikaten dieser Gebiete belief sich 1957 auf 12 Prozent und erreichte 1966 41 Prozent. Dieser Anteil variiert von Land zu Land; so erreichten die Exporte der US-Tochtergesellschaften in Argentinien zwischen 1965 und 1968 14,5 Prozent des Gesamtexports Argentinien. 1968 kamen die US-Tochtergesellschaften in Mexiko auf 87 Prozent des mexikanischen Exports der verarbeitenden Industrie, und in Brasilien repräsentierten sie 42 Prozent ...

### Der Nationalstaat und die MNK

Die weltumspannenden Operationen der MNK innerhalb des Systems der Nationalstaaten geben häufig Anlaß zu Konflikten. Während Konflikte, die aus den Unterschieden zwischen den privaten Zielen einer profitorientierten Firma und den von einer Regierung verfolgten sozialen Wohlfahrtszielen resultieren, sowohl mit einheimischen MNK als auch mit nationalen Konzernen passieren können, besteht jedoch ein großer Unterschied in den Möglichkeiten der Regierungen, derartige Konflikte zu lösen. Jene Konflikte, die rein einheimischer Natur sind, können durch die „pouvoir supérieur souverain“ der Regierung, durch ihre Politik und Steuerungsmechanismen, beigelegt werden. Jedoch was die MNK angeht, so nehmen Konflikte zwischen Regierungen und solchen Konzernen größere und komplexere Proportionen an. Die Regierungen spüren nur zu oft die fehlende Macht, um wirkungsvoll gegen die mächtigen MNK vorzugehen. Tatsächlich kann sich keine einzelne nationale Gerichtsbarkeit adäquat mit dem weltweiten Phänomen der MNK messen, noch gibt es eine Inter-

nationale Behörde oder einen Apparat, der hinreichend ausgestattet wäre, um die Spannungen zu mindern, die aus den Beziehungen zwischen MNK und Nationalstaaten herrühren ... in zahlreichen gastgebenden Entwicklungsländern wird häufig der Verdacht geäußert, daß der MNK als ausländischer Agent dazu dient, die „imperialistische“ Herrschaft auszudehnen und die politökonomische Abhängigkeit (Dependencia) zu verewigen. Sogar in den entwickelten Gastgeberländern wird die Kontrolle der Schlüsselsektoren durch ausländische MNK in vielerlei Hinsicht als ernster Eingriff in die politische Unabhängigkeit bzw. sogar in die Souveränität selbst angesehen ...

Unter dem Gesichtspunkt der ökonomischen Kosten und des wirtschaftlichen Nutzens sehen sich die Regierungen gelegentlich einem Dilemma konfrontiert. Auf der einen Seite stellen sie fest, daß die MNK zum Wachstum der Erträge und des Exports beitragen können und daß sie den Standard der Technologie, der Beschäftigung und des Management-Know-how heben können. Andererseits erkennen sie, daß die MNK Regierungsprioritäten, die Finanz- und Geldpolitik und Einkommensverteilung unterminieren und eine ungünstige Wirkung auf die Zahlungsbilanz hervorrufen können ...

Der politische Aspekt der Beziehung Gastgeberland-MNK nimmt an Bedeutung zu, da die MNK sich fortgesetzt ausdehnen und da die nationale Unabhängigkeit in vielen Ländern unmittelbar mit der Souveränität über Bodenschätze und Schlüsselindustrien verbunden ist und Vorfälle verdeckter oder offener politischer Einmischung der Öffentlichkeit bekannt geworden sind. Ein anderer Grund für Spannungen liegt in der Einführung von ausländischen Kulturwerten und der Verwässerung des nationalen Erbes des Gastgeberlandes durch die MNK begründet.

### **Der MNK und das Gastgeberland**

In gewissem Sinne können die mannigfaltigen Operationen der ausländischen MNK und ihr durchdringender Einfluß auf das Gastgeberland als eine Herausforderung für die nationale Souveränität angesehen werden. Die Herausforderung hat überdies wirtschaftliche, soziale, politische und kulturelle Dimensionen, die häufig untrennbar miteinander verknüpft sind.

Im allgemeinen besitzen die mächtigen MNK eine Vielzahl von Möglichkeiten, auf die Regierungspolitik zu antworten. Das ist insbesondere so im Fall der Tochtergesellschaften des verarbeitenden Sektors, deren Standortvorteile nicht starr begrenzt sind. Dagegen haben Tochtergesellschaften, die im Bereich der Bodenschätze engagiert sind, begrenzte Möglichkeiten der Standortwahl, da sie an die Rohstoffquellen gebunden sind und folglich empfindlicher gegenüber staatlichem Druck sind. Andererseits sind es die Operationen der MNK auf dem Gebiet der Rohstoffe, die die Souveränität insbesondere der

Entwicklungsländer berühren. Die Präsenz der MNK in der Rohstoffgewinnung ist im höchsten Maße sichtbar, sie besitzen Grund und Boden im Gastgeberland, und sie treffen Entscheidungen, die die Ausbeutung von normalerweise nicht ersetzbaren Bodenschätzen nach sich ziehen.

Das Prinzip der permanenten Souveränität über die Bodenschätze, allgemein anerkannt durch die internationale Gemeinschaft (siehe UNO-Resolutionen), wird erhoben, wenn Differenzen in der Kontrolle und Verteilung der Gewinne auftauchen ... Wenn von Verstaatlichung Gebrauch gemacht wird, ergibt sich häufig die Frage der adäquaten Entschädigung. Versuche der MNK, bessere Entschädigung durch legale Aktionen zu erreichen, und Sanktionen der Regierungen und Finanzinstitute eskalieren bisweilen den Konflikt ...

### **Nationale Ziele und Planung**

Die Souveränität steht in Beziehung zur Fähigkeit des Gastgeberlandes, die eigenen Ziele umzusetzen. Diese Ziele können ausdrücklich in einem nationalen Plan formuliert sein. Differenzen zwischen nationalen und Konzernplanungen sowohl hinsichtlich Umfang als auch Inhalt sind Konfliktquellen. Es ist nicht sicher, ob Tochtergesellschaften ausländischer MNK wesentliche Notwendigkeiten der weltweiten Konzernstrategie opfern werden, um die Anforderungen des nationalen Plans zu erfüllen. Wo der Brennpunkt des nationalen Plans auf die landwirtschaftliche Entwicklung gerichtet ist oder auf ein traditionelles Gebiet, können sich die MNK auf städtische Gebiete oder auf den modernen Sektor konzentrieren. Wo der nationale Plan auf gleichmäßigere Verteilung der Einkommen abzielt, können die MNK-Aktivitäten bewirken, die Ungleichheit zu verschärfen. Wo die Beschäftigungspolitik im Vordergrund steht, können die von den MNK eingeführten Techniken und Produkte größtenteils Arbeitsplätze einsparen. Weiterhin könnten Wünsche geweckt werden, die denen der entwickelten Gesellschaften ähnlich sind, und Konsumgewohnheiten gefördert werden, die für die Entwicklung abträglich sind ...

### **Technologie und Fertigkeiten**

Tatsächlich übernehmen die MNK keine größeren Innovationen ohne greifbare Aussichten auf einen ansehnlichen Absatzmarkt, es sei denn, sie würden subventioniert. Obwohl ein großer Teil der kommerzialisierten Technologie in Händen der MNK liegt, resultieren die grundlegenden Erkenntnisse oftmals aus staatlich finanzierter Forschung und staatlichen Bildungseinrichtungen ...

Der Anteil an den Forschungs- und Entwicklungsaufwendungen, der von der Unternehmensseite übernommen wird, ist offensichtlich auf ein paar Firmen konzentriert. 23 von mehr als 2000 Firmen, die 1964 in den USA über Forschungs- und Entwicklungstätigkeiten berichteten, vereinigten ungefähr 63 Prozent der Gesamtforschungen auf sich ...

Was die entwickelten Volkswirtschaften, die zugleich als Heimat- und als Gastgeberländer dienen, angeht, so bewegen sich der Technologiestrom und die entsprechenden Zahlungen in zweierlei Richtungen ... Andererseits, was die Entwicklungsländer betrifft, geht der Strom hauptsächlich oder ausschließlich in eine Richtung.

Die Bedeutung dieses einseitigen Stroms wird durch Daten aus sechs Entwicklungsländern (Argentinien, Brasilien, Kolumbien, Mexiko, Nigeria und Sri Lanka) Ende 1960 illustriert. Zahlungen dieser Länder für Patente, Lizenzen, Know-how und Warenzeichen sowie für Management und Dienstleistungen beliefen sich auf ungefähr 7 Prozent ihrer Exporte und ein wenig mehr als ein halbes Prozent ihres Brutto-sozialprodukts. Die Gesamtkosten derartiger Zahlungen von 13 Entwicklungsländern, die 65 Prozent der Gesamtbevölkerung und 56 Prozent des Gesamtbrutto-sozialprodukts der Entwicklungsländer repräsentieren, werden auf annähernd 1,5 Milliarden Dollar geschätzt, womit diese Kosten mehr als die Hälfte der privaten Auslandsdirektinvestitionen in Entwicklungsländern erreichen. Diese Zahlungen weisen eine beständige Steigerungsrate auf, die vom UNCTAD-Sekretariat jährlich auf durchschnittlich ungefähr 20 Prozent geschätzt wird und die einen steigenden Anteil der Exporterträge der Entwicklungsländer verschlingt ...

Von anderem zunehmendem Interesse ist die Frage, ob die durch die MNK und andere kommerzielle Kanäle erhältliche Technologie den Bedingungen der Entwicklungsländer entspricht ...

### Beschäftigung und Arbeit

Für die Entwicklungsländer insgesamt gesehen, ist der Beitrag der ausländischen Tochtergesellschaften zur Beschäftigungstage klein im Verhältnis zu den massiven Beschäftigungsproblemen. Dies erscheint insbesondere bei den an der Rohstoffgewinnung beteiligten ausländischen Tochtergesellschaften der Fall zu sein, die, wenn sie in großem Maßstabe produzieren, höchst kapitalintensiv sind. In Venezuela und Chile machte beispielsweise – trotz der Bedeutung von Öl und Kupfer – die Arbeiterschaft, die im Erdöl- und Bergbaubereich angestellt war, 2,3 Prozent bzw. 4,1 Prozent der gesamten in der Wirtschaft tätigen Bevölkerung des Jahres 1960 aus. Weiterhin scheint die Beschäftigtenzahl in der vom Ausland dirigierten, in großem Maßstab produzierenden Rohstoffgewinnung nur wenig zu wachsen.

### Soziokulturelle Überlegungen

Die scharfe Reaktion gegenüber den MNK in einigen Gastgeberländern muß ... im weiten soziokulturellen Zusammenhang verstanden werden. Die bloße Anwesenheit mächtiger ausländischer Unternehmen kann als Mahnung an vergangene ausländische Vorherrschaft dienen ...

In vielen Gastgeberländern wächst die Unzufrieden-

heit darüber, daß sie eine periphere Rolle spielen, ganz abgesehen von den wirtschaftlichen Konsequenzen. Gastgebende Entwicklungsländer sind überdies mißtrauisch angesichts der Art und Weise, wie die MNK vorgehen. Ihre finanzielle Macht und ihr leichter Zugang zu den Spitzen der Regierung und Geschäftswelt können offen oder verdeckt genutzt werden, um die einheimische Politik nach ihrem Gefallen zu beeinflussen. Eine derartige

### Die größten multinationalen Unternehmen 1972

Unternehmen	Heimatland	Weltumsatz (in Mrd. Dollar)
General Motors	USA	28,3
Exxon	USA	18,7
Ford Motor	USA	16,4
Royal Dutch/Shell	Großbritannien/ Niederlande	12,7
General Electric	USA	9,4
IBM	USA	8,3
Mobil Oil	USA	8,2
Chrysler	USA	8,0
Texaco	USA	7,5
Unilever	Großbritannien/ Niederlande	7,5
ITT	USA	7,3
Gulf Oil	USA	5,9
British Petroleum	Großbritannien	5,2
Phillips	Niederlande	5,2
Volkswagen	BRD	5,0
Westinghouse Electric	USA	4,6
Du Pont	USA	3,8
Siemens	BRD	3,8
Imperial Chemical	Großbritannien	3,7
RCA	USA	3,7

Fremdeinwirkung empört insbesondere lokale Elitegruppen wie Intellektuelle, Regierungskader und Wirtschaftsführer, die sich selber als Kämpfer um politische Macht und als Hüter der Werte und des Erbes im Lande betrachten. Durch ihr stillschweigendes Bündnis mit gewissen sozialen Gruppen können die MNK sogar als Hindernisse auf dem Weg zu einer angemesseneren sozialen und politischen Entwicklung angesehen werden ...

## Thesen zur Strategie und Taktik des Demokratischen Sozialismus in der Bundesrepublik Deutschland

*Hiermit wird der in NG 1/74 begonnene Abdruck des Peter-von-Oertzen-Referats (16.11. 11. 1973, Unterbezirkspartei tag Frankfurt a. M.) fortgesetzt. Der Schluß folgt in NG 3/74.*

18. Trotz Einsicht in den unauflösbaren Zusammenhang von Demokratie und Sozialismus erliegen Teile der sozialistischen Bewegung immer wieder der Versuchung, sich den strategischen und taktischen Konsequenzen dieser Einsicht zu entziehen. Unter Verwendung eines unklaren und zweideutigen Begriffes von „Revolution“ (vgl. These 8 a) konstruieren sie eine falsche Alternative von „Reform“ und „Revolution“, definieren sie ihre eigene Strategie als eine „revolutionäre“ und geraten damit in Gefahr, Elemente der Theorie und Strategie, der Taktik und Organisation sogenannter „revolutionär-sozialistischer“ Tendenzen zu übernehmen, auch wenn diese den eigenen Zielsetzungen prinzipiell widersprechen. Auf dem intellektuell und politisch-moralisch höchsten Niveau dieser alten und immer aufs Neue aufblühenden innersozialistischen Diskussion wird diese Suspendierung unverzichtbarer Einsichten als eine schmerzliche, aber unumgängliche Notwendigkeit gerechtfertigt: Die sozialistische Bewegung müsse „die beiden entscheidenden Nervenzentren der bürgerlichen Gesellschaft angreifen: Die Verfügungsgewalt des Kapitals über Produktionsmittel und Arbeitskraft einerseits und den bürgerlichen Staatsapparat, die politische Macht des Kapitals, andererseits.“ Jede Politik schrittweiser Veränderung, d. h. jede Politik sozialistischer Reformen, verkenne, daß „Produktionsverhältnisse und Staatsmacht (Staatsapparat) ... nicht graduell geändert werden“ könnten. Sie könnten nur „in ihrer Gesamtheit“ abgeschafft werden (Ernest Mandel, Die Strategie der Übergangsforderungen). Wäre diese Prämisse richtig, dann müßte sich die sozialistische Bewegung in der Tat auf eine relativ kurze Epoche totaler gesellschaftlicher Umwälzung einrichten, die praktisch nur durch eine „revolutionäre“ Strategie im herkömmlichen Sinne bewältigt werden könnte.

19. Diese Prämisse ist jedoch falsch. Kapitalverhältnis und Staatsapparat können überhaupt nur graduell geändert und nicht „in ihrer Gesamtheit“ abgeschafft werden, wenn darunter – mit Mandel – eine „rasche Aufhebung der bestehenden Produktionsweise und Einführung einer neuen“ verstanden werden soll. Es sei denn, die sozialistische Bewegung setze ihre Hoffnung auf eine katastrophale Gesamtkrise der bürgerlichen Gesellschaft, die unzweifelhaft zu nationalem und internationalem Bürgerkrieg führen und im Ergebnis entweder in eine faschistische oder eine stalinistische Diktatur münden müßte.

20. Die Wurzel jener falschen strategischen Prämisse liegt in bestimmten, tief in die sozialistische Denktradition verflochtenen theoretischen Irrtümern, die von vielen demokratischen Sozialisten innerhalb und vor allem außerhalb der SPD geteilt werden und die deshalb – auch hier notwendigerweise vergrößert und verkürzt – zur Diskussion gestellt werden müssen. Es handelt sich dabei

a) um die Verdinglichung und Verselbständigung und in der Folge um die unkritische Verwendung der gesellschaftlichen Grundkategorie „das Kapital“ und „der bürgerliche Staat“ und ferner

b) um eine unrichtige Vorstellung über gesellschaftliche Funktion und Stellung der gegen die kapitalistischen Produktionsverhältnisse „rebellierenden“ Produktivkräfte, d. h. der diese gesellschaftlich verkörpernden Klasse.

21. „Das Kapital“ ist keine an sich seiende, in sich geschlossene gesellschaftliche Wesenheit, sondern der Ausdruck konkreter gesellschaftlicher Verhältnisse. Diese gesellschaftlichen Verhältnisse sind freilich durch ihre „Entfremdung“, d. h. ihre Verselbständigung gegenüber den konkreten lebenden Menschen und ihren Bedürfnissen gekennzeichnet. Diese Entfremdung kommt in der „Eigengesetzlichkeit“ der Wirtschaft im Kapitalismus zum Ausdruck. Die Verselbständigung des Kapitalverhältnisses ist insofern sowohl Schein, d. h. Verstellung der Wirklichkeit, als auch reales Moment der Wirklichkeit selbst. Das Kapital muß also sowohl theoretisch kritisiert als auch praktisch aufgehoben werden. Manche Kritiker der kapitalistischen Ökonomie, insbesondere orthodoxe Marx-Ausdeuter, verfallen nun dem Schein der von ihnen selbst in ihrer Scheinhaftigkeit kritisierten Kategorien des Kapitals und verlieren deren realen gesellschaftlichen Inhalt aus dem Blick.

22. Diesen gesellschaftlichen Inhalt hat Marx (Das Kapital, II. Band, 15. Kapitel, Abschn. II) klar und eindeutig formuliert: „Die wahre Schranke der kapitalistischen Produktion ist das Kapital selbst, ist dies: daß das Kapital und seine Selbstverwertung als Ausgangspunkt und Endpunkt, als Motiv und Zweck der Produktion erscheint; daß die Produktion nur Produktion für das Kapital ist und nicht umgekehrt die Produktionsmittel bloße Mittel für eine stets sich erweiternde Gestaltung des Lebensprozesses für die Gesellschaft der Produzenten sind ... Das Mittel – unbedingte Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkräfte – gerät in fortwährenden Konflikt mit dem beschränkten Zweck, der Verwertung des vorhandenen Kapitals. Wenn daher die kapitalistische Produktionsweise ein historisches Mittel ist, um die materielle Produktivkraft zu entwickeln und den ihr entsprechenden Weltmarkt zu schaffen, ist sie zugleich der beständige Widerspruch zwischen dieser ihrer historischen Aufgabe und den ihr entsprechenden gesellschaftlichen Produktionsverhältnissen.“ Simpel gesagt, der zentrale systematische Einwand gegen die kapitalistische Produktionsweise ist, daß in ihr die Produktivkräfte nicht entsprechend den realen menschlichen Bedürfnissen, sondern nach den Gesetzen der Kapitalverwertung mit dem Ziel der Profitmaximierung entwickelt werden.

23. Da nun „das Kapital“ in der gesellschaftlichen Wirklichkeit durch viele einzelne Kapitalisten und

nach kapitalistischen Gesichtspunkten wirtschaftenden Unternehmungen verkörpert wird, ist überhaupt nicht einzusehen, weshalb nicht durch gesellschaftliche Planung und Lenkung in bestimmten Schlüsselbereichen das Gesetz der Kapitalverwertung außer Kraft gesetzt werden könnte, während es in weiten Bereichen der Wirtschaft weiter gilt. Selbst für die meisten orthodox-marxistischen Ökonomen ist das Außerkraftsetzen des Wertgesetzes im Sozialismus ein langer Prozeß, der sich notwendigerweise „graduell“ vollzieht. Ob das Unternehmen einer sozialistischen Reformpolitik in der Wirklichkeit durch „Kapitalflucht, Investitionsstreck, Massenentlassungen, Währungsspekulationen, galoppierende Inflation usw. in großem Stil“ (Mandel a. a. O.) sabotiert werden würde, ist eine ausschließlich durch die praktische Erfahrung zu beantwortende Frage. Theoretisch ist dieses Ergebnis nicht zwingend notwendig.

24. Auf eine ähnliche Weise wie „das Kapital“ wird auch „der bürgerliche Staat“ von sozialistischer Gesellschaftskritik nicht selten verdinglicht und theoretisch aus dem gesellschaftlichen Gesamtzusammenhang herausgelöst. Es mag eine offene historische Streitfrage bleiben, ob der Staat, verstanden als ein bloßes Unterdrückungsinstrument der herrschenden bürgerlichen Klassen gegenüber der Arbeiterklasse jemals im Früh- oder frühen Hochkapitalismus existiert hat; für die parlamentarisch-demokratisch regierte, industriell voll entwickelte spätkapitalistische Gesellschaft trifft dieses Bild nicht zu. (Das Problem des pseudoverfassungsmäßigen oder offen autoritären Staates in sich kapitalistisch industrialisierenden Ländern der „Dritten Welt“ müssen wir hier ausklammern.)

25. An die Stelle eigener unzulänglicher theoretischer Formulierungen setze ich hier einen mir im wesentlichen zutreffend erscheinenden analytischen Text von Jürgen Habermas (Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus):

„Die Funktionsweise des spätkapitalistischen Staates kann weder nach dem Modell des unbewußt agierenden Vollzugsorgans, der nach wie vor spontan wirksamen ökonomischen Gesetze, noch nach dem Modell eines planmäßig handelnden Agenten der vereinigten Monopolkapitalisten angemessen begriffen werden. Der in den Reproduktionsprozeß einbezogene Staat hat die Determinanten des Verwertungsprozesses selbst verändert. Auf der Grundlage eines Klassenkompromisses gewinnt das administrative System eine begrenzte Planungskapazität, die im Rahmen der formaldemokratischen Beschaffung von Legitimation für Zwecke reaktiver Krisenvermeidung genutzt werden kann. Dabei konkurriert das gesamtgesellschaftliche Bestandserhaltungsinteresse mit den widersprüchlichen Interessen der einzelnen Kapitalfraktionen einerseits und den an Gebrauchswerten orientierten, verallgemeinerungsfähigen Interessen verschiedener Bevölkerungsgruppen andererseits. Der über die Zeit verteilte und in seinen sozialen Folgen entschärfte Krisenzyklus wird durch Infla-

tion und eine Dauerkrise der öffentlichen Finanzen ersetzt. Ob diese Ersatzphänomene die erfolgreiche Beherrschung der ökonomischen Krise oder nur deren temporäre Verschiebung ins politische System anzeigen, ist eine empirische Frage. Das hängt in letzter Instanz davon ab, ob das indirekt produktiv angelegte Kapital eine Steigerung der Arbeitsproduktivität erzielt, die bei systemfunktionaler Verteilung des Produktivitätszuwachses ausreicht, um Massenloyalität zu sichern und gleichzeitig den Akkumulationsprozeß in Gang zu halten.

Der Fiskus wird mit den Gemeinkosten einer immer weiter vergesellschafteten Produktion belastet, er trägt die Kosten imperialistischer Marktstrategien und die Kosten für die Nachfrage nach unproduktiven Gebrauchsgütern (Rüstung und Raumfahrt); er trägt die Kosten für die unmittelbar produktionsbezogenen Infrastrukturlieferungen (Verkehrssysteme, wissenschaftlich-technischer Fortschritt, Berufsbildung); er trägt die Kosten für den unmittelbar produktionsbezogenen sozialen Konsum (Wohnungsbau, Verkehr, Gesundheit, Freizeit, Bildung, Sozialversicherung); er trägt die Kosten für die soziale Versorgung insbesondere der Arbeitslosen; und schließlich die externalisierten Kosten der durch private Produktion entstandenen Umweltbelastungen. In letzter Instanz müssen diese Ausgaben über Steuern finanziert werden. Der Staatsapparat steht daher gleichzeitig vor zwei Aufgaben: einerseits soll er die erforderliche Steuermasse über die Abschöpfung von Profiten und Einkommen aufbringen und die disponible Steuermasse so rational verwenden, daß krisenhafte Wachstumsstörungen vermieden werden können; andererseits sollen die selektive Aufbringung der Steuern, das erkennbare Prioritätenmuster ihrer Verwendung und die administrativen Leistungen selber so beschaffen sein, daß der entstehende Legitimationsbedarf befriedigt werden kann. Wenn der Staat gegenüber der einen Aufgabe versagt, entsteht ein Defizit an administrativer Rationalität; versagt er im Hinblick auf die andere Aufgabe, entsteht ein Legitimationsdefizit.“

25. Wenn wir das Ergebnis der Habermasschen Analyse vereinfachend zusammenfassen und es auf die Konsequenzen für die praktisch-politischen Fragestellungen dieser Thesen hin zuspitzen, kommt man zu folgenden Aussagen über die Rolle des parlamentarisch-demokratisch verfaßten Staates im Spätkapitalismus:

a) Im Unterschied zum liberalen Staat des Hochkapitalismus ist der Staat in den Verwertungsprozeß unmittelbar einbezogen und ermöglicht ihn überhaupt erst (z. B. durch staatliche „Krisenvermeidung“ oder durch Finanzierung der „Gemeinkosten“ der Produktion).

b) Da der – demokratische – Staat zur Wahrnehmung seiner Funktionen der „Massenloyalität“, d. h. der Zustimmung großer Teile der beherrschten Klassen, bedarf, ist er, trotz seiner Prägung durch die

Interessen der herrschenden Klassen, auf einem „Klassenkompromiß“ aufgebaut.

c) Sowohl die ökonomisch begründete, technisch-organisatorische Notwendigkeit, den Verwertungsprozeß in Gang zu halten, als auch die Konsequenzen des staatlich vermittelten Kompromisses zwischen herrschenden und beherrschten Klassen verschaffen dem politischen System eine relative Unabhängigkeit, eine „begrenzte Planungskapazität“, die auch im Interesse der Gesamtgesellschaft und gegen das Interesse der Kapitaleigner genutzt werden kann.

d) Ist diese Konsequenz richtig gezogen, dann muß es auch möglich sein, diese „begrenzte Planungskapazität“ zu erweitern, d. h. den Klassenkompromiß zugunsten der beherrschten Klassen zu verändern.

e) Hauptproblem des Staates dabei ist, seine Aufgaben zu erfüllen, ohne einerseits den Akkumulationsprozeß zu beeinträchtigen, d. h. das Wirtschaftswachstum zu hemmen und ohne andererseits grobe soziale Ungerechtigkeiten entstehen oder bestehen zu lassen, die ihm seine Legitimationsbasis, d. h. die Zustimmung der Massen kosten würde.

Die praktische Konsequenz dieser Überlegung ist kurz gesagt: Die sozialistische Bewegung darf den Staat nicht bloß bekämpfen, sie muß ihn erobern; sie kann den Staatsapparat nicht „zerbrechen“ (wie Marx es meinte), denn sie braucht ihn und muß ihn benutzen, sie kann ihn nur kontrollieren und schrittweise demokratisch verändern.

26. Die in der Habermasschen Analyse zu Begriff gebrachte Verflechtung des Staates in die gesamtgesellschaftlichen Verhältnisse des Spätkapitalismus ist eine konsequente Fortbildung der Marxschen Theorie der sozialen Revolution als der „Rebellion“ der „Produktivkräfte“ gegen die „Produktionsverhältnisse“. Marx hat diese Konsequenz selbst klar gesehen: „Soll die unterdrückte Klasse sich befreien können, so muß eine Stufe erreicht sein, auf der die bereits erworbenen Produktivkräfte und die geltenden gesellschaftlichen Einrichtungen nicht mehr nebeneinander bestehen können. Von allen Produktionsinstrumenten ist die größte Produktivkraft die revolutionäre Klasse selbst. Die Organisation der revolutionären Elemente als Klasse setzt die fertige Existenz aller Produktivkräfte voraus, die sich überhaupt im Schoß der alten Gesellschaft entfalten konnten.“ (Das Elend der Philosophie)

27. Wenn wir diese Marxsche Einsicht noch einmal mit anderen Worten ausdrücken: In der Klasse der Beherrschten, in der auf die Änderung der bestehenden Gesellschaftsordnung hindrängenden ökonomischen, sozialen und politischen Bewegung müssen sich alle wirklich schöpferischen Kräfte der Gesellschaft verkörpern; sie müssen die gesamte Gesellschaft durchdringen; sie müssen die produktive Kraft der Gesellschaft – in materieller, organisatorischer, geistiger Hinsicht – wirklich sein, wenn sie eine reale Alternative zur kapitalistischen Klassenherr-

schaft bilden wollen. Mit dieser originär Marxschen Bedingung für eine wirkliche Umwälzung der kapitalistischen Gesellschaft sind zwei traditionelle – angeblich marxistische – Vorstellungen herkömmlicher sozialistischer Theorien unvereinbar:

a) die Vorstellung einer verelendeten, gedrückten, ausgepowerten, degradierten – von den realen, ökonomischen, sozialen und kulturellen Schlüsselfunktionen der Gesellschaft abgeschnittenen – und deswegen „revolutionären“ Arbeiterklasse;

b) die Vorstellung einer von der politischen Macht, dem Staatsapparat, den Massenkommunikationsmitteln, den Möglichkeiten gesellschaftlicher Partizipation abgeschnittenen und deswegen „revolutionären“ Untertanenmasse.

Oder in bewußter Übertreibung zugespitzt: Eine solchermaßen „revolutionäre“ Arbeiterklasse wäre unfähig, eine neue, bessere, reichere, freiere Gesellschaft in eigener Verantwortung und Selbstorganisation zu errichten; sie bedürfte dazu eines autoritären Vormundes. Hat sie umgekehrt jene Vereinigung der wesentlichsten Produktivkräfte in ihren Reihen erreicht, dann verfügt sie bereits über eine solche ökonomische, politische und kulturelle gesellschaftliche Machtposition, daß sie der „revolutionären“ Verneinung der kapitalistischen Gesellschaft nicht mehr bedarf, sondern ihre graduelle Umwälzung ins Auge fassen kann.

28. Die Hauptfurcht aller konsequenten sozialistischen Strategie ist, die „Integration“ der sozialistischen Bewegung in die bestehende Gesellschaft könne zum Verzicht auf die gesellschaftsverändernde Zielsetzung führen. Diese Furcht hat insbesondere die sozialistische Linke stets beherrscht und erreicht zuweilen den Grad einer kritisch nicht mehr auflösbaren, weil emotional verankerten Zwangsvorstellung. Die Fülle der vulgärmaterialistischen, psychologisierenden oder gar moralisierenden Theoreme über die „Korruption“ oder den „Verrat“ der „Arbeiteraristokratie“, der „Bonzen“, der „Bürokratie“ zeugt von diesem Komplex. Dabei ist diese Furcht in objektiver Hinsicht widersinnig. Nur eine in die kapitalistische Gesellschaft materiell integrierte sozialistische Bewegung vermöchte diese Gesellschaft zu ändern. Die einzige Alternative, das sogenannte „revolutionäre“ Subjekt in gesellschaftlichen Randgruppen (ethnische Minderheiten, Hippies, Intelligentsia usw.) zu suchen, ist nicht real.

29. Hingegen ist die Furcht vor einer „Integration“ der sozialistischen Bewegung in subjektiver Hinsicht vollauf berechtigt und verweist auf ein zentrales, in der Geschichte des demokratischen Sozialismus bisher ungelöstes Problem: Wie ist es möglich, die objektiv auf die gesellschaftliche Veränderung drängenden Produktivkräfte zum Bewußtsein ihrer selbst zu bringen oder auch anders ausgedrückt: Wie können alle jene arbeitenden Menschen – Arbeiter, Angestellte, Beamte, Intellektuelle, Freischaffende, die die schöpferische Potenz unserer Gesellschaft in einem höchst komplizierten unübersichtlichen arbeits-

telligen Zusammenwirken in sich vereinigen und die alle in dieser oder jener Hinsicht unter den Widersprüchen dieser Gesellschaft leiden, zu dem gemeinsamen Bewußtsein gelangen, daß es sowohl nötig als auch möglich ist, diese Gesellschaft zu verändern.

30. Im einzelnen ergeben sich dabei u. a. folgende Fragen:

— Wie können die zersplitterten Erfahrungen und Erkenntnisse der gesellschaftlichen Widersprüche zu einem zusammenhängenden politischen Bewußtsein vermittelt werden? Die überkommene Kategorie des „Klassenbewußtseins“, die entweder das Solidarietätsgefühl der Arbeiterschaft im engeren Sinne oder aber das abstrakte Programm einer selbsternannten „Avantgarde“ bedeutete, reicht für die Antwort nicht aus.

— Wie können aus den konkreten Bedürfnissen und Interessen der Menschen, die der Integration in die gegenwärtige Gesellschaft entspringen, Forderungen entwickelt werden, für die heute zu kämpfen lohnt und die dennoch qualitativ über die gegenwärtige Gesellschaft hinausweisen? Nur die Verwirklichung solcher „sozialistischer Übergangsforderungen“ kann das traditionelle Dilemma demokratisch-sozialistischer Politik vermeiden: das beziehungslose Nebeneinander von Sonntags-Theorie und Alltagspraxis.

— Wie kann eine Kooperationsform entwickelt werden, die eine langfristige zusammenhängende gesellschaftliche Aktion im Rahmen einer umfassenden demokratisch-sozialistischen Strategie zwischen den verschiedenen Organisationen und Gruppen sowie den unterschiedlichen Aktionsebenen der sozialistischen Gesamtbewegung vermittelt? Denn eine demokratisch-sozialistische Bewegung ist nur als eine kombinierte Aktion von politischer Partei, Gewerkschaften, gemeinwirtschaftlichen Unternehmungen, wissenschaftlichen Zentren und Intellektuellengruppen, Bürgerinitiativen, von politisch-parlamentarischen und ökonomisch-betrieblichen, von auf den Reproduktionsbereich bezogenen und rein theoretisch-intellektuellen Aktivitäten möglich.

31. Das einzige strategische Konzept, das bisher wenigstens im Ansatz diesen Anforderungen gerecht geworden ist, ist das einer Politik sozialistischer Strukturformen. Voraussetzungen für seine Realisierung sind u. a.:

a) Eine langfristige Perspektive muß entwickelt und geduldig durchgehalten werden. Die Möglichkeiten der SPD und der Gewerkschaften im besonderen und der bundesrepublikanischen Politik im allgemeinen dürfen nicht überfordert werden;

b) dogmatisch oder emotional begründete „revolutionäre Ungeduld“ darf nicht zu einer Vernachlässigung unverzichtbarer demokratisch-sozialistischer Einsichten und Grundsätze führen;

c) die freiheitliche demokratische Grundordnung muß erhalten bleiben, damit der auf ihr beruhende bestehende Staatsapparat demokratisch kontrolliert und sozialistisch genutzt werden kann.

d) eine wirkungsvolle Planung und Lenkung der Wirtschaft muß jenes ökonomische Dilemma vermeiden können, das Mandel und Habermas, wenn auch von verschiedenen Ausgangspunkten her, charakterisiert haben. Entweder „revolutionäre“ Gesellschaftskrisen mit katastrophalem Ausgang oder demoralisierende Niederlagen der demokratisch-sozialistischen Bewegung, die auf anderem Wege ebenfalls zu einer katastrophalen Gesellschaftskrise führen können.

e) Die SPD und die mit ihr verbündeten Organisationen und Gruppen der sozialistischen Bewegung müssen die Notwendigkeit der sogenannten „Doppelstrategie“ anerkennen: Nur wenn Sozialisten innerhalb und außerhalb von Partei und Parlament, von Regierung und Verwaltung arbeiten, wenn sie die Reformen nicht nur von oben durch gesetzliche Veränderung, sondern auch von unten — an der „Basis“ — durch Mobilisierung der Bevölkerung verankern, kann die Gesellschaft wirkungsvoll und dauerhaft demokratisiert werden.

### III. Zum Programm und zu den politischen Möglichkeiten der SPD

32. Die SPD ist unter den gegebenen Bedingungen der Bundesrepublik Deutschland und für einen absehbaren Zeitraum die einzige politische Organisation, in der und mit der demokratisch-sozialistische Politik betrieben werden kann. Die Zugehörigkeit zur SPD ist daher eine langfristige, strategische und nicht nur kurzfristige, jederzeit widerrufliche taktische Entscheidung. Jeder in der SPD wirkende Sozialist, der Zweifel daran aufkommen läßt, stellt seine eigene Politik in Frage.

33. Die Bedingungen für die Mitarbeit in der SPD sind sehr weit gefaßt: Mitglied der SPD kann jeder sein, der sich „zu den Grundwerten und Grundforderungen des demokratischen Sozialismus bekennt“ (Programm letzter Satz). Sie sind in den ersten beiden Abschnitten des Godesberger Programms formuliert. Diese enthalten das Bekenntnis zu den Ideen der Freiheit, der Gerechtigkeit und der Solidarität, ferner die Ablehnung jeglicher Diktatur, die Forderung nach Verwirklichung der Demokratie als „allgemeiner Staats- und Lebensordnung“, sowie schließlich die Vorstellung einer „neuen Wirtschafts- und Sozialordnung, in der jede Macht sich „öffentlicher Kontrolle fügt“ und das „Interesse der Gesamtheit . . . über dem Einzelinteresse stehen“ soll. Diese Grundwerte und Forderungen sind so allgemein gehalten, daß im Rahmen der SPD eine sehr große Spannweite verschiedener politischer Auffassungen möglich ist. Das einzelne Parteimitglied darf — unter Beachtung der notwendigen Loyalität und Parteidisziplin nach außen — innerhalb der Partei auch vom Programm abweichende Auffassungen vertreten und für die Änderung des Programms wirken. Verpflichtend ist lediglich das grundsätzliche Bekenntnis zur Demokratie und zum Sozialismus.

34. Aber so unzweifelhaft eine solche Feststellung auch ist, so unbezweifelbar ist es auch, daß das

Godesberger Programm – ganz abgesehen von vielen einzelnen Forderungen und Formulierungen – politische Grundentscheidungen enthält, die in den „Grundwerten“ und „Grundforderungen“ nicht deutlich ausgesprochen sind. Diese Grundentscheidungen sind in der Partei und in der Öffentlichkeit mitdiskutiert worden, als das Godesberger Programm verabschiedet wurde, sie sind in die Entscheidung für dieses Programm mit eingeflossen und haben das veränderte Wesen der SPD mitgeprägt. Wer, auch wenn er den Wortlaut des Godesberger Programms dabei nicht antastet, versuchen wollte, diese Grundentscheidungen abzuändern, würde den Charakter der Partei von Grund auf in Frage stellen und sie damit unvermeidlicherweise in eine schwere Krise stürzen. Zwar enthalten diese Grundentscheidungen Kompromisse und Einseitigkeiten, die von einem konsequent vertretenen sozialistischen Standpunkt aus kritisiert werden müssen; andererseits bezeichnen sie auch einen politischen Rahmen, innerhalb dessen sehr wohl eine langfristige demokratisch-sozialistische Strategie entwickelt werden kann. Ein wesentlicher Teil jener Grundentscheidungen bringt überdies unverzichtbare Grundsätze sozialdemokratischer Politik zum Ausdruck. Auf jeden Fall ist es für absehbare Zeit weder nötig noch möglich, diese Grundentscheidungen zu verändern. Es sind im wesentlichen die folgenden:

35. Die SPD ist eine „systemverändernde“ Partei. Sie will eine neue Gesellschaftsordnung, den demokratischen Sozialismus. „Im demokratischen Staat muß sich jede Macht öffentlicher Kontrolle fügen. Das Interesse der Gesamtheit muß über dem Einzelinteresse stehen. In der von Gewinn- und Machtstreben bestimmten Wirtschaft und Gesellschaft sind Demokratie, soziale Sicherheit und freie Persönlichkeit gefährdet“ (Grundsatzprogramm).

Die SPD versteht unter „demokratischem Sozialismus“ jedoch nicht den konsequenten Sozialismus der Marx'schen Tradition, der durch Vergesellschaftung aller Produktionsmittel, demokratische Planwirtschaft und Arbeiterselbstverwaltung gekennzeichnet wird, und der die herrschafts- und klassenlose Gesellschaft zum Ziel hat. Das Grundsatzprogramm der SPD erstrebt vielmehr durch eine Verbindung von Planung und Wettbewerb, durch öffentliche Kontrolle wirtschaftlicher Macht (ggf. auch mit dem Mittel der Vergesellschaftung), durch Mitbestimmung der Arbeitnehmer, sowie durch eine planmäßige Sozial- und Bildungspolitik, eine vielgestaltige, freiheitliche soziale Demokratie.

36. Die SPD will eine „reformistische“ Partei sein. Das heißt, sie erstrebt das Ziel des demokratischen Sozialismus auf dem Wege schrittweiser, gesetzlicher und friedlicher Veränderungen. Sie behält uneingeschränkt die Errungenschaften des Rechtsstaates und der politischen Demokratie; sie erkennt eine Fülle sozialer Fortschritte und die Möglichkeit zu weiteren Fortschritten auch im Rahmen des fortbestehenden kapitalistischen Wirtschaftssystems an.

Sie verzichtet daher auf die totale Konfrontation mit dem bestehenden System und auf jede – auch nur verbale – Spielerei mit der Idee der „Revolution“. Sozialdemokratische Politik ist infolgedessen notwendigerweise stets sowohl „systemstabilisierend“, als auch „systemverändernd“.

37. Die SPD erkennt an, daß das gegenwärtige, auf der Grundlage des Privateigentums an den Produktionsmitteln und der freien Marktkonkurrenz beruhende sogenannte „kapitalistische“ Wirtschaftssystem immer noch zu großen Leistungen fähig ist, auf welche die Menschen unseres Volkes weder verzichten wollen, noch verzichten können. Der Weg zu einer sozialistischen Wirtschafts- und Sozialordnung, in der „Gewinn- und Machtstreben“ „soziale Sicherheit und freie Persönlichkeit“ nicht mehr „gefährden“ („Grundforderungen“ sechste These), kann daher nur in konkreten Einzelschritten gegangen werden. Nur dort, wo das kapitalistische Wirtschaftssystem nachweisbar und offensichtlich den Bedürfnissen der Gesellschaft gegenüber versagt, sind Eingriffe und Strukturveränderungen geboten. Und nur wenn eine Mehrheit des Volkes diese Notwendigkeit auf Grund eigener konkreter Erfahrungen erkennt, können solche Strukturreformen auf demokratischem Wege durchgesetzt werden.

38. Die SPD bekennt sich bedingungslos zu einer freiheitlichen demokratischen politischen Ordnung und lehnt jede gewaltsame Veränderung des politischen oder gesellschaftlichen Systems und jede Diktatur ab. Daher verwirft sie auch die Diktatur sogenannter „kommunistischer“ Parteien aus prinzipiellen und nicht allein aus taktischen Gründen. „Der entscheidende Gegensatz zwischen sozialdemokratischer und kommunistischer Politik liegt nicht in der verschiedenen Haltung zum Privateigentum, so wichtig dies ist, sondern in dem Gegensatz von Rechtsstaatlichkeit und Willkür, von freiheitlicher Demokratie und Parteidiktatur, von Selbstbestimmung und Fremdbestimmung“. (Zum Verhältnis von Sozialdemokratie und Kommunismus, Beschluß des Parteirates vom 26. 2. 1971.)

39. Die SPD will eine offene, demokratische Volkspartei sein. Weder das Modell der alten traditionellen Sozialdemokratie vor 1918 oder vor 1933, die weitgehend eine – mindestens ebensosehr bürokratisch wie demokratisch organisierte – Berufspartei der Lohnarbeiterschaft war, noch das Modell der revolutionären Kaderpartei Leninschen Typs, sind für sie annehmbar. Freilich ist die SPD deswegen noch lange keine Allerweltpartei. Sie hat ein bestimmtes Programm, das Programm des demokratischen Sozialismus. Sozialdemokraten wissen, daß sie dieses Programm nur in Vertretung der Interessen breiter Bevölkerungsschichten, insbesondere der Arbeitnehmer, der kleinen und mittleren Selbständigen und der Intelligenz und im Kampf gegen andersartige entgegengesetzte Interessen verwirklichen können.

### IV. Zur Herausforderung der „Linken“ an die SPD und zu den ihr innewohnenden Gefahren

40. Die letzten Jahre haben die Wiederbelebung einer umfassend theoretisch begründeten, prinzipiell sozialistischen, d. h. einer „linken“ Tendenz in der SPD gebracht. Sie ist zwar nicht ausschließlich, jedoch sehr weitgehend der theoretischen und organisatorischen Vorarbeit der Jungsozialisten zuzuschreiben; und sie findet – im Positiven wie im Negativen – in den Diskussionen und Programmen der Jungsozialisten ihren klarsten Ausdruck. Im Verhältnis zur herkömmlichen sozialdemokratischen Politik bedeutet die „Linke“ eine Herausforderung an die SPD und damit eine nicht geringe Belastung für die Einheit und Aktionsfähigkeit der Partei. Um so wichtiger ist es für die „Linke“, daß sie die vorhin formulierten Godesberger „Grundentscheidungen“ (These 34 bis 39) nicht unnützerweise leichtfertig in Frage stellt. Ebenso wichtig ist es auch, daß die „Linke“ ihren – positiven und unverzichtbaren – Beitrag zur Erneuerung der Partei nicht durch gewisse ihrer Politik innewohnende Gefahren und Versuchungen selbst antwortet. Im folgenden sollen die wesentlichen Elemente der „linken“ Herausforderung, zusammen mit den damit verbundenen möglichen Irrwegen kurz skizziert werden.

41. Die „Linken“ und insbesondere die Jungsozialisten haben für sich die überkommene Zielsetzung des Sozialismus im ursprünglichen Marxschen Sinne wiederhergestellt und verfechten sie in der SPD. Dabei lehnen sie die orthodox leninistische Spielart des Marxismus ebenso ab, wie den Stalinismus, den Maoismus oder gar die anarchletisch-syndikalistischen Richtungen des Sozialismus. Sie verzichten auf eine Politik gewaltsamer revolutionärer Aktionen und propagieren ihre sozialistischen Zielvorstellungen im wesentlichen zum Zweck der theoretischen Bewußtseinsbildung und nicht als gegenwärtiges Aktionsprogramm. Für die aktuelle Politik verstehen sie sich als den vorwärtstreibenden „linken“ Flügel einer reformistischen SPD. Nichtsdestoweniger betrachten sie die dauernde Vergewöhnung und Diskussion des sozialistischen Endziels als wesentliches Element einer sozialistischen Reformpolitik und als ein unverzichtbares Korrektiv gegen das Abgleiten in bloßen „Reformismus“.

42. Auf der anderen Seite führen die Rückbesinnung auf den klassischen Marxismus und das intensive Studium marxistischer Autoren (und in der Regel werden ausschließlich marxistische Autoren studiert), nicht selten zu blinder Autoritätsgläubigkeit, Dogmatismus und der Unfähigkeit, sich mit nichtmarxistischen Ansichten oder auch nur mit nicht zur „reinen Lehre“ passenden Tatsachen kritisch auseinanderzusetzen. Verbaler Radikalismus, leichtfertige Spielerei mit revolutionären Phrasen der Praxisfremdheit sind nicht selten die Folge. Insbesondere die Distanz zur sozialen Wirklichkeit der Arbeiterklasse, die durch die überwiegend intellektuell-bürgerliche soziale Zu-

sammensetzung der „Linken“ ohnedies ein Problem ist, wird dadurch noch vergrößert. Natürlich erstrebt die große Mehrheit der „Linken“ und der Jungsozialisten nicht – wie es eine Entschließung des Parteilates der SPD vom 26. 2. 1971 unterstellt – tatsächlich eine Verwandlung der SPD in eine „Kaderpartei revolutionären Typs“; aber die Phraseologie vieler „Linker“ erweckt dennoch gelegentlich diesen Eindruck.

43. Trotz ihrer grundsätzlichen Bejahung einer Politik sozialistischer Reformen kritisieren die „Linken“ teilweise den herkömmlichen „Reformismus“ der Sozialdemokratie mit grundsätzlicher Schärfe. Sie erblickt nicht selten in ihm einen endgültigen Verzicht auf den Sozialismus, ja sogar einen Verzicht auf die maßvollen Zielsetzungen des Godesberger Programms. Bei der von ihnen vertretenen Politik der Reformen legen sie das Schwergewicht auf sogenannte „antikapitalistische Strukturreformen“ im Gegensatz zum „systemstabilisierenden Reformismus“. Hauptkriterien dieses nicht leicht zu definierenden Unterschiedes ist die Frage, ob durch solche Reformen den lohnabhängigen Massen die Widersprüche des kapitalistischen Systems bewußter gemacht, ob vorhandene Konflikte offengelegt und ob im Interesse der Arbeiterklasse „Gegenmacht“-Positionen zum Kapital entwickelt werden. In den „Strategiehesen“ der Jungsozialisten werden z. B. folgende gesellschaftliche Strukturveränderungen erstrebt: Mitbestimmungspositionen im Sinne einer Kontrolle der Betriebs- und Unternehmensentscheidungen; Reformen auf dem Gebiet des Wohnungswesens, der Stadtsanierung (Bodenrechtsreform) und des Nahverkehrs; Ausbau der sozialen Infrastruktur und des Bildungswesens z. B. von Kindergärten, Spielplätzen, Schwimmbädern, Schulen, Hochschulen, Weiterbildungseinrichtungen. Für diese und andere konkrete Reformen werden auch Steuererhöhungen gefordert. Um solche Strukturreformen überhaupt gegen den zu erwartenden Widerstand des Kapitals durchsetzen zu können, wird eine Lenkung der privaten Investitionen und eine differenzierte Globalsteuerung der Wirtschaft gefordert, die nur durch eine politische Kontrolle des Kreditwesens und schließlich durch eine Vergesellschaftung der Schlüsselindustrien sowie des Bank- und Kreditwesens verwirklicht werden kann. Damit diese neu geschaffenen zentralen öffentlichen Machtpositionen nicht bürokratisch entarten, wird eine gleichzeitige Demokratisierung des Staates gefordert.

44. Auf der anderen Seite mißlingt nicht selten die in der Tat theoretisch höchst anspruchsvolle und praktisch sehr schwierige dialektische Vermittlung zwischen der sozialistischen Theorie und der Praxis antikapitalistischer Strukturreformen. Eine platte Reformismus-Kritik auf der einen, platter Reformismus auf der anderen Seite sind die Folge. Eine weitere Folge ist, daß die Vertreter herkömmlicher sozialdemokratischer Politik, „sozialistische“ Kritik

an ihrer Arbeit als schlechthin destruktiv empfinden und als parteischädigend oder gar schlechthin antisozialdemokratisch verketzern; auf der anderen Seite neigen die prinzipiellen sozialistischen Kritiker dazu, den bloßen „sozialdemokratischen Reformismus“ als nackten Verrat am Sozialismus zu denunzieren. Das Ergebnis ist die jede solidarische Arbeit in der SPD vergiftende dogmatische Entgegensetzung von „Sozialisten“ und „bloßen Sozialdemokraten“.

45. Die eigentliche politische Sicherung gegen das Verflachen sozialdemokratischer Politik im bloßen „Reformismus“ und gegen den Aufbau neuer staatskapitalistischer Machtpositionen wird von den „Linken“ mit Recht darin gesehen, daß gleichzeitig mit der staatlich-parlamentarischen Politik der „antikapitalistischen Strukturreformen“ eine Mobilisierung der Massen und ein Aufbau unabhängiger Gegenmachtpositionen in der Gesellschaft vor sich geht. Hier liegt der wichtigste theoretische Ansatz für die vielberufene „Doppelstrategie“: Gleichzeitig in und mit der SPD politische Reformarbeit betreiben und unabhängig von der Parteiroutine, notfalls sogar gegen die Partei und im Bündnis mit anderen politischen Tendenzen die Werktätigen in außerparlamentarischen Aktionen mobilisieren und zur selbständigen Vertretung ihrer eigenen Interessen organisieren.

46. So notwendig die „Doppelstrategie“ auch ist, so ist sie doch z. Zt. unvermeidlicherweise auch eine fast unerschöpfliche Quelle von Mißdeutungen und Mißtrauen. Der an die herkömmlichen strengen und disziplinierten Formen der Parteilarbeit gewöhnte Sozialdemokrat muß sie fast mit Notwendigkeit als einen bössartigen Trick empfinden, mit dem die „Linken“ von außen Druck auf die Partei ausüben, ohne an die Organisationsdisziplin der Partei gebunden

zu sein. Es gelingt nur gelegentlich, die außerparlamentarische Arbeit von Sozialdemokraten als sinnvolle Ergänzung, ja als Stärkung der Arbeit der Partei selbst einsichtig zu machen. Überdies ver säumen die „Linken“ nicht selten, in den dabei unvermeidlichen Bündnissen mit anderen politischen Tendenzen den eigenen demokratisch-sozialistischen Standpunkt genügend deutlich zu machen. (Die DKP und andere kommunistische Gruppen sind dabei in der Wahrung ihrer eigenen Interessen oftmals viel unsentimentaler und konsequenter als die Jungsozialisten.)

47. Eine Voraussetzung für die gesamte Strategie der „Linken“ ist der Kampf um die „Demokratisierung“ der Partei: Das bedeutet: größtmögliche Bewegungsfreiheit für alle Tendenzen in der Partei (vor allem natürlich für die „Linke“), Kontrolle der Parteiführung durch die „Basis“, Kontrolle der von Sozialdemokraten besetzten Positionen im Staatsapparat durch die Partei, Öffnung der Partei gegenüber außerparlamentarischen Aktivitäten.

48. Auf der anderen Seite lassen sich die „Linken“ im Kampf um Einfluß und Macht in der Partei – der unvermeidlich und legitim ist – nicht selten in einen Widerspruch zwischen ihren Zielen und ihrer Taktik hineintreiben. Wer mit dem Anspruch der Basis-Demokratisierung auftritt, darf nicht die Praktiken alter Apparatschiks kopieren wollen. Dasselbe gilt für den Widerspruch zwischen einer vorgeblichen Politik „rationaler Argumentation“ und einer oftmals geübten Praxis persönlicher Diffamierung. Auch werden nicht selten ein dogmatischer Demokratismus und eine geschäftsordnungstechnische Prinzipienreiterei geübt, die jede effektive Organisation und politische Führung unmöglich zu machen drohen. (wird fortgesetzt)

---

## Kritik

---

### Weltmacht ITT

von Anthony Sampson

Rowohlt Verlag

Reinbek 1973, Leinen, 286 S., DM 28,50

### Multinationale Konzerne und internationale Gewerkschaftsbewegungen

von Ernst Piehl

Europäische Verlagsanstalt

Frankfurt 1974, kart., 343 S., DM 12,-

### Gewerkschaften, Monopole, Konzerne

von Charles Levinson

Bund Verlag

Köln 1973, kart., 322 S., DM 24,80

---

### Multinationale Unternehmen und Gewerkschaften

von Rolf Jungnickel/Klaus Matthies

Verlag Weltarchiv

Hamburg 1973, kart., 83 S., DM 9,80

Schon am Ausgang des 19. Jahrhunderts gab es einige Multinationale Konzerne (MNK), beispielsweise errichteten die Leverkusener Farbentfabriken Bayer ein Zweigwerk in New York. In der Folge breiteten sich die MNK insbesondere in den USA aus, die auch heute zu den Hauptstützpunkten der Giganten zählen. Bereits 1960 werden zwei Drittel der gesamten Industrieproduktion der kapitalistischen Welt von nur hundert MNK kontrolliert. Sie konzentrieren sich auf wenige industrielle Wachstumsbranchen, dehnen sich auf den Banken- und Finanzsektor aus und wachsen zu riesigen Mischkonzernen. Ent-

Who's who in der DDR? Wer sind die führenden Persönlichkeiten des zweiten deutschen Staates, woher kommen sie, wie sind sie geworden, was sie heute sind?

Es steht in *Namen und Daten*.

*Namen und Daten* porträtiert 2295 wichtige Persönlichkeiten der DDR aus Staat, Wirtschaft, Wissenschaft und anderen Bereichen des öffentlichen Lebens.

Dargestellt werden Herkunft, Werdegang, politische Aktivitäten, Ämter und Funktionen, Mitgliedschaft in Organisationen, Auszeichnungen.

# Namen und Daten

Verlag  
J. H. W. Dietz Nachf.  
GmbH

Berlin  
Bonn-Bad Godesberg



Biographien  
wichtiger Personen  
der DDR

Bearbeitet von  
Günter Buch

*Namen und Daten* verzichtet bewußt auf jede Bewertung. Der Leser erhält die Information, die er braucht, um sich selbst ein Urteil zu bilden.

XVI, 336 Seiten  
2295 Biographien  
Leinen 49,80 DM

Der Dialog zwischen der Bundesrepublik und der DDR ist in vollem Gange. Wer unsere Gesprächspartner sind, erfahren Sie in *Namen und Daten*.

Verlag J. H. W. Dietz Nachf. GmbH  
53 Bonn-Bad Godesberg 1  
Kölner Straße 149

gegen allen apologetischen Schriften ist bewiesen, daß die obersten Gebote jeder MNK-Politik die zumindest langfristige Gewinnmaximierung, die Kapitalakkumulation und die Machtexpansion sind.

Zahlreiche Bücher sind bereits zur MNK-Problematik erschienen, allerdings sind sie zumelst im Auftrag und zu Frommen und Nutzen der Großkonzerne geschrieben worden. Neuerdings vermehren sich die kritischen Schriften, darunter die vorliegenden. Wer sich einen Einstieg in die Welt der MNK verschaffen will, sollte zunächst zum ITT-Buch greifen, ein spannender aktueller Beitrag, der das Überwecheln zu theoretischeren Schriften erleichtert.

ITT — das ist die Geschichte des rücksichtslosen Aufstiegs einer amerikanischen Firma zum souveränen „Weltstaat“, zu einer hochgradig zentralisierten Organisation, die heute das neungrößte US-Unternehmen mit 331 Tochtergesellschaften in 93 Ländern ist. Einer Fliesenspinne gleich, die 400 000 Arbeiter und Angestellte kontrolliert und jährlich fast 26 Milliarden DM umsetzt. Der Journalist Sampson deckt auf, daß die ITT am Zweiten Weltkrieg doppelt verdiente: an deutschen Bombern, die alliierte Schiffe angriffen, und an Zielgeräten, mit denen deutsche Bomben abgewehrt wurden. Unter dem allmächtigen ITT-Boss Harold S. Geneen unterbreitete der Mischkonzern dem CIA einen Plan zum Sturz Allendes, flossen 400 000 Dollar zur Finanzierung eines Parteitages in die Kasse der Republikanischen (Nixon-) Partei, als ein Antitrustverfahren gegen ITT niedergeschlagen wurde. Und fast alle Watergate-Hauptdarsteller waren mit von der Partie.

Die Schlußfolgerung des Autors, daß nur der Staat stark genug sei, „*es mit den Multinationals aufzunehmen und bei den Menschen vergleichbare Loyalität zu wecken*“, ist wenig überzeugend. Allenfalls kann der Staat Maßnahmen der Hauptgegenmacht gegen die MNK, der Gewerkschaften, flankierend begleiten, wie Ernst Piehl in seinem Werk überzeugend nachweist.

Der Mitarbeiter am Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut des DGB, der seinen gesellschaftspolitischen Standort „*eindeutig auf Seiten der Gewerkschaftsbewegung, im Gegensatz zu vielen Wissenschaftlern, die sich ihre Parteinahme für die Kapitalsseite in den MNK offensichtlich nicht eingestehen*“, sieht, untersucht die vielfältigen politischen und wirtschaftlichen Einflüsse der MNK. Wie auch den Zusammenhang zwischen internationaler Kapitalkonzentration und institutioneller Integration innerhalb der EG. Er beschreibt die Hauptinstrumente der MNK gegenüber der Arbeiterschaft und den Staaten: an erster Stelle rangieren Produktionsverlagerungen, dann kommen Manipulationen der konzerninternen festgelegten Preise, bei der Gewinnermittlung und mittels der eigenen Währungsstrategien — bis hin zur eigenen Außenpolitik (siehe ITT-Chile).

Dem multinationalen Kapital steht sowohl auf der westeuropäischen als auch auf Weltenebene eine welt-

anschaulich-politisch zersplitterte Gewerkschaftsbewegung gegenüber, die Piehl eingehend analysiert. Internationale gewerkschaftliche Gegenmacht muß sich an den bestehenden Strukturen orientieren. Dazu gehöre — so Piehl — eine geschlossene internationale Organisation, die der Autor in einem flexiblen „Drei-Säulen-System“ von MNK-Komitees, Brancheninternationalen und internationalen Bündnen markiert. Eine Änderung der gegenwärtigen Lage werde weder durch Satzungsänderungen noch durch offizielle Absichtserklärungen erreicht.

Analyse und strategische Vorstellungen hat Erwin Piehl klar und verständlich herausgearbeitet und übersichtlich gegliedert. Was man von Charles Levinson nicht unbedingt behaupten kann. Seine Reflexionen zum Thema MNK erscheinen im vorliegenden Buch gelegentlich unstrukturiert. Der Generalsekretär der Internationalen Chemiarbeiter-Föderation (ICF) und frühere Generalsekretär der Internationalen Metallarbeiter-Föderation (IMF) spielt eine gewichtige Rolle beim aktiven Aufbau der Gegenkräfte der Arbeiterbewegung zu den MNK. Da mutet es ein wenig komisch an, daß Levinson, der den Akzent auf spontan gefaßte und spektakulär durchgeführte Aktionen legt und gelegentlich gegen die allzu abstrahierenden Wissenschaftler wettart, sich zu einer undeutlichen wissenschaftlich verbrämten Definition der MNK aufschwingt: er unterscheidet zwischen ethnozentrischen, polyzentrischen und geozentrischen Konzernen — im Gegensatz zur klaren definitorischen Umschreibung Piehls.

Abgesehen von dieser Kritik seien die Vorteile des vorliegenden Buches erwähnt: In prägnanten leicht lesbaren Sätzen erklärt Levinson ökonomische Zusammenhänge und entlarvt Dogmen klassisch-liberaler Wirtschaftstheorie, beschreibt er die Zusammenhänge MNK-Dritte Welt und den noch wenig beachteten Aspekt der Kooperation zwischen MNK und der Sowjetunion.

Zentral stehen aber — und darauf versteht er sich wohl — gewerkschaftliche Aktionen (insbesondere des IFC) gegen die MNK. Mit einem Dref-Stufen-Prozess skizziert er die voraussichtliche Marschroute der Gewerkschaften auf dem Weg zur Schaffung einer internationalen Gegenkraft. In der ersten Phase unterstützen alle bei einem MNK Beschäftigten die einzelne Gewerkschaft eines Landes, die mit einem Zweigunternehmen in einen Konflikt verwickelt ist. Im zweiten Stadium wird gleichzeitig in vielen Ländern mit den MNK verhandelt. In der entscheidenden dritten Phase sind integrierte Verhandlungen und gemeinsame Forderungen vorgesehen. Während auf der ersten Ebene bereits vielfältige Erfahrungen vorliegen, muß Levinson eingestehen, daß man in der zweiten Dimension über winzige Anfänge noch nicht hinausgekommen ist.

Was das letzte vorliegende Buch angeht, so ist es nicht nur von der Seitenzahl her ein wenig dünn geraten. Es handelt sich um nicht mehr als eine oberflächliche Analyse der gewerkschaftlichen Posi-

tion zu den MNK wie auch der unternehmerischen Stellung zur Gewerkschaftsargumentation. Diese paritätische Betrachtungsweise kommt in der Lösung nicht über einen Verhaltenskodex und weitere marktwirtschaftliche Maßnahmen gegen die MNK hinaus. Die Lektüre kann man sich schenken. A. I.

### Sinn und Aufgabe der Gewerkschaften

Von Ludwig Rosenberg

Econ Verlag

Düsseldorf 1973, Leinen, 311 S., DM 28,-

*„Wenn die wirtschaftliche Konzentration zu einer Machtkonzentration führt, die nach eigenen Gesetzen, nach dem guten oder bösen Willen und Wollen einer relativ kleinen Gruppe von Menschen handeln und wirken kann, so ist das der Zielsetzung und der Funktionsfähigkeit einer freiheitlichen Demokratie unzutraglich. Dann wird es schließlich unerträglich.“*

Es nimmt nicht wunder, daß der ehemalige Vorsitzende des DGB in den Gewerkschaften eine Gegenmacht zu dieser unerträglichen Machtkonzentration steht, und dies führt ihn folgerichtig zu der Frage, ob die Gewerkschaften dieser gewaltigen Aufgabe jetzt gewachsen sind oder in der Zukunft sein werden.

Ludwig Rosenberg sieht die Möglichkeit der Gewerkschaften zur Veränderung unserer Gesellschaft in Richtung auf *„persönliche und kollektive Freiheit, Menschenwürde durch Selbstbestimmung, soziale Gerechtigkeit, Chancengleichheit und demokratische Willensbildung“* in der Gegenwart durchaus positiv, jedenfalls scheint dies aus den von ihm angeführten detaillierten Listen über die Erfolge der Gewerkschaften hervorzugehen – und diese Erfolge sind recht eindrucksvoll. Darüber hinaus nennt und beschreibt Ludwig Rosenberg die aktuellen Ziele und Mittel der Gewerkschaften zur Verbesserung der Lage der Arbeitnehmer. Er tut dies angenehmerweise in einer Sprache, die auch dem sozialpolitischen Laien komplexere Dinge, wie beispielsweise das Vermögensbildungskonzept der Gewerkschaften, deutlich macht.

Weniger angenehm zu lesen sind die Vereinfachungen und Pauschalierungen im „allgemeinen“ Teil des Buches. Etwas zu oberflächlich geht Ludwig Rosenberg mit denen ins Gericht, die er – ohne es übrigens direkt auszusprechen – kommunistischer Umtriebe verdächtigt. Es ist einfach nicht wahr, daß derjenige, der *„überzeugt ist, daß sich durch die bestehenden Machtverhältnisse der Wille der Mehrheit nicht wirklich darstellt“* und der glaubt, *„daß die Mehrheit der Menschen ihre wahre Lage nicht versteht“*, sich nicht *„dem Votum der Mehrheit“* fügt. Gerade die Sozialdemokratie hat immer auch dann Mehrheitsmeinungen respektiert, wenn sie durchaus überzeugt war, daß die Mehrheit nicht im Einklang mit ihren eigenen Interessen dieser Meinung Ausdruck verleihen hatte. Kurt Schumacher beispiels-

weise hat auch nach der SPD-Niederlage von 1949 nie von gewaltsamem Umsturz gesprochen.

Ludwig Rosenberg macht es sich überraschenderweise auch etwas zu einfach, wenn er von der freiheitlich-demokratischen Gesellschaft sagt, sie sei *„weder die kapitalistische Gesellschaft, wie sie den Vorstellungen manchesterlichen Denkens entspricht, noch die sozialistische Gesellschaft, wie sie uns marxistische Bibelforscher darstellen“* – eine etwas seltsame Verbindung der Worte „sozialistisch“, „marxistisch“ und „Bibelforscher“. Und auch die etwas polemische Alternative *„Formaldemokratie, deren Vertreter technisches Instrumentarium mit dem Inhalt verwechseln“* und *„die Demokratie, die alles und jedes durch permanente Volksabstimmung an ‚der Basis‘ entscheiden lassen will“*, wird nicht jeden befriedigen.

Diese Nachteile werden durch die Zahl der Informationen über die deutsche und die internationale Gewerkschaftsbewegung wettgemacht. Der Autor behandelt ausführlich die Vorstellungen auf gewerkschaftlicher Seite im In- und Ausland zur Mitbestimmung, zur Vermögensbildung, zu Organisationsfragen und zu vielen innergewerkschaftlichen Problemen, die auch der an den Gewerkschaften Interessierte nicht so ohne weiteres kennt. Ein als Informationsquelle sehr wichtiges Buch. G. F.

### Deutsche Sozialgeschichte

Dokumente und Skizzen. Bd. I 1815–1870

Hrs. v. Werner Pöls

Verlag C. H. Beck

München 1973, 398 S., 25,80 DM

Die Jahre zwischen 1815 und 1870 umfassen einen Zeitraum, in dem für die sozialgeschichtliche Entwicklung Deutschlands entscheidende Weichenstellungen vorgenommen wurden. Am Beginn dieses Zeitraumes steht u. a. die politische Neuordnung des deutschen Raumes als Ergebnis des Wiener Kongresses, in der die Prinzipien der monarchischen Souveränität erneut verankert werden; es folgt eine Periode der Restauration, in der sich zugleich – von den einzelstaatlichen Regierungen gezielt gefördert – die ersten Ansätze der Industrialisierung abzeichnen, in Preußen insbesondere im Gefolge der von oben dekretierten Agrarrevolution; in der Mitte dieses Zeitraumes kommt die bürgerliche National- und Verfassungsbewegung zu ihrem Höhepunkt mit der 48er Revolution und dem Entwurf einer liberal-demokratischen Nationalverfassung, die freilich an der realen Macht des Ancien régime scheitert; schließlich bahnt sich das realpolitische Bündnis des Bürgertums mit dem Obrigkeitstaat an, in dem unter preußischer Führung dann zunächst die wirtschaftspolitische, zuletzt auch eine nationalpolitische Vereinigung Deutschlands gelingt mit der Gründung des Deutschen Reiches, dessen Ordnung freilich die verfassungspolitischen Hoffnungen unerfüllt läßt. Auf diese Strukturen des historischen Entwicklungsprozesses richtet eine sozialgeschichtlich akzentu-

ierte Geschichtsschreibung ihren Blick, um über eine bloße Nacherzählung rekonstruierter Ereignisabläufe deren weiter- und liefergreifende Zusammenhänge zu erfassen und von der Verengung der Geschichte auf Daten des Wirkens geschichtsmächtiger Persönlichkeiten und des kriegerischen oder staatspolitischen Geschehens wegzukommen. Was sich dann freilich als Ergebnis der Betrachtung eines historischen Entwicklungsabschnittes im Geschichtsbuch darbietet, ist notwendig eine weitgehende Abstraktion von den vielfältigen Einzelheiten, aus denen sich die nachher erkennbaren Grundzüge dieser Entwicklung erst zusammensetzen. In der Aussage z. B. über die soziale Lage der wachsenden Arbeiterschaft zu Beginn der Industrialisierung sind die von der Forschung zuvor gesammelten, eingeordneten, interpretierten und ausgewerteten Einzelfakten über die konkreten Lebensumstände bestimmter Arbeiter an bestimmten Orten verallgemeinert zu einem einheitlichen Bild. Aus mehr als 2000 Bänden schriftlich festgehaltener Erinnerung von Zeitgenossen an ihre nunmehr vergangene Gegenwart hat der Herausgeber eine Auswahl zusammengestellt, die die Veränderungen des dörflichen und städtischen Lebens, der Arbeitswelt, des Verkehrsens, der sozialen Beziehungen in der mannigfachen Spiegelung durch die Betroffenen sichtbar werden läßt. Dadurch entsteht unterhalb der Verallgemeinerungen einer geschichtlichen Darstellung ein viel konkreteres Bild dieses Zeitraumes, wenn auch ein viel persönlicheres und nur äußerst begrenzt gültiges, das dafür voller Anschaulichkeit ist.

Nun kann man mit den zugrunde gelegten Auswahlprinzipien rechten, solche Einwände aber durchaus zurücktreten lassen hinter der mit diesem Band gebotenen Möglichkeit, sich mit Muße in sonst nicht allgemein zugängliche Einzelheiten der Geschichte zu vertiefen. Der Nutzen dieser Dokumentation hätte indessen erhöht werden können, wenn die größeren Abschnitte jeweils durch einen knappen Überblick über die Problemzusammenhänge eingeleitet worden wären und dadurch eine Möglichkeit geboten worden wäre, die Einzelzeugnisse in ihrer Subjektivität in einen Bezugszusammenhang einzuordnen. Wahrscheinlich wäre dadurch auch die allzu globale Kapitelteilung (Von Menschen und Dingen; Arbeitswelt und soziale Probleme; Verkehr und Transport) vermeidbar gewesen. W. Sch.

**Sozialdemokratie im Widerstreit zwischen Antikommunismus und Arbeiterinteressen**  
 von W. A. Katschanow/W. S. Schumski  
 Verlag Marxistische Blätter  
 Frankfurt 1973, 97 S., kart., DM 2,40

Die sogenannte „Abgrenzung nach links“, die Frage einer möglichen Zusammenarbeit der Sozialdemokratie mit den Kommunisten ist nach wie vor noch nicht vom Tisch. Wer sich daher etwas eingehender mit

dieser Problematik auseinandersetzen will, findet in der Broschüre der sowjetischen Autoren Katschanow/Schumski eine anregende Lektüre. Für die Kommunisten gibt es zwei gewichtige Gründe, sich permanent mit der Sozialdemokratie zu befassen: der erste ergibt sich ganz eindeutig aus der Bedeutung der Sozialdemokratie in Westeuropa; die Arbeiterschaft, das Potential der Kommunisten, ist hier – außer in Frankreich und Italien – sozialdemokratisch organisiert. Wollen die Kommunisten ihre Rolle als „wahre Vertreter“ der Arbeiterschaft geltend machen, so kann ihnen dies nur über und nicht gegen die Sozialdemokratie gelingen.

Die historischen Erfahrungen, die kommunistische Praxis und die nicht zu vereinbarenden Ideologischen Divergenzen setzen einer Aktionseinheit aus sozialdemokratischer Sicht jedoch Grenzen. Man hat den kaum zu leugnenden Eindruck, daß die Kommunisten nach dem Motto verfahren: „Wir liefern die Ideologie, ihr die Arbeiter!“

Auf der anderen Seite führen die Kommunisten einen harten ideologischen Kampf gegen die „rechten“ sozialdemokratischen Führer, die sie als „Handlanger der Monopolbourgeoisie und des Imperialismus“ begreifen. Die Aktionseinheit kann also nur eine von unten sein, d. h. über die Basis der sozialdemokratischen Parteien. Und nur so wird auch der Titel dieser Schrift verständlich: der Antikommunismus institutionalisiert sich im „rechten“ Parteivorstand, die Basis repräsentiert die Arbeiterinteressen. Daß aber Antikommunismus und die Vertretung von Arbeiterinteressen aus sozialdemokratischer Sicht keinen Widerspruch darstellen, erklärt die Schwierigkeiten einer effektiven Zusammenarbeit.

Zwischen sozialdemokratischem und bürgerlichem Antikommunismus sehen die Autoren jedoch Unterschiede. „Der Antikommunismus in der Ideologie und Politik der rechten Sozialdemokratie unterscheidet sich hinsichtlich seiner konkreten Erscheinungsformen von dem imperialistischen Ideologen, wenn er auch seinem Inhalt nach dem Antikommunismus bürgerlicher Herkunft sehr nahekommt ... der Antikommunismus der rechten Sozialdemokratie (hat) seine eigene Entwicklungsgeschichte, die sich über viele Jahrzehnte erstreckt. Seine Grundlagen entstanden in der Sozialdemokratie lange vor deren formalem Bruch mit dem Marxismus, bereits in der Periode des Abgleitens auf opportunistische Positionen am Anfang dieses Jahrhunderts. In der rechten Sozialdemokratie vollzog sich eine Evolution des Antikommunismus, vom Revisionismus Bernsteins zum Sozialchauvinismus der Führer der II. Internationale bis hin zum Antisowjetismus nach dem Slog der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution.“

Weiter finden sich in den Bändchen Ausführungen zur Doktrin der „friedlichen Koexistenz“, zur „sozialdemokratischen Apologetik des imperialistischen Staates“ und zur Frage der Aktionseinheit. Auch wer die Meinung der Autoren nicht teilt, sollte sich doch zumindest mit ihnen auseinandersetzen. G. W.

## Politisches Lesebuch

Hg. v. Hans-Dieter Bamberg und Manfred Bosch  
Werner Raith Verlag  
Starnberg 1973, 447 S., DM 16,80

Daß Demokratie etwas mit Politik zu tun hat – kaum einer wird es leugnen. Daß das normale Alltagsleben des normalen Bürgers, Arbeiters, Jugendlichen, Schülers ebenfalls von morgens bis abends vor allem mit Politik zu tun hat – zu wenigen noch mag es einleuchten. Und das hat seinen Grund. Der Broterwerb (oder die Vorbereitung darauf) bestimmen zum größten Teil unsere Lebensumstände.

„Die Ordnungskräfte einer höchst entwickelten Wirtschaft werden allein in der Lage sein, nicht nur den Bedarf zu decken, sondern auch die sittliche Ordnung zu erhalten und zu festigen.“ Dieses Zitat in einem einschlägigen Kalender für Lehrlinge findet sich aufgeplést im „Politischen Lesebuch“, dessen Herausgeber eben dieser offen gegen die Interessen einer Mehrheit gerichteten Trennung von Politik und Wirtschaft, Demokratie und Arbeitsleben, allgemeinen Grundrechten und tatsächlicher Abhängigkeit den Kampf angesagt haben. Hans-Dieter Bamberg und Manfred Bosch haben den Band ausdrücklich „für Arbeiter, Schüler, Lehrlinge, Sozialarbeiter, Gewerkschafter und progressive Lehrer“ zusammengestellt, denn nur von diesen kann ja eine weltweite Demokratisierung ausgehen.

Dazu bedarf es breiter Information aus allen Bereichen der Gesellschaft, und dies möglichst in einer Sprache, die nicht den Gesellschaftswissenschaftlern vorbehalten bleibt. Information und Aufklärung über die Lage der abhängigen Mehrheit der Bevölkerung sind der Ansatzpunkt. Denn, so meinen die Herausgeber: „Vieles an Unterdrückung beginnt zu wanken, wenn die Unterdrückten erfahren, wie sie verläuft und funktioniert.“ Und von Unterdrückung ist auf knapp 450 Seiten die Rede, aus welchem Bereich die Autoren auch immer berichten: aus Schule und Berufsausbildung, aus der Arbeitswelt, aus den Massenmedien und aus dem Wohnbereich, der Sozialarbeit, der Krankenversorgung, dem Strafvollzug.

Kurz: der Band bietet einen ungemein inhaltsreichen und damit beweiskräftigen Einblick in die gesellschaftlichen Verhältnisse der Bundesrepublik. Unter 18 Stichworten – von „Staat“ und „Klassenstruktur“ bis zum Problem „Frau im Kapitalismus“ – haben 75 Autoren (u. a. Martin Walser, Eckart Spoo, Max von der Grün, Arno Klönne, Fritz Vilmar) zusammengetragen, was es an politischen Themen und Tatbeständen in den Sektoren Erziehung, Arbeit, Freizeit und Kultur gibt.

**Berichtigung:** In dem Artikel „Menschengerechte Gestaltung der Arbeit“ von Wilfried Schaefer in NG 11/73 ist ein Druckfehler unterlaufen. Auf S. 871 muß es richtig heißen: Fachnormenausschuß Ergonomie beim DNA (Deutscher Normenausschuß).

Selbst eine so schwierige Materie wie die Mehrwerttheorie von Marx und ihre Folgerungen mit dem ganzen ökonomischen Begriffsapparat wie Arbeit, Ware, Geld / Gebrauchswert, Tauschwert / Waren- und Geldzirkulation / konstantes und variables Kapital usw. wird auf nur 19 Seiten vorzüglich und verständlich vermittelt.

Im übrigen macht gerade der Variationsreichtum der Beitragsformen – Report, Bericht, Analyse, Erlebnis-schilderung – die Lektüre nie ermüdend. Von den Herausgebern eingestreute Zahlen und Daten, Literaturhinweise zu den einzelnen Themen sind unentbehrliche Ergänzung.

K. K.

## Mitarbeiter dieses Heftes

---

### Herbert Wehner

Vorsitzender der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion

---

### Karl Hauenschild

Vorsitzender der IG Chemie, Papier, Keramik

---

### Christian Götz

Pressesprecher der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen

---

### Dr. Hansjörg Elshorst

Referent für „Gesellschaftspolitische Aufgaben der Entwicklungsförderung“ im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit

---

### Dr. Dietrich Sperling

SPD-MdB; Mitglied des wirtschaftspolitischen Ausschusses beim SPD-Partefvorstand

---

### Friedhelm Wolner

Student; Mitglied der Kommission „Langzeitprogramm“ der Jungsozialisten

---

### Professor Dr. Robert Jungk

Publizist; Professor an der Technischen Universität Berlin (Planungswissenschaften)

---

### Professor Dr. Rainer Kabel

Redakteur am Sender Freies Berlin; Professor an der Pädagogischen Hochschule Berlin (Politikwissenschaft)

---

### Karl Kühne

Abt.-Referent (Hauptverwaltungsrat) EG Brüssel

---

### Freimut Duva

Herausgeber der Taschenbuch-Reihe „rororo aktuell“

---

### Dr. Achim André

Regierungsdirktor; Referent für Grundsatzfragen der internationalen Sozialpolitik im Arbeitsministerium

---

### Paul Joachim Friedrich

Doktorand, 2. Zt. Paris

---

### Jürgen Henize

Dipl.-Volkswirt; Doktorand der Politischen Wissenschaften

---

### August Rathmann

Freier Schriftsteller

---